

Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika

Schmid, Susanne; Borchers, Kevin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmid, S., & Borchers, K. (2010). *Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika*. (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 7). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259129>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Vor den Toren Europas?

Das Potenzial der Migration aus Afrika

Forschungsbericht 7



www.bamf.de

Forschungsbericht

chungsbericht

chungsbericht

chungsbericht

chungsbericht

chungsbericht

Forschungsbericht

Forschungsbericht

Forschungsbericht

Forschungsbericht

Susanne Schmid
unter Mitarbeit von Kevin Borchers

Vor den Toren Europas?

Das Potenzial der Migration aus Afrika



Inhaltsübersicht



Inhalt und zentrale Ergebnisse

Einleitung

- 1 Afrika als Gegenstand der Migrationsforschung
- 2 Theoretische Grundlagen der Einschätzung von Migrationspotenzial
- 3 Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial aus Afrika
- 4 Bisherige Migrationsströme und -bestände
- 5 Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa
- 6 Literatur

Annex

Inhaltsverzeichnis



	Inhalt und zentrale Ergebnisse	8
	Einleitung	13
1	Afrika als Gegenstand der Migrationsforschung	17
2	Theoretische Grundlagen der Einschätzung von Migrationspotenzial	23
	2.1 Zur Definition von Migrationspotenzial	23
	2.2 Theoretische Herleitung des Forschungsrahmens	25
	2.3 Konzeption zur Analyse von Migrationspotenzial	28
3	Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial aus Afrika	34
	3.1 Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	34
	3.1.1 Afrika im Rahmen der Weltbevölkerung	37
	3.1.2 Europa und Afrika im demographischen Vergleich	51
	3.1.3 Faktoren sozialer und sanitärer Infrastruktur	58
	3.2 Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren	63
	3.2.1 Afrikas Wirtschaftsentwicklung	63
	3.2.2 Demoökonomische Entwicklungsdifferenz	66
	3.2.3 Arbeitsmarkt und Beschäftigung	71
	3.2.4 Hemmnisse afrikanischer Entwicklung	74
	3.3 Politische Faktoren	81
	3.3.1 Die politischen Systeme afrikanischer Länder	82
	3.3.2 Ausmaß und Folgen gewaltsamer Konflikte und politischer Krisen	86

3.4 Umweltbezogene Faktoren	97
3.4.1 Ursachen der Umweltmigration	98
3.4.2 Siedlungsdichte und Schwinden natürlicher Ressourcen	99
3.4.3 Klimafolgeninduzierte Wanderung	102
3.4.4 Unterscheidung von Umweltmigranten und Klimaflüchtlingen	109
4 Bisherige Migrationsströme und -bestände	114
4.1 Migrationsströme und -bestände innerhalb Afrikas	115
4.2 Afrikanische Migration nach Europa am Beispiel ausgewählter EU-Mitgliedstaaten	118
4.2.1 Länderbeispiele	120
4.2.2 Vergleichende Betrachtung	137
4.3 Afrikanische Migranten in Deutschland	143
4.4 Irreguläre Migrationswege von Afrika nach Europa	158
5 Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa	176
6 Literatur	201
Tabellenverzeichnis	232
Abbildungsverzeichnis	234
Annex	236

Inhalt und zentrale Ergebnisse



Die vorliegende Untersuchung analysiert in qualitativer Form die Abwanderungsmotivation aus Afrika mit Blick auf Europa. Die Summe derer, die eine solche Motivation besitzen, kann als Migrationspotenzial bezeichnet werden. Das Migrationspotenzial entsteht aus der regionalen Diskrepanz oder Entwicklungsdifferenz demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Faktoren zwischen der Herkunftsregion und der angestrebten Zielregion. Zwischen Afrika und Europa (besonders der EU) herrscht ein maximales Wohlstandsgefälle, in dem ein entsprechend großes Migrationspotenzial existiert, das sich aufgrund der genannten Faktoren erneuert und wahrscheinlich vergrößert. In welchem Umfang sich aber tatsächlich Abwanderung realisiert, hängt von den individuellen Möglichkeiten und Motivationen potenzieller Migranten ab.

- Das Migrationspotenzial Afrikas dürfte aus *demographischer* Sicht steigen, weil Afrika im internationalen Vergleich ein ausnehmend starkes Bevölkerungswachstum aufweist. Dafür ist die immer noch sehr hohe zusammengefasste Geburtenziffer verantwortlich, die in Afrika durchschnittlich bei 4,61 Kindern und in Zentralafrika sogar bei 5,67 Kindern pro Frau liegt. Sodann verfügt Afrika über eine sehr junge Altersstruktur: jeder fünfte Afrikaner ist zwischen 15 und 24 Jahre alt, 41,2 % der Bevölkerung ist unter 15 Jahren. Die afrikanische Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln, d.h. auf knapp zwei Milliarden Menschen anwachsen. Doch die demographische Entwicklung allein ist nicht

der Grund für das wachsende Migrationspotenzial, sondern die problematische Wechselwirkung von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Mangelfaktoren.

- Das Migrationspotenzial Afrikas dürfte aus *ökonomischer* Sicht aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bei einer wachsenden Erwerbsbevölkerung steigen. Armut und ein anhaltend niedriger Lebensstandard sind die Folgen zunehmender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Trotz des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre sind Armut und (Jugend)Arbeitslosigkeit in Afrika sehr hoch. Es wird geschätzt, dass 55 % der erwerbstätigen Afrikaner nicht in der Lage sind, die Armutsgrenze von 1 US-\$ Einkommen pro Tag zu überschreiten. Etwa 80 % der afrikanischen Bevölkerung erreichen die 2 US-\$-Grenze pro Tag nicht. Die Gegenüberstellung des Wirtschaftsindicators Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf von 2.430 US-\$ in Afrika und von 24.329 US-\$ in Europa lässt darauf schließen, dass sich in Afrika Wirtschaftsschwäche und Bevölkerungswachstum in höchst ungünstiger Weise kombinieren.
- Das Migrationspotenzial Afrikas dürfte aus *politischen* Gründen steigen, weil sich auf dem afrikanischen Kontinent Regierungsversagen, Instabilität, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen häufen. Afrikanische Regimes sind größtenteils Diktaturen und defekte Demokratien.

Die Anziehungskraft von politischer Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialpolitik in Europa erklärt einen Teil der Fluchtmigration nach Europa. In absehbarer Zeit ist keine Abnahme des innerafrikanischen Konfliktpotenzials und der daraus hervorgehenden Flüchtlingsbewegungen zu erwarten. Eine schnell voranschreitende Demokratisierung der zumeist autoritären afrikanischen Regimes und die rasche politische Stabilisierung zerfallender und zerfallener Staaten ist in naher Zukunft kaum absehbar. Zusätzlich verhindert die politische Instabilität in den meisten afrikanischen Regionen dringend benötigte internationale Investitionen.

- Das Migrationspotenzial Afrikas dürfte aus *ökologischer* Sicht steigen, weil durch voranschreitenden Klimawandel, wachsenden Bevölkerungsdruck auf natürliche Ressourcen (Wasser, Boden) und fehlende ökologische Nachhaltigkeitspolitik extreme Wetterphänomene und Wassermangel sowie die Degradation der Böden zunehmen werden. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region.

Innerafrikanische Migrationsströme

Ob das afrikanische Migrationspotenzial sich in Migration auf dem Kontinent manifestiert, ist abhängig von der Aufnahmekapazität innerafrikanischer Zielregionen (wie dem südlichen Afrika und Nordafrika) hinsichtlich Ausbildungs-, Arbeits- und Asylmigration. Bei Entstehung weiterer Regionen insularer Modernisierung in Afrika (Märkte, Produktionsstätten, Dienstleistungszentren) würde die Absorptionsfähigkeit afrikanischer Ausbildungs- und Arbeitsmärkte zusätzlich erhöht und damit interkontinentaler Wanderung entgegengewirkt.

Im Zusammenhang mit zumeist temporärer Flucht- und Asylmigration hat sich gezeigt, dass nahe gelegene afrikanische Regionen bevorzugte Ziele sind, um bei Besserung der Lage rasch in die Herkunftsregion zurückzukehren. Auch Umweltmigranten favorisieren den Zuzug in ökologisch intakte(re) afrikanische Nachbarregionen oder sie ziehen zur Arbeitsaufnahme in die nächste größere Stadt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend innerafrikanischer Migration anhält bzw. ansteigt.

Migrationspotenzial von Afrika nach Europa


Basierend auf den bisherigen Migrationsströmen und -beständen von Afrikanern in Europa ist anzunehmen, dass Frankreich, Italien und Spanien die bevorzugten Zielländer afrikanischer Migration bleiben werden. In diesen drei Ländern liegen Bestand und Zuwanderung afrikanischer Bevölkerung auf hohem Niveau. Gerade Spanien und Italien verzeichnen den am schnellsten wachsenden Bestand afrikanischer Bevölkerung in Europa.

Zuwanderung aus Afrika dürfte weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs und der Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch)Qualifizierter nach Europa dürfte ansteigen. Sich ausweitende Kriege und schwere Konflikte sowie humanitäre Krisen und Umweltkatastrophen bei schwindender Aufnahmekapazität innerhalb Afrikas würden das Flucht- und Asylpotenzial von Afrika nach Europa erhöhen.

Die Analysen für *Deutschland* haben ergeben, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung von Afrika nach Deutschland auf geringem Niveau (20.000 – 35.000 pro Jahr) verbleiben dürften. Der Bestand an Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland wächst vor allem aus natürlicher Bevölkerungsbewegung und nur in geringem Maße durch Zuwanderung (Wanderungssaldo rund 5.000).

Vorrangige *entwicklungspolitische Maßnahmen* um die Situation in der Abwanderungsregion Afrika zu verbessern wären die Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit sowie eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums. Weitere Ziele wären Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie der Erhalt von Biodiversität und das Management natürlicher Ressourcen.

Einleitung¹



Migrationspotenzial bezeichnet die Abwanderungswilligen einer Region, die sich von einem Verbleib am Ort keine Erfüllung von Lebenszielen versprechen und daher zu einem günstigen Zeitpunkt und auf verschiedensten Wegen in eine aussichtsreichere Region migrieren möchten. Ein Migrationspotenzial entsteht aus der regionalen Diskrepanz demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Umstände. In welchem Umfang sich Abwanderung dann realisiert, hängt von den individuellen Möglichkeiten und Motivationen potenzieller Migranten ab. Jedem Migrationsvorgang geht daher eine Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen Abwanderung und Ortsbindung voraus, sowie zwischen der Attraktivität einer Zielregion und der Größe der Hindernisse, die auf dem Weg zu ihr überwunden werden müssen. Zwischen Migrationspotenzial und tatsächlich vollzogener Wanderung besteht kein schlichtes Kausalverhältnis. Daher sind Migrationspotenziale nur indirekt zu erschließen, und zwar an Ausmaß und Zusammensetzung des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles zwischen zwei Regionen. Eine Untersuchung des Migrationspotenzials muss an den existenziellen Differenzen dieses Gefälles ansetzen und bedeutet damit eine Akzentverschiebung: nämlich weg von numerischen Übersichten einer vermuteten Entwicklung hin zu einer vergleichenden Analyse kontrastierender Räume. Sie macht einen Schritt zurück ins Umfeld des konkreten Wanderungsgeschehens, jedoch bei gleichzeitiger Erweiterung des

1 Die Autorin dankt Axel Kreienbrink für seine intensive Kommentierung und Diskussion früherer Fassungen der Studie. Den Praktikanten Martin Correll, Felix Koenen, Ulrike Lenhart, Georg Thiel und Marc Venhaus dankt sie für ihre engagierte Zuarbeit.

Horizonts. Die Potenzialanalyse ergänzt so den unsicheren Blick in die Zukunft, wie ihn die extrapolierende Wanderungsprognose liefert, durch eine Analyse objektiver Abwanderungsgründe aus einer Region und der Attraktivität eines Lebens in einer Zielregion. Die Abschätzung eines Migrationspotenzials erfordert daher die Analyse regionaler Standarddifferenzen anhand ausgewählter Vergleichskriterien bzw. Indikatoren.²

Das Ziel der Untersuchung ist die qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa. Mit der Abwanderungsregion Afrika und der Zielregion Europa stehen sich sozial, politisch und kulturell kontrastierende Räume in nächster Nähe gegenüber. Diese geographische Nähe ist ein zusätzliches Moment im Aufeinandertreffen des Kontinents mit den weltweit schwierigsten Lebensbedingungen und Europa, das demgegenüber als „Wohlstandsregion“ gilt. In einer solchen Situation wird Migration unweigerlich zum Thema, zumal ihr der Prozess der Globalisierung über zunehmende weltweite Vernetzung neue Wege und Bedeutung verschafft hat. Dabei liefern die neuen Informationskanäle der Medienwelt Bilder

2 Der Begriff „Migrationspotenzial“ wird auch zur Bezeichnung des Potenzials von Migrant/innen für ihre Herkunfts- und Zielländer benutzt (soziales, kulturelles, ökonomisches Kapital). Migrant/innen leisten mit ihrem Know-how, ihren erweiterten Netzwerken persönlicher und geschäftlicher Kontakte und mit ihren regelmäßigen Zahlungen an die Familien in den Herkunftsländern Beiträge, die nicht überschätzt werden können. Die Entwicklungspolitik nimmt sich dieser Leistungen in zunehmendem Maße an. In den Zielländern erbringen Migrant/innen nicht nur wichtige wirtschaftliche Beiträge, sondern sind Brückenbauer für das gegenseitige Verständnis der Kulturen. Zu diesem Bereich erstellt das Bundesamt derzeit in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Studie, die einen Überblick zur institutionellen Förderung der entwicklungspolitischen Potenziale von Migration gibt. Analysiert werden kommunale, länder- und bundesweite Fördermaßnahmen. Außerdem werden das Engagement und die Partizipationsmöglichkeiten der Migrantenselbstorganisationen in entwicklungspolitischen Aktivitäten untersucht. Des weiteren erstellt das Bundesamt derzeit in Kooperation mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) einen Sammelband zum Potenzial der Migration aus Afrika.

von Lebens- und Konsumstandards anderer Regionen, und bringen immer mehr Menschen dazu, ihre eigenen Lebensbedingungen mit denen in anderen Weltregionen zu vergleichen. Die feste Überzeugung von Menschen in Entwicklungsländern, dass in Europa ein besseres Leben auf sie warten würde, wird so tagtäglich genährt. Die besonders auf Afrika zutreffende Wanderungsursache „Armut“ ist eine weitere Komponente verstärkter Abwanderungsbereitschaft. Strapazen und Lebensgefahren, die während der Migration in Kauf genommen werden, sind ein Hinweis auf die Stärke afrikanischer Abwanderungsmotive und die Anziehungskraft Europas.

Die Studie basiert auf der Annahme, dass Afrikas Migrationspotenzial aus der Entwicklungs- und Wohlstandsdifferenz, die zwischen Afrika und Europa herrscht, entsteht. Es umfasst jene Menschen, die sowohl die Neigung als auch die Gelegenheit zur transnationalen Migration haben. Die realen Migrationsströme koppeln sich gewissermaßen vom Migrationspotenzial ab und schaffen Migrantenbestände in den Zielländern. So lebten in der Europäischen Union im Jahr 2006 rund 4,6 Millionen Staatsangehörige eines afrikanischen Landes. Sie halten die Verbindung zur afrikanischen Herkunftsregion aufrecht und erleichtern weitere Migrationen, indem sie Auswanderungswilligen wichtige Informationen über das Zielland und den neu kommenden Landsleuten erste Orientierungshilfen in demselben geben. Soziale und verwandtschaftliche Netzwerke sind so zur festen Größe im europäischen Zielland geworden und erhöhen dadurch das Migrationspotenzial aus Afrika.

Die vorliegende Studie erfasst, kategorisiert und diskutiert die Faktoren, die einen Abwanderungsdruck bzw. ein Migrationspotenzial begründen. Forschungsziel ist es, qualitative Einschätzungen zum Potenzial zukünftiger Migration zu erar-

beiten, nicht jedoch – aufgrund der zur Verfügung stehenden Datenbasen kaum zu realisierende – quantitative Aussagen zu treffen.³ Die Studie beginnt mit der (1.) Darstellung Afrikas als Gegenstand der Migrationsforschung und stellt Forschungsarbeiten zum Migrationspotenzial von Afrika nach Europa vor. Anschließend werden die (2.) theoretischen Grundlagen für und die Vorgehensweise bei der Analyse des Migrationspotenzials erläutert. Dazu wird die klassische Migrationstheorie um den Faktor Migrantennetzwerke erweitert und in den Rahmen von Entwicklungs- und Wohlstandsdifferenzen zwischen Afrika und Europa gestellt. Darauf (3.) folgt die Analyse der Faktoren, die für diese Differenzen verantwortlich sind: (a) die demographischen Strukturen Afrikas, die in eindeutigen Indikatoren Afrika gegenüber Europa als Kontrast erscheinen lassen, (b) die wirtschafts- und arbeitsmarktrelevanten Faktoren, (c) die Regierungsformen und lokalen Konflikte als Faktoren politischer Differenz und (d) die umweltbezogenen Faktoren, die Afrika immer stärker negativ betreffen. Dann (4.) wird das Migrationspotenzial – ausgehend von der Netzwerkthese – zu den (e) existierenden Migrationsströmen zwischen den Regionen und den Migrantenbeständen im Zielland in Beziehung gesetzt. Die Studie (5.) endet mit den Schlussfolgerungen, d.h. einer qualitativen Einschätzung des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa.

3 Weder in Forschungsstudien noch in UN-Projektionen werden numerische Angaben zum Umfang des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa gemacht. Selbst die Migrationsströme und -bestände von Afrikanern in die EU zu rekonstruieren, ist aufgrund mangelnder Verfügbarkeit und Einheitlichkeit nationaler und internationaler Migrationsstatistiken und ihrer geringen Erhebungsdichte ein schwieriges Unterfangen.

1 Afrika als Gegenstand der Migrationsforschung

Die historischen Beziehungen zwischen den Kontinenten Afrika⁴ und Europa waren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von zwei Entwicklungen geprägt: Zum einen vom Sklavenhandel innerhalb Afrikas und nach Amerika, zum anderen von der Landnahme und Kolonialisierung durch europäische Mächte.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in dessen Verlauf auch in Afrika rekrutierte Kolonialarmeen eingesetzt wurden⁵, sahen sich die geschwächten europäischen Kolonialmächte mit Unabhängigkeitsbewegungen konfrontiert, denen schließlich – in einem teils gewaltsamen „Entkolonialisierungsprozess“ ab den 1950er Jahren – die für unabhängig erklärten Staatsgebilde übertragen wurden. Im Zuge dessen migrierten Menschen europäischen Ursprungs, wie Kolonisten oder Personen im Dienste der Kolonialverwaltung, zurück in ihre „Mutterländer“ (vgl. Kap. 4.2). Aufsehen erregend war in diesem Zusammenhang unter anderem die massive Rückkehr von Franzosen nach dem algerischen Unabhängigkeitskrieg.⁶

Für die Wissenschaft stand in den 1960er Jahren außer Zweifel, dass die „jungen Nationen“ Afrikas rasch emporstreben

4 Diese Untersuchung unterscheidet fünf afrikanische Großregionen: Nordafrika, Westafrika, Zentral- und Ostafrika sowie das südliche Afrika. Diese geographische Einteilung orientiert sich an den Vorgaben der Vereinten Nationen (siehe Annex 1). Der Sammelbegriff „Subsahara-Afrika“ umfasst Westafrika, Zentral- und Ostafrika sowie das südliche Afrika, und grenzt diese Region (auch „Afrika südlich der Sahara“ genannt) damit vom kulturell unterschiedlichen arabischen Nordafrika ab (siehe Annex 2).

5 Hunderttausende Maghrebener dienten in den zwei Weltkriegen Frankreich als Soldaten (Stacher/Demel 2000).

6 Zum Algerienkrieg: Kohser-Spohn/Renken 2006, Shepard 2006.

würden und dass Asien mit großen Armutsbevölkerungen der Problemfall der „postkolonialen Ära“ sein würde (BMZ 2007). Doch es zeigte sich bald eine umgekehrte Tendenz: Das plötzliche Aufeinandertreffen von alten Stammesrivalitäten und neuer nationalstaatlicher Herrschaft mit gerüsteten Armeen in Grenzen, die willkürlich von den ehemaligen Kolonialmächten gezogen waren, verursachte Feindseligkeiten. Die afrikanischen Staatsgebilde waren sukzessive davon betroffen. Die folgenden Kriege, Bürgerkriege und Konflikte haben dazu geführt, dass Afrika die Rolle des Hoffnungsträgers nachkolonialer Entwicklung eingebüßt hat. Verbunden waren diese Konflikte mit einer Vielzahl von Migrations- und Fluchtbewegungen in Afrika selbst und darüber hinaus.

In Anbetracht der historischen Beziehungen zwischen Afrika und Europa mag es erstaunen, dass die Migrationsforschung Abwanderungsbewegungen aus Afrika nach Europa über lange Zeit nicht explizit zum Thema gemacht hat. Dies hatte mehrere Gründe:

1. Zahlreiche Studien zur Migration in afrikanischen Räumen und zur Lage von afrikanischen Migranten in den Ländern der ehemaligen Kolonialmächte haben lange nicht zu einem einheitlichen Forschungsgegenstand gefunden, sondern blieben im nationalen Kontext verhaftet.
2. Bis in die frühen 1980er Jahre migrierten vergleichsweise wenige Afrikaner nach Europa. Wenn von Zuwanderung aus Afrika die Rede war, dann dachte man noch immer an die Rückkehr von Europäern aus den unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien oder an den kurzen Aufenthalt junger Afrikaner zu Studienzwecken.

3. Europa war noch keinesfalls als einheitliche Zuwanderungsregion definiert. Migration war Sache der einzelnen aufnehmenden europäischen Staaten. Erst im Zuge der langsam fortschreitenden Vergemeinschaftung der Migrationspolitik (z.B. Schengen-Abkommen) spielte Europa als Zuwanderungsregion eine Rolle. Dies muss beachtet werden, wenn von Migration „nach Europa“ die Rede ist.⁷

Erst in den 1990er Jahren gewann die Abwanderung aus Afrika so weit an Bedeutung, dass sie wissenschaftliche Studien nach sich zog. Es erschienen detaillierte Forschungsarbeiten, die nicht nur Wanderung im Umfeld kolonialer Vergangenheit, sondern bereits aktuelle Migrationsformen und -motive aufnahmen (vgl. Grillo/Mazzucato 2008: 179ff.).⁸ Auch sind mit Globalisierung und „Transnationalismus“ (Pries 1997) sowie dem Thema „Entwicklung durch Migration“, bzw. „Co-Development“⁹ (Naïr 1997) interkontinentale Beziehungen ins Blickfeld geraten, die Migration aus Afrika in Richtung Europa zu einem wachsenden Forschungsfeld gemacht haben.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre sagte Körner (1992) voraus, dass der Einwanderungsdruck aus den nordafrikanischen

7 Es wird sich nicht vermeiden lassen, die Ausdrücke Europa und EU je nach Gegenstandsbezug zu verwenden. Im demographischen Vergleich ist Gesamteuropa gewiss von Interesse. Die Migration zielt aber zu allererst auf Produktions- und Dienstleistungszentren in der EU, sodass in den meisten Fällen nur sie betroffen und gemeint sein kann.

8 Grillo/Mazzucato (2008: 179) weisen darauf hin, dass sich z.B. zwischen 1966 und 1999 lediglich 5 % der Artikel der International Migration Review dem Thema Afrika und nur 1 % dem Thema Migration von Afrika nach Europa widmeten.

9 Das Konzept des „Co-Development“ (Ko-Entwicklung) zielt darauf ab, Migration mit der Entwicklung des Herkunftslandes zu verknüpfen, indem Migranten durch aktives Engagement dazu beitragen, die Kooperation zwischen Herkunfts- und Zielländern zu stärken und die Entwicklung des Herkunftslandes durch Eigenleistungen vom Zielland aus zu fördern.

Ländern auf die Europäische Gemeinschaft zunehmen würde. Auch wenn betont wurde, dass der Großteil afrikanischer Migration innerhalb des Kontinents selbst stattfindet, wies Körner auf die große Bevölkerungsdynamik in Nordafrika hin, die – bei gleichzeitiger Anziehungskraft Europas – einen Wanderungsstrom auslösen würde.

Jüngere Untersuchungen von Hatton/Williamson (2002, 2003) identifizieren drei Faktoren, die für die künftige Zuwanderung aus Afrika verantwortlich sein dürften: (1) die weiterhin bestehende Kluft zwischen den Lebensstandards in Afrika und Europa bzw. Nordamerika sowie (2) das Wirtschaftswachstum in Afrika, das trotz höherer Wachstumsraten als in Europa kaum Angleichungen an europäische Lebensformen und Standards erkennen lässt und (3) das anhaltende Bevölkerungswachstum in Afrika mit seinen negativen Folgen. Die Aufhol-effekte der Ökonomien Afrikas müssten groß und spürbar sein, um Abwanderungen zu verhindern. Wirtschaftliche Besserung kann aber auch – zumindest zeitweise und bis zu einem gewissen Niveau – den gegenteiligen Effekt haben.¹⁰ Das Migrationspotenzial könnte steigen, weil mehr Menschen die Kosten einer Migration nach Europa oder Nordamerika aufbringen könnten (Hatton/Williamson 2002, 2003).

10 Nach der Theorie vom „Migration Hump“ (Martin/Taylor 1996) führt eine schnell voranschreitende sozio-ökonomische Entwicklung in Entwicklungsländern anfänglich zu einer Steigerung der internationalen Migration. Dieser Prozess endet erst dann, wenn die Unterschiede im Einkommen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland so gering geworden sind, dass die Gewinne nicht die Nachteile der Migration, z.B. die Trennung von der Familie, aufwiegen können. Das Verhältnis zwischen Entwicklung und Migration verläuft also nicht linear. Es wird dadurch bestimmt, ab welcher Stufe der ökonomischen Entwicklung die Ressourcen für Migration aufgebracht werden können, und ab welcher Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung es weniger erstrebenswert wird zu migrieren (de Haas 2005a, 2006). Nach Stalker (2002: 171) sinkt die Abwanderungsmotivation ab einem BNE von rund 4.000 US-\$. Seit 2002 dürfte sich die Einkommensschwelle jedoch weiter erhöht haben.

Williamson/Yousef verwiesen schon 1998 auf den weiten Weg, den Afrika, zur Reduzierung seines demographischen Drucks, d.h. zur Absenkung seiner Geburtenzahlen und Sterbefälle, noch vor sich hätte. Auch der hohe Anteil junger und abwanderungswilliger Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung wurde in diesem Zusammenhang thematisiert. Williamson/Yousef (1998) führten aus, dass die Bevölkerung Afrikas zwischen 1950 und 1995 jährlich mit durchschnittlich 2,6 % von 224 Millionen auf 726 Millionen Menschen gewachsen ist.¹¹ Hinsichtlich der Erwerbsbevölkerung wurde für den Zeitraum von 1995 bis 2025 von einer jährlichen Wachstumsrate von 2,8 % für Subsahara-Afrika und 3,2 % für die MENA-Staaten ausgegangen.¹² Für die am häufigsten migrierende Bevölkerungsgruppe der 15- bis 29-Jährigen wurde prognostiziert, dass diese in Subsahara-Afrika jährlich um 3,4 % zunähme und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1990 und 2025 von 26 % auf 29 % steigen werde.

Spaan/van Moppes (2006) und de Haas (2007) kommen in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass Afrika weder einen „Exodus“, noch Europa eine „Invasion“ zu fürchten hätten, sondern Migration aus Afrika in die EU sich stetig und überschaubar entwickeln werde. Beide Autoren verdeutlichen in ihren Untersuchungen, dass die Mobilität in und aus Afrika kein neues Phänomen ist, weil Migration immer schon Faktor im Leben vieler afrikanischer Stammeskulturen (Nomaden)

11 2009 lag das jährliche Bevölkerungswachstum Afrikas bei rund 2,29 %, die Bevölkerung umfasste 1,010 Milliarden Menschen (UN 2009a). Zur Bevölkerungsentwicklung Afrikas siehe Kap. 3.1.

12 MENA steht für die Region Middle East and North Africa und umfasst im Allgemeinen die Länder Nordafrikas und des arabischen Mittleren Ostens. Die Annahmen der Autoren basierten auf dem World Development Report (World Bank 1999) und den UN World Population Prospects: The 1998 Revision (UN 1999).

war. Auch müsse das Ziel einer Trans-Sahara-Migration nicht automatisch Europa sein. Spaan/van Moppes und de Haas verweisen aber ebenso wie Hatton/Williamson auf die junge Bevölkerungsstruktur in den afrikanischen Ländern, die auch künftig für ein hohes Migrationspotenzial verantwortlich sei.

Fasst man diese Forschungsergebnisse zusammen, dann ist zu konstatieren, dass die Grundannahmen zur afrikanischen Wanderungsbewegung nach Europa, die zu Beginn der 1990er Jahre gemacht wurden, weiterhin zu gelten scheinen. Die Wanderungsmotive stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklungs- und Wohlstandsdifferenz gegenüber anderen Weltregionen, mit den nur langsamen sozio-ökonomischen und politischen Fortschritten und wiederholten Rückschlägen und schließlich mit der besonderen demographischen Lage Afrikas. Auch wurde hervorgehoben, dass der Großteil des Wanderungsgeschehens innerhalb des Kontinents stattfinde.

Auffallend ist, dass die zitierten Forschungsarbeiten sich zumeist auf ausgewählte afrikanische Regionen konzentrieren und nicht Gesamtafrika in den Blick nehmen. Die vorliegende Studie hat sich daher zur Aufgabe gemacht, Afrika als Ganzes zu betrachten.

2 Theoretische Grundlagen der Einschätzung von Migrationspotenzial

Im folgenden Abschnitt werden der Begriff „Migrationspotenzial“ definiert und theoretische Erwägungen zu den Abwanderungs- und Anziehungsfaktoren einer Region vorgenommen. Die Faktoren zur Bestimmung des Migrationspotenzials werden benannt und in einen dafür erstellten analytischen Rahmen gestellt.

2.1 Zur Definition von Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial umfasst die Abwanderungswilligen einer Region, die sich von einem Verbleib am Ort keine Erfüllung von Lebenszielen versprechen und daher zu einem günstigen Zeitpunkt und auf verschiedensten Wegen in eine aussichtsreichere Region migrieren möchten. Migrationspotenzial entsteht aus der regionalen Diskrepanz *demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer* Umstände. In welchem Umfang sich Abwanderung dann realisiert, hängt von den individuellen Möglichkeiten und Motivationen potenzieller Migranten ab (Faist 2007). Jedem *Migrationsvorgang* geht daher eine Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen Abwanderung und Ortsbindung voraus, sowie zwischen der Attraktivität einer Zielregion und der Größe der Hindernisse, die auf dem Weg zu ihr überwunden werden müssen. Fällt die Abwägung zugunsten der Migration aus, wird diese unternommen. Die Größe des Migrationspotenzials wirft ein Licht auf die Wertschätzung oder die Existenznöte einer Herkunftsregion (Sauvy 1982).

Schätzungen des Migrationspotenzials bedienen sich einer Typologie der Abwanderungsbereitschaft. Nach Stärkegrad der Wanderungsmotivation sind zu unterscheiden:

1. zur Abwanderung entschlossene Personen. Empirische Quelle sind die beobachteten Migrationsströme und Migrantenbestände in den Zielregionen.
2. Personen mit Abwanderungsmotivationen, jedoch noch unentschlossen wegen ungünstiger äußerer Bedingungen.
3. eine Migrationsreserve, die sich nur unter sehr günstigen Gelegenheiten mehr oder minder freiwillig zur Abwanderung entschließt.
4. Personen, die unter Zwang (Flucht, Vertreibung, Existenznot) eine Region verlassen müssen.

Zwischen Migrationspotenzial und tatsächlich vollzogenen Abwanderungen besteht keine feste Relation. Auch ist kein starres Verhältnis von Sesshaften, Abwanderungswilligen und der Zahl regelmäßig Fortziehender anzunehmen. Es gibt „keine empirisch belastbare Theorie, wann ein solcher Auswanderungsdruck zu Auswanderung führt“ (Angenendt 2006: 3). Da Migrationspotenzial kein exakt bestimmbarer oder umfangslogischer Begriff ist, müssen quantitative Fakten und qualitative Einschätzungen bei seiner Bestimmung zusammenwirken.

Die Bestimmung eines Migrationspotenzials beruht somit auf einer wohl informierten Einschätzung jener Zahl von Menschen, die unter schwierigen Bedingungen leben und die unter Umständen bereit sind, eine Region zu verlassen, um nach besseren Lebensgrundlagen andernorts zu suchen. Die Einschätzung bezieht sich auf die Bindungskräfte am Ort, auf

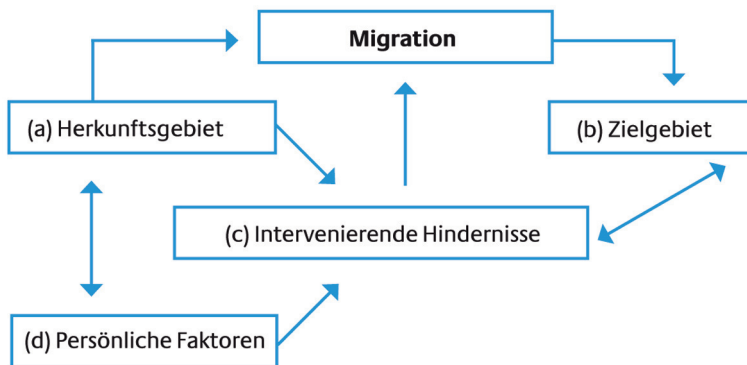
einen möglichen, anzusteuernenden Zielraum und letztlich die Hoffnungen, die potenzielle Migranten und ihre Angehörigen mit einer Abwanderung verbinden.

2.2 Theoretische Herleitung des Forschungsrahmens

Ausgangspunkt für die Herleitung ist zunächst die klassische Migrationstheorie von Lee (1966, 1972). Lee stellt die Gründe, die Menschen bewegen, aus ihrer Region abzuwandern („Push“-Faktoren), den Anziehungskräften gegenüber, die von Räumen mit besseren Lebenschancen ausgehen („Pull“-Faktoren). Diese Wanderungsfaktoren teilen sich in vier Kategorien:

- (a) Faktoren in Verbindung mit dem Herkunftsgebiet,
- (b) Faktoren in Verbindung mit dem Zielgebiet,
- (c) intervenierende Hindernisse sowie
- (d) persönliche Faktoren (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Migrationsbestimmende Faktoren nach dem „klassischen“ Push-Pull-Ansatz von Everett Lee



Quelle: Eigene Darstellung nach Lee (1966, 1972).

Faktoren des Herkunfts- und Zielgebietes beziehen sich auf strukturelle Merkmale des jeweiligen Raumes wie Beschäftigung und Lohnniveau, die Qualität des Gesundheits- und Schulsystems, sowie den Grad öffentlicher Sicherheit. Mit intervenierenden Hindernissen sind Schwierigkeiten gemeint, die im Zuge des Wanderungsvorgangs zu bewältigen sind, wie Grenzkontrollen und Zuwanderungsbestimmungen des Aufnahmelandes. Faktoren des Herkunfts- und Zielgebietes und die besagten intervenierenden Hindernisse sind objektiv feststellbar, geben aber nicht den alleinigen Ausschlag für Migration. Persönliche Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle. Sie beinhalten die subjektive Wahrnehmung der Chancen und Risiken eines Fortzugs und die persönlichen Merkmale des Migranten, die auch für ein Zielland von Interesse sind, wie Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Beruf oder ethnische Herkunft.

Der „klassische“ Push-Pull-Ansatz allein ist für die Analyse gegenwärtiger Wanderungsströme jedoch unzureichend. Migration erhält im Globalisierungsprozess eine veränderte räumliche Dimension, wie sich an den vergrößerten Handlungsspielräumen von Individuen, Wirtschaftseinheiten und Nationen zeigt. Sie erhält aber auch eine veränderte soziale Dimension, weil Wanderungsvorgänge als Gruppenbildungsprozesse in Erscheinung treten. Der isolierte, auf sich gestellte Einzelmigrant wird seltener, dafür rückt die Gruppe in den Blick. Der theoretische Ansatz muss daher in Zeiten der Globalisierung transnationale Räume und soziale Netzwerke wie Diasporen bzw. ethnische Enklaven mit berücksichtigen. Solche Migrantennetzwerke verbinden die Herkunftsregion mit der Zielregion und dienen dazu, den Migrationsvorgang und die Orientierung im Zielland zu erleichtern. Sie sind zweckgerichtete Beziehungen zwischen Migranten, ehemaligen Migranten, die sich im Zielort

eingerrichtet haben, und denen, die im Heimatland verblieben sind (vgl. Massey/España 1987, Gurak/Caces 1992, Pries 1997). Entsprechend beeinflusst ihre Existenz im Abwanderungsgebiet wie am Zielort die Entscheidungen für den Wanderungsvorgang. Zudem wirken sie sich auch auf die Kontinuität von Wanderungsbewegungen aus, was als „Wanderungsdrift“ oder „Kettenmigration“ bezeichnet wird.

Martin/Widgren (2002: 8) haben in ihrem Migrationsmodell diese Erweiterung des klassischen Push- und Pull-Ansatzes um den Faktor „Netzwerke“ vorgenommen. Sie nennen als Migrationsursachen (1) angebotsseitige (*supply-push*) und (2) nachfrageseitige Faktoren (*demand-pull*), sowie (3) Netzwerke (*network factors*). Dabei betonen Martin/Widgren, dass diese drei Faktorengruppen selten gleichgewichtig an der Migrationsentscheidung beteiligt sind. Sie halten den Abgleich von räumlichen Abstoßungs- und Anziehungsfaktoren für primär, sehen jedoch Netzwerke bei jedem Migrationsvorgang mit am Werk.

Über Netzwerke werden Informationen zu Entwicklungs- und Standarddifferenzen zwischen Abwanderungs- und Zielland ausgetauscht und gleichzeitig die Möglichkeiten ihrer Überwindung aufgezeigt. Die „Netzwerkthese“ unterstellt also eine funktionierende Organisation, die für einen regen Fluss von Informationen, Gütern und Menschen zwischen Herkunftsland und Zielregion sorgt. Daraus entstehen und festigen sich Gemeinschaften, auf die Migranten vorteilhaft zurückgreifen können: *Erstens* verringern sich die Migrationskosten, wenn behilfliche Landsleute sich bereits in der Zielregion aufhalten. *Zweitens* bieten Netzwerkbeziehungen wichtige Informationen über Arbeit und Geldverdienst. Die Größe von Migrationsströ-

men zwischen zwei Ländern hängt somit nicht alleine von Lohnunterschieden oder der Arbeitskräftenachfrage ab, sondern von Erleichterungen und Kostensenkungen für den Migrant, indem er in Netzwerke eingebunden ist oder sie nutzen kann. Internationale Migration ist ohne Netzwerke nicht denkbar, wird durch sie sogar „perpetuiert“ (Massey et al. 1993: 448f., Massey 1999). Entsprechend können sie mitunter auch das Migrationspotenzial im Herkunftsland vergrößern (Haug/Sauer 2006).

2.3 Konzeption zur Analyse von Migrationspotenzial

Mit der Abwanderungsregion Afrika und der Zielregion Europa stehen sich zwei sozial, politisch und kulturell kontrastierende Räume gegenüber. Daher müssen die Wanderungsmotive und die Netzwerke noch in den größeren Rahmen der *Entwicklungsdifferenzen* von Abwanderungs- und Zielregion gestellt werden. Solche Differenzen, die das Ausmaß unterschiedlicher industrieller Entwicklungsstufen annehmen, werden als „*Wohlstandsgefälle*“ bezeichnet.¹³ Ein solches Wohlstandsgefälle existiert zwischen Nord- und Südamerika mit dem Rio Grande als Scheidelinie, zwischen den arabischen Erdölmonarchien und den übrigen Staaten des Nahen Ostens und besonders zwischen dem Europa der EU und dem afrikanischen Kontinent mit dem Mittelmeer als einem markanten sozialen und kulturellen Graben (vgl. Schmid 2007: 669). Für die hier angestrebte Betrachtung des Migrationspotenzials müssen diese Differenzen in vergleichbare Kategorien bzw. Indikatoren gegliedert werden. Braun/Topan (1998) liefern dafür ein Schema. Hierin werden Wanderungsmotive bestimmten Faktorengruppen zugeordnet, die den Zustand einer Region beschreiben und

13 Siehe auch Schmid 2009.

anhand derer die Unterschiedlichkeit von Abwanderungs- und Zielregion deutlich wird (vgl. Borchers 2008: 15).

Ergänzt um den Aspekt Netzwerke und die Berücksichtigung der Wanderungsmotive vor dem Hintergrund objektiver Entwicklungsdifferenzen bzw. eines Wohlstandsgefälles, ergibt sich ein Forschungsrahmen für die Analyse von Migrationspotenzial. Diese Analyse basiert somit unter anderem auf dem im interkontinentalen Vergleich von Entwicklungsniveaus zutage tretenden Wohlstandsgefälle. Dieses Wohlstandsgefälle wird auf allen Ebenen eines Vergleichs von Entwicklungsgraden und Standarddifferenzen zwischen Europa und Afrika sichtbar und ist einschlägigen Datensammlungen zu entnehmen.¹⁴ Es zeigt sich an einem *Gefälle in Lebensformen und Lebenschancen* (Familiengrößen, Lebenserwartung, soziale Dienste), in *ökonomischen Vergleichskriterien* (z.B. Prosperität, Nationaleinkommen und Nähe der heimischen Produktion zum Weltmarkt), in einem *Stabilitätsgefälle nach Kriterien sozialer Ordnung und Regierungsführung* (governance) sowie an einem *Gefälle in Wertestandards*, vor allem am Wert des menschlichen Lebens (Sauvy 1977) und den Anrechten auf Existenz (Marshall 1992, Schmid 2009), sowie an ökologischen Einstellungen wie dem nachhaltigen Umgang mit den erneuerbaren Ressourcen Wasser und Boden.

Basierend auf diesen materiellen und ideellen Vergleichskriterien werden im Folgenden fünf Faktorengruppen betrachtet, welche die Wanderungsmotivation aus Entwicklungsdif-

14 Allein die Vereinten Nationen (UN) liefern Vergleichsdaten zu Entwicklungsstand, Familie, Lebenserwartung und Migration (UN Population Division, UNFPA, UNAIDS), zu Flucht und Vertreibung (UNHCR) sowie zur Bildung (UNESCO, UNDP). Daten zu Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten, zu Beschäftigung und zu Kennziffern der Produktion liefern World Health Organization (WHO), International Labour Organization (ILO) und World Bank.

ferenz zur angestrebten Zielregion erklären und das damit einhergehende Migrationspotenzial in seiner Entwicklung abzuschätzen erlauben.¹⁵ Die Gruppe der Einflussfaktoren wird geteilt in: (1) demographische Faktoren und soziale Infrastruktur, (2) wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren, (3) politische Faktoren und (4) umweltbezogene Faktoren. Aus den (5) Netzwerkfaktoren, d.h. den bestehenden Migrationsströmen und -beständen, werden zukünftige Migrationsbewegungen abgeleitet.

Das Wechselverhältnis zwischen Abwanderungsfaktoren aus Afrika und Zuwanderungsfaktoren nach Europa wird in Abbildung 2 ersichtlich. Die Faktoren werden im Folgenden kurz erläutert.

15 Für die Bestimmung dieses Sets von fünf Faktoren siehe Borchers 2008.

Abbildung 2: Migrationspotenzial aus regionalen und kontinentalen Entwicklungsdifferenzen

Abwanderungsfaktoren aus den Herkunftsländern	Migranten	Anziehungsfaktoren der Zielländer
	Struktur der Entwicklungsdifferenzen	
Bevölkerungswachstum, junge Altersstruktur Mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung, fehlende soziale Sicherung	1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	Bevölkerungsstagnation, -schrumpfung, demographische Alterung Wohlfahrtsstaatliche Leistungen, gute Bildungs- und Gesundheitsversorgung, soziale Sicherung
Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne Armut, niedriger Konsum- und Lebensstandard	2. Wirtschafts- und arbeitsmarkt-relevante Faktoren	Arbeitskräftemangel, hohe Löhne Wohlstand, hoher Konsum- und Lebensstandard
Diktatur, Schattendemokratie, schlechte Regierungsführung Krieg, Völkermord, staatliche Überwachung, Folter, Verfolgung, Enteignung, Terrorismus, Minderheitsunterdrückung	3. Politische Faktoren	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, politische Stabilität Frieden, Sicherheit, Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz
Umweltkatastrophen, Wüstenbildung, Ressourcenmangel, Wasserknappheit, Bodenerosion, fehlende Umweltpolitik	4. Umweltbezogene Faktoren	Intaktere Umwelt, Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen
	Migrantennetzwerke	
Familien-, Clan-Entscheidungen Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (Ir)reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten, Schleuser-routen	5. Migrationsströme und -bestände	Diaspora, Ethnische Community, historische koloniale Bindungen Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (Ir)reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten (Aufenthaltsrecht)

Quelle: Eigene Darstellung (in Anlehnung an Braun/Topan 1998).

1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur

Bevölkerungswachstum und die junge Altersstruktur afrikanischer Länder stoßen in Europa auf Bevölkerungsstagnation bzw. Bevölkerungsabnahme mit den Problemen demographischer Alterung. Mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie fehlende soziale Sicherung in Afrika stehen im Kontrast zu den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen Europas, zu flächendeckender Gesundheitsversorgung und Systemen sozialer Sicherung.

2. Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren

Afrikas Wirtschaft ist geprägt von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen. Armut sowie ein niedriger Konsum- und Lebensstandard sind die Folgen. Im Gegensatz dazu bestehen in Europa Arbeitskräftebedarf in bestimmten Branchen und hohe Löhne. Europa steht für Wohlstand und einen hohen Lebensstandard.

3. Politische Faktoren

Politisch motivierte Abwanderung in und aus Afrika ist häufig Flucht und Vertreibung und betrifft Einzelpersonen, Gruppen und nicht selten Stammesvölker insgesamt. Sie beruht meist auf Regierungsversagen, politischer Verfolgung bis hin zu Menschenrechtsverletzungen. Afrikanische Regimes sind zumeist defekte Demokratien und (moderate) Autokratien. Europa hingegen ist charakterisiert durch politische Stabilität: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus. Dies begründet zugleich die Auswahl Europas als Zielregion von Flucht- und Asylmigration.


4. Umweltbezogene Faktoren

Afrika ist aufgrund von Klimawandel, fehlender Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sowie Ressourcenausbeutung verstärkt von ökologischen Problemen, wie Umweltkatastrophen, Wüstenbildung und Ressourcenmangel (Wasserknappheit, Bodenerosion) betroffen. Dies kann Umweltmigration in Regionen (wie Europa) mit intakterer Umwelt sowie vorhandenen Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen zur Folge haben.

5. Netzwerkfaktoren basierend auf den Migrationsströmen und -beständen

Die Migrantenbestände in den Ländern Europas gehen einher mit der Gründung von Netzwerken, die den weiteren Zuzug von Landsleuten erleichtern. Es liegt dann an der Gesetzgebung und den Behörden des Ziellandes, das Migrationsgeschehen zu steuern. Denn sie bestimmen letztlich die Form und die Berechtigung von Zuwanderung, sei es zum Zwecke der Familienzusammenführung, Arbeitsmigration, Asylmigration oder Bildungsmigration. Sind die regulären Zuwanderungsmöglichkeiten ausgeschöpft, wird auch eine irreguläre Zuwanderung erwogen.

3 Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial aus Afrika



Migrationspotenziale entstehen aufgrund von Diskrepanzen in Lebensformen und Lebenschancen zwischen zwei Räumen. Afrika trägt typische Merkmale des Abwanderungsraumes, Europa die Charakteristika der Zuwanderungsregion. Anhand von demographischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Faktoren soll im Folgenden das Entwicklungsgefälle zwischen Afrika und Europa analysiert werden, das ein Migrationspotenzial letztlich impliziert (vgl. Abb. 2).

3.1 Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur

Unter Bezugnahme auf demographische Maßzahlen und bevölkerungssoziologische Indikatoren ist es möglich, den Entwicklungs- und Modernisierungsgrad einer Region zu analysieren (vgl. Tab. 1 – 6): Je höher die Maßzahlen zur Fertilität und Mortalität, desto weniger entwickelt ist eine Bevölkerung. Je niedriger die Messwerte, umso mehr gehören Bevölkerung und Gesellschaft modernen, industriellen oder schon postindustriellen Entwicklungsstufen an. Die demographischen Faktoren sind daher ein geeigneter Einstieg in die Analyse der Diskrepanz zwischen Afrika und Europa. Die hierbei verwendeten Indikatoren sind:

- a. das *Bevölkerungswachstum* einer Region, das auf einen bestimmten Entwicklungsgrad verweist. Die natürliche Wachstums- oder Zuwachsrate wird zum Indikator sozio-ökonomischer Entwicklung,

wenn man einer Erfahrungsregel folgt: Bevölkerungen mit großen Entwicklungsrückständen („least developed countries“) tendieren zu einer jährlichen Wachstumsrate gegen 3 %. Sie finden sich durchweg in Afrika (Zentralafrika 2,6 %). Die Industrieländer liegen hingegen deutlich unter 0,5 % jährlich (Europa: 0,09 %) (UN 2009a).

- b. der *Altersaufbau*, der aufzeigt, in welcher Stärke Jugend und Alter vertreten sind. Das quantitative Verhältnis der beiden großen Altersgruppen zueinander ist ein Indikator für die Unterstützungsleistung, die eine Erwerbsbevölkerung für die abhängigen Jahrgänge der Jugend und des fortgeschrittenen Alters zu erbringen hat. Besonders die Geburtsjahrgänge binden in Staat und Familien Mittel, weil gesellschaftlicher Fortschritt Investitionen in die Nachkommenschaft erfordert („Demographische Dividende“¹⁶). Es ist gebräuchlich, von „jungen“ und „alten“ Bevölkerungen zu sprechen, je nachdem, ob der Jugendanteil oder der Altenanteil überwiegt: je moderner eine Bevölkerung ist, desto „älter“ ist sie, d.h. desto größer wird in ihr der Altenanteil sein.

16 Die „demographische Dividende“ fällt bei vorteilhafter Altersstruktur der Bevölkerung an, d.h. wenn Geborenenüberschüsse sich stark verringert haben, sich der Großteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter befindet und in Arbeit gebracht werden kann bzw. wenn der Anteil der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (Kinder, Alte) an der Gesamtbevölkerung gering ist. Man geht davon aus, dass Volkswirtschaften mit einer solchen Altersstruktur aufgrund stärkerer Kapitalbildung (steigende wirtschaftlicher Produktivität, mehr Investitionen und wachsender Konsum) und niedrigeren Kosten für wirtschaftlich abhängige Altersgruppen von einem starken Anstieg des nationalen Einkommens profitieren. Die frei werdenden Mittel müssen jedoch zusätzlich in Bildung und weitere Arbeitsplätze investiert werden. Ein Teil des Aufschwungs der asiatischen Tigerstaaten ist der demographischen Dividende zuzuschreiben (Kent/Haub 2005, siehe hierzu auch Loewe 2007).

- c. die *Geburtenhäufigkeit* (Fertilität), die auf die Familiengrößen und die Arbeitsformen, die in einer Bevölkerung vorherrschen, verweist. Hohe Fertilität ist typisch für eine Gesellschaft mit hohem Agraranteil. Ein entscheidender Indikator ist die durchschnittliche Kinderzahl je Frau¹⁷. Sie sagt aus, ob die Bevölkerung mit 2,1 Kindern je Frau den Generationenersatz garantiert, ob sie – darunter liegend – abnimmt, oder ob sie sich mit einer höheren durchschnittlichen Kinderzahl in der nächsten Generation vergrößert.
- d. die *Sterblichkeit* (Mortalität) und die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt, die einen gesellschaftlichen Entwicklungsstand charakterisieren. Wenn die Mortalität sinkt, steigt die Lebenserwartung und bewirkt eine allmähliche Veränderung des Altersaufbaus. Die Höhe der Säuglings- und Müttersterblichkeit ist zudem ein recht zuverlässiger Indikator für den Organisationsgrad des Gesundheitswesens und der sozialen Dienste überhaupt.

17 Auch „Zusammengefasste Geburtenziffer“ oder „TFR“ (engl. Total Fertility Rate) genannt.

Die Analyse der Indikatoren wird das Bild einer „geteilten Welt“ zeigen und erlaubt die Lokalisierung Afrikas im internationalen Vergleich (Chesnais 1987, Kent/Haub 2005, Macura et al. 2005).

3.1.1 Afrika im Rahmen der Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung umfasst 2009, nach letztverfügbarer Projektion der Vereinten Nationen, 6,83 Milliarden Menschen und unterliegt einer jährlichen Zuwachsrate von 1,18 % (UN 2009a, vgl. Tab. 1). Das bedeutet eine Bevölkerungszunahme von 79 Millionen Menschen jährlich. Nach der „mittleren Variante“ der UN-Projektionen, d.h. der Projektion mit dem gegenwärtig größten Wahrscheinlichkeitsgrad wird die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 9,15 Milliarden Menschen anwachsen (vgl. Tab 1). Sie verdankt dieses Wachstum allein den Geborenenüberschüssen in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (UN 2009a).¹⁸ Seit mehr als 30 Jahren sinkt zwar auch dort langsam die Geburtenzahl, doch eine Stagnation wie in Europa seit zwei Jahrzehnten dürfte dort erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eintreten. Für Afrika mit seiner ungewöhnlichen Wachstumsdynamik dürfte selbst dieser Zeitraum noch zu kurz gegriffen sein.

18 Siehe hierzu auch Schimany 2008.

Tabelle 1: Demographische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2009 und 2050

Regionen	Bev. 2009* in Mio.	Geburten, pro 1.000 Einw. 2005-2010*	Sterbefälle pro 1.000 Einw. 2005-2010*	Natürliche Wachs- tumsrate 2005-2010* in %	Durchschn. Kinder- zahl je Frau 2005-2010*	Anteil an Weltbev. 2009* in %	Anteil an Weltbev. 2050* in %	Bev. 2050* in Mio.
Welt	6.829	20,3	8,5	1,18	2,56	100	100	9.150
Höher entwickelte Regionen **	1.233	11,2	10,1	0,34	1,64	18,1	13,9	1.275
Europa	732	10,5	11,4	0,09	1,50	10,7	7,6	691
Nordamerika	348	13,8	7,8	0,96	2,04	5,1	4,9	448
Weniger entwickelte Regionen ***	5.596	22,3	8,1	1,37	2,73	81,9	86,1	7.875
Lateinamerika / Karibik	582	19,0	6,0	1,12	2,26	8,5	8,0	729
Afrika	1.010	36,0	12,5	2,29	4,61	14,8	21,8	1.998
Asien	4.121	19,0	7,4	1,14	2,35	60,3	57,2	5.231
Ozeanien	35	17,4	7,0	1,31	2,44	0,5	0,6	51

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

** Höher entwickelte Regionen: Europa, Nordamerika, Australien/Neuseeland, Japan.

*** Weniger entwickelte Regionen: Afrika, Asien (außer Japan), Lateinamerika/ Karibik, Melanesien, Mikronesien, Polynesien.

Quelle: UN 2009, 2009a.

Darstellungen der Weltbevölkerung, wie in Tabelle 1, zielen auf das unterschiedliche Wachstumstempo in Großregionen und Subkontinenten. Zuwachsraten müssen zusammen mit der Bevölkerungsgröße gesehen werden. „Höher entwickelte Regionen“ (*more developed regions* bzw. Industrieländer) beanspruchen seit langem eine eigene Rubrik, weil ihre Daten eine gänzlich andere Problemkonstellation aufweisen als „weniger entwickelte Regionen“ (*less developed regions* bzw. Entwicklungsländer). Für die Industrieländer mit einer Bevölkerung von 1,23 Milliarden (2009) Menschen stehen beispielhaft

Europa und Nordamerika. Doch Europa verzeichnet im Regionen-Vergleich das mit Abstand geringste Wachstum (0,09 %).¹⁹

Europa und Nordamerika sind auf dem Modernisierungsweg am weitesten fortgeschritten, was auch am geringen Geburtenaufkommen (Geburten, durchschnittliche Kinderzahl je Frau) und den weltweit niedrigsten Wachstumsraten abzulesen ist (Tab. 1). Auf erfolgreichem Modernisierungsweg ist Ostasien, während der indische Subkontinent von starker Heterogenität gekennzeichnet ist. Gewissen Inseln der Modernität (z.B. Bangalore) stehen Regionen mit großer Armutsbevölkerung gegenüber – eine Feststellung, die auch für Lateinamerika gelten kann. Das Bevölkerungswachstum wird in den „weniger entwickelten Regionen“ Asiens und Lateinamerikas bis 2050 andauern.

Afrika nimmt bezüglich seiner Wachstumstendenz im internationalen Vergleich eine besondere Stellung ein. Seine demographischen Komponenten heben sich von allen anderen regionalen Vergleichswerten deutlich ab (vgl. Tab. 1). Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass Afrika – mit Ausnahme fortgeschrittener Regionen im äußersten Süden und Norden – noch den weitesten Weg hin zur modernen Gesellschaft zu gehen hat.²⁰ Die hohen jährlichen Zuwachsraten (2,29 %) und das ebenso hohe Geburtenniveau (4,61 Kinder je Frau) scheinen dies zu

19 Wenn moderne Gesellschaften ihre Bevölkerung vermehren, wie die USA, Kanada und Australien, dann ist Einwanderung aus Entwicklungsländern stark daran beteiligt.

20 Im Zuge der Entwicklung von Agrar- zu postindustriellen Gesellschaften wandelt sich der ökonomische Wert von Kindern (Einkommens- und Alterssicherung) hin zum emotionalen, „immateriellen“ Wert von Kindern, d.h. „von Kinderquantität zu Kinderqualität“ (Hoffman/Hoffman 1973, vgl. Schmid/Kohls 2009).

bestätigen. Die Geburtenzahlen afrikanischer Frauen sinken nur langsam (vgl. Tab. 2), denn die dafür nötigen Rahmenbedingungen, wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Zugang zu Familienplanung und gezielte Investitionen in weibliche Arbeitskraft und Bildung, sind noch nicht in ausreichendem Umfang vorhanden (Lutz et al. 2008).²¹ Sie wären wichtige Voraussetzungen für Modernisierung und Entwicklung.²²

Afrika ist zwar der Kontinent, der durch natürliche Wachstumsraten noch starke Jugendjahrgänge hervorbringen wird, doch erst mit weiteren Entwicklungsdefiziten zusammen zeigt starkes Bevölkerungswachstum seine belastenden Eigenschaften. Es erhöht den Druck auf die heimischen Ressourcen, verstärkt existierende Mängel, verschärft Machtkämpfe unter Eliten und kann ethnische Spannungen erhöhen (vgl. Kap. 3.3).

■ Geburtenentwicklung

Das Geburtenniveau der Weltbevölkerung ist seit Anfang der 1950er Jahre von durchschnittlich 4,92 Kindern je Frau (1950 – 1955) auf gegenwärtig 2,56 Kinder (2005 – 2010) gesunken. In den Industrieländern liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau (TFR) derzeit bei 1,64 und damit unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus von 2,1 Kindern (vgl. Tab. 1).²³ In den am wenigsten entwickelten Ländern liegt sie am höchsten, nämlich bei 4,39 Kindern je Frau (UN 2009a).

21 Siehe hierzu Tetzlaff 2000, Birg 2004, Lutz et al. 2004, Coleman 2005.

22 Zur „Theorie des demographischen Übergangs“ siehe Notestein 1945, Davis 1963, Caldwell 1976, 2006. Vgl. auch Schmid/Kohls 2009.

23 Siehe hierzu auch Teitelbaum/Winter 1998, Lesthaeghe/Moors 2000.

Tabelle 2: Demographische Indikatoren Afrikas, 1950-2010

Afrika	Bev. in Mio.	Geburten pro 1.000 Einw.	Sterbefälle pro 1.000 Einw.	Natürliche Wachstums- rate in %	Wanderungs- saldo in 1.000	Durchschn. Kinderzahl je Frau	Durchschn. Lebens- erwartung bei Geburt in Jahren
1950-1955	227 (1950)	48,0	25,7	2,18	-122	6,63	38,7
1960-1965	285 (1960)	47,6	22,0	2,46	-297	6,75	42,7
1970-1975	367 (1970)	46,2	18,8	2,65	-395	6,69	46,5
1980-1985	482 (1980)	44,8	15,9	2,85	-186	6,44	50,2
1990-1995	639 (1990)	40,6	14,4	2,57	-353	5,65	51,6
2000-2005	819 (2000)	37,2	13,3	2,34	-511	4,91	52,7
2005-2010*	1.010 (2009)	36,0	12,5	2,29	-532	4,61	54,1

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

Quelle: UN 2009a.

In Afrika sank die TFR in den letzten 50 Jahren zwar von 6,63 (1950 – 1955) auf 4,61 (2005 – 2010), dennoch findet sich auf dem Kontinent die höchste Fertilität im Weltvergleich mit einer rohen Geburtenziffer von 36,0 Lebendgeburten (2005 – 2010) je 1.000 Einwohner (vgl. Tab. 2). Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 4,61 (2005 – 2010) ist damit fast doppelt so hoch wie im asiatischen Durchschnitt (2,35) und beträgt das Dreifache der europäischen (1,50) (vgl. Tab. 1).

Der Blick auf die Regionen des afrikanischen Kontinents zeigt, dass nur Nordafrika und das südliche Afrika geringere Fertilitätswerte aufweisen (Tab. 3). Mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 2,91 bzw. 2,64 (2005 – 2010) liegen sie jedoch über dem Generationenersatz von 2,1 und noch deutlicher über dem europäischen Durchschnitt von 1,50.

Die Problemlagen des Kontinents konzentrieren sich in West-, Ost- und Zentralafrika. Dort beträgt die TFR 5,27 bis 5,67 (2005 – 2010) Kinder je Frau. Das bedeutet nahezu eine Verdreifachung der Elterngeneration, zumal die Fertilität sich schon seit Jahrzehnten auf diesem Niveau hält (Tab. 3). Die Bevölkerung in *Zentralafrika* wird bis 2050 bei einer natürlichen Wachstumsrate von derzeit 2,60 % (2005 – 2010) am stärksten zunehmen (UN 2009a).²⁴ Die Zahl der dort lebenden Menschen wird von aktuell (2005) 113 Millionen auf 273 Millionen im Jahr 2050 steigen (Tab. 3). In *West- und Ostafrika* wächst die Bevölkerung mit 2,51 % bzw. 2,59 % etwas weniger stark. Hier wird sich die Zahl der Menschen bis 2050 dennoch mehr als verdoppeln.

In diesem Zusammenhang gilt Folgendes zu bedenken: wenn Geburten nur proportional zur bereits gesunkenen Sterblichkeit zurückgehen, bleibt das Quantum an Geborenenüberschüssen in etwa gleich groß. Erst weitergehende Geburtenrückgänge werden dieses Quantum verringern. Hinsichtlich starker Jugendjahrgänge gilt anzumerken, dass in Ländern mit einem hohen Anteil junger Menschen der Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt steigt, was bei mangelnder Aufnahmekapazität in diesen Bereichen zu Landflucht oder internationaler Migration führen kann.

24 Bei einem natürlichen Bevölkerungswachstum von konstant 2 % verdoppelt sich die Bevölkerung innerhalb von 35 Jahren.

Tabelle 3: Demographische Indikatoren afrikanischer Regionen¹ und Länder, 2005, 2025 und 2050

Regionen / Länder	Bev. 2005 in Mio.	Nat. Wachstumsrate 2005-2010* in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau 2005-2010*	Bev. 0-14 2005 in %	Bev. 0-14 2050* in %	Bev. 60+ 2005 in %	Bev. 2025* in Mio.	Bev. 2050* in Mio.
Afrika	921	2,29	4,61	41,2	27,3	5,2	1.400	1.998
Afrika südlich der Sahara	764	2,44	5,08	43,2	28,4	4,8	1.194	1.753
Westafrika	270	2,51	5,27	43,2	28,7	4,8	423	626
Ostafrika	287	2,59	5,30	44,5	29,0	4,6	469	711
Zentralafrika	113	2,60	5,67	45,8	29,0	4,6	183	273
Südliches Afrika	55	1,40	2,64	32,6	23,0	6,4	63	67
Nordafrika	195	1,71	2,91	33,2	20,6	6,6	263	321
Ägypten	77	1,81	2,89	33,3	20,6	6,7	105	130
Algerien	33	1,51	2,38	29,6	18,2	6,5	43	50
Libyen	6	2,00	2,72	30,3	18,9	6,0	8	10
Marokko	30	1,20	2,38	30,3	18,6	7,5	38	43
Tunesien	10	0,98	1,86	25,7	16,6	9,2	12	13

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

¹ Für die Einteilung der afrikanischen Großregionen siehe Annex 1.

Quelle: UN 2009a.

Dem arabischen Norden werden starke Geburtenrückgänge in den letzten zwei Jahrzehnten attestiert und auf eine rasche sozio-ökonomische Entwicklung der Maghreb-Staaten, Libyens und Ägyptens geschlossen (Courbage/Todd 2008). In Afrika südlich der Sahara scheint – von einem wesentlich höheren Fertilitätsniveau aus – ein ähnlicher Geburtenrückgang zu stocken, bzw. äußerst langsam vor sich zu gehen.

■ Sterblichkeit und durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt

Die hohe afrikanische Fertilität wird auch als Reaktion von Familien und Gemeinschaften auf die hohe Sterblichkeit bzw. Mortalität auf dem Kontinent gedeutet. Es ist zuerst die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit, die als Faktor in das generative Verhalten afrikanischer Paare eingeht und entsprechend Ersatz- und Vorsorgegeburten erbringt. Das Ziel generativen Verhaltens ist die erwünschte Anzahl *überlebender* Kinder.

Tabelle 4: Demographische und sanitäre Indikatoren afrikanischer Regionen¹, 2005-2010

Regionen	Müttersterblichkeit 2005 ² 1 zu	Säuglingssterblichkeit ³ 2005-2010* pro 1.000	Unternährte Bev. ⁴ 2003-2005 in %	HIV-Infizierte ⁵ 15-49 Jahre 2007 in %	Bev. mit sauberem Trinkwasser- zugang ⁶ 2006, in %	Städt. Bev. 2007 in %
Afrika	26	83	24	4,0	64	38,7
Afrika südlich der Sahara	22	89	30	5,0	58	35,9
Westafrika	19	98	14	2,5	58	42,9
Ostafrika	28	76	35	5,8	54	22,7
Zentralafrika	20	112	57	2,5	52	41,1
Südliches Afrika	90	49	47	18,5	92	57,3
Nordafrika	145	42	5	0,3	87	50,9

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

1 Für die Einteilung der afrikanischen Großregionen siehe Annex 1.

2 Müttersterblichkeitsrisiko über die gesamte Lebenszeit.
Datenquelle: WHO 2007: 34ff., PRB 2008.

3 Jährliche Anzahl der Todesfälle von Säuglingen im ersten Lebensjahr
pro 1.000 Lebendgeborenen (UN 2009a).

4 Datenquelle: FAO 2008: 14ff., FAO 2008a.

5 Datenquelle: UNAIDS 2008, PRB 2008.

6 Datenquelle: WHO/UNICEF 2008, PRB 2008.

Quelle: UN 2008, 2009a; PRB 2008.

Die Säuglingssterblichkeit (bis 12 Monate nach der Geburt) liegt in den Industrieländern bei 6 Fällen auf 1.000 Lebendgeborene, in Afrika insgesamt bei 83 Fällen (2005 – 2010). Zentralafrika weist mit 112 Fällen (2005 – 2010) den höchsten Werte im internationalen Vergleich auf (UN 2009a; Tab 4). 1950 lag die Säuglingssterblichkeit in Afrika noch bei 177 Fällen je 1.000 Lebendgeburten (UN 2009a).

Die langsam sinkende Sterblichkeit in Afrika darf jedoch nicht über regionale Rückschläge hinwegtäuschen. Die in Tabelle 4 aufgeführten Indikatoren Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterernährung und Mangel an sauberem Trinkwasser sind Ursachen von erhöhter Morbidität und Mortalität. In weiten Landstrichen fehlen die sanitären Voraussetzungen dessen, was im Bereich der UN als „reproduktive Gesundheit“ bezeichnet und gefordert wird: die Durchsetzung des Elternwunsches nach einer bestimmten Zahl überlebender Kinder und entsprechende Einrichtungen, die dieses faktisch ermöglichen.²⁵

In Afrika leiden 24 % der Bevölkerung (2003 – 2005) an Unterernährung und 36 % der Bevölkerung (2006) haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser (Tab. 4). Die Müttersterblichkeit liegt in Afrika (2005) bei 1 zu 26, d.h. jede 26ste Frau stirbt bei der Geburt ihres Kindes. Die Säuglingssterblichkeit beträgt in Afrika (2005 – 2010) – wie bereits erwähnt – 83 Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten.²⁶ Bis 2050 wird von einer Abnahme der Säuglingssterblichkeit auf 38 ausgegangen (UN 2009a), was einen starken Rückgang von Ersatz- und Vorsorgegeburten zur Folge haben dürfte. Vergleicht man Nordafrika mit Afrika süd-

25 Siehe hierzu WHO 2007, WHO/UNICEF 2008, UNFPA 2008, FAO 2008, 2008a.

26 Bzgl. Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindersterblichkeit siehe Verdier-Chouchane 2008.

lich der Sahara, dann zeigen sich auch hier Entwicklungsdifferenzen: Die Müttersterblichkeit liegt in Nordafrika bei 1 zu 145, d.h. jede 145ste Frau stirbt bei der Geburt ihres Kindes. In Afrika südlich der Sahara liegt die Wahrscheinlichkeit, bei der Geburt eines Kindes zu sterben, bei 1 zu 22.²⁷ Die Säuglingssterblichkeit liegt in Nordafrika bei 42 Todesfällen pro 1.000 Geburten, südlich der Sahara bei 89 Todesfällen.

Die höchste Müttersterblichkeit verzeichnen West- und Zentralafrika mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 19 bzw. 1 zu 20. Ebenfalls dort findet sich die weltweit höchste Säuglingssterblichkeit von 98 bzw. 112 pro 1.000 Geburten. Zentralafrika weist zusätzlich mit 57% den höchsten Anteil an unterernährter Bevölkerung und den geringsten Zugang zu sauberem Trinkwasser (52%) auf. Das südliche Afrika hat neben Mangelernährung (47% unterernährte Bevölkerung) und wachsender Urbanisierung (56,3%) mit einem Anteil von derzeit (2007) 18,5% HIV-Infizierten (Alter: 15 – 49) eine zusätzliche Last zu tragen (vgl. Tab. 4).²⁸

Die Entwicklung der Sterblichkeit hat unmittelbare Auswirkungen auf die Berechnung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt, die in den Industrieländern derzeit (2005 – 2010) bei 77,1 Jahren liegt (Männer: 73,6, Frauen: 80,5) (UN 2009a). In Afrika liegt die Lebenserwartung bei Geburt aufgrund der hohen Sterblichkeit in allen Altersjahrgängen derzeit (2005 – 2010) bei etwa 54,1 Jahren und somit niedriger als in allen anderen Regionen der Welt (vgl. Tab. 5). Sie entspricht in etwa der Lebenserwartung Europas und Nordamerikas um

27 In Westeuropa liegt die Müttersterblichkeit 2005 bei 1 zu 11.000, die Säuglingssterblichkeit 2005 – 2010 bei 4 Fällen pro 1.000 Geburten (WHO 2007, PRB 2008, UN 2009a).

28 Siehe hierzu auch Bongaarts et al. 2008.

1900. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt lediglich 51,5 Jahre (UN 2009a). Verglichen mit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts (1950 – 1955), als die durchschnittliche Lebenserwartung in Afrika noch bei lediglich 38,7 Jahren lag, haben die afrikanischen Länder deutliche Fortschritte gemacht (vgl. Tab. 2). Mit weiteren Verbesserungen der Lebensbedingungen und dem damit einhergehenden Rückgang der Mortalität wird bei unverändert hoher Fertilität jedoch die Bevölkerung weiter wachsen (vgl. Tab. 1, 3).

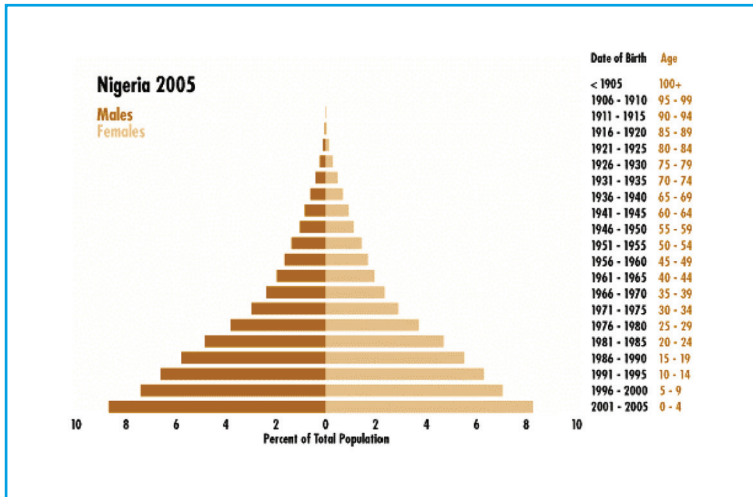
■ Altersstrukturen

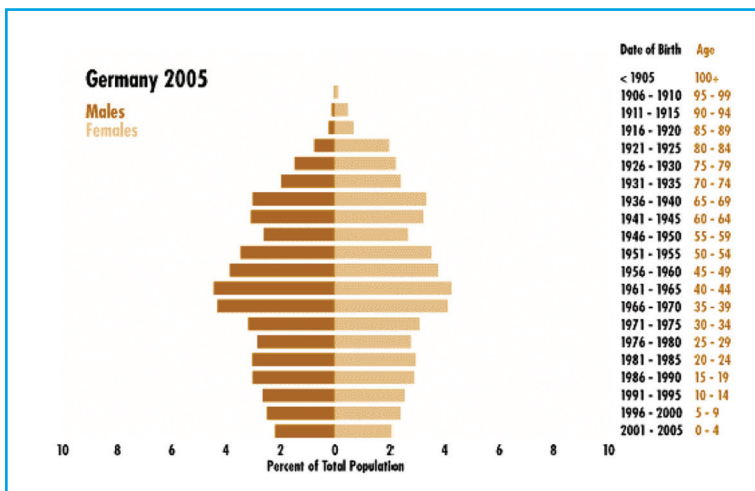
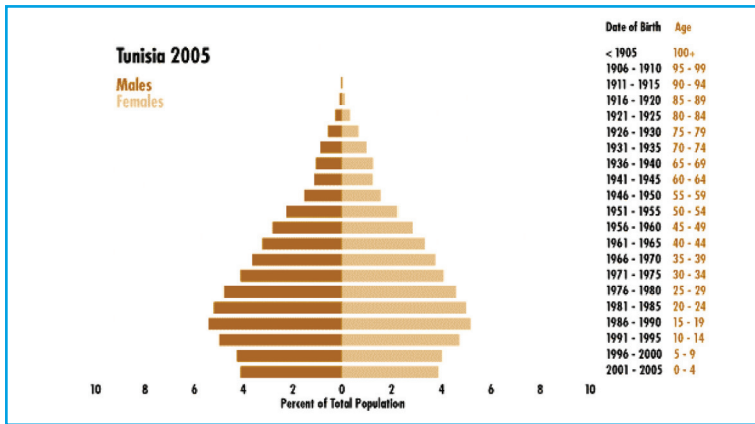
An der graphischen Darstellung der Altersstruktur einer Bevölkerung, der Alterspyramide, sind Wachstumsdynamik und gesellschaftlicher Entwicklungsgrad zu erkennen.²⁹ In weniger entwickelten Regionen wie Afrika bestehen noch heute Altersstrukturen, die in ihrer Dreieck-Form mit breiter Jugend-Basis eine wachsende Bevölkerung anzeigen (vgl. Abb. 3: Nigeria). Im Stadium erreichter Modernisierung kommt die schlanke „Glocke“ zum Vorschein: die aufeinander liegenden Geburtsjahrgänge sind in etwa gleich besetzt und schwinden erst in den höchsten Altersklassen (vgl. Abb. 3: Tunesien: Glocke im Anfangsstadium). In Europa dagegen gerieten die Bevölkerungen – nach Ende des so genannten Babybooms Mitte der 1960er Jahre mit nachfolgendem starken Geburtenrückgang – ins Minus-Wachstum, woraufhin die Altersstruktur die Form eines „Pilzes“ annahm: wegen geringer Reproduktion bei hoher und steigender Lebenserwartung bildet sich ein deutlich sichtbarer Altenkopf am oberen Teil des Altersaufbaus (vgl. Abb. 3: Deutschland).

29 Siehe hierzu auch Bähr 1997, Leisinger 1999, Birg 2004.

Derartige Altersstrukturen geben Hinweise auf den Entwicklungsstand einer Bevölkerung und zugleich auf die sozialen Kosten, die ihre Altersstruktur verursacht und die von den erwerbsfähigen Jahrgangsgruppen getragen werden müssen. Die Grobeinteilung in abhängige und aktive Jahrgangsgruppen zeigt den Generationenzusammenhang, auf dem letztlich jede Reproduktion beruht. Wie die aktiven Erwerbspersonen der Versorgungspflicht der Alten nachkommen und gleichzeitig eine Familie gründen, ist eine Frage der Kultur, Tradition und Organisation (Caldwell/Caldwell 1990). Die Versorgungsaufgabe der Aktiven (15- bis 59-Jährige) wird bestimmt durch die Anteile, welche die abhängigen Jahrgänge der Jugend (0- bis 14-Jährige) und des Alters (60-jährig und älter) an der Gesamtbevölkerung innehaben.

Abbildung 3: Alterspyramiden von Nigeria, Tunesien, Deutschland, 2005*





* Datenquelle: UN 2007

Quelle: Population Action International 2007.

In Europa lag das Verhältnis von Jungen zu Älteren 2005 bei 15,9% zu 20,6% (vgl. Tab. 5). Afrika befindet sich dagegen in starkem Kontrast zu Europa, welches das existenzsichernde Verhältnis der Generationen zueinander von der Familie hin zu einer staatlich-kollektiven Solidargemeinschaft verlagert hat (Schmid/Kohls 2009). In Afrikas Bevölkerung standen die Alters-

gruppen der Jugend (0 bis 14 Jahre) und des Alters (60 und älter) 2005 im Verhältnis von 41,2 % zu 5,2 % zueinander (Tab. 5). Dieser Indikator für die Entwicklungsleistung der aktiven Generation Afrikas lässt sich schon an einer extrem breiten Alterspyramide ablesen (siehe Nigeria, Abb. 3). In Subsahara-Afrika sind 63,5 % der Bevölkerung jünger als 25 Jahre, während es in Europa 2005 nur 29,8 % unter 25-Jährige waren (UN 2009a).

Während „alte“ Gesellschaften die Kosten der Alterssicherung und des Gesundheitswesens ständig auf ihrer Reform-Agenda behalten müssen, stehen „junge“ Gesellschaften vor dem Problem, es mit geburtenstarken Jahrgängen zu tun zu haben, die in relativ kurzer Zeit in die Lage versetzt werden müssen, für ihr Dasein aufzukommen.

Dieser endogene Bevölkerungsdruck in Afrika schaffte einen Druck auf alle weiterführenden Versorgungsebenen, der sich bis hin zur Abwanderungsmotivation der jüngeren Jahrgänge verfolgen lässt.³⁰ Diese Abwanderung nimmt drei Richtungen:

1. in die Städte. 2025 werden 47,2 % der Afrikaner, d.h. 658 Millionen Menschen in Städten leben, 2050 werden es 1,23 Milliarden (61,8 %) sein. Als Afrika 1950 noch 227 Millionen Menschen zählte, lebten nur 14,5 % bzw. 32,5 Millionen Menschen in Städten, derzeit (2007) sind es 38,7 % bzw. 373 Millionen (UN 2008). Der Zug in die Vorstädte der Agglomerationen ist dabei teilweise nur die Vorstufe zu weiteren Wanderungen, z.B.

30 Siehe auch Dumont 1998, Teitelbaum/Winter 1998, Hauser 1991, Chamie/Powers 2006, Chamie/Dall'Oglio 2008.

2. in Nachbarländer oder andere Regionen Afrikas und auch dort in der Regel in die Städte (vgl. Kap. 4.1), bzw.
3. nach Europa (vgl. Kap. 4.2 bis 4.4) oder Nordamerika.

3.1.2 Europa und Afrika im demographischen Vergleich

Zwischen Europa und Afrika herrscht einer der größten Kontraste hinsichtlich sozialer, ökonomischer und politischer Standards im Weltvergleich, der sich zudem in unmittelbarer räumlicher Nähe erstreckt. Diese Feststellung allein rechtfertigt schon die Annahme eines großen Migrationspotenzials. Eine Analyse der Entwicklungs- und Wohlstandsdifferenzen gibt weitere Aufschlüsse über seine Zusammensetzung.

■ Europa und die Europäische Union der 27

Die Bevölkerung Europas beläuft sich 2009 auf 732 Millionen Menschen (vgl. Tab. 1). Im Laufe der nächsten 40 Jahre wird es zu einer deutlichen Verringerung des Anteils aller Europäer an der Weltbevölkerung kommen, weil den stagnierenden bis abnehmenden Bevölkerungen Europas wachsende Bevölkerungen in den Entwicklungsländern gegenüberstehen.³¹ Der Anteil verringerte sich bereits zwischen 1950 und 2009 von 21 % auf 10,7 % (UN 2009a). Bis Mitte dieses Jahrhunderts wird er voraussichtlich bis auf 7,6 % gesunken sein (vgl. Tab. 1). Die Bevölkerung Europas dürfte bis 2050 auf 691 Millionen zurückgegangen sein, während die jungen Bevölkerungen Afrikas zwischen 2009 und 2050 von 1.010 auf wahrscheinlich 1,998 Milliarden Menschen anwachsen werden. Sie werden dann im Vergleich zu heute (14,8 %) einen Anteil von 21,8 % an einer Weltbevölkerung von voraussichtlich 9,150 Milliarden haben (vgl. Tab. 1).

31 Siehe hierzu Wöhlcke et al. 2004, Demeny/McNicol 2006, Coleman 2006a.

Der Blick auf die Europäische Union (EU-27) lässt die Entwicklungsdifferenzen noch stärker hervortreten: Die Bevölkerung der heutigen EU-27 belief sich 1950 auf 15 % der Weltbevölkerung; gegenwärtig (2008) beträgt dieser Anteil nur noch 7,3 % und wird bis zum Jahre 2050 auf 5,6 % fallen (Eurostat 2008). Im Jahr 2008 zählte die Bevölkerung der EU-27 rund 495 Millionen Menschen (Eurostat 2008). Nach den Projektionen von Eurostat wird diese Zahl noch auf 521 Millionen im Jahr 2035 ansteigen und anschließend bis zum Jahr 2050 schrittweise auf 515 Millionen zurückgehen, obwohl Wanderungsgewinne bereits eingerechnet sind. Ohne Zuwanderung wäre der Bevölkerungsrückgang noch erheblicher. Die Bevölkerung der einzelnen EU-Mitgliedstaaten wird stagnieren bzw. weiter abnehmen – selbst Wanderungsgewinne werden dies nicht anhaltend ausgleichen.

Zusammenfassend kann man feststellen: Während in Afrika der „demographische Druck“ in absehbarer Zukunft weiter zunehmen wird, wird Europas Bevölkerung insgesamt abnehmen. Das demographische Gewicht der Weltbevölkerung wird sich in Richtung der übrigen Kontinente verlagern, besonders in Richtung Afrika, wo das starke Bevölkerungswachstum trotz einer Tendenz zu sinkenden Geburten in den nächsten Jahrzehnten anhalten wird.

■ **Demographische Alterung**

Außer der Tendenz zu regional differenziertem Wachstum unterliegt die Weltbevölkerung noch einem weiteren Vorgang: der so genannten *demographischen Alterung*. Die Intensität dieser Alterung hängt von zwei Faktoren ab: (1) vom Anteil der Jugendjahrgänge an der Gesamtbevölkerung und

seiner Tendenz zu wachsen oder zu schrumpfen. Geht der Jugendanteil zurück, steigt im selben Maß der Anteil der Älteren. (2) vom Rückgang der Sterblichkeit und der steigenden Lebenserwartung, die immer mehr Menschen in den einzelnen Altersgruppen überleben lässt, vor allem in den höheren. Auch hier findet sich die Welt geteilt: Europa altert sowohl wegen Jugendschwund als auch wegen steigender Lebenserwartung, die Entwicklungsländer altern langsamer aufgrund moderaten Fertilitätsrückgangs und einer nur allmählich sinkenden Sterblichkeit.

Demographische Alterung lässt sich am Vorrücken des Durchschnittsalters, das eine Bevölkerung in jünger und älter teilt („Medianalter“), messen. Sie findet auch in den Entwicklungsländern statt, wenn auch von einem deutlich niedrigeren Medianalter aus. Gegenwärtig liegt das Medianalter in den Industriestaaten bei 38,6 Jahren, in den Entwicklungsländern bei 25,4 Jahren (vgl. Tab. 5). Nach der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsprojektion ist bis 2050 ein Anstieg auf 45,6 bzw. 37,2 Jahre zu erwarten. Am raschesten wird die Alterung in den Schwellenländern voranschreiten, vor allem in China und im asiatischen Raum generell (UN 2009a). In den Industrieländern mit bereits hohem Anteil älterer Menschen wird der Alterungsprozess den Druck auf die sozialen Sicherungssysteme verstärken. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt mit dem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand und der Effizienz des Gesundheitswesens eines Landes. Gegenwärtig beträgt sie in den Industrieländern für beide Geschlechter im Durchschnitt 77,1 Jahre und ist damit 11,5 Jahre höher als in den Entwicklungsländern (vgl. Tab. 5).

Tabelle 5: Ausgewählte demographische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2005 und 2050

Regionen	Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010*	Medianalter in Jahren		Bev. 0-14 2005 in %	Bev. 60+ 2005 in %	Städt. Bev. 2007 in %
		2005	2050*			
Welt	67,6	27,9	38,4	28,4	10,2	49,4
Höher entwickelte Regionen	77,1	38,6	45,6	17,0	20,1	74,4
Europa	75,1	38,9	46,6	15,9	20,6	72,2
Nordamerika	79,3	36,2	42,1	20,5	16,8	81,3
Weniger entwickelte Regionen	65,6	25,4	37,2	31,0	8,0	43,8
Lateinamerika / Karibik	73,4	26,0	41,7	29,8	9,0	78,3
Afrika	54,1	19,1	28,5	41,2	5,2	38,7
Asien	68,9	27,4	40,2	28,2	9,1	40,8
Ozeanien	76,4	32,2	39,1	25,0	14,0	70,5

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

Quelle: UN 2008, 2009a.

Für Afrika sind die Folgen demographischer Alterung noch lange nicht so drängend wie die mit wachsender Jugend verbundenen Entwicklungsaufgaben. Daran wird sich bis über die Mitte dieses Jahrhunderts hinaus nichts ändern. Gerade Afrika beherbergt die stärksten Jugendjahrgänge (41,2 % unter 15-Jährige) und die niedrigste durchschnittliche Lebenserwartung (54,1 Jahre). Das Medianalter liegt derzeit (2005) bei 19,1 Jahren und wird bis 2050 auf noch immer niedrige 28,5 Jahre steigen (vgl. Tab. 5).

In den Industrieländern sind die Folgen demographischer Alterung dagegen schon deutlich zu erkennen. Faktoren, die die Folgen demographischer Alterung abmildern könnten, wären ein Anstieg der Geburten oder die Zuwanderung junger Menschen. Demographische Alterung kann in ihrer Tendenz jedoch nicht unterbunden oder gestoppt werden, denn dies

würde ein Zuwanderungsvolumen erfordern, das die Integrationskapazität von Staaten übersteigt (UN 2000). Auch die Annahme eines physikalischen Angleichungsmechanismus zwischen demographischen Wachstums- und Schrumpfungstendenzen gilt als unzutreffend und irreführend. Es sind nach wie vor die harten Realitäten und fehlenden Zukunftsperspektiven in der Abwanderungsregion und das politisch Mögliche und Erwünschte in der Zielregion, die das Migrationspotenzial bestimmen und der tatsächlich erfolgenden Migration Umfang und Richtung geben.

■ „Der Nachbar gegenüber“: Nordafrika und Südeuropa

Die Gegenüberstellung von Nordafrika und Südeuropa bietet die Gelegenheit, ein maximales Wohlstandsgefälle zwischen Abwanderungs- und Zielregion in unmittelbarer Nähe aufzuzeigen (Tab. 6). Mit Nordafrika und Südeuropa stehen sich die kontrastreichsten Weltregionen an der Meerenge von Gibraltar, nur 14 Kilometer voneinander entfernt, gegenüber. Diese räumliche Nähe steigert das Wanderungsmotiv und das Migrationspotenzial.

Die Grundannahme, dass zentrale demographische Indikatoren sozio-ökonomische Entwicklungsstufen bzw. den Modernisierungsgrad erkennen lassen, lässt sich hier exemplarisch bestätigen: Der arabische Norden des Kontinents zeigt ein demographisch günstigeres Bild als Subsahara-Afrika und scheint sich rascher auf eine moderne Bevölkerungsstruktur zuzubewegen. Doch gegenüber dem nahe gelegenen Südeuropa besteht immer noch eine große Differenz. Die Länder Nordafrikas werden zwischen 2005 und 2025 Zuwächse von rund 68 Millionen Menschen verzeichnen. Einige Länder fallen dabei besonders ins Gewicht: Ägypten (Zuwachs zwischen 2005 und 2025:

28 Mio.), Algerien (10 Mio.) und Marokko (8 Mio.). Allein auf die drei Länder entfällt bis 2025 ein Bevölkerungszuwachs von 46 Millionen Menschen (Tab. 6).

Tabelle 6: Demographische Indikatoren ausgewählter nordafrikanischer und südeuropäischer Länder, 2005, 2025 und 2050

Regionen / Länder	Bev. 2005 in Mio.	Nat. Wachstumsrate 2005-2010* in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau 2005-2010*	Bev. 0-14 2005 in %	Bev. 0-14 2050* in %	Bev. 60+ 2005 in %	Bev. 2025* in Mio.	Bev. 2050* in Mio.
Nordafrika	195	1,71	2,91	33,2	20,6	6,6	263	321
Ägypten	77	1,81	2,89	33,3	20,6	6,7	105	130
Algerien	33	1,51	2,38	29,6	18,2	6,5	43	50
Marokko	30	1,20	2,38	30,3	18,6	7,5	38	43
Tunesien	10	0,98	1,86	25,7	16,6	9,2	12	13
Südeuropa	150	0,54	1,44	15,2	14,1	22,6	158	154
Griechenland	11	0,22	1,38	14,4	13,6	23,0	11	11
Italien	59	0,49	1,38	14,2	13,5	25,2	60	57
Portugal	11	0,35	1,38	15,6	13,3	22,3	11	10
Spanien	43	1,02	1,43	14,5	14,8	21,6	49	51

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

Quelle: UN 2009a.

Nordafrikas starke Jugendjahrgänge stellen trotz sinken- der Fertilität (von durchschnittlich 6,9 um 1960 auf eine TFR von derzeit rund 2,9) hohe Anforderungen an einen Entwick- lungsweg: sie müssen sich in moderne Arbeitsformen und Organisati- onen einfügen und einen Weg von vormodernen Familien- und Stammesloyalitäten zu postindustriellen Denk-, Arbeits- und Lebensweisen schaffen. Sie haben dazu jedoch nicht mehr drei Generationen Zeit wie die Europäer für ihren Modernisierungs- weg. Mangelnde Perspektiven am nördlichen Küstenstreifen Afrikas, wo derzeit (2005) 195 Millionen Menschen leben, von denen 33,2 % unter 15 Jahre alt sind und 60,2 % im erwerbsfähi-

gen Alter (15 bis 59 Jahre), werden den Migrationsdruck auf die EU anwachsen lassen (vgl. Tab. 6). Mit Entwicklungshilfe im hergebrachten Sinne wird es jedoch nicht möglich sein, die Jugend am angestammten Ort zu halten (Fergany 1997).

Eine Senkung der Geburtenzahlen bis zum Ersatzniveau 2,1 steht dem Maghreb schon bevor (Ouaclah-Bedidi/Vallin 2000). Doch in der Altersstruktur verbirgt sich der bereits erwähnte Elternschaftseffekt („Demographisches Moment“), der dafür sorgen wird, dass von 2005 bis 2050 die Bevölkerung nordafrikanischer Länder, wie die Tunesiens noch um 23,1%, die Marokkos um 30,2% und die Algeriens noch um 34,0% anwächst (vgl. Tab. 6). In exponierter Lage befindet sich Ägypten, ein Schwellenland, das an der komplexen Verflechtung von Bevölkerungswachstum, Verstädterung und Druck auf bebaubares Land leidet (Courbage 2001). Die Ernährungslage Ägyptens ist seit Jahrzehnten als prekär zu bezeichnen: das Land ist Hauptabnehmer von Nahrungsmittelhilfen. Viele seiner Staatsbürger sind Gastarbeiter in den Ölförderstaaten. Dennoch wird Ägypten zu den Großbevölkerungen des 21. Jahrhunderts aufsteigen, denn bis 2050 wird es um 40,8% auf 130 Millionen anwachsen (vgl. Tab. 6).

An Tabelle 6 lassen sich anhand ausgewählter Maßzahlen auch das demographische Gefälle und ein daraus erwachsendes Migrationspotenzial ableiten. Verantwortlich hierfür sind die divergierenden Zuwachsraten von 1,71% in Nordafrika gegenüber einem nur gering wachsendem Südeuropa (0,54%), eine Geburtenhäufigkeit von 2,91 Kindern je Frau in Nordafrika gegenüber 1,44 in Südeuropa sowie die unterschiedlichen Jugendanteile (0 bis 14 Jahre) von 33,2% in Nordafrika und 15,2% in Südeuropa. Die genannten Aspekte bergen auf nordafrikanischer Seite soziale Brisanz aufgrund wachsenden Bevölkerungs-

drucks und steigenden Migrationspotenzials. Auf südeuropäischer Seite bestehen Probleme aufgrund demographischer Alterung und Bevölkerungsrückgang sowie verstärkt aufgrund von Zuwanderungsdruck aus Nordafrika und irregulärer Migration auf dem Seeweg (vgl. Kap. 4.4).

3.1.3 Faktoren sozialer und sanitärer Infrastruktur

Die sozialen und sanitären Bedingungen Afrikas beeinflussen die Migration und das Migrationspotenzial zwar nur indirekt, sind aber ein Indikator für entwicklungspolitische Defizite und prekäre Lebensbedingungen (vgl. Tab. 4).

Wie in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt, muss Afrika im Jahr 2050 über eine Milliarde Menschen mehr versorgen. Doch schon heute leben dort drei Viertel der Menschen von weniger als 2 US-\$ am Tag und immer mehr Menschen konkurrieren um die ohnehin knappen Ressourcen, wie Ackerland, Wasser und Nahrung (PRB 2006, 2008, World Bank 2008). Die schwachen Gesundheits- und Bildungssysteme waren seit jeher überlastet. Der regionale Bevölkerungsdruck wird jedoch ansteigen. Erschwerend kommt hinzu, dass der auf dem Kontinent häufige Zusammenbruch öffentlicher Ordnung – nicht zuletzt des Gesundheitswesens – internationale Wirtschaftsinvestitionen und den damit einhergehenden Ausbau sozialer und sanitärer Infrastruktur verhindert. Des Weiteren werden durch Kriege und Konflikte wichtige Infrastruktureinrichtungen zerstört und der Zugang internationaler Organisationen erschwert. Die unsichere staatliche und sanitäre Lage wirkt sich auch auf die zukünftige sozio-demographische Entwicklung Afrikas aus.

■ Index der menschlichen Entwicklung

Der Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index, HDI*) wird seit 1990 im jährlich erscheinenden Human Development Report des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme, UNDP*) veröffentlicht. Dieser synthetische Index, in den ausgewählte Indikatoren der Lebensqualität eingehen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die soziale Infrastruktur einer Region im internationalen Vergleich.

Folgende drei Indikatoren werden zu einer Vergleichszahl integriert: (1) die Lebenserwartung, (2) der Bildungsgrad mit Hilfe der Alphabetisierungs- und Schulbesuchsrates der Bevölkerung und (3) das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Einwohner eines Landes in KKP- $\text{\$}$ (Kaufkraftparität).

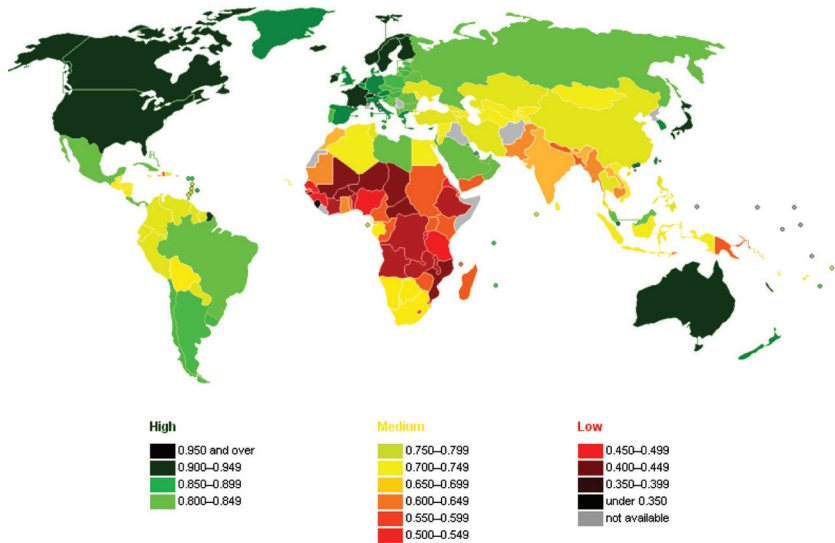
Die Grenzwerte sind so gewählt, dass der höchste erreichbare Wert 1,0 und der niedrigste 0,0 ist. Die UNDP unterteilt die Länder nach dem HDI-Wert in drei Entwicklungskategorien:

1. Länder mit hoher menschlicher Entwicklung:
 $\text{HDI} \geq 0,8$
2. Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung:
 $\text{HDI} < 0,8$ und $\geq 0,5$
3. Länder mit geringer menschlicher Entwicklung:
 $\text{HDI} < 0,5$

Nach dem HDI 2007/2008 sind alle EU-Staaten in den oberen Rängen der ersten Kategorie vertreten. In der dritten Gruppe ($\text{HDI} < 0,5$) befinden sich nur afrikanische Länder, 26 an der Zahl (vgl. Abb. 4). Sierra Leone belegte 2007/2008 darin den niedrigsten Rang (177). Die Ränge 172 – 176 halten Mosambik (172), Mali, Niger, Guinea-Bissau und Burkina Faso (176) (UNDP 2007).

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt gehört zu den „sensiblen“ Indikatoren, die für sich stehend schon Aussagen über den Zustand einer Region erlauben. Sie liegt in Afrika bei 54,1 Jahren (2005 – 2010), in Europa bei 75,1 Jahren (vgl. Kap. 3.1.2), was einer Differenz von 21 Jahren entspricht (UN 2009a). Besonders beunruhigend an der afrikanischen Situation ist die niedrige Einstufung des Bildungsniveaus, d.h. der Alphabetisierungs- und der Schulbesuchsrates. Die Alphabetisierungsrate der über 15-Jährigen liegt in Afrika (2002 – 2004) bei 62,5 %, in Europa bei 98,8 %. In Mali, einem der Länder mit der geringsten menschlichen Entwicklung, liegt die Alphabetisierungsrate mit nur 22,9 % am niedrigsten, die niedrigste Schulbesuchsrates weist Niger mit nur 26,2 % auf (UNDP 2007).

Abbildung 4: Der Index der menschlichen Entwicklung 2007/2008



Quelle: UNDP 2007.

Das in den HDI eingehende BNE ist für einen internationalen Vergleich zweckdienlich, über die tatsächliche Einkommensverteilung innerhalb des jeweiligen Landes sagt es jedoch nichts aus. In Afrika lag das BNE pro Einwohner 2007 bei 2.430 US-\$, in Europa bei 24.320 US-\$ (World Bank 2008, vgl. Kap. 3.2). Die Differenz von rund 22.000 US-\$ pro Einwohner führt das große Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen vor Augen. In der Demokratischen Republik Kongo liegt das BNE bei nur 281 US-\$ pro Einwohner.

Fasst man die drei Indikatoren zusammen, zeigt sich, dass die Länder Westafrikas im Weltvergleich die geringste menschliche Entwicklung aufweisen (HDI 0,350 – 0,399), gefolgt von den Staaten Zentral- und Ostafrikas. Südafrika liegt mit einem HDI von 0,700 – 0,749 im mittleren Bereich. Die Länder Nordafrikas zeigen einen mittleren (Algerien, Ägypten: 0,700 – 0,749, Tunesien: 0,750 – 0,799) bis hohen (Libyen: 0,800 – 0,849) Index der menschlichen Entwicklung. Im Gegensatz zu Afrika weisen alle Staaten der EU einen hohen Entwicklungsstand auf (HDI 0,800 – 0,999) (vgl. Abb. 4).

Schlussfolgerungen

Die demographische Entwicklung Afrikas kann als endogener Faktor der Entstehung des afrikanischen Migrationspotenzials gewertet werden. Die Auswirkungen der demographischen Wachstumsdynamik sind jedoch erst im Zusammenhang mit den übrigen strukturellen Gegebenheiten einer Region zu ermitteln. In Afrika stoßen hohe Wachstumsraten und Geborenüberschüsse auf eine schwache sanitäre Infrastruktur, unzulängliche Gesundheitsversorgung und defizitäre Bildungseinrichtungen. Faktoren, die das afrikanische Migrationspotenzial auf seinem aktuellen Niveau halten oder noch vergrößern

können, sind die steigende Zahl der Menschen im häufigsten Abwanderungsalter (18 bis 30 Jahre) und das Fehlen angemessener Lebens-, Gesundheits- und Ausbildungsbedingungen, während der Bedarf aufgrund von Bevölkerungswachstum stetig zunimmt und die Ansprüche an Ausbildung aufgrund globalisierter Wirtschaft weiter steigen. Dies trifft am stärksten junge Menschen und löst bei ihnen Abwanderungsmotivation aus. Das Migrationspotenzial dürfte entsprechend mit großer Wahrscheinlichkeit steigen.

Ob eine Abwanderung in höher entwickelte afrikanische Regionen oder nach Europa erfolgt, hängt davon ab:

- wie weit die Aufnahmekapazität der höher entwickelten afrikanischen Regionen (Nordafrika, Südliches Afrika) mit Blick auf ihre Ausbildungs- und Arbeitsmärkte reicht.
- ob weitere afrikanische Regionen unerwartet Industrialisierungsschübe erleben und als Zielländer attraktiv werden.
- ob internationale Investitionen zur Verbesserung der Lebensstandards in afrikanischen Herkunftsregionen beitragen.
- ob Europa aufgrund der Wohlstandsdifferenz seine Attraktivität als Zielland beibehalten wird.
- ob die Nachfrage europäischer Staaten nach Arbeitskräften das Abwanderungspotenzial von Afrika nach Europa zusätzlich erhöhen wird, weil in Europa aufgrund demographischer Alterung Engpässe in bestimmten Arbeitsmarktsektoren, wie z.B. Altenpflege und medizinischer Versorgung zu erwarten sind.

3.2 Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt, können sowohl für die Abwanderung aus dem Herkunftsland als auch für die Einwanderung in das Zielland ursächlich sein. Arbeitslosigkeit und schlechte Berufsperspektiven, Niedriglöhne und ein geringer Konsum- und Lebensstandard veranlassen Menschen, ihre Heimatregion zu verlassen, um andernorts nach besseren Lebensbedingungen zu suchen.³² Das Ausmaß der sozio-ökonomischen Entwicklungsdifferenz lässt auf die Anziehungskraft der Zielregion schließen. Wissen und Annahmen über ein ökonomisches Wohlstandsgefälle zwischen Regionen generieren Migrationspotenzial. Die Informationen über Einkommensunterschiede, Arbeitskräftebedarf und den hohen Konsum- und Lebensstandard in der Zielregion werden über die Medien und ethnische Netzwerke verbreitet und nehmen Einfluss auf die Auswahl des Ziellandes.

3.2.1 Afrikas Wirtschaftsentwicklung

Die ökonomische Entwicklung Afrikas zeigt in den letzten Jahren positive Trends. So verzeichnete Afrika in mehreren aufeinander folgenden Jahren hohes Wirtschaftswachstum.³³ Im

32 Eine 1998 am INSEA in Rabat durchgeführte Studie über in Europa ansässige Marokkaner zeigte, dass die Auswanderung in verschiedene europäische Länder (Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien und Spanien) zumeist aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgte (Hamdouch 2000). In knapp zwei von drei Fällen liegen die Ausreisegründe in der Verbesserung des Lebensstandards einschließlich der Suche nach einer besser bezahlten Arbeit (Lahlou 2006).

33 Der Eindruck, dass es Afrika gelingt, mehrere Jahre hindurch ein scheinbar hohes Wirtschaftswachstum zu erzielen, das angeblich höher als das europäische ausfällt, muss relativiert werden. Europa ist ein Wirtschaftsraum mit der größten rechtlichen Regulierungsdichte und mit sozialpolitischen Ansprüchen. In dieser Region mit circa 25.000 US-\$ pro-Kopf-Einkommen gelten 2 % Wirtschaftswachstum als achtbar und beruhigend. Jedoch vom niedrigsten Lebensniveau der am wenigsten entwickelten Länder aus sind 6 % bis 8 % Wachstum leichter zu erzielen. Außerdem müsste das afrikanische Wirtschaftswachstum noch deutlich höher sein, um Armut nachhaltig zu reduzieren (Kappel/Müller 2007), während Europa seine Standards bei zunehmender Staats tätigkeit zu halten versucht.

Jahr 2007 stieg das afrikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,7%. Zu den „Gewinnern“ dieser wirtschaftlichen Entwicklung gehören in erster Linie Länder, die Rohstoffe und Agrarprodukte exportieren (Kappel/Müller 2007).³⁴ Aufgrund der für diese Waren gestiegenen Weltmarktpreise erhöhen sich die Einnahmen dieser Länder.³⁵ Dementsprechend wird etwa die Wachstumsrate des BIP der erdölexportierenden Länder im Jahr 2008 auf durchschnittlich 6,8 % prognostiziert. Die der erdölimportierenden Länder beläuft sich dagegen nur auf durchschnittlich 4,9 %.

In diesem Zusammenhang gilt jedoch Folgendes zu bedenken: (1) Auch wenn einige afrikanische Exportländer ein Wachstum des BIP verzeichnen, sind sie gleichzeitig von einer erhöhten Inflation betroffen, die durch eine steigende Binnennachfrage ausgelöst wird. Inflation aufgrund gestiegener Öl- und Lebensmittelpreise ist in Afrika ein generelles Problem (Ruffing 2008). (2) Ferner laufen erfolgreiche Rohstoff-Exportländer Gefahr, wichtige ökonomische Entwicklungsinvestitionen zu vernachlässigen. Die Wirtschaftspolitik spricht in

34 China ist nach den USA und Frankreich zum drittstärksten Wirtschaftspartner Afrikas aufgestiegen, das Handelsvolumen hat sich zwischen 2000 und 2007 von 10 Milliarden US-\$ auf über 70 Milliarden US-\$ versiebenfacht. Mit 40 afrikanischen Regierungen hat Peking bilaterale Wirtschaftsverträge abgeschlossen. 2007 investierten chinesische Firmen 1 Milliarde US-\$ in Afrika. 800 chinesische Unternehmen machen inzwischen profitable Geschäfte in 49 afrikanischen Ländern (v.a. im Bereich öffentlicher Bauvorhaben, Infrastruktur, Ölförderung und Bergbau). 2007 migrierten über 234.000 Chinesen nach Afrika. Die Zuwanderung von Afrikanern nach China steigt tendenziell, ihr Umfang ist jedoch aufgrund fehlender valider Daten nicht zu quantifizieren. Wichtigste Migrationsformen sind Arbeits- und Studienmigration (Politzer 2008).

35 Sollten die Rohstoffpreise wieder sinken, könnte die Wachstumsphase schneller als angenommen wieder beendet sein (Ndulu et al. 2007).

diesem Falle von der „Holländischen Krankheit“.³⁶ Sie tritt auf, wenn der Export natürlicher Ressourcen mit einem Rückgang anderer wirtschaftlicher Aktivitäten, vor allem der Produktion im industriellen Sektor, einhergeht. Dadurch wird die Wirtschaftskapazität eines Landes langfristig beeinträchtigt. (3) Zusätzlich bleibt abzuwarten, in welchem Maße sich die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf Afrika auswirken wird. Rohstoffexporteure (z.B. Angola, Sudan, Algerien), die in den letzten Jahren von hohen Weltmarktpreisen profitierten, werden wegen des laufenden Preisverfalls mit geringeren Einnahmen rechnen müssen. Generell wird weniger Kapital auf dem Weltmarkt vorhanden sein, wodurch es für Schwellen- und Entwicklungsländer schwieriger wird, an internationale Kredite zu gelangen. Selbst wenn für die ärmsten Entwicklungsländer nur ein mäßiger Rückgang des Wirtschaftswachstums zu erwarten ist, weil sie nur in geringem Maße in die Weltwirtschaft integriert sind, wird die Finanzkrise auch die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen. (4) Denn wie in der Vergangenheit zu sehen war, gingen globale Krisen stets mit einem Rückgang der Entwicklungshilfe einher. Oxfam und andere Organisationen gehen davon aus, dass die Industrieländer bis 2011 die Ausgaben für die ärmsten Länder um 10 % senken werden (Amann 2008, Oxfam 2008). (5) Auch die Zielländer der Migration sind von der Finanzkrise betroffen. Banken- und Kreditkrise, Firmeninsolvenzen und steigende Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Die sozio-ökonomische Lage der Migranten im Zuwanderungsland wird davon ebenfalls tangiert, was sich wiederum negativ auf die Rücküberweisungen in die Heimatländer auswirkt. Denn

36 Der Begriff „Holländische Krankheit“ (Dutch Disease) wurde am 26.11.1977 im „The Economist“ (S. 82-83) erstmals erwähnt, als aufgrund eines Booms im niederländischen Rohstoffsektor, ausgelöst durch Erdgasfunde, der Gulden deutlich aufgewertet wurde und die Produktion im industriellen Sektor stark zurückging, da sich die Wettbewerbsbedingungen im heimischen Exportsektor durch die reale Aufwertung verschlechterten (Liebig/Rondorf 2007).

oftmals wandern nur einzelne Familienmitglieder aus – vom Familienverband gesandt und finanziert³⁷ – in der Hoffnung, im Zielland eine bezahlte Arbeit zu finden und davon die im Herkunftsland zurückgelassene Familie zu versorgen (Schapendonk/van Moppes 2007). Vor diesem Hintergrund relativieren sich Afrikas hohe Wirtschaftswachstumsraten.

3.2.2 Demoökonomische Entwicklungsdifferenz

Bei einer Analyse der ökonomischen Entwicklung Afrikas können demographische Aspekte nicht unberücksichtigt bleiben (vgl. Tab. 7). Die Eignung demographischer Indikatoren, Entwicklungsstadien des Industrialismus zu charakterisieren, wurde schon mehrmals hervorgehoben (vgl. Kap. 3.1.2). Der starke Zusammenhang von Ökonomie und Demographie („Demoökonomie“) wird im Folgenden hinsichtlich Alterung, Einkommen und Produktionsformen herausgearbeitet. Am Begriff der „demographischen Dividende“³⁸ wird ein möglicher entwicklungspolitischer Ausweg aus dem „demoökonomischen Dilemma“ Afrikas aufgezeigt.

Das Durchschnittsalter (Medianalter) einer Region lässt neben der Information über das Stadium demographischer Alterung (s.o.) auch Aufschlüsse darüber zu, in welchem Entwicklungsraum sich die betreffende Bevölkerung befindet. Dies wirft die Frage auf, warum wohlhabende Länder mit erfolgreichen Ökonomien – erkennbar am hohen BNE – zugleich „alte“ Bevölkerungen haben (vgl. Tab. 7). Der Grund hierfür ist, dass sie einen industriellen Reifungsprozess abgeschlossen haben,

37 Die Migration erfolgt in Afrika meist basierend auf einer Gruppen bzw. Familienentscheidung (Schapendonk/van Moppes 2007: 2). Weitere Informationen über die Generierung von Routeninformationen und über die tatsächliche Entscheidung zur Migration: Schapendonk/van Moppes 2007.

38 Definition siehe Kap. 3.1.

in dessen Folge sich die Bevölkerungsstruktur verändert hat. Faktoren, die demographische Alterung herbeiführen und verstärken, haben sich erst in diesem Prozess herausgebildet: (1) Lockerung der Familienbindung und Verkleinerung der Familiengröße, (2) Geburtenrückgang und (3) steigende Lebenserwartung, vor allem steigende Überlebenschancen in den hohen Altersklassen, weil Sterblichkeit allgemein weitestgehend zurückgedrängt ist und Lebensverlängerung nur noch in den oberen Rängen der Alterspyramide weiterwirken kann. Ein hohes Medianalter gegen 40 deutet auf gut organisierte soziale Dienste und ein fortschrittliches Gesundheitswesen hin. Dies ist typisch für „postindustrielle“ Gesellschaften, die am Weltmarkt und am globalen Innovationswettbewerb erfolgreich teilhaben. Doch gerade dieses postindustrielle Entwicklungsstadium hat schwierige Arbeitsmärkte, verlängert die Ausbildungszeiten und verschiebt Partnerbindung und Familiengründung auf den spätest möglichen Zeitpunkt im Leben.³⁹ Das hohe BNE in Europa von 24.320 US-\$ pro Einwohner (2007) hat seinen Preis in neuen Zwängen und Unsicherheiten in den einzelnen Lebensphasen (vgl. Tab. 7). So lag beispielsweise das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in Deutschland im Jahr 2006 bei 29,7 Jahren (Statistisches Bundesamt 2007b).

39 Siehe hierzu Hettlage 1998, Nave-Herz 2002, Hill/Kopp 2006.

Tabelle 7: Demographische und ökonomische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2005, 2007 und 2050

Regionen	Medianalter in Jahren 2005 2050*		Bev. 0-14 2005 in %	Bev. 15-59 2005 in %	Bev. 60+ 2005 in %	Städt. Bev. 2007 in %	BNE bei KKP pro Einw. 2007 (US-\$)**
Welt	27,9	38,4	28,4	61,4	10,2	49,4	9.600
Höher entwickelte Regionen	38,6	45,6	17,0	62,9	20,1	74,4	31.200
Europa	38,9	46,6	15,9	63,5	20,6	72,2	24.320
Nordamerika	36,2	42,1	20,5	62,7	16,8	81,3	44.790
Weniger entwickelte Regionen	25,4	37,2	31,0	61,0	8,0	43,8	4.760
Lateinamerika / Karibik	26,0	41,7	29,8	61,2	9,0	78,3	9.080
Afrika	19,1	28,5	41,2	53,6	5,2	38,7	2.430
Asien	27,4	40,2	28,2	62,7	9,1	40,8	5.650
Ozeanien	32,2	39,1	25,0	61,0	14,0	70,5	23.910

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

** Bruttonationaleinkommen (BNE) bei Kaufkraftparität (KKP) pro Einwohner 2007 in US-\$. Das BNE bezeichnet das gesamte Ergebnis des Wirtschaftsprozesses in einem Staat während eines Jahres. Berechnet wird das BNE, indem man vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Erwerbs- und Vermögenseinkommen abzieht, die an das Ausland geflossen sind, und im Gegenzug die von Inländern aus dem Ausland empfangenen Einkommen addiert. BNE bei KKP ist das zum KKP-Wechselkurs in internationale US-\$ umgerechnete BNE.

Quelle: UN 2008, 2009a; World Bank 2008, 2008a.

Die afrikanische Einkommenssituation steht in einem Gegensatz zu Europa. Das durchschnittliche afrikanische BNE von 2.430 US-\$ pro Kopf (2007) beträgt ein Zehntel des europäischen und signalisiert eine enorme Investitionsschwäche, die dem starken Jugendanteil von 41,2 % (0- bis 14-Jährige) an der Bevölkerung nicht im Entferntesten angemessen ist (vgl. Tab. 7). Während in Europa geburtenschwache Jahrgänge in hochwertige Ausbildungsgänge gebracht werden müssen, müssen in Afrika für die höchsten Jugendanteile, die die Weltbevölkerung kennt, erst die Grundbedürfnisse gedeckt werden. Das sind demographische Kosten, die nur dem Lebenserhalt dienen und noch keine (Aus-)Bildungsinvestitionen für das 21. Jahrhundert enthalten. Erst ein deutlicher Rückgang der Geburtenzahl und der Kindersterblichkeit schafft bei Eltern ein Gefühl für Lebens-

planung, das die eigenen Kinder mit einbezieht. Ab diesem Zeitpunkt wird eine *demographische Dividende* spürbar, weil demographische Überlebenskosten sinken und dadurch Mittel für notwendige Investitionen frei werden (Bloom et al. 2002, Birdsall et al. 2002). Um die demographische Dividende sinnvoll zu verwenden, hat die Weltbank folgende vier Investitionsbereiche vorgeschlagen: (1) Infrastruktur, (2) Investitionsklima, (3) Innovationen und (4) Investitionseffizienz. Diese vier „I“-s des entwicklungspolitischen Aufbruchs, wie sie genannt werden, bedürfen vorbereitender Maßnahmen, die bei der heranwachsenden Jugend ansetzen müssen: eine rasche Ausweitung und Verbesserung der Schulsysteme, Einbeziehung der Mädchen und das Setzen von Qualitätsstandards (Wegner 2008). Schul- und Hochschulabschlüsse werden noch zu häufig als Zugang zu Privilegien missverstanden. Mädchenbildung wird an die Stelle von Frühheirat und früher Mutterschaft treten müssen. Dem sollten Gesetze nachhelfen (Ashford 2007).

Aus der demoökonomischen Gegenüberstellung von Afrika und Europa lässt sich bezüglich des Verhältnisses von Bevölkerungswachstum und BNE verallgemeinern, dass in Industrieländern die Erwerbspersonen, d.h. die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen unter einem „Regime“ der Bevölkerungsabnahme stehen, während Entwicklungsländer wachsende Bevölkerungen, vor allem starke aktive Jahrgänge in Erwerbsarbeit einzugliedern haben.

Mit Blick auf Afrika wird die berufliche Eingliederung starker Jugendjahrgänge jedoch nicht möglich sein, solange:

- sich afrikanische Länder bei niedrigem Industrialisierungsgrad mit der Rolle des „Rohstofflieferanten“ begnügen und es versäumen, sich am Welt-

markt mit qualifizierten Produkten bemerkbar zu machen,

- Afrikas herrschende politische Eliten den Ausbau der Infrastruktur und Investitionen in das Humankapital sowie die Etablierung einer verlässlichen Wirtschaftspolitik hintanstellen und Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Macht durchweg den Vorzug geben,
- Bildungs- und Wirtschaftseliten, die für die gesellschaftliche Entwicklung Afrikas entscheidend wären, auswandern: „exit statt voice“ – Abwanderung statt Engagement in der Herkunftsregion (Kappel/Müller 2007: 7).⁴⁰

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die junge Alterstruktur Afrikas eigentlich ein großes Kapital für die besagte demographische Dividende enthalten könnte. Weil es die Staaten jedoch überfordert, im nötigen Umfang in das Bildungs- und Ausbildungswesen zu investieren, liegen diese Potenziale brach. Eine junge Erwerbsbevölkerung ist jedoch nur dann für die wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft, wenn sie nach einer entsprechenden Ausbildung auch produktiv beschäftigt werden kann (Nuscheler 2007: 2). Somit hat Afrika aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, d.h. wegen fehlender Investitionen in geburtenstarke Jahrgänge und wegen des nur sehr langsam voranschreitenden Geburtenrückgangs, geringere Aussichten, eine demographische Dividende zu generieren und sie für einen „Take-off“ zu verwenden, wie es den so genannten Tigerstaaten in Ostasien gelungen ist.

40 Weiterführende Literatur zur Wirtschaftsentwicklung Afrikas und ihren Entwicklungshemmnissen: Kappel 2005, Kappel/Schneidenbach 2006, Ndulu et al. 2007, Subramanian/Matthijs 2007.

3.2.3 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Armut sind eines der größten Entwicklungsprobleme Afrikas (vgl. Lutz et al. 2008, Fargues 2008). Trotz Wirtschaftswachstum hat Armut in Afrika während der letzten Jahrzehnte stetig zugenommen.⁴¹ Bigsten/Shimeles (2007) gehen davon aus, dass Afrika die von der UN gesteckten so genannten Millenniums-Entwicklungsziele nicht erreichen wird (vgl. auch Giesbert 2007).⁴² Lebten 1970 rund 36 % der afrikanischen Bevölkerung mit weniger als 1 US-\$ täglich, so sind es heute 50 %. Nach Schätzungen der Weltbank werden von den ärmsten 10 % der Weltbevölkerung im Jahr 2030 zwei Drittel in Afrika südlich der Sahara leben, während es heute die Hälfte ist (Kappel/Müller 2007: 6).

Im globalen Vergleich machen Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen⁴³ rund 80 % der Weltbevölkerung

41 Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise in den letzten Jahren verschlechterte die Situation zusätzlich. Vier Faktoren werden für den Preisanstieg verantwortlich gemacht: (1) Die klimatischen Veränderungen verursachten Dürren und Überschwemmungen und somit zahlreiche Missernten. (2) Der Anstieg des Ölpreises treibt die Transportkosten und somit parallel den Preis für Lebensmittelimporte in die Höhe. (3) Die steigende Lebensmittelnachfrage der Schwellenländer lässt Lebensmittelpreise weltweit steigen. (4) Durch die Fokussierung auf Bio-Spirit als grüner Hoffnungsträger kommt es zu einer starken Verringerung von Anbauflächen für Lebensmittel und folglich zu einer Verknappung des Nahrungsangebotes (IFPRI 2007, E+Z 2008a).

42 Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der UNO, der Weltbank, der OECD und mehreren NGOs erarbeitete im Jahr 2001 eine Liste von Zielen zur Umsetzung der Vorgaben der UN-Millenniumserklärung, die von 189 hochrangigen Ländervertretern auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (September 2000) unterschrieben wurde. Diese acht Ziele für das Jahr 2015 wurden als „Millennium-Entwicklungsziele“ (englisch Millennium Development Goals, MDGs) bekannt. Ziel ist es u.a. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, bis zum Jahr 2015 zu halbieren (<http://www.un.org/millenniumgoals/>).

43 Die Weltbank veröffentlicht jedes Jahr die international gebräuchlichen Indikatoren des sozio-ökonomischen Entwicklungsstands von Staaten. Sie teilt darin die jährlichen Durchschnittseinkommen in drei Kategorien: (1) Die „Gruppe der hohen und höchsten Einkommen“, die bei 11.456 US-\$ pro Kopf und darüber liegt. Die „westliche“ Welt und Japan zählen darunter, Deutschland lag im Jahre

aus und sind nur zu 20 % am Weltbruttosozialprodukt (Güter und Dienstleistungen) beteiligt. Von den 6,5 Milliarden Erdenbewohnern (2005) leben 2,4 Milliarden von weniger als 2 US-\$ pro Tag und befinden sich zu fast 70 % in Afrika. In der Weltregion der höchsten Einkommen sind nur knapp 6 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, in der übrigen Welt bis zu 60 % (World Bank 2007, 2007a).

Vor dem Hintergrund zunehmender Armut in Afrika zeigen die afrikanischen Arbeitslosenzahlen ein unerwartetes Bild: im Jahr 2006 liegt Afrikas Arbeitslosenquote bei 10,3 %. Subsahara-Afrika verzeichnete mit 9,8 % sogar eine niedrigere Arbeitslosenquote als Nordafrika mit 12,7 % (ILO 2007: 7). Zunächst scheinen diese Zahlen, verglichen mit den Arbeitslosenquoten mancher Industrieländer, wenig dramatisch. Doch ist zu bedenken, dass in Afrika eine „Normalarbeit“ nicht ausreicht, um das Leben zu bestreiten („working poor“). Dazu bedarf es mehrerer Tätigkeiten gleichzeitig. Gemäß der ILO (2007: 7) verdienen 55 % der erwerbstätigen Afrikaner nicht genug, um die Armutsgrenze von 1 US-\$ pro Tag zu überschreiten; 80 % der afrikanischen Bevölkerung überschreiten zudem die Schwelle von 2 US-\$ pro Tag nicht.

Hierin wird deutlich, dass Vergleiche ihren Informationsgehalt einbüßen, wenn die Kriterien hierzu nur einer Region, meist der fortgeschritteneren europäischen, entnommen werden. Arbeit ist in der Industriegesellschaft eine exakte Verwal-

2007 bei 33.820 US-\$ pro Kopf. (2) Sodann wird eine Staatengruppe hervorgehoben, die als „Gruppe der (niedrigeren und hohen) mittleren Einkommen“ bezeichnet werden kann: sie umfasst die Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 936 US-\$ bis 11.455 US-\$. (3) Die „Gruppe der niedrigen Einkommen“ erbringt nur Einkommensdurchschnitte bis 935 US-\$. Darunter fallen zumeist afrikanische Länder (PRB 2006, World Bank/bpb 2007, World Bank 2007, 2007a, 2008b).

tungskategorie, die in weniger entwickelten Regionen noch nicht als solche existiert. Der hohe Anteil des Agrarsektors und die vielfach auf Verwandtschaftsverhältnissen beruhenden Treue- und Geschäftsverhältnisse sind noch nicht auf dem Stand moderner „Vertragsgesellschaften“ angelangt. Zudem ist besonders Afrika der Kontinent informeller Arbeitsbereiche. Auch sind offizielle Arbeitsverhältnisse nicht immer ein Hinweis auf ein bestimmtes Beschäftigungsvolumen und die Rationalität einer Produktion. Die aufgeblähten Bürokratien in Entwicklungsländern sind ein Symbol für Ineffizienz und Schwerfälligkeit. Sie sind auch ein Mittel örtlicher Eliten, sich Abhängigkeiten und Gehorsam zu erkaufen. Begriffe, etwa der deutschen Arbeitsverwaltung, wie „beschäftigt“, „arbeitslos“, „Teilzeit“ sind in Afrika gewiss anders definiert und passen nur bedingt zum Vergleich.⁴⁴

Außerdem spiegeln diese Zahlen noch nicht die ungleiche Verteilung von Arbeitsplätzen zwischen Ländern, Regionen sowie zwischen den Geschlechtern wider. So ist beispielsweise der Übergang von der Schule zum Beruf für Frauen schwieriger als für Männer. Ebenso fehlt es an ausreichenden beruflichen Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, weil weder Ausbilder noch die Ausstattung im nötigen Ausmaß vorhanden sind. Viele Menschen erlernen ihr Handwerk zudem nur im informellen Sektor, d.h. als Wanderarbeiter oder Tagelöhner. Diese niedrige

44 Die Aussagekraft von statistischen Informationen über die Situation auf afrikanischen Arbeitsmärkten muss grundsätzlich in Frage gestellt werden. In der Regel handelt es sich um grobe Schätzungen internationaler Institutionen wie etwa der ILO oder der Weltbank. Allein die Tatsache, dass ein Großteil der Afrikaner im informellen Sektor ausgebildet wird und später dort arbeitet, macht eine valide Datenerhebung unmöglich. Diesbezüglich wird etwa geschätzt, dass drei Viertel der Arbeitsaktivitäten in afrikanischen Städten informeller Natur sind (ILO 2007: 6). Dadurch ist ein Vergleich von Arbeitsmarktdaten zwischen Afrika und Europa sehr schwer.

Form der Professionalisierung schafft keine Voraussetzungen für eine Teilhabe am internationalen Arbeitsmarkt.

Afrikas Beschäftigungsprobleme liegen – wie bereits erwähnt – im anhaltenden Anwachsen seiner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 59 Jahre) und den unzureichenden Investitionen in Arbeitsplätze. Infolge dessen sinken die Chancen, den Jüngeren eine ausreichende Ausbildung und Anstellung zukommen zu lassen. Die Zahl der Afrikaner im erwerbsfähigen Alter umfasste 2005 rund 494 Millionen (53,6 %) Personen, 2025 werden es 807 Millionen (57,6 %) und bis 2050 sogar 1,239 Milliarden (62,0 %) Menschen sein. Laut ILO (2007: 6) nimmt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter jährlich um etwa 10 Millionen⁴⁵ zu, während das Arbeitsplatzangebot gleichzeitig um rund 8,6 Millionen abnimmt. Hier ist der Zusammenhang von demographischer Entwicklung und ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen besonders deutlich. Trotz der allgemeinen Verbesserung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren war und wird keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen sein. Es ist vor allem die junge Generation im Alter von 15 bis 25 Jahren, die immer weniger wirtschaftliche Partizipationsmöglichkeiten im Herkunftsland besitzt (Bigsten/Shimeles 2007, Wegner 2008) und damit ein wachsendes Migrationspotenzial bildet (Fargues 2008).

3.2.4 Hemmnisse afrikanischer Entwicklung

Dass es für afrikanische Haushalte immer schwieriger wird, selbst mit Fleiß und Schwerarbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, hat sowohl innerafrikanische wie internationa-

45 Basierend auf der mittleren Projektionsvariante der UN (UN 2009a) wächst die afrikanische Bevölkerung im Alter von 15 bis 59 Jahren zwischen 2005 und 2010 jährlich um durchschnittlich 13,5 Millionen Menschen. Bis 2050 erhöht sich die erwerbsfähige Bevölkerung Afrikas um durchschnittlich 16,6 Millionen Personen jährlich.

le Gründe. Innerhalb Afrikas werden durch Korruption⁴⁶ und Geldabflüsse in die bevorzugten Finanzplätze Schweiz und Großbritannien massive soziale Ungleichheiten geschaffen. Die wohlhabenden Eliten vermeiden nicht nur heimische Investitionen, sondern importieren darüber hinaus Luxuswaren für den eigenen Konsum. Korruption und ins Ausland fließende Gewinne sind nur Stationen eines Teufelskreises aus mangelnder Vermögensbildung, Eigentumssicherheit und Geldwertstabilität.

Ein weiterer innerafrikanischer Grund für die mäßige Wirtschaftsentwicklung des Kontinents liegt darin, dass Umfang und Laufzeit von Investitionen nicht ausreichen, um eine „Wirtschaftsgesinnung“ und Eigentumsordnung entstehen zu lassen. Die europäische Wirtschaftsgeschichte belegt jedoch, dass der Aufbau einer Volkswirtschaft immer mit der Herausbildung einer Mittelschicht verbunden war. Über Sparen, Investieren und Vermögensbildung wurde die Mittelschicht mächtig und konnte politische Mitsprache erlangen. Dieser Vorgang wird in Afrika durch politische und wirtschaftliche Einbrüche aufgehalten. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade Angehörige der afrikanischen Mittelschicht aufgrund mangelnder Zukunftsperspektive den Kontinent verlassen (Körner 1999, Baraulina et al. 2008).

Qualifizierte Leistungsträger, die mit einer gewissen Frustration in der Anwanderungsregion leben, tragen sich mit dem Gedanken, fort zu ziehen. Der „brain drain“, die Abwanderung von gut und hoch Qualifizierten, geht seit Jahren zugunsten der Zielländer von statten, denen er als „brain gain“ zugute kommt.

46 Der Internationale Korruptionsindex 2008 von Transparency International weist Afrika als Kontinent mit dem höchsten Korruptionsgrad aus. Nur Botswana, Mauritius und Kap Verde liegen über dem kritischen Wert von 5 auf dem Korruptionsindex (http://www.icgg.org/corruption.cpi_2008.html).

Entwicklungsorganisationen warnen davor, aus afrikanischen Staaten gerade jene Qualifizierten abzuwerben, die zu Aufbau und Entwicklung in diesen Ländern dringend gebraucht würden. Doch gerade für qualifizierte Fachkräfte sind höhere Gehälter, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten entscheidende Faktoren für eine Abwanderung (Baraulina et al. 2008). So verlor Afrika in den letzten beiden Jahrzehnten etwa ein Drittel seiner Akademiker durch Abwanderung in die Industrieländer.

Tabelle 8: Emigrationsraten von Afrikanern in OECD-Länder nach Qualifikationsniveau (25+ Jahre, in % der heimischen Arbeitskraft), 1990 und 2000

Region	1990				2000			
	Qualifikationsniveau* in %							
	Niedrig	Mittel	Hoch	Total	Niedrig	Mittel	Hoch	Total
Westafrika	0,3	1,1	20,7	0,5	0,3	2,8	26,7	0,8
Ostafrika	0,2	1,0	15,5	0,4	0,2	1,6	18,4	0,6
Zentralafrika	0,5	1,0	9,8	0,6	0,4	1,3	13,3	0,8
Nordafrika	2,2	1,8	6,8	2,4	2,3	1,5	6,2	2,5
Südliches Afrika	0,1	0,5	6,9	0,5	0,3	0,5	5,3	0,9

* Niedrig = Grundschulausbildung (0-8 Schuljahre); Mittel = Sekundarstufe (9-12 Schuljahre); Hoch = Hochschulausbildung (13+ Ausbildungsjahre).

Quelle: Kohnert 2006: 4.
Datenquelle: ECA 2006: 29; Docquier/Marfouk 2004.

In einigen Staaten liegt der Anteil sogar noch höher: „Zwischen 33 % und 55 % der Afrikaner mit Hochschulbildung aus Angola, Burundi, Ghana, Kenia, Mauritius, Mosambik, Nigeria, Sierra Leone, Uganda und Tansania leben heute in den OECD-Ländern“ (Kohnert 2006: 2). Die Auswanderung Hochqualifizierter aus Nordafrika und dem südlichen Afrika stagnierte zwar zwischen 1990 und 2000, jedoch haben sich die Emigrati-

onsraten aus West-, Ost- und Zentralafrika deutlich erhöht (Tab. 8). Im Jahr 2000 war die Abwanderung von Hochqualifizierten aus Westafrika mit 26,7 % am höchsten. Besonders Bürgerkriegsländer wie Somalia (59 %), Sierra Leone (41 %) oder Liberia (37 %) und Inselökonomien, wie die Kapverden (69 %), die Seychellen (59 %), Mauritius (48 %) und Madagaskar (36 %), waren betroffen (ECA 2006: 30, Kohnert 2006: 2). Hinsichtlich der Abwanderung von Hochqualifizierten aus Afrika nach Europa ist festzustellen, dass diese tendenziell steigt (Baraulina et al. 2008).

Die internationalen Gründe für Afrikas Wirtschaftsschwäche sind vielfältig: Zum einen verhindern ausschließlich nach Eigeninteressen von Staaten und Firmen ausgerichtete internationale Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika dringende Inlandsinvestitionen. Zum anderen wird unter anderem die EU aufgrund ihrer günstigen Agrarexporte für die stetige Verschlechterung der Marktpreise für einheimische afrikanische Produkte verantwortlich gemacht. Kohnert (2006) und andere Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf die negativen Auswirkungen, die die Agrar- und Fischereipolitik der EU für Afrika habe: Agrarsubventionen für europäische Bauern (z.B. Baumwollsubventionen in Griechenland und Spanien) und der Verkauf von EU-Exportgütern unter den lokalen Herstellungskosten, so genanntes Preisdumping (z.B. Fleischexporte⁴⁷), würden die Existenz afrikanischer Kleinbauern gefährden.

47 Die EU-Fleischexporte zur Senkung der europäischen Überproduktion, unterbieten die Preise auf den lokalen Märkten in West- und Zentralafrika und gefährden damit die Existenzgrundlage vieler afrikanischer Kleinbauern, so Kohnert (2006). In Westafrika sei bereits ein großer Teil der kommerziellen Erzeugung von Hähnchenfleisch durch Dumping-Politik zum Erliegen gekommen. Die negativen Folgen der EU-Exportsubventionen für Rindfleisch zeigten sich vor allem bei den kleinbäuerlichen Viehzüchtern in den Sahel-Ländern (Kohnert 2006: 5).

Nichttarifäre Handelshemmnisse würden afrikanischen Produzenten und Unternehmen den Zugang zu europäischen Märkten verwehren.⁴⁸ Auch Nahrungsmittelhilfe kann zu einem Preisverfall der einheimischen Produktion und – wie im Fall Ägyptens – zu dauerhafter Abhängigkeit der Bevölkerung von Welternährungsfonds führen (UN WFP 2007, E+Z 2001).

Ein direkter Zusammenhang zwischen EU-Handelspolitik und Migration lässt sich am Beispiel Senegals und Mauretaniens feststellen. Seit 1981 kauft die EU diesen beiden Ländern Fischereirechte vor ihren Küsten ab. Die staatlichen Lizenzeinnahmen können aber den individuellen Einkommensverlust der lokalen Fischer nicht ausgleichen. Darüber hinaus können die vertraglich festgelegten Fangmengen kaum kontrolliert werden, sodass die senegalesische und mauretanische See als überfischt gelten. Damit ist aber den einheimischen Fischern die Einkommens- und Lebensgrundlage entzogen. Da allein im Senegal der Fischereisektor 15 % aller Arbeitsplätze stellt und ein Drittel aller Exporteinnahmen erwirtschaftet, hat diese Politik existentielle Konsequenzen für die angestammte Bevölkerung (Kohnert 2006). Infolgedessen zeigen sich zwei Auswegstrategien: so versuchen die arbeitslosen Fischer zum einen irregulär in die EU zu gelangen, um dort das nötige Einkommen zur Versorgung der Familie zu verdienen, zum anderen satteln sie um und partizipieren am Geschäft mit „(il)legaler Migration“, indem sie ihre Boote (*piroques*, *cayucos*) als Transportmittel für die Überfahrt auf die Kanarische Inseln und auf spanisches oder portugiesisches Festland anbieten. In den Booten werden auch Migranten aus anderen afrikanischen Ländern transportiert, so dass sich ein florierendes „Ersatzgewerbe“ entwickelt hat. Letztendlich hat die prekäre Situation der westafrikanischen Fischer

48 Siehe hierzu Kohnert 2006, von Harbou/Schneider 2008, Schug 2008; Spiegel 26.12.08.

dazu beigetragen, dass sich Länder wie der Senegal oder Mauretanien in Transitländer für die (irreguläre) Migration in die EU verwandelt haben (NZZ 20.9.06) (vgl. Kap. 4.4).

Schlussfolgerungen

Gerade aus der Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklungsdifferenzen zwischen Afrika und Europa geht hervor, dass das Migrationspotenzial Afrikas als hoch eingeschätzt werden muss. 50 % der Bevölkerung in Afrika leben heute von weniger als 1 US-\$ pro Tag (Kappel/Müller 2007: 6), 80 % der afrikanischen Bevölkerung überschreiten die Schwelle von 2 US-\$ pro Tag nicht (ILO 2007: 7). 55 % der erwerbstätigen Afrikaner verdienen nicht genug, um die Armutsgrenze von 1 US-\$ pro Tag zu überwinden (ILO 2007: 7). Das durchschnittliche BNE Afrikas liegt bei 2.430 US-\$ pro Kopf (2007) und beträgt somit ein Zehntel des europäischen. Eine so genannte Migrationsschwelle („Migration hump“), d.h. die Wohlstandshöhe, ab der aus ökonomischen Gründen nicht mehr migriert wird, soll jedoch nach einem bereits älteren Modell bei einem BNE von rund 4.000 US-\$ liegen (Stalker 2002).⁴⁹

Allein diese letztgenannte Differenz lässt auf eine enorme Investitionsschwäche schließen, die dem starken Jugendanteil an der afrikanischen Bevölkerung nicht gerecht wird. Der Hoffnungsträger afrikanischer Entwicklung ist jedoch seine Jugend. Um sie für eine Modernisierung, für gesellschaftliche Entwicklung und Befriedung des Kontinents greifbar zu mobilisieren, bedarf es enormer Investitionen, die verlässlich und dauerhaft getätigt werden müssten. Eine Entwicklungsstrategie für Afrika wird schrittweise den Ressourcenengpass, der sich aus hoher Fertilität, unzureichenden und unregelmäßigen Investitionen

⁴⁹ Seit 2002 dürfte sich die „Migrationsschwelle“ noch weiter erhöht haben.

und einem mangelhaften politischen Ordnungsrahmen ergibt, beseitigen müssen.⁵⁰ Dies erfordert jedoch einen langen Zeithorizont und Anstrengungen, die sicher während des gesamten 21. Jahrhunderts andauern müssen. Die wirtschaftlichen Faktoren, die Afrikas Migrationspotenzial anwachsen lassen, bzw. hoch halten werden, sind jene, die für Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den stärksten Jugendjahrgängen der Weltbevölkerung verantwortlich sind (vgl. Lutz et al 2008, Fargues 2008). Hier gilt es zu bedenken, dass in Afrika drei von fünf Arbeitslosen Jugendliche sind.⁵¹ Nach dem jüngsten Bericht der ILO (2008) sind die Hälfte der afrikanischen Jugendlichen (15- bis 24-Jährige) arbeitslos (6,5 %) oder „inaktiv“ (43,7 %). Letztergenannte sind Jugendliche, die keine Arbeit haben und auch keine suchen. Dieser Zustand ist laut genanntem Bericht, seit 10 Jahren unverändert, denn Verbesserungen stehen im Wettlauf mit den gleichzeitig anwachsenden Jugendjahrgängen. Bei der Integration von Jugend in Ausbildung und Arbeit wird daher das Sinken der hohen Fertilität eine Rolle spielen müssen.

Eine Möglichkeit, das Migrationspotenzial und damit auch die reale Abwanderung zu senken, wird in einer modernisierten Landwirtschaft gesehen (ILO 2008). Sie bietet breite Beschäftigungschancen für Jugendliche, denn diese bewohnen größtenteils Landregionen. Sobald auch in ländlichen Regionen Zentren entstehen, die Schulen und (Aus-)Bildungseinrichtungen umfassen, würde sich der Anteil jugendlicher Abwanderungsaspiranten verringern – und damit vor allem ihre Abwanderung in städtische Agglomerationen, wo sie einem ungewis-

50 World Bank 2008c.

51 Der Undurchsichtigkeit afrikanischer Beschäftigungsverhältnisse begegnet die ILO mit den Kategorien „employed“, „unemployed“, „underemployed“ und „inactive“ (ILO 2008).

sen Schicksal entgegengehen. Wenn Investitionen in die ökonomische Infrastruktur hinzukommen, die Unternehmertum anregen, wäre eine Ausgangslage zur nachhaltigen Verringerung des Migrationspotenzials geschaffen (ILO 2008). Aufgrund des hierfür nötigen Zeit-, Mittel- und Energieaufwands wird sich dies in naher Zukunft zwar kleinräumig verwirklichen lassen, jedoch nicht auf breiter regionaler Basis.

Da nicht zu erwarten ist, dass sich die Situation auf den afrikanischen Arbeitsmärkten in naher Zukunft verbessern wird, werden die wirtschaftlich starken Regionen Afrikas weiterhin ein Anziehungspunkt für Migranten sein. Auch Europa wird seine Attraktivität als Zuwanderungsregion beibehalten, wenn nicht sogar steigern, denn in Europa bestand bisher in bestimmten Wirtschaftsbranchen eine Nachfrage nach Arbeitskräften ohne besondere Qualifikation (z.B. Erntehelfer). Aufgrund demographischer Alterung dürfte in Europa die Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich sowie nach Hochqualifizierten weiter steigen.

3.3 Politische Faktoren

Bei der Betrachtung der Diskrepanzen zwischen Afrika und Europa hinsichtlich demographischer Entwicklung, sozialer Infrastruktur und Ökonomie, wurde bereits auf die politischen Probleme Afrikas hingewiesen. Im Folgenden werden zwei politische Aspekte, die als Auslöser für Wanderungsbewegungen verantwortlich gemacht werden können, analysiert: (1) die Qualität der Regierungsführung, sowie (2) Konflikte und deren Folgen, wie (Bürger)Krieg, Flucht und Vertreibung.

3.3.1 Die politischen Systeme afrikanischer Länder

Regierungsführung, also Rechtsgrundlagen und Entscheidungspraxis, wird seit längerem mit dem Begriff *Governance* beschrieben, für den es im Deutschen keine adäquate Übersetzung gibt. Stil und Effizienz von Regierungsführung sind weltweit westlichen Maßstäben unterworfen. Von der Warte funktionierender Demokratie aus gesehen, lassen sich politische Regierungsformen beurteilen und nach bestimmten Kriterien ordnen.

Die Qualität der Regierungsführung afrikanischer Länder wird im Folgenden mit Hilfe von zwei differenzierten und bewährten Indices beschrieben: dem Bertelsmann Transformation Index (BTI)⁵² und dem Failed States Index.

Das Ziel des *Bertelsmann Transformation Index (BTI)* besteht darin, die Transformationsleistungen hin zu marktwirtschaftlicher Demokratie zu messen, um Vergleiche zwischen einzelnen Regionen und Ländern zu erleichtern (Bertelsmann Stiftung 2008). Drei Teilindices bestimmen den Bertelsmann Transformation Index (BTI): (1) der Stand der rechtsstaatlichen Demokratie, (2) der Stand der sozial verantwortlichen Marktwirtschaft und (3) die politische Managementleistung.⁵³ Die Werte für die Teilindices Demokratie und Marktwirtschaft werden arithmetisch gemittelt und ergeben den Status-Index.

52 Zur Erstellung und Bewertung des BTI siehe Schmidt 2006.

53 Der Managementindex wird in dieser Untersuchung nicht weiter betrachtet.

Tabelle 9: Politische und wirtschaftliche Transformation und Staatsformen in Afrika nach dem BTI 2008

Politische und wirtschaftliche Transformation			
Fortgeschritten	Eingeschränkt	Stark eingeschränkt	Blockiert bis gescheitert
Demokratie	Defekte Demokratie	Stark defekte Demokratie	Keine Demokratie
Botswana, Ghana, Mauritius, Namibia, Südafrika	Benin, Kenia, Liberia, Madagaskar, Mali, Mosambik, Nigeria, Sambia, Senegal, Tansania, Uganda	Ägypten, Algerien, Burkina Faso, Burundi, Kamerun, Liberia, Libyen, Mauretanien, Malawi, Marokko, Niger, Sierra Leone, Tunesien	Angola, Äthiopien, DR Kongo, Elfenbeinküste, Eritrea, Guinea, Kongo, Ruanda, Simbabwe, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik
Staatsformen			
Moderate Autokratie	Autokratie		Failed State
Ägypten, Algerien, Äthiopien, Kamerun, Marokko,	Angola, DR Kongo, Elfenbeinküste, Eritrea, Guinea, Kongo, Libyen, Ruanda, Simbabwe, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Tunesien		Elfenbeinküste, DR Kongo, Somalia, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Bertelsmann Stiftung 2008.

Die Verfasser des BTI kommen nach der Indizierung zu dem Schluss, dass es sich bei den meisten der untersuchten afrikanischen Staaten um defekte Demokratien und (moderate) Autokratien handelt (vgl. Tab. 9).⁵⁴ Lediglich Botswana, Ghana, Mauritius, Namibia und Südafrika werden als Demokratien bewertet. In der nordafrikanischen EU-Nachbarregion befinden sich gemäß des BTI ausschließlich (moderate) Autokratien mit stark eingeschränkter wirtschaftlicher und politischer

⁵⁴ Defekte Demokratien besitzen ein weitgehend funktionierendes demokratisches Wahlregime, weisen aber signifikante Funktionsdefizite bei Institutionen zur Sicherung politischer und bürgerlicher Partizipations- und Freiheitsrechte sowie Einschränkungen der Gewaltenkontrolle und -verschränkung und/oder der effektiven Herrschaftsgewalt auf. Der entscheidende Unterschied zu autoritären Systemen liegt demnach in (relativ) freien Wahlen. Im Vergleich zu liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien ist jedoch die Funktionslogik bei defekten Demokratien deutlich eingeschränkt (vgl. Merkel et al. 2003: 11, Schmidt 2006). Zur Demokratisierung Afrikas siehe u.a. Erdmann 2007.

Transformation (vgl. Tab. 9). Diese sind wahlweise Monarchien (Marokko) oder Präsidialregimes. Staatlichkeit im Afrika südlich der Sahara ergibt ein unklares Bild, schon weil es von inneren Konfliktlagen durchzogen ist. Die staatlichen Gebilde werden – abgesehen von den genannten Demokratien – von defekten Demokratien oder autoritären Regimes aufrechterhalten oder „implodieren“, d.h. die Staatsgebilde zerfallen in Territorien, die von Rivalen um die Macht und ihren Milizen beherrscht werden und einen Bürgerkrieg von wechselnder Intensität einleiten (Erdmann/von Soest 2008, Köllner 2008).

Schmidt (2006: 13f.) benennt folgende politische und rechtliche Faktoren als wichtigste Gründe für Demokratieblockaden und die Entstehung defekter Demokratien⁵⁵ in Afrika:

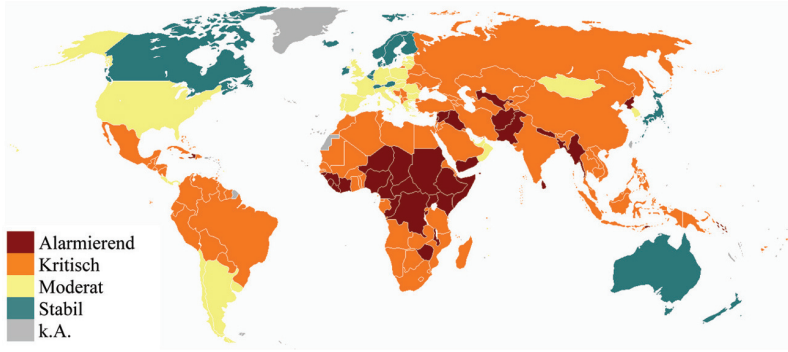
- Die Rechtsstaatlichkeit wird unterminiert durch die Diskrepanz zwischen den gesetzlich garantierten Rechten und den tatsächlichen gewährten. Die Gerichtsbarkeit ist häufig unterausgestattet und korruptionsanfällig.
- Die politische Integrationsleistung der Parteiensysteme ist unzureichend. Die Parteien sind schwach organisiert und aufgrund ihrer vagen inhaltlichen Ausrichtung kaum voneinander abzugrenzen.
- Die Politik ist begleitet von einem hohen Maß an Korruption und Personalisierung, was häufig verstärkt wird durch Präsidialregimes mit großer Machtkonzentration. Politische Entscheidungen fallen daher oftmals in inoffiziellen, informellen Zirkeln, basierend auf dem Tauschverhältnis: politische Loyalität gegen materielle Vorteile.

55 Siehe auch Marzo 2008, Erdmann/von Soest 2008.

Der BTI weist unter den Autokratien aber auch Staaten aus, deren Staatlichkeit zerfällt („Failing States“) oder bereits weitgehend gescheitert bzw. zerfallen ist („Failed states“) (vgl. Tab. 9). Neben dem BTI bietet auch der *Failed State Index*, der vom Fund for Peace jährlich erstellt wird, Informationen zum weltweiten Staatszerfall.⁵⁶ Er bestimmt den Zustand eines Landes anhand von zwölf Indikatoren seiner existenziellen Gefährdung. Hierzu zählen: (1) *soziale Indikatoren*: wachsender demographischer Druck, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Konflikte (2) *wirtschaftliche Indikatoren*: instabile wirtschaftliche Entwicklung, anhaltender oder rascher ökonomischer Niedergang und (3) *politische Indikatoren*: steigende Verbrechensrate, Zerfall der öffentlichen Dienste, weit verbreitete Verletzung der Menschenrechte, Auflösung des Rechtsstaates.

Der Failed States Index 2008 zeigt auf, dass im weltweiten Vergleich unter den 35 Ländern, in denen die Situation als sehr alarmierend eingestuft wird, 21 afrikanische Staaten zu finden sind (vgl. Abb. 5). Allein auf den ersten zehn Plätzen rangieren 7 afrikanische Staaten: Somalia, Sudan, Simbabwe, der Tschad, die Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste und die Zentralafrikanische Republik. Eine nennenswerte Anzahl afrikanischer Länder wird demnach durch Staatsversagen blockiert oder ist bereits von Staatsverfall gezeichnet. Bürger solcher Länder versuchen häufig in funktionierende Staaten abzuwandern, was die Migration und das Migrationspotenzial erhöht.

⁵⁶ Siehe: http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140.

Abbildung 5: Failed State Index 2008

Quelle: Fund for Peace 2008, eigene Bearbeitung.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass auf keinem anderen Kontinent die Umsetzung und Gestaltung von Reformprozessen auf so anhaltende strukturelle Hindernisse treffen wie in Afrika. Faktoren wie extreme Armut, mangelnde Bildung, infrastrukturelle Defizite und mangelhafte Staatsfunktionen blockieren die Transformationsprozesse. Einige Länder scheitern an den defizitären Voraussetzungen, andere verweigern sich bewusst den Reformen.

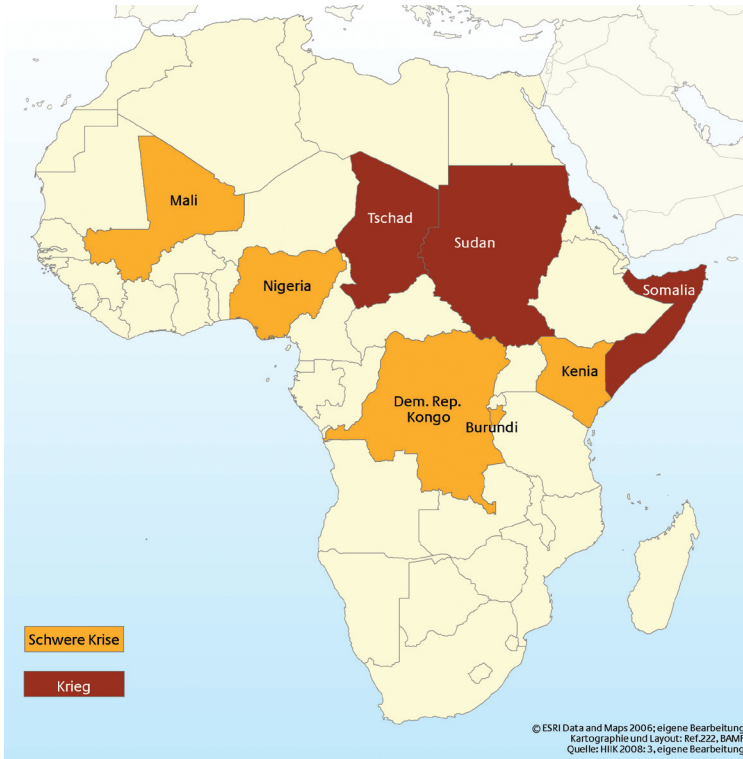
3.3.2 Ausmaß und Folgen gewaltsamer Konflikte und politischer Krisen

Diese ungünstigen politischen Bedingungen in den meisten Staaten sind sowohl Auslöser als auch Folge von Konflikten unterschiedlicher Intensität. Nach einer Untersuchung des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung (HIIK), das seit 1991 jährlich in einem so genannten *Konfliktbarometer* das weltweite gewaltlose, wie gewaltsame Konfliktgeschehen misst, stieg die Anzahl „hoch gewaltsamer“ Konflikte im Jahr 2008 in Afrika von 9 auf 12. Insgesamt schwelten 89 Konflikte unterschiedlicher Intensität in Afrika (HIIK 2008). Die häufigsten Gründe für

die gewaltsamsten Konflikte waren der Kampf um nationale Macht und um Ressourcen, oftmals um beides. Die Auseinandersetzung um regionale Vorherrschaft ist ein weiterer Faktor für regionale Krisenherde (HIIK 2008). Stärker als bisher sind auch klimainduzierte Konflikte auszumachen. Carius/Tänzler (2007) identifizierten in einer Studie 22 Umweltkonflikte unterschiedlicher Intensität in Afrika, die im deutlichen Zusammenhang mit Bodendegradation und Wasserverknappung stehen und vielfach die armutsbedingte Migration verstärken (vgl. Kap. 3.4). Durch Letztere werden Konflikte zumeist in andere Regionen exportiert.

Die Konfliktlagen Afrikas müssen jedoch nach Intensität und Raum differenziert betrachtet werden: Was die Staaten *Nordafrikas* betrifft, weist Algerien einen Konflikt höherer Intensität auf. Seit 1989 herrschen hier Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und islamischen Gruppierungen mit abweichender Ideologie und religiöser Richtung um die nationale Herrschaft. Diese Konfliktlage wurde der Weltöffentlichkeit über wiederholte Massaker an der Zivilbevölkerung bekannt. Marokko kämpft um den Besitz der Westsahara, wo die einheimische Guerilla von Algerien unterstützt wird. Für Ägypten stellt die Muslimbruderschaft aufgrund islamisch-fundamentalistischer Bestrebungen eine Gefahr dar.⁵⁷ In Nordafrika herrschen außerdem noch Konflikte geringer Intensität zwischen kleineren Extremistengruppen und der algerischen und marokkanischen Regierung. Darunter sind viele Stammeskämpfe um Autonomie, wie die der Berber in Marokko und Algerien.

57 Die Muslimbruderschaft ist eine der einflussreichsten islamisch-fundamentalistischen Bewegungen im Nahen Osten. Sie wurde 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten gegründet (vgl. auch Farschid 2006).

Abbildung 6: Schwere Krisen und Kriege in Afrika, 2008

Quelle: HIIK 2008: 3, eigene Bearbeitung.

Eine Ballung einzelner Konflikte, die sich in systematischer und kollektiver Gewalt äußern, ist im Sahel-Gürtel zu erkennen. Die schwerwiegendsten Krisen auf dem afrikanischen Kontinent sind in *Zentral- und Ostafrika* zu finden. Im Sudan herrscht derzeit ein Konflikt mit den weltweit wohl gravierendsten humanitären Auswirkungen und in Somalia bestehen gewaltsame Konflikte, deren Intensität seit Jahren anhält (vgl. Abb. 6). Weitere ernsthafte Konflikte, ausgelöst durch Stammesrivalitäten und Parteienkämpfe herrschen in Äthiopien, in der

Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, dem Tschad sowie seit kurzem in Kenia (vgl. Abb. 6). Oftmals sind auch nur bestimmte Provinzen eines Landes, wie etwa die Kivu-Region in der Demokratischen Republik Kongo, von Konflikten betroffen. Zu nennen wäre hier auch Simbabwe, das sich unter einem usurpatorischen Präsidialregime befindet und zudem unter einer schweren wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krise leidet.

In *Westafrika* ist die Situation in einigen Staaten ähnlich schwierig wie am Horn von Afrika, wo sich mehrere Staaten mit den Nachwirkungen vergangener Krisen konfrontiert sehen. Ungeklärte Machtverhältnisse sowie anhaltende Feindschaften zwischen unterschiedlichen Akteuren sind deshalb immer noch Auslöser für Konfliktsituationen. Dies gilt in erster Linie für die Länder Elfenbeinküste, Guinea, Niger und Mali (vgl. Abb. 6). In Mali und seinen Nachbarländern führten Bodendegradation und Wasserverknappung zu Migrationsströmen der Tuareg-Nomaden (Carius/Tänzler 2007). Ein weiterer Brennpunkt der Region ist nach wie vor Nigeria mit einer Vielzahl interner Konflikte, wobei die gewalttätigsten Auseinandersetzungen im Nigerdelta zwischen der Regierung und Rebellengruppen um Territorialansprüche und Rohstoffe (Erdöl) stattfinden (Base-dau/Werner 2007).

Im *südlichen Afrika* ist es Südafrika seit Ende der Apartheid nicht gelungen, auch ethnische und soziale Konflikte zu schlichten.⁵⁸ Dennoch bleibt Südafrika ein „Einwanderungsland“, vor allem für Arbeitsmigranten.

58 In Südafrika werden verstärkt rassistische Übergriffe auf afrikanische Migranten und Asylsuchende beobachtet.

■ **Fluchtmigration und Asylantragstellung als Folge von Konflikten**

Die beschriebenen Konfliktsituationen unterschiedlicher Intensität sind Auslöser für Flucht- und Migrationsströme.⁵⁹ Die Flüchtlinge wandern oftmals innerhalb des eigenen Landes oder in die Nachbarländer. Aus Mangel an Ressourcen und in der Hoffnung auf baldige Rückkehr in ihre Heimatregion versuchen aber verhältnismäßig wenige Flüchtlinge Afrika zu verlassen (E+Z 2008).

Die Statistik des UNHCR (2007) zählt für das Jahr 2005 in ganz Afrika rund⁶⁰ 2,77 Millionen Menschen, die aufgrund politischer oder humanitärer Krisen ihr Land verlassen mussten (Abb. 7).⁶¹ Im Jahr 2006 sank die Flüchtlingszahl für Afrika insgesamt um 2,7 % auf 2,7 Millionen, was jedoch auch mit mangelnden Daten für einige Länder zusammenhängen könnte (UNHCR 2007a).⁶² Auch im Jahr 2007 waren mit 2,4 Millionen Menschen in Afrika 11,7 % weniger Flüchtlinge zu verzeichnen als im Vorjahr. Die Länder, die 2007 Flüchtlinge hervorbrachten, sind seit 2005 unverändert: der Sudan mit 495.900 (20,8 %) Personen ist Hauptherkunftsland, gefolgte von Somalia mit 404.800 (17,0 %) Flüchtlingen, Burundi mit 353.900 (14,9 %) und der Demokratischen Republik Kongo mit 341.400 (14,3 %) Personen (UNHCR

59 Siehe hierzu auch Nuscheler 1995.

60 Die Zahlen werden im Folgenden auf 100 auf- bzw. abgerundet. Bezeichnungen wie „rund“ entfallen zugunsten der Lesbarkeit.

61 Diese Zahl der Flüchtlinge im Jahr 2005 verteilt sich auf insgesamt 24 afrikanische Herkunftsländer, von denen Sudan mit 678.800 (24,5 %), Burundi mit 412.600 (14,9 %), die Demokratische Republik Kongo mit 406.800 (14,7 %) und Somalia mit 355.800 (12,8 %) Personen die meisten Flüchtlinge zu verzeichnen hatten. Länder mit sehr geringer Flüchtlingszahl wurden in den Erhebungen der UNHCR nicht berücksichtigt.

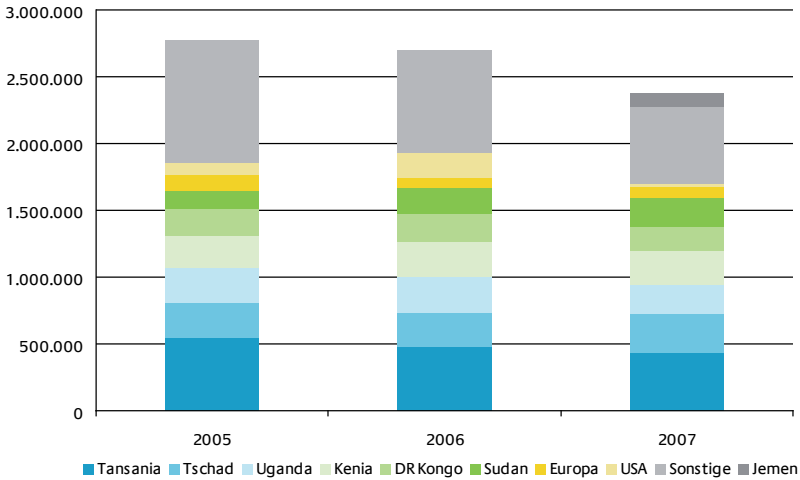
62 Hauptherkunftsland blieb 2006 der Sudan mit 670.500 (24,9 %) Flüchtlingen, gefolgt von Somalia, das mit 424.800 (15,7 %) Personen einen starken Zuwachs verzeichnete. Weitere Herkunftsländer waren die Demokratische Republik Kongo mit 372.700 (13,8 %) und Burundi mit 370.400 (13,7 %) Personen.

2008). Hauptaufnahmeländer afrikanischer Flüchtlinge waren im Jahr 2007 Tansania mit 18,2 % (433.400), der Tschad mit 12,1 % (288.700), Kenia mit 10,7 % (255.800), Uganda mit 9,3 % (221.700), der Sudan mit 9,1 % (216.900) und die Demokratische Republik Kongo mit 7,3 % (174.000) (vgl. Abb. 7). Insgesamt entfielen im Jahr 2007 auf die genannten sechs Länder 66,8 % der afrikanischen Flüchtlinge, d.h. fast 1,6 Millionen Flüchtlinge.

Wie an Abbildung 7 zu erkennen, ist der Anteil von afrikanischen Flüchtlingen, die Europa in dem betrachteten Zeitraum aufnahm, relativ gering und schwankte von 2005 bis 2007 zwischen 3,1 % (82.800) und 4 % (111.500). Der Anteil der Vereinigten Staaten verdoppelte sich zwar zwischen 2005 und 2006 von 3,3 % (92.600) auf 6,7 % (181.700). Im Jahr 2007 war die Zahl aufgenommener Flüchtlinge mit 18.600 (0,8 %) jedoch sehr gering (UNHCR 2008). Stattdessen nahm erstmals der Jemen mit 4,6 % (110.600) einen erwähnenswerten Anteil von afrikanischen Flüchtlingen auf.⁶³

63 Ein Großteil der Flüchtlinge stammte aus Somalia. Es ist zu vermuten, dass vor allem muslimische Afrikaner in den Jemen flohen. Vom Jemen aus besteht die Möglichkeit, in die arabischen Erdölförderländer zu wandern, um dort eine Arbeit im Produktions- oder Dienstleistungsbereich zu finden.

Abbildung 7: Afrikanische Flüchtlinge nach Aufnahmeländern, 2005-2007



Quelle: UNHCR 2007, 2007a, 2008.

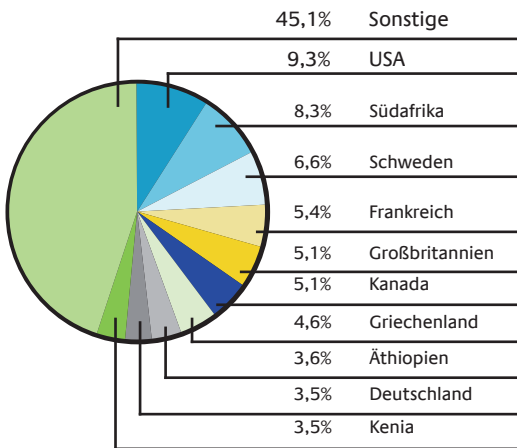
Die vorangegangenen Analysen zeigen, dass die Hauptaufnahmeländer von afrikanischen Flüchtlingen vor allem benachbarte oder andere afrikanische Staaten sind. Vor allem Tansania zeichnete sich zwischen 2005 und 2007 als Hauptaufnahmeland von afrikanischen Flüchtlingen aus, weitere wichtige Aufnahmeländer sind der Tschad, Uganda, Kenia, die Demokratische Republik Kongo sowie der Sudan. Die Herkunftsländer der meisten Flüchtlinge waren von Bürgerkriegen betroffen, wie Burundi und die Demokratischen Republik Kongo.

Somit sind die Hauptherkunftsländer mit den großen Flüchtlingszahlen ihrerseits Zielländer einer Vielzahl von Flüchtlingen. Dies gilt vor allem für die Flüchtlingsströme zwischen dem Sudan, Tschad und Äthiopien, zwischen der Demokratischen Republik Kongo, Burundi und Angola, sowie in Westafrika zwischen der Elfenbeinküste und Liberia. Da es sich

in diesen Fällen um Länder handelt, in denen lange Zeit kriegerische Auseinandersetzungen stattfanden bzw. noch immer stattfinden und die Fluchtmigration zwischen den Ländern über die letzten Jahre anhielt, werden sich diese Fluchtbewegungen auch weiterhin hauptsächlich in den Grenzregionen ereignen. Das Migrationspotenzial bleibt voraussichtlich hoch, die Migrationsströme dürften aber weiterhin eher lokal, denn interkontinental verlaufen.

Bei der Betrachtung von Flüchtlingsbewegungen muss neben den grenzüberschreitenden Flüchtlingen zugleich auf die Binnenflüchtlinge (Internally Displaced Persons: IDPs) verwiesen werden. Die Anzahl der IDPs ist weltweit fast doppelt so groß wie die der internationalen Flüchtlinge. In Afrika belief sich die Zahl der IDPs in 2007 auf etwa 12,7 Millionen Menschen. Das sind fast die Hälfte aller IDPs weltweit. Insgesamt finden sich in 20 afrikanischen Ländern IDPs. In Sudan, Uganda, Somalia und DR Kongo beträgt die Anzahl der IDPs zum Teil weit über eine Million (UNHCR 2008).

Verglichen mit den hohen Flüchtlingszahlen ist die Anzahl der Asylanträge, die in afrikanischen Ländern gestellt werden, eher gering (vgl. Abb. 8). Gemäß UNHCR-Angaben wurden im Jahr 2007 etwa 147.100 Asylanträge in Afrika gestellt. Damit lag der Kontinent aber im weltweiten Vergleich auf Platz zwei hinter Europa (332.400). Im selben Jahr belegte Afrika (51.000) hinter Europa (93.300) auch den zweiten Rang was die Anerkennung von Asylanträgen betraf. Auf den weiteren Plätzen folgten Asien (35.000) und Nordamerika (28.000). Allerdings ist in Afrika – im Gegensatz zu Europa und Nordamerika – ein steigender Trend an nicht erledigten Fällen (pending cases) zu beobachten (UNHCR 2008).

Abbildung 8: Verteilung von Asylanträgen weltweit, 2007

Quelle: UNHCR 2008.

Innerhalb Afrikas entfielen in den letzten Jahren auf Südafrika die meisten Asylanträge. Mit einer Zahl von rund 251.000 Anträgen zwischen 2002 und 2007 wurden in Südafrika sogar weltweit die meisten Asylanträge eingereicht. Wie in Abbildung 8 zu sehen, nahm Südafrika im Jahr 2007 mit einem Anteil von 8,3 % (45.600) aller Asylanträge den zweiten Platz hinter den USA mit einem Anteil von 9,3 % (50.700) ein.

Neben Südafrika registrierten Äthiopien (3,6 %) und Kenia (3,5 %) die meisten Asylgesuche innerhalb Afrikas (UNHCR 2008). Hinsichtlich Kenia stellt sich die Frage, ob das Land nach den politisch-ethnischen Unruhen zu Beginn des Jahres 2008 weiterhin ein Zielland von asylsuchenden Afrikanern bleiben wird. Gleiches kann für Südafrika gelten, wo in jüngster Vergangenheit vermehrt fremdenfeindliche Tendenzen zu beobachten waren. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass Südafrika, als das

wirtschaftlich stärkste Land in Afrika, auch weiterhin für Asylsuchende attraktiv bleiben wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass politische Rahmenbedingungen, ökonomische Krisen und gewaltsame Konflikte gegenwärtig dafür verantwortlich sind, dass viele Afrikaner ihre Heimatregionen verlassen müssen. Dabei verbleiben die Flüchtlingsströme größtenteils innerhalb des afrikanischen Kontinents. Die Menschen verharren im Aufnahmeland, um bei günstig erscheinender Lage in ihr Heimatland oder ihre Herkunftsregion zurückzukehren. Dies führt in den meisten Fällen zur Entstehung von Flüchtlingslagern in den Grenzregionen.

Grundlegendes Problem bleibt jedoch, dass Migration und Flucht – sei es durch interne oder grenzüberschreitende Wanderung – auch neue Konflikte auslösen können, die weitere Fluchtmigration nach sich ziehen. Größtenteils konkurrieren die Migranten und Flüchtlinge mit den Einwohnern der Zielregion um die knappen Ressourcen. Flüchtlingscamps, in denen Tausende von Menschen über längere Zeiträume leben, können diese Situation noch erschweren. Diese Camps sind zudem der Nährboden für Gewalt und (organisierte) Kriminalität und dienen zur Rekrutierung neuer Soldaten.

Die Weltgemeinschaft, einschließlich der Afrikanischen Union (AU)⁶⁴, unternimmt immer wieder Anläufe zur Befriedung des Kontinents, doch scheint das Ausmaß seiner Probleme größer als die Möglichkeit, von außen wirken und helfen zu können. Eine Studie der britischen Hilfsorganisation Oxfam kam darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass Kriege und gewalt-

64 Zur Afrikanischen Union (AU) siehe u.a. Schmidt 2008, Engel 2008.

same Konflikte in Afrika die gesamte internationale Entwicklungshilfe des Kontinents aufzehren. Kriege haben demnach zwischen 1990 und 2005 Schäden in Höhe von 284 Milliarden US-\$ verursacht. Das ist ungefähr die Summe, die bi- und multilaterale Geber in diesem Zeitraum nach Afrika transferierten (Oxfam et al. 2007, E+Z 2007).⁶⁵

Schlussfolgerungen

Die vorangegangenen Analysen haben ergeben, dass sowohl Staatszerfall als auch Kriege und Konflikte die politischen Ursachen für Afrikas anhaltend hohes Migrationspotenzial sind:

So ist eine nennenswerte Anzahl afrikanischer Länder durch Staatsversagen blockiert oder bereits von Staatsverfall gezeichnet. Gründe für einen Staatszerfall sind schlechte Regierungsführung, korrupte Eliten, verfehlte wirtschaftliche Entwicklungskonzepte, mangelnde Wohlfahrt und wenig Rechtssicherheit sowie „ahistorische“ Nation-building-Konzepte (Tetzlaff 2000, Hein 2005, Köllner 2008). Um dieser instabilen und existenzgefährdenden Lage zu entkommen, migrieren die Betroffenen zumeist in „funktionierende“ afrikanische (Nachbar)Staaten, jedoch nur selten nach Europa. Schon erste Anzeichen von Staatszerfall und Bürgerkrieg erhöhen das Migrationspotenzial.

65 In die Berechnung sind direkte und indirekte Kriegskosten einbezogen worden. Die Auswirkungen von Kriegen auf die Nachbarländer wurden jedoch nicht berücksichtigt, weshalb die Kriegskosten noch höher liegen dürften (Oxfam et al. 2007).

Auch bei innerstaatlichen und internationalen Konflikten sucht der Großteil afrikanischer Flüchtlinge auf dem Kontinent selbst Schutz. Vergleichsweise wenige afrikanische Flüchtlinge haben Europa zum Ziel. Daher ist davon auszugehen, dass afrikanische Staaten weiterhin als Hauptaufnahmeland für Flüchtlinge fungieren werden. Gegen eine umfangreichere Verlagerung der Fluchtmigration nach Europa spricht, dass viele afrikanische Flüchtlinge nicht die nötigen Mittel für eine interkontinentale Migration aufbringen und dass Flüchtlinge meist nur temporären Schutz suchen, d.h. nach Besserung der Lage in ihre Heimatregion zurückkehren. Auch spielt in diesem Zusammenhang die Gesetzeslage (Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetze) in den angestrebten Zielländern der Migration eine große Rolle. Über die Bedingungen von Flüchtlingsschutz und Asylgewährung informieren unter anderem ethnische Netzwerke im Zielland. Da in naher Zukunft keine Besserung der Lage zu erwarten ist, dürfte das afrikanische Migrationspotenzial hoch bleiben bzw. sich erhöhen.

3.4 Umweltbezogene Faktoren

In letzter Zeit werden Umwelt- bzw. Klimawandel in ihren Auswirkungen auf Entwicklungsländer diskutiert, wobei der Grad ihrer Betroffenheit („Vulnerability“) im Vordergrund steht. Die beunruhigenden Ergebnisse schließen auch dadurch ausgelöste Migrationsbewegungen mit ein. Afrika ist aufgrund von anhaltendem Bevölkerungswachstum, fehlender Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sowie Ressourcenausbeutung und Klimawandel verstärkt von ökologischen Problemen betroffen (Hauser 1991, Wöhlcke 1992). Der Klimawandel wird daher für diese ökologisch sensible Region zu einer der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts.

3.4.1 Ursachen der Umweltmigration

In Afrika beeinflussen sich Umwelt- und Entwicklungsprobleme gegenseitig. Umweltmigration bzw. -flucht ist eine Folge hiervon. Wöhlcke definiert Umweltflüchtlinge als „jene Personen, die ihr angestammtes Milieu verlassen, weil ihr Leben aufgrund von natürlichen und anthropogenen – das heißt durch menschliche Aktivitäten verursachte – Umweltschäden sowie aufgrund von ökologischer Überlastung durch Überbevölkerung erheblich beeinträchtigt oder gefährdet wurde“ (Wöhlcke 1992: 13). „Natürliche“ Umweltschäden wären in diesem Zusammenhang Naturkatastrophen, diese werden durch den Klimawandel verstärkt.

Mögliche Ursachen für Umweltmigration können somit sein:

1. fehlende oder unzulängliche Entwicklungsfortschritte (niedriger technischer Stand der Landwirtschaft, Teilindustrialisierung),
2. Bevölkerungswachstum und Urbanisierung (Landflucht),
3. Naturkatastrophen (Dürre, Überschwemmungen etc.),
4. Klimawandel.

Durch (1) den niedrigen technischen Stand der Landwirtschaft bedingte Umweltprobleme umfassen die Bodendegradation aufgrund unangepasster landwirtschaftlicher Methoden, die dauerhafte Erosion von Acker- und Weideland und die damit verbundene Wasserknappheit. Umweltveränderungen wegen unzulänglicher Entwicklungsfortschritte und Teilindustrialisierung sind unter anderem Umweltzerstörung durch massive Abholzung, Brandrodung, Verdrängungsprozesse durch

den Bau von Staudämmen und Ressourcenverknappung durch schlechtes Management. Weitere Faktoren sind militärische und krieglerische Aktivitäten sowie Umweltverschmutzung und -vergiftung. Das (2) starke Bevölkerungswachstum erhöht den Druck auf die natürlichen Ressourcen, wie Wasser und Boden, und führt in Verbindung mit einem niedrigen technischen Stand der Landwirtschaft unter anderem zu weiterer Bodendegradation (Wöhlcke 1987, 1992). Verstärkt werden diese lokalen Entwicklungen noch durch externe Ursachen, wie (3) Naturkatastrophen, d.h. Starkregen und schwere Überschwemmungen, Stürme und Dürren. Zusätzlich fördert der voranschreitende (4) Klimawandel das Aufkommen extremer Wetterlagen.

Meist wird der Entschluss zur Umweltmigration bzw. -flucht durch die wechselseitige Verstärkung interner und externer Faktoren ausgelöst. Jedoch beruht Umweltmigration bzw. -flucht nur in Ausnahmefällen auf einer schnellen Entscheidung, die aufgrund einer akuten Krise getroffen werden muss (Dürre, Überschwemmungen usw.). In der Regel versuchen die Menschen so lange wie möglich in ihrer Heimat auszuharren (Baechler 2000). Auch verläuft ökologisch bedingte Abwanderung meist vom Land in die Stadt, sogenannte Landflucht, und tritt daher nicht als Umweltmigration bzw. -flucht in Erscheinung. Diese Entwicklung hat vermutlich bisher die meisten Umweltmigranten hervorgebracht.

3.4.2 Siedlungsdichte und Schwinden natürlicher Ressourcen

Die Verteilung der Menschen im Raum ist von ökologischer Relevanz. Der Bevölkerungsdruck auf die Stadtregionen ist eine typische Erscheinung in Entwicklungsländern (Schmid 1994). Afrikanische Städte verzeichnen seit Jahren die größten

Zuzugsraten in kürzester Zeit (vgl. Kap. 3.1.1). Ursächlich für diese Land-Stadt-Wanderungen (Landflucht) sind sowohl die Hoffnung auf ein besseres Leben für die Familie durch Einkommenserhöhung, als auch die verschlechterten Lebensbedingungen in den Landregionen aufgrund von Ernteaussfällen und ökologisch-klimatischen Schäden. Es handelt sich hier in der Regel nicht um „Verstädterung“ im europäischen Sinne, wie die Verbreitung eines urbanen Geistes und „moderner“ Lebensauffassung, sondern um „Agglomeration“ von Armutsbevölkerung. Die nigerianische Hauptstadt Lagos dient seit einiger Zeit als paradigmatisches Beispiel für afrikanische Agglomerationsphänomene. Der verstärkte Zuzug junger Menschen in die Städte bedeutet in Afrika aber keineswegs eine Entleerung der Landregionen: 70 % der Jugendlichen (15- bis 24-Jährige) verbleiben in den ländlichen Regionen (World Bank 2008c). Der zitierte Weltbankbericht unterstreicht, dass typische afrikanische Jugendliche keine Stadtbewohner sind. Ihre Durchschnittsmerkmale sind arm, weiblich, mit abgeschlossener Grundschulbildung und Landbewohner. Von Entwicklungsexperten der Weltbank wird die in den Landregionen verbleibende Jugend als Arbeitskräftepotenzial eines unumgänglichen Ausbaus landwirtschaftlicher Produktion und Kooperation gesehen. Dafür ist aber eine Analyse der ökologischen Möglichkeiten und Beschränkungen nötig. Es wurde bereits betont, dass zwischen Bevölkerungswachstum und Existenznot kein schlichter Kausalzusammenhang hergestellt werden darf. Denn wo genug Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung geschaffen sind, würde mehr Bevölkerung für jene Besiedlungsdichte sorgen, die dann Märkte belebt und vergrößert.

Bei Bevölkerungen auf niedrigem agrarischem und technischem Niveau bedeutet hohe Fertilität einen Druck auf die na-

türlichen Ressourcen Wasser und Boden. Mangel an Trinkwasser wurde als sanitärer Abwanderungsfaktor (Kap. 3.1.1) bereits thematisiert, doch das Wasserproblem hat auf dem Kontinent noch eine größere Dimension. Afrikas bebaubares Land liegt zur Hälfte in trockenen, d.h. ariden und semi-ariden Zonen. 65 % der zum Fruchteanbau geeigneten Flächen und 30 % des Weidelandes sind von Bodenverschlechterung und -erosion betroffen. Sinkende Ernteerträge tangieren inzwischen die angestrebte „Ernährungssicherheit“ („Food Security“). Ein Teil der Degradation der Böden geht auf Vegetationsschwund und Abholzung von Wäldern zurück, ein ebenso großer Teil auf Übernutzung, Überweidung und schädliche Ackerbaumethoden. Von den weltweit registrierten Schäden an Böden und Ackerflächen entfallen auf Afrika 30 %, das sind insgesamt 500 Millionen Hektar ernsthaft geschädigte Landfläche. Innerhalb Afrikas gelten 65 % des Ackerlandes, 31 % der Weiden und 19 % der Wälder als geschädigt (WBGU 2009: 96). Es wird für Afrika immer schwieriger, steigende Einwohnerzahlen durch Vergrößerung der Anbauflächen und Viehbestände („livestock“) umweltverträglich bzw. -erhaltend zu ernähren. Dabei ist die Landwirtschaft die Grundlage des Lebens in Afrika. 70 % der Erwerbstätigen (90 % der „Armen“) arbeiten im primären Sektor. In Subsahara-Afrika entfallen 20 – 30 % des BIP auf landwirtschaftliche Produkte und 55 % der gesamtafrikanischen Exporte (UNFCCC 2006). Der Schwund der Subsistenzbasis („Nahrungsspielraum“) und der bio-ökologischen Tragkörper („Carrying Capacity“) treibt die afrikanische Bevölkerung in lokale existenzielle Engpässe. Noch kann dem Schwinden natürlicher Ressourcen durch Binnenmigration auf dem afrikanischen Kontinent ausgewichen werden.

3.4.3 Klimafolgeninduzierte Wanderung

Klimawandel und seine Komponenten Erderwärmung und Treibhauseffekt, ausgelöst durch Emissionen der industrialisierten Welt und inzwischen auch immer stärker von bevölkerungsreichen Schwellenländern, sind als bedrohliches Weltproblem eingestuft worden. Anhand von Projektionen wird versucht, unterschiedliche Formen der Relevanz und Betroffenheit einzelner Weltregionen einzuschätzen. Zu den ersten Veröffentlichungen dieser Art zählen die seit 1990 vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)⁶⁶ erstellten Studien, in denen Migrationsbewegungen als die bedeutendste Einzelfolge des Klimawandels genannt werden. Das Interesse der medialen Öffentlichkeit an dieser Thematik ist groß und führt zu Spekulationen über die Zahl der Betroffenen. Fachinstitute warnen jedoch vor oberflächlichem Zahlenwerk und konzentrieren sich auf Analysen zur jeweiligen regionalen Vulnerabilität von Bevölkerungen.

Die Regionen Afrikas gelten bereits als Hauptleidtragende des Klimawandels. Die beobachtbaren Klima-Tendenzen (u.a. mehr Regen im Winter, weniger Regen im Sommer) dürften sich verstärken und Überschwemmungen bzw. Dürreperioden zu ungewohnter Zeit und in ungewohnter Härte nach sich ziehen (IPCC 2007, WBGU 2007). Aufgrund der mangelnden wirtschaftlichen Kapazitäten und der durchweg fragilen Ökosysteme ist es für afrikanische Staaten schwer, angemessen auf Umweltveränderungen zu reagieren. Ihre Auswirkungen sind in verschiedenen Bereichen zu beobachten, doch existieren bisher nur wenige Untersuchungen über klimafolgeninduzierte Wanderung in Afrika. Es gibt keine verlässlichen Angaben über

66 Auf Deutsch „Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen“ bzw. „Weltklimarat“ (IPCC).

die Zahl von Umweltflüchtlingen, da es weder eine genaue Definition dieser Personengruppe gibt, noch eine klare und fassbare Abgrenzung des umwelt- und klimabezogenen Wanderungsmotivs von anderen Motiven (z.B. ökonomisch bedingter Migration). Umweltbezogenen Push-Faktoren wird aber gerade in Afrika eine immer größere Rolle bei der Entstehung von Migrations- und Fluchtbewegungen zugewiesen (Clark 2007: 13).

Bereits 1985 wies das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf ein wachsendes Flüchtlingsproblem infolge sich wandelnder Umweltbedingungen hin. Der Umweltforscher Norman Myers (Oxford University) geht davon aus, dass es bereits 1995 mehr Umweltflüchtlinge (25 Mio.) als „normale“ Flüchtlinge (20 Mio.) gab (Myers 1997, 2001). Er nimmt an, dass sich diese Zahl bis 2010 verdoppelt und bis zur Mitte des Jahrhunderts sogar auf 150 Millionen ansteigen könnte. Vermutlich in Ermangelung anderer Schätzungen haben sich diese Annahmen in der internationalen Diskussion durchgesetzt (Jacobeit/Methmann 2007: 2).

Umweltveränderungen haben in Afrika vielfältige und gravierende Folgen. So ist die landwirtschaftliche Produktion Afrikas von Klimaveränderungen bedroht, weil Wüstenbildung, Bodenversalzung und Wasserverknappung die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zerstören und die vielfach angespannte Wirtschaftslage im ländlichen Raum verschärfen (Michaelis 2008). Erschwerend kommt hinzu, dass die Mehrheit der Afrikaner nicht die Möglichkeit besitzt, auf ökologische Veränderung z.B. mit dem Anbau neuer Pflanzensorten oder künstlicher Bewässerung zu reagieren. Eine Migration in andere Regionen innerhalb des Landes oder über nationale Grenzen

hinweg könnte als Überlebensstrategie gesehen werden.⁶⁷ Gegenwärtig tritt die Umweltmigration in erster Linie regional, d.h. innerhalb von Staatsgrenzen auf (Michaelis 2008) und hat zum Teil den Charakter von Landflucht (s.o.). Eine weitere Form ist saisonale Wanderung mit anschließender Rückkehr, etwa während der Dürrezeit. In Zukunft dürfte aber verstärkt mit einer grenzüberschreitenden Migration in die Nachbarstaaten zu rechnen sein.

Vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2007) und vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2007) werden für die Großregionen Afrikas folgende Auswirkungen des Klimawandels prognostiziert:

Für *Nordafrika* ist laut IPCC (2007) zwischen 2010 und 2039 mit einer Abnahme des Niederschlags zwischen Juni und August von 10 % bis 25 % zu rechnen. Nordafrika werde demnach in steigendem Maße von Dürreperioden und Überschwemmungen heimgesucht, wodurch der Migrationsdruck in vielen Regionen zukünftig steigen wird (Nkomo et al. 2006: 22). Faktoren wie das Bevölkerungswachstum, die Schwächung der landwirtschaftlichen Ressourcen und die geringen politischen Problemlösungskapazitäten dürften die ökologisch bedingte Wanderung zusätzlich erhöhen (WBGU 2007). Auch ein mögli-

67 Neben den direkten negativen Auswirkungen des Klimas können aber auch Folgeeffekte zu Migration bzw. Flucht führen. Die Wanderung aus den trockenen in die feuchteren Gebiete führt etwa zu erhöhter Landnutzung, sei es durch Viehhaltung oder Ackerbau. Das Resultat sind Konflikte um die Landressourcen, wie sie etwa in Darfur vorzufinden sind. Solche Konflikte, die verstärkt für Fluchtbewegungen verantwortlich sind, werden immer häufiger in Afrika beobachtet (Nkomo et al. 2006: 12). Diese Konflikte gehen aber auch mit einer Bevölkerungsentwicklung einher, aufgrund derer sich eine Konkurrenzsituation um vorhandene Ressourcen verschärft.

cher Meeresspiegelanstieg würde die afrikanischen Mittelmeeranrainer-Staaten vor große Probleme stellen. Ein Anstieg um einen Meter würde nicht nur den Lebensraum von Millionen Menschen – so im Ballungsraum des Nildeltas – gefährden, sondern gleichzeitig die Versalzung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Folge haben (WBGU 2007, Jacobeit/Methmann 2007).

In *Zentral- und Ostafrika* dürfte aufgrund von Dürre und Überschwemmungen das Migrations- und Konfliktpotenzial ansteigen. Dürre und Hungersnöte führen zu wachsenden Konflikten zwischen Regierungen und nomadischen Viehhaltern (WBGU 2007). Denn auf der Suche nach neuem Land und Weidegründen müssten die Nomaden ihre Wanderrouen in anderen Regionen und Länder ausdehnen, wodurch es zu Konkurrenz und internationalen Spannungen kommen könnte. Beispiele hierfür wären Konflikte zwischen kenianischen und ugandischen Viehhaltern im Jahr 2005 sowie Konflikte zwischen somalischen Umweltmigranten und der äthiopischen Armee, die diese gewaltsam an der Grenzüberschreitung gehindert hatte (Nkomo et al. 2006: 19). Für Ostafrika wird zwischen 2010 und 2039 ein Anstieg der Niederschläge zwischen Dezember und Februar um 10 % bis 30 % erwartet, was unter anderem Überschwemmungen nach sich ziehen wird (Nkomo et al. 2006: 22, IPCC 2007).

Den signifikantesten Klimawandel, der in Afrika im 20. Jahrhundert zu beobachten war, fand in *Westafrika* statt. Vor allem seit den 1980er Jahren ist dort ein Ausbleiben von Regen in den semi-ariden Regionen zu beobachten (Nkomo et al. 2006: 11). Darüber hinaus ist Westafrika von Abholzung betroffen, die von den Regierungen der jeweiligen Länder und deren internationalen Partnern betrieben wird. Neben dem Kongobecken

hat Westafrika das größte Waldgebiet des Kontinents. Vom ursprünglichen Waldbestand stehen aber lediglich noch ca. 13 %. Allein Ghana hat in den letzten 20 Jahren mehr als 80 % seines Waldes verloren (Schmidt/Schönfeld 2008). Da Großteile der Bevölkerungen auf die natürlichen Ressourcen der Wälder angewiesen sind und zudem kaum an den Entscheidungen oder den Gewinnen aus der Waldnutzung beteiligt werden, verlieren sie durch diesen Raubbau ihre Lebensgrundlage, was den Migrationsdruck schließlich erhöht. In den kommenden 30 Jahren wird sich die Lage weiter verschlechtern. Nach Prognosen des IPCC (2007) wird sich der Niederschlag in den normalerweise trockenen Monaten Dezember bis Februar um 10% bis 35 % erhöhen, Überschwemmungen sind die Folge (Nkomo et al. 2006: 22). Das Migrationspotenzial Westafrikas dürfte somit aufgrund von Überschwemmungen, Dürre und Abholzung zukünftig steigen.

Das *südliche Afrika* ist ebenfalls stark von klimatischen Unwägbarkeiten bedroht. Vor allem Mosambik, ohnehin eines der ärmsten Länder der Welt, wird häufig von Dürre, Fluten und Stürmen heimgesucht (WBGU 2007). Auch die umliegenden Länder sind davon betroffen. Da in der Region zudem instabile ökonomische und politische Zustände herrschen, ist das Krisenmanagement nur begrenzt einsatzfähig und erfolgreich (Michaelis 2008). Für das südliche Afrika wird vom IPCC (2007) bis 2039 ein Rückgang des Niederschlags zwischen Juni und August von 15 % bis 62 % prognostiziert, was unter anderem mit zunehmender Dürre, Nutzflächenverlust und steigendem Trinkwassermangel einhergehen dürfte (Nkomo et al. 2006: 22). Aufgrund dieser Ursachen ist auch im südlichen Afrika mit einem Anstieg des Migrationspotenzials zu rechnen.

Die regionale Betrachtung zeigt die spezifische Betroffenheit, bzw. Verwundbarkeit Afrikas. Überall dort, wo die Armut groß und die Anpassungsfähigkeit gering ist, führen Klimaveränderungen zu einer Verschärfung der Situation. So haben veränderte Regenzeiten und Niederschlagsmengen Auswirkungen auf die soziale und sanitäre Lage, denn sie führen zu Ernteausfällen und damit zu Mangelernährung, steigender Morbidität und erhöhter Kindersterblichkeit. Zusätzlich gefährden die Folgen des Klimawandels die Anstrengungen und Investitionen bisheriger Entwicklungspolitik (Brown 2008).

Erzwungene Migration behindert Entwicklungsfortschritte in 4-facher Weise, und zwar durch

1. steigenden Druck auf städtische Infrastruktur (Landflucht),
2. Beeinträchtigung von Wirtschaftswachstum in den Abwanderungsregionen (brain drain),
3. Anstieg von Konfliktpotenzial in den jeweiligen Zuwanderungsregionen,
4. Verschlechterung der gesundheitlichen und sozialen Lage sowie der (Aus-)Bildungssituation der Migranten (Brown 2008: 32).

Erschwerend kommt hinzu, dass sich unter den Abwanderern vor allem qualifizierte Personen befinden, da diese sich eine Migration aufgrund finanzieller Ressourcen und sozialer Netzwerke leisten können. Sie halten einen Brain Drain in Gang, der sich negativ auf die sozio-ökonomische Entwicklung und Stabilität einer Abwanderungsregion auswirkt. Kennzeichen einer solchen Instabilität sind steigende Differenzen zwischen

der wohlhabenden Elite und der mehrheitlich armen Bevölkerung.⁶⁸

Besorgniserregend sind Klimaveränderungen, die einen Schwund natürlicher Ressourcen verursachen und sich in Staaten mit großer Bevölkerungszahl ereignen. Sind diese Bevölkerungen noch dazu ethnisch gespalten, kann die Konkurrenz um knappe Ressourcen zu bürgerkriegsähnlichen Konflikten führen. In Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, verwandeln sich jährlich 3.500 Quadratkilometer in Wüste. Das bringt Stammesvölker, die bislang Abstand halten konnten, in eine unerwünschte Nähe zueinander und macht sie zu Rivalen um dieselben Ressourcen. Das Vordringen der Wüste zwingt Farmer und Viehzüchter in die noch vorhandenen Weidegründe zu ziehen oder in die dicht besiedelten Stadtregionen.⁶⁹

An der starken innerafrikanischen Arbeitsmigration sind schon jetzt Naturkatastrophen und schwindende Ressourcen beteiligt. Auch Frauen sind gezwungen, aufgrund von Umweltveränderungen in die nahe gelegene Stadt zu migrieren; doch geschlechtsspezifische Diskriminierung macht es für Frauen schwerer, Beschäftigung, bezahlbare Unterkunft und Zugang zu sozialen Diensten zu finden. Ihre Situation verschlechtert sich zusätzlich, da Flüchtlinge häufiger Opfer von Gewalt, sexueller Ausbeutung, organisierter Kriminalität und fremdenfeindlichen Übergriffen sind.

Um die Zahl der Umweltmigranten zu verringern oder deren Zunahme aufzuhalten, müssten verschiedene Maßnahmen getroffen werden. Hierzu zählen die Intensivierung der

68 McLeman/Smit 2006, zit. in Brown 2008: 33.

69 Brown 2004, zit. in Brown 2008: 33.

nationalen und internationalen Umweltpolitiken mit Fokus auf nachhaltige Entwicklung (Wöhlcke 2007).⁷⁰ Zur demographischen Entlastung ökologisch labiler, bzw. gefährdeter Regionen bedürfte es effizienter Maßnahmen hinsichtlich reproduktiver Gesundheit⁷¹ und Familienplanung sowie der Senkung der Säuglingssterblichkeit, d.h. der erfolgreichen Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (UNFPA 2008, Schmid 2008).

3.4.4 Unterscheidung von Umweltmigranten und Klimaflüchtlingen

Der Zusammenhang von Umweltveränderungen und Migration wird international diskutiert, ohne dass es dabei bisher zu einer verbindlichen Begrifflichkeit gekommen wäre, die Form, Ursache und Wirkung der ausgelösten Bewegungen berücksichtigt. Bezeichnungen wie Umweltflüchtling, Umweltmigrant, Klimamigrant, Klimavertriebener oder Klimaflüchtling werden parallel verwendet (Zerger 2009: 87f., Angenendt 2009, Brown 2008, Wöhlcke 1992). Freiwillige Wanderung wird in diesem Zusammenhang meist als „Migration“ bezeichnet, unfreiwillige Wanderung als „Flucht“ oder „Vertreibung“. Die Begriffe „Umweltflüchtling“ und „Klimaflüchtling“ werden jedoch häufig vermieden, da sie nicht dem Flüchtlingsrecht entsprechen und daher als irreführend gelten. Stattdessen wird auf Bezeichnungen wie „unfreiwillige Umweltmigration“ bzw. „erzwungene Klimamigration“ ausgewichen. Klimamigration (d.h. klimafolgeninduzierte Migration) ist hierbei eine Unterkategorie von Umweltmigration. Eine Klärung der Begriffe ist aber vor allem im Hinblick auf den völkerrechtlichen Status dieser Migranten notwendig.

70 Siehe hierzu auch Unmüßig/Cramer 2008.

71 Auf Englisch „Reproductive Health“; siehe hierzu UNFPA: <http://www.unfpa.org/rh/> sowie WHO: <http://www.who.int/reproductive-health/>.

Eine Definition des „Umweltmigranten“ stammt von der IOM: “Environmental migrants are persons or groups of persons who, predominantly for reasons of sudden or progressive changes in the environment that adversely affect their lives or living conditions, are obliged to leave their homes or choose to do so, either temporarily or permanently, and who move either within their country or abroad” (Brown 2008: 15).

Diese Definition des Umweltmigranten umfasst:

- einzelne Personen und Gruppen
- freiwillige und unfreiwillige Migration
- dauerhafte und temporäre Migration
- Binnenmigration und grenzüberschreitende Migration
- plötzlich auftretende oder fortschreitende Umweltveränderungen, die das Leben und die Lebensumstände von Personen gefährden, als (Haupt)Wanderungsursache.

Ungeklärt sind bisher die möglichen Rechtsansprüche (Status), die sich im Falle einer Flucht aus bedrohlicher ökologischer Lage ergeben könnten (Angenendt 2009: 4). Die Frage, der sich die Weltgemeinschaft diesbezüglich stellen müssen, geht dahin, ob klimainduzierte Wanderung nicht einen Fall von erzwungenem Ortswechsel darstellt und als Flucht und Vertreibung im Sinne internationaler Konventionen betrachtet werden müsste bzw. ob es sogar eine eigene Konvention dazu geben müsste (Biermann/Boas 2008). Die Frage, die sich daran anschließt, würde lauten, ob das zu erwartende Migrationspotenzial aus Klimawandel nicht ein Ausmaß erreicht, das die Aufnahmekapazität europäischer Staaten übersteigen dürfte (BMU 2009).

Die schwedische Einwanderungspolitik thematisiert bereits den Umweltmigranten als „eine Person, die Schutz benötigt“ und in ihr Heimatland wegen „Umweltkatastrophen“ nicht zurückkehren kann. Inwieweit Umweltkatastrophen klimatisch-bedingte Flucht einschließen, konnte parlamentarisch nicht eindeutig geklärt werden (Brown 2008: 39). In der OECD kam der Vorschlag auf, dass Länder mit höheren Emissionswerten auch mehr „Klimaflüchtlinge“ aufzunehmen hätten, denn Migration wäre auch ein Vorgang globaler Verteilungsgerechtigkeit und damit eine Antwort auf den Klimawandel (Brown 2008: 39). Es bleibt abzuwarten, wie sich Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländer angesichts der globalen Umweltproblematik und ihrer Konsequenzen verhalten.

Schlussfolgerungen

Der Klimawandel bleibt einer Studie des „Millennium Instituts“ (2009) zufolge die größte Herausforderung für die Weltgemeinschaft, insbesondere für Afrika (BMU 2009). Afrika ist zwar der Kontinent mit den vergleichsweise geringsten Schadstoffemissionen, dennoch wird ihn der Klimawandel am stärksten treffen. In weiten Bereichen Afrikas wird laut dieser Studie noch in diesem Jahrhundert ein durchschnittlicher Temperaturanstieg um zwei Grad Celsius erwartet. Dieser Anstieg der Temperaturen ist mit heftigeren Niederschlägen, längeren Dürreperioden und einer Halbierung der Ernteerträge verbunden. Es wird prognostiziert, dass sich die Wüsten ausdehnen werden. Jene Gebiete, die regelmäßig von Dürre betroffen sind, werden sich bis 2050 verfünffachen. Die Abholzung des zentralafrikanischen Regenwaldes wird anhalten und bis 2080 dürfte ein Drittel der Tier- und Pflanzenarten ausgestorben sein. Schätzungen zufolge werde die Zahl der von Küstenüberflutung betroffenen Menschen von einer Million im Jahr 1990 auf 70 Milli-

onen im Jahr 2080 steigen. Überschwemmungen werden 30 % der Infrastruktur gefährden (UNFCCC 2006).⁷² Ein zusätzliches Anwachsen des Migrationspotenzials wäre die Folge.

Neben den ökologischen Folgen globaler Klimaerwärmung wie Dürre, Überschwemmungen, Waldbrände, Versauerung der Meere und Artensterben müssen auch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen berücksichtigt werden. Da mit unterschiedlich starken negativen Folgen der globalen Erwärmung für die verschiedenen Regionen der Welt zu rechnen ist, ist es wahrscheinlich, dass die Anzahl von Umweltmigranten ansteigen wird. Heutige Umweltmigranten sind zumeist Personen, die durch eine Umweltkatastrophe gezwungen werden, ihre Heimatregion temporär zu verlassen. In Zukunft wird jedoch die Zahl der Migranten, die aufgrund nachhaltiger Umweltschäden nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, zunehmen.

Aber auch anthropogene Ursachen spielen eine Rolle, wie Verschwendung und unsachgemäße Verwendung von Lebensgrundlagen, Umweltverschmutzung, offene und latente Konflikte um Ressourcen und vor allem demographisch bedingter Nutzungsdruck auf bebaubares Land. So weist die durchschnittliche Kinderzahl von 4,61 Kindern je Frau (2005 – 2010) auf einen anhaltend starken Bevölkerungsdruck auf die labilen Ökosysteme afrikanischer Trockenzonen hin. In Afrika gelten bereits heute 65 % des Ackerlandes, 31 % der Weiden und 19 % der Wälder als geschädigt (WBGU 2009: 96). Es ist daher anzuneh-

⁷² Lagos (über 9 Mio. Einwohner), Dar-es-Salaam (rund 3 Mio.) und Kapstadt (über 2 Mio.) sollen bis 2080 teilweise oder komplett überschwemmt sein (BMU 2009).

men, dass sich der „ökologische Fußabdruck“⁷³, den menschliche Tätigkeit in der Landschaft hinterlässt, weiter vergrößern dürfte. Das Ansteigen des Migrationspotenzials würde so lange anhalten, bis auf Dorf- und Gemeindeebene regenerative Formen der Nahrungsmittelproduktion, effektive Familienplanung und Senkung der Kindersterblichkeit, sowie dezentrale Energieversorgung umgesetzt wären. Nach Expertenmeinung entscheidet sich die Zukunft Afrikas in den Landregionen, d.h. in einer agrarisch-manufaktoriellen Modernisierung. Dazu gehören ein Mindestmaß nachhaltiger ökonomischer Investition, politischer Stabilität und vorausschauendes ökologisches „Monitoring“ (hinsichtlich Klimawandel, Anstieg des Meeresspiegels, Desertifikation etc.). Um die Anpassungsfähigkeit der Menschen an Umweltveränderungen und Klimawandel zu verbessern, müssen geeignete Strategien wie z.B. neue Landwirtschaftsformen, Küstenschutzmaßnahmen und Knowhow-Transfer auf internationaler Ebene gefördert werden. Nur so ließe sich das umweltfolgeninduzierte Migrationspotenzial in Afrika verringern.

73 Siehe hierzu Rees et al. 1995.

4 Bisherige Migrationsströme und -bestände



Die Analysen der vorherigen Kapitel haben ergeben, dass Afrikas Migrationspotenzial zunehmen wird. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, ob die Migrationsströme zukünftig weiterhin größtenteils innerhalb Afrikas verbleiben werden oder verstärkt in Richtung Europa verlaufen.

Im kommenden Abschnitt wird zuerst die bisherige Migrationsentwicklung innerhalb Afrikas dargestellt. Daran anschließend werden die Migrationsströme und -bestände von Afrikanern in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, aufgezeigt. Auf die historischen Bedingungen afrikanischer Zuwanderung wird hingewiesen. Ferner werden die Verläufe irregulärer Migrationsrouten von Afrika nach Europa und deren Frequentierung beleuchtet. Basierend auf dem bisherigen Migrationsaufkommen und den vorhandenen Migrantenbeständen im Zielland werden abschließend Einschätzungen zum Umfang und den Zielregionen künftiger Migrationsströme von Afrika nach Europa vorgenommen.

Einschränkend muss angemerkt werden, dass für die Einschätzung zukünftiger Wanderbewegungen neben der Wahl des theoretischen Ansatzes die Qualität des Datenmaterials entscheidend ist. Die mangelnde Verfügbarkeit und Einheitlichkeit nationaler und internationaler Migrationsstatistiken sowie ihre geringe Erhebungsdichte wird seit Langem bemängelt. Auch

existieren im Bereich Migration keine international einheitlichen Definitionen (Borchers 2008: 23).⁷⁴

4.1 Migrationsströme und -bestände innerhalb Afrikas

Afrika ist der Kontinent der historisch-traditionellen Wanderwege für Nomaden und Hirtenvölker, die mit Ortsveränderungen seit Jahrhunderten ihre Existenz sichern. Migration war daher schon immer ein Faktor im Leben vieler afrikanischer Stammeskulturen. Doch handelt es sich bei dieser Wanderungsform nicht um Migration im „modernen Sinne“, denn diese ist Teil nationalstaatlicher Innen- und Außenpolitik (Zuwanderungs-, Arbeits- und Aufenthaltsrecht) und hat erst mit der postkolonialen Staatlichkeit in Afrika Einzug gehalten.⁷⁵

Im Jahr 2005 beherbergte Afrika 9 % (17 Mio.) der weltweit 191 Millionen Migranten (UN 2006b). Im internationalen Vergleich steht es damit an fünfter Stelle hinter Asien (25 % ohne die GUS), Nordamerika (23,3 %), Europa (18,7 %) und der GUS (16 %). Die vorherrschenden Migrationsformen in Afrika sind Arbeits- und Fluchtmigration.

Die Wanderungsströme innerhalb der Großregionen Afrikas verlaufen wie folgt:

In *Nordafrika* sind Libyen und in geringerem Maß auch Algerien Ziel von Arbeitsmigranten aus den umliegenden Ländern Mali, Niger und Tschad. Libyen entwickelte sich aufgrund seines Ölreichtums zu einem Einwanderungsland für Zuwanderer aus Ägypten, Tunesien, dem Sudan und teilweise auch West-

⁷⁴ Siehe auch Poulain et al. 2006: 203ff.

⁷⁵ Seither sind Wandervölker auf dem Rückzug oder liefern sich bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, die ihnen u.U. ihre traditionellen Wanderwege versperrt, wie z.B. im Fall des Sahel-Volks der Touareg in den Staaten Niger und Mali (Basedau/Werner 2007).

afrika.⁷⁶ Seit Mitte der 1990er Jahre ist aber auch Marokko nicht mehr nur Transit-, sondern auch ein Zielland von Migranten aus Subsahara-Afrika (Kreienbrink 2005, Heck 2008). Neben Migranten aus dem Senegal, Mali, Nigeria und Ghana kamen in der letzten Zeit auch Flüchtlinge aus dem Gebiet der Afrikanischen Großen Seen (Burundi, Ruanda, DR Kongo) nach Marokko. Tunesien hingegen ist nur bedingt Ziel von Migranten aus der Subsahara-Region. Nach Tunesien wandern eher Afrikaner aus frankophonen Ländern wie Gabun oder der Demokratischen Republik Kongo.

Westafrika ist die bedeutendste Region innerafrikanischer Arbeitsmigration und wird oft als die Region mit der höchsten Mobilität bezeichnet (de Haas 2007). Etwa 42 % der grenzüberschreitenden Migration in Afrika findet hier statt (Kohnert 2006). Die Wanderung verläuft nicht nur vom Land in die Stadt, sondern auch zwischen ländlichen Regionen. Einen vergleichsweise niedrigen Wanderungssaldo verzeichnet Nigeria, das während des Ölbooms in den 1970er Jahren zu einem Zielland qualifizierter wie unqualifizierter Migranten aus ganz Afrika wurde. Seit den 1980er Jahren ist die Einwanderung nach Nigeria aufgrund der instabilen innenpolitischen Situation aber gesunken (Adepoju 2005: 1). Dagegen ist die Elfenbeinküste das einzige Land, dass durch hohe Zuwanderung – zumeist von unqualifizierten Landarbeitern aus den angrenzenden Ländern – charakterisiert ist. Ghana ist seit den 1960er Jahren von der Abwanderung vor allem von Hochqualifizierten betroffen. Aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation ist Ghana seit einigen Jahren aber auch durch eine hohe Zahl an Rückkehrern gekennzeichnet. In Benin, Gambia und Togo treten vorran-

76 Siehe hierzu Michel/Beuret 2008.

gig Formen der Handelsmigration von Frauen auf. Zwischen Ghana, Gambia und Nigeria, Togo und Elfenbeinküste sowie Burkina Faso, Senegal und Elfenbeinküste findet ein Austausch an gut qualifizierten Migranten statt (Adepoju 2005: 2). Der Senegal ist sowohl Zu- als auch Abwanderungsland und fungiert seit einigen Jahren verstärkt als Transitland für die Wanderung nach Europa. Insgesamt ist die Region bedingt durch instabile politische Systeme und Bürgerkriege auch immer wieder von Flüchtlingsbewegungen betroffen.

Das Gleiche gilt für *Zentral- und Ostafrika*, wo eine hohe (interne und grenzüberschreitende) Fluchtmigration aufgrund politischer Konflikte vorherrscht. Kenia ist in der Region das Hauptaufnahmeland von Migranten aus Somalia, Ruanda, Burundi, Uganda, Tansania oder aus dem Süd-Sudan. Auch der Kongo wird regelmäßig durch lokale und regionale Konflikte erschüttert, so dass innerhalb kürzester Zeit Flüchtlingsströme entstehen. Eine große Anzahl von Flüchtlingen hält sich – oft über viele Jahre – in den Grenzregionen dieser Länder auf und ist damit oftmals Auslöser für neue Konflikte (vgl. Kap. 3.3.2).

Im *südlichen Afrika* fungiert in erster Linie die Republik Südafrika als Aufnahmeland von Migranten aus der gesamten Region sowie aus Westafrika. Dabei handelt es sich sowohl um legale Arbeitsmigration von Hoch- bis Unqualifizierten als auch um irreguläre Migration. Nach Südafrika kommen darüber hinaus Kriegsflüchtlinge aus ganz Afrika. Die Migration zwischen den südafrikanischen Ländern Namibia, Mosambik, Botswana, Lesotho und der Republik Südafrika blickt auf eine lange Tradition zurück. Neben Südafrika haben auch die gegenwärtig wirtschaftlich florierenden Länder Botswana und Namibia als Zielländer an Bedeutung gewonnen.

Die Mobilität auf dem afrikanischen Kontinent und über seine Grenzen hinaus hat dazu geführt, dass relativ viele afrikanische Staatsbürger außerhalb ihrer Herkunftsländer leben. Diese Länder werden als „diasporische Staaten“ (*diasporic states*) bezeichnet. Beispiele für afrikanische diasporische Staaten sind Äthiopien, Eritrea, Gambia, Ghana oder Kap Verde, aber auch Kenia, Nigeria, Somalia und Südafrika (siehe Kap. 3.3.2).

Schlussfolgerungen

Vielfalt und Umfang traditioneller und moderner Migrationsformen in Afrika zeigen zwar, dass es in Afrika ein sehr hohes Migrationspotenzial gibt, gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass ein ganz erheblicher Teil davon in intrakontinentale Migration mündet und nicht Europa zum Ziel hat. Ein Wandel der demographischen, ökonomischen, politischen und ökologischen Situation könnte zwar zu Veränderungen der Migrationswege und -ziele führen, doch solange die Absorptionsmöglichkeiten der afrikanischen Wirtschaft gegeben sind, wird innerafrikanische Arbeitsmigration vorherrschen. Auch Fluchtmigration wird weiterhin vor allem innerhalb Afrikas stattfinden, da Flüchtlinge nach Besserung der Lage in der Regel in ihr Heim zurückkehren.

4.2 Afrikanische Migration nach Europa am Beispiel ausgewählter EU-Mitgliedstaaten

In den folgenden Abschnitten wird auf die afrikanische Bevölkerung in Europa eingegangen, weil der Migrantenbestand als Indikator für Netzwerke und weitere Zuwanderung betrachtet werden kann. In die Analyse werden jedoch nicht alle europäischen Staaten eingebunden, sondern nur jene Länder mit einem größeren afrikanischen Ausländerbestand oder historischen Bindungen zu afrikanischen Staaten. Von beson-

derem Interesse sind in diesem Zusammenhang Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien und Großbritannien. Deutschland wird im anschließenden Unterkapitel separat und etwas tiefergehender betrachtet.

Historisch gesehen haben die Wanderungsströme von Afrika nach Europa seit dem 19. Jahrhundert bedingt durch regional differierende koloniale Landnahmen, Kolonialentwicklungen und Entkolonialisierungsprozesse (z.B. friedlich, kriegerisch etc.) unterschiedliche Verläufe gehabt.⁷⁷ Waren die ersten Migranten eher zurückkehrende Siedler bzw. ihre Nachkommen, Kolonialbeamte und Soldaten aus dem Mutterland, so kamen mit der Zeit mehr und mehr Afrikaner hinzu, die als Soldaten der Kolonialmacht gedient hatten und die Staatsbürgerschaft des Mutterlandes besaßen oder zumindest bevorzugt dort einwandern konnten. Bereits deutlich vor der Entkolonialisierung begann auch die Anwerbung von afrikanischen Arbeitskräften (z.B. in Frankreich), die sich nach dem Zweiten Weltkrieg weiter verstärkte. Auch nach dem Ende der Entkolonialisierungsprozesse wie der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1970er Jahren setzten sich die Wanderungen aufgrund von Familiennachzug, Asylmigration und schließlich auch irregulärer Einwanderungen fort. Durch diese z.T. erheblichen Migrationsströme zwischen den Kontinenten bildeten sich in europäischen Ländern größere, afrikanische Communities und damit Migrantennetzwerke, die weitere Migrationen (Kettenmigration) nach sich zogen.

Wie groß diese Migrationsströme und vor allem -bestände in der heutigen europäischen Union sind, lässt sich in Erman-

⁷⁷ Siehe hierzu auch Dumont 1998, 2001.

gelung valider Gesamtzahlen nicht genau beziffern. Aus der Sekundärliteratur ergeben sich die folgenden Angaben: Kohnert (2006) und de Haas (2007) beziffern den Bestand afrikanischer Staatsbürger in der EU im Jahr 2006 mit rund 4,6 Millionen Personen, was rund 15 % der ausländischen Bevölkerung der EU entspricht. Aus Nordafrika stammten 2006 rund 57 % (2,6 Mio.) der afrikanischen Staatsbürger in der EU, aus Subsahara-Afrika rund 43 % (2 Mio.). Im Jahr 2006 waren 13 % (390.000) der Zuwanderer in die EU afrikanische Staatsbürger (Eurostat, Herm 2008). Marokkanische Staatsangehörige standen 2006 mit rund 140.000 Zuzügen an erster Stelle der zugewanderten Nicht-EU-Bürger und an dritter Stelle aller ausländischen Zuwanderer in die EU (Eurostat, Herm 2008).

4.2.1 Länderbeispiele

Im Folgenden werden die Zuwanderungsströme und -bestände von Afrikanern in so genannten „alten“ (Frankreich, Belgien, Großbritannien, Portugal, die Niederlande) und „neuen“ (Spanien, Italien, Griechenland) Einwanderungsländern dargestellt. Sie sind Ausgangspunkt für eine vorsichtige Einschätzung der künftigen Zuwanderungstrends von Afrikanern nach Europa. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden vor allem Daten der OECD und von Eurostat verwendet, da sie für den betrachteten Zeitraum das vollständigste Datenmaterial bieten.⁷⁸

⁷⁸ OECD steht für „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (engl.: Organisation for Economic Co-operation and Development). Um die Bestands- und Wanderungszahlen für Gesamt-Afrika zu erhalten, mussten die einzelnen afrikanischen Nationalitäten summiert werden. Da zu einigen Nationalitäten keine Angaben vorlagen, muss z.T. von einer Unterschätzung der Bestands- und Wanderungszahlen ausgegangen werden. (Quelle: OECD-Online-Datenbank: <http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx?datasetcode=MIG>). Eurostat steht für „Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften“ (Quelle: Eurostat Online-Datenbank: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>). Bei den hier betrachteten Zahlen handelt es

■ Frankreich

Die Struktur der afrikanischen Migration in Frankreich ist vor allem durch die koloniale Vergangenheit geprägt. Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert wurden Arbeitskräfte in Nordafrika angeworben, was sich nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Wirtschaftsaufschwungs noch verstärkte (v.a. aus Marokko). Gleichzeitig stieg die Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien infolge von Befreiungskriegen und dem Prozess der Entkolonialisierung. Aufgrund der Wirtschaftskrise stellte Frankreich 1974 alle Anwerbeprogramme für ausländische Arbeitskräfte ein. Die Familienzusammenführung ist seitdem die zahlenmäßig wichtigste Form der Zuwanderung nach Frankreich. Die Herkunftsländer afrikanischer Migranten sind entsprechend zumeist die französischsprachigen Staaten West- und Nordafrikas (Maghreb).

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Frankreich verzeichnete im Jahr 2005 rund 1,5 Millionen afrikanische Staatsbürger (Eurostat).⁷⁹ Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung lag bei 2,4 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung betrug 42 %. Die häufigsten afrikanischen Nationalitäten waren 2005 algerisch (477.500) und marokkanisch (461.500), gefolgt von tunesisch (146.500) und senegalesisch (48.200).

sich ausschließlich um legale Migration. Bei unzureichender Datenlage wurden für die betreffenden Länder nationale Datenquellen hinzugezogen. Zusätzlich verwendete Datenquellen werden jeweils benannt.

79 Die Zahlen werden im Folgenden auf 100 auf- bzw. abgerundet. Bezeichnungen wie „rund“ entfallen zugunsten der Lesbarkeit.

Bestand von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund

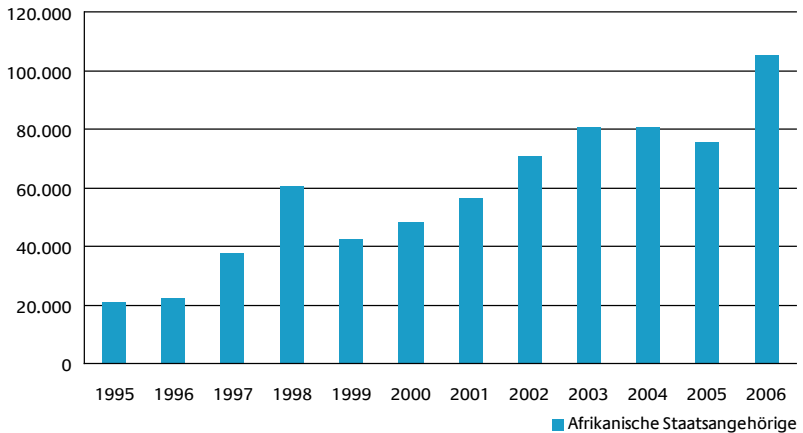
Die Zahl der Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund wird auf über 2 Millionen geschätzt. Grund hierfür sind die starken Zuwanderungsüberschüsse, die hohen Einbürgerungszahlen (2004 – 2006: jährlich etwa 94.400) und das natürliche Bevölkerungswachstum (Eurostat, vgl. Tab. 11). So lebten 2005 zum ersten Mal mehr Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund (2,07 Mio.) in Frankreich als Personen europäischer Herkunft (1,95 Mio.) (INSEE 2005). Die afrikanischstämmige Wohnbevölkerung setzt sich zusammen aus 1,5 Millionen Personen maghrebinischer Herkunft und 570.000 Personen aus Subsahara-Afrika. Die wichtigsten Herkunftsländer der Wohnbevölkerung mit afrikanischem Migrationshintergrund waren im Jahr 2005 Algerien (677.000), Marokko (619.000) und Tunesien (220.000). Aber auch die Migrantenpopulation aus Ländern südlich der Sahara, wie Senegal (67.000) und Mali (56.000) gewinnt zunehmend an Bedeutung (INSEE 2005, Pison 2006, Engler 2007).

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zuwanderung stieg von 21.200 afrikanischen Staatsbürgern im Jahr 1995 auf 105.200 im Jahr 2006 (OECD, Eurostat; vgl. Abb. 9). Sie war jedoch größeren Schwankungen ausgesetzt; so ging sie zum Beispiel von 1998 zu 1999 um mehr als 18.000 Menschen zurück. Während sie von 1999 bis 2004 stark anstieg, wurde 2005 wieder ein leichter Rückgang verzeichnet. 2006 erhöhte sich die Zahl der Zuzüge afrikanischer Staatsbürger auf 105.200 (Eurostat, vgl. Tab. 12). Die Zuwanderer waren auch

2006 wieder zumeist Staatsbürger Algeriens (28.500), Marokkos (24.100) und Tunesiens (10.300). Zur Abwanderung liegen keine Daten vor.

Abbildung 9: Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger nach Frankreich, 1995-2006



Quelle: OECD, Eurostat (2006).

■ Belgien

Auch die afrikanische Migration nach Belgien ist durch den ehemaligen Besitz des „Kongo-Staates“ stark kolonial geprägt.⁸⁰ Weiteren Einfluss hatte seit den 1960er Jahren die Gastarbeiterzuwanderung, die vornehmlich nordafrikanischer (marokkanischer) Herkunft war.

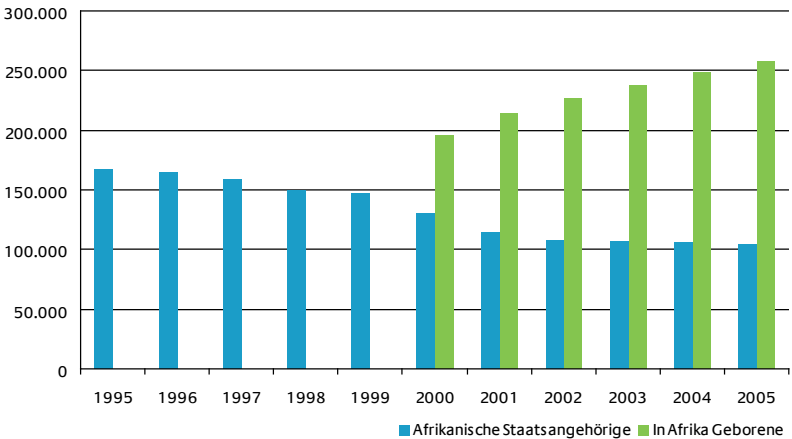
⁸⁰ Das Gebiet gehörte seit 1885 der belgischen Krone und ging 1908 an den belgischen Staat.

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zahl afrikanischer Staatsbürger in Belgien hat sich zwischen 2000 und 2005 kontinuierlich von 129.500 auf 105.000 verringert (vgl. Abb. 10). Gründe hierfür sind die Fortzüge und die Einbürgerungen afrikanischer Staatsangehöriger (vgl. Tab. 11). Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung betrug 2005 1,0 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung lag bei 12,1 %.

Die meisten afrikanischen Staatsbürger in Belgien stammen aus Nordafrika (2005: 87 %). Während 1995 noch 155.100 Nordafrikaner in Belgien lebten, waren es 2005 vor allem aufgrund von Einbürgerungen nur noch 91.500. Hierbei handelt es sich zu 88 % (80.600) um marokkanische Staatsangehörige. Die zweithäufigste Herkunftsregion ist Zentralafrika. Hauptherkunftsland hier ist die ehemalige belgische Kolonie, die heutige Demokratische Republik Kongo (früher Zaire) mit 13.500 kongolesischen Staatsangehörigen in Belgien.

Abbildung 10: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger und in Afrika Geborener in Belgien, 1995-2005



Quelle: OECD.

Bestand von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund

Die Bevölkerung mit afrikanischem Migrationshintergrund in Belgien erhöhte sich von 195.100 Personen im Jahr 2000 auf 257.700 im Jahr 2005 (vgl. Abb. 10). Hierbei handelte es sich um in Afrika geborene Personen, die nach Belgien migriert sind und dort eingebürgert wurden, d.h. um „Personen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung“. In den letzten Jahren wurden in Belgien zwischen 23.600 (2002) und 13.600 (2006) afrikanische Staatsangehörige eingebürgert (Eurostat, vgl. Tab. 11).

Die meisten Personen afrikanischer Herkunft in Belgien stammten 2005 aus Nordafrika (68 %). Die Anzahl der Belgier nordafrikanischer Herkunft stieg von 128.800 im Jahr 2000 auf 176.000 im Jahr 2005. Darunter befanden sich 2005 etwa 147.900 Belgier marokkanischen Ursprungs (84 %). Die zweite Hauptherkunftsregion 2005 war Zentralafrika mit 72.300 Personen (28 %). Häufigstes zentralafrikanisches Geburtsland ist die Demokratische Republik Kongo (68.500).

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Die jährliche Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger nach Belgien hat sich zwischen 1995 und 2005 von 5.300 auf rund 10.100 Zuzüge fast verdoppelt, verlief allerdings nicht stetig, sondern war einigen Schwankungen unterworfen. Die Abwanderung weist keine signifikanten Trends auf. 2005 verließen 1.400 afrikanische Staatsbürger Belgien, was einen Wanderungssaldo von +8.700 erbrachte. Im Jahr 2007 wurden 14.900 Zuzüge und 1.200 Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger registriert, was einen Wanderungsüberschuss von +13.700 ergab (Eurostat, vgl. Tab. 12).

■ **Vereinigtes Königreich**

Die Zuwanderungsgeschichte des Vereinigten Königreichs ist fast ausschließlich durch seine koloniale Vergangenheit geprägt, wobei Afrika als Herkunftsregion jedoch eher eine nachgeordnete Rolle spielt. Die Zuwanderung, vor allem aus Ost- und Südafrika, ging mit der Rückwanderung von Commonwealth-Bürgern im Zuge der Entkolonialisierungen einher (Schönwälder 2001). 1968 wurden den Commonwealth-Angehörigen jedoch die Privilegien der Reisefreiheit entzogen und die quasi-automatische Vergabe der britischen Staatsbürgerschaft sukzessive eingeschränkt.⁸¹ Quantitativ stechen als Hauptherkunftsländer die ehemaligen Kolonien Ghana, Simbabwe und Südafrika hervor.

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zahl afrikanischer Staatsbürger ist von 129.200 im Jahr 2001 auf 489.000 im Jahr 2004 angestiegen (OECD, Eurostat, vgl. Tab. 10).⁸² Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung betrug 2004 0,8 %, ihr Anteil an

81 Vor 1962 gab es keine Einwanderungsbeschränkungen für Bürger aus den ehemaligen britischen Kolonien. Erst mit dem Commonwealth Immigration Act "Citizens of United Kingdom and Colonies" (CUKC) von 1962 wurde verfügt, dass alle CUKCs, die keinen Pass besaßen, der direkt von der britischen Regierung ausgestellt worden war, der Einwanderungskontrolle unterworfen wurden. Die Wartezeit auf einen britischen Pass wurde von 1 auf 5 Jahre ausgedehnt. Nicht-CUKCs konnten nur noch mit einem Arbeitsplatznachweis (Voucher) einreisen. Der Commonwealth Immigration Act von 1968 führte zu weiteren Einreisebeschränkungen. Nicht mehr jeder Inhaber eines britischen Passes durfte einreisen, sondern nur Passinhaber mit einer „substantial connection with Britain“, d.h. dass mindestens ein Großelternteil im Vereinigten Königreich geboren sein musste.

82 Da der OECD zu einigen Nationalitäten keine Angaben vorlagen, muss von einer Untererfassung bei den Bestands- und Wanderungszahlen ausgegangen werden.

der ausländischen Bevölkerung 17,7 %. Aus Subsahara-Afrika stammten 2004 rund 250.000 Personen, zumeist aus Südafrika (40 %), Simbabwe (27 %) und Ghana (15 %). Die große Zahl von Einbürgerungen afrikanischer Staatsangehöriger (2004 – 2006: jährlich rund 46.300) lässt auf einen hohen Anteil von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund schließen (Eurostat, vgl. Tab. 11).

Bestand von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund

Der Zensus von 2001 des Office for National Statistics bietet zudem eine Unterscheidung von ethnischen Gruppen, d.h. es werden auch britische Staatsangehörige berücksichtigt, die aus Afrika stammen. In der Kategorie „schwarz-afrikanisch“ werden demnach 485.277 Personen (2001) geführt. Das sind insgesamt 10,5 % der ethnischen Minderheitenbevölkerung (Hansen 2007).⁸³

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zuwanderung von Afrikanern in das Vereinigte Königreich stieg von 24.200 Immigranten im Jahr 1998 auf rund 34.000 im Jahr 2001 (OECD). Afrikanische Herkunftsländer der Migration waren im Jahr 2001 vor allem Ghana, Simbabwe, Südafrika und Nigeria. Bis 2005 erhöhte sich die Zuwanderung auf 53.800 Zuzüge (Eurostat, vgl. Tab. 12), seither sank die Zuwanderung wieder (2005 – 2007: –13.596). 2006 wanderten 43.000 afrikanische Staatsbürger in das Vereinigte Königreich, darunter rund 16.200 südafrikanische und 9.200 nigerianische Staatsbürger. Die Zahl der Abwanderungen afrikanischer Staatsangehöriger aus dem Vereinigten Königreich lag im Jahr 2006 bei 17.400,

83 Zum Vergleich: über 50 % der ethnischen Minderheitenbevölkerung stammt aus Asien.

sodass der Wanderungssaldo +25.600 erbrachte (Eurostat). Im Jahr 2007 sanken die Zuzüge auf 40.200, die Fortzüge lagen bei 13.700, der Wanderungssaldo betrug +26.600 (Eurostat, vgl. Tab. 12).

■ Portugal

Auch die afrikanische Migration nach Portugal ist in erster Linie von der kolonialen Vergangenheit geprägt, wobei der stärkste Zustrom im Zuge der Entkolonialisierung von Angola und Mosambik 1975 stattfand. Seitdem und verstärkt nach seinem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ist Portugal das Ziel von Einwanderern aus diesen Ländern und aus den weiteren ehemaligen Kolonien Kap Verde und Guinea-Bissau. Weit über die Hälfte aller Afrikaner in Portugal stammen von dort.

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

In Portugal stieg die Zahl afrikanischer Staatsbürger im Beobachtungszeitraum stark an: von 75.300 Personen im Jahr 1995 auf 147.500 in 2005. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 2005 1,4 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung 54 %. Besonders Staatsangehörige aus Westafrika (2005: 94.800) und Zentralafrika (2005: 34.600) sind dabei stark vertreten. 2005 lebten in Portugal 69.603 Staatsbürger aus Kap Verde und 25.200 aus Guinea-Bissau (Westafrika). 34.600 Personen waren angolansische Staatsangehörige (Zentralafrika), 6.300 Personen mosambikanische. Laut Eurostat ist die Zahl afrikanischer Staatsangehöriger in Portugal im Jahr 2007 auf 154.900 angestiegen (vgl. Tab. 10). Die Zahl der Einbürgerungen variierte im Zeitraum 2002 bis 2006 zwischen 140 und 2.500 (Eurostat, vgl. Tab. 11).

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Bei der Zuwanderung bietet sich ein interessantes Bild.

Während diese im Jahr 1997 mit rund 350 afrikanischen Bürgern vergleichsweise gering war, stieg sie in den darauf folgenden Jahren stark an, bis 2001 ein Höhepunkt mit rund 25.300 erreicht war. Nach Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2003 verringerte sich die Zahl afrikanischer Migranten bis 2005 auf rund 7.000 Zuzüge (vgl. Tab. 12). Nach Angaben von Eurostat sank die Zahl afrikanischer Zuwanderung im Jahr 2006 weiter auf 4.100 Personen. Die häufigsten Nationalitäten waren Kap Verde (1.700), Angola (850), Guinea Bissau (610) und Mosambik (120). Zu den Fortzügen liegen keine Zahlen vor.

■ **Niederlande**

Zwar gibt es in den Niederlanden ebenfalls koloniale Wanderungstraditionen, jedoch nicht in Bezug auf Afrika.⁸⁴ Die afrikanische Präsenz begründet sich vor allem aus der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Maghreb in den 1960er Jahren, was unter anderem die große Anzahl von Marokkanern erklärt.

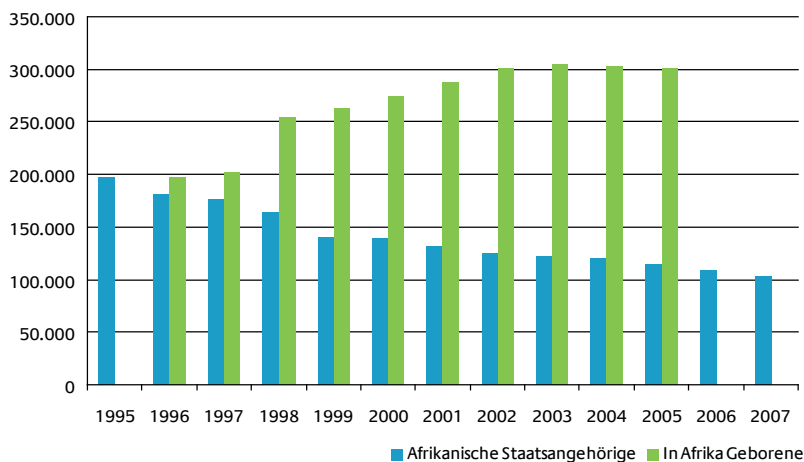
Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

In den Niederlanden ist ein Rückgang der Bevölkerung mit afrikanischer Staatsbürgerschaft bei einem gleichzeitigen Anstieg der Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund zu beobachten. Wie in Belgien ist davon auszugehen, dass in erster Linie Einbürgerungen für diese Entwicklung verantwortlich sind. Während im Jahr 1995 noch 197.500 afrikanische Staatsangehörige in den Niederlanden lebten, waren es 2006 nur noch 114.900 (Eurostat, vgl. Tab. 10, Abb. 11). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 2006 etwa 0,7 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung lag bei rund 16 %. Im Jahr 2008

⁸⁴ Die ehemaligen Kolonien der Niederlande lagen in Südostasien und im karibischen Raum.

war die Zahl afrikanischer Staatsbürger laut des Statistischen Amtes der Niederlande (2009)⁸⁵ bis auf 102.600 zurückgegangen (2005 – 2008: –12.300). Im Jahr 2002 ließen sich 15.000 afrikanische Staatsangehörige einbürgern, zwischen 2003 und 2006 durchschnittlich 8.500 Personen (Eurostat, vgl. Tab. 11).

Abbildung 11: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger und in Afrika Geborener in den Niederlanden, 1995-2007



Quelle: OECD, Eurostat (2006, 2007).

Bestand von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund

Zwischen 1996 und 2005 wuchs die Bevölkerung afrikanischen Ursprungs in den Niederlanden von 198.000 auf 300.500 Personen (OECD, vgl. Abb. 11). Nach Angaben des Statistischen Amtes der Niederlande lebten 2007 bereits 521.700 Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund in den Niederlanden, 2008 erhöhte sich deren Zahl auf 529.900. Zusätzlich diffe-

⁸⁵ Statistics Netherlands (<http://www.cbs.nl/>).

renziert das Statistik-Amt nach erster und zweiter Zuwanderergeneration. Die erste Generation („Personen mit eigener Migrationserfahrung“) umfasste im Jahr 2008 etwa 286.800 Personen, die zweite Generation 243.100 Personen.

Die wichtigste Herkunftsregion ist Nordafrika, vor allem Marokko. 2005 lebten 168.600 Personen der ersten Migrantengeneration in den Niederlanden, darunter 91.600 (54,3%) marokkanische Staatsangehörige. Die zweitgrößte Gruppe von afrikanischen Migranten der ersten Generation stellt Westafrika mit 10.300 (6,1%) Personen im Jahr 2005.

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Im Jahr 2001 immigrierten als vorläufiger Höhepunkt 9.900 afrikanische Staatsbürger in die Niederlande, seitdem hat die Zuwanderung wieder abgenommen (2005: 6.000). Die Zuwanderer kamen 2005 zumeist aus Nordafrika (2.700), marokkanische Staatsbürger hatten hier den größten Anteil (2.100). An zweiter Stelle standen Personen aus Westafrika (1.700) (OECD). Im Jahr 2006 umfasste der Zuzug afrikanischer Staatsangehöriger in die Niederlande 5.400 Personen, der Fortzug lag bei 1.500 Personen, der Wanderungssaldo ergab +3.900 (Eurostat, vgl. Tab. 12).

■ Spanien

Im Gegensatz zu den vorstehenden Länderbeispielen ist Spanien ein relativ neues Zuwanderungsland. Erst seit den 1990er Jahren hat es sich vom Aus- zum Einwanderungsland entwickelt (Kreienbrink 2004, 2008). Die rasche Modernisierung des Landes und der erfolgreiche Export landwirtschaftlicher Produkte steigerte seit Mitte der 1990er Jahre die Nachfrage Spaniens nach nordafrikanischen Arbeitskräften. Mittlerweile gehört Spanien neben Italien zu einem der „neuen“

Migrationsziele von Afrikanern. Vor allem die Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften und die wiederholt durchgeführten Regularisierungsprogramme wirken als Anziehungskräfte.

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Spanien hat eine der am schnellsten wachsenden afrikanischen Bevölkerungen in Europa (Simon 2006): zwischen 1995 (78.500) und 2005 (572.100) hat sich ihre Zahl mehr als versechsfacht (vgl. Abb. 12).⁸⁶ Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung betrug 2005 1,3 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung lag bei 17 %. Die weitaus größte Zuwanderergruppe aus Afrika stellen im Jahr 2005 nordafrikanische Staatsangehörige mit rund 528.500 Personen (92 % der afrikanischen Bevölkerung in Spanien), darunter vor allem Marokkaner (493.100) und zu geringerem Teil Algerier (35.400). Als zweitgrößte Herkunftsregion ist Westafrika mit 43.500 Staatsbürgern vertreten. Senegal ist hier das Hauptherkunftsland mit 27.700 Staatsangehörigen. Die große Anzahl von Marokkanern in Spanien ist, neben der Nachfrage nach Arbeitskräften⁸⁷, auch auf die geographische Nähe beider Länder zurückzuführen. Zudem existieren mit Melilla und Ceuta zwei spanische Exklaven an der Nordküste Afrikas.⁸⁸

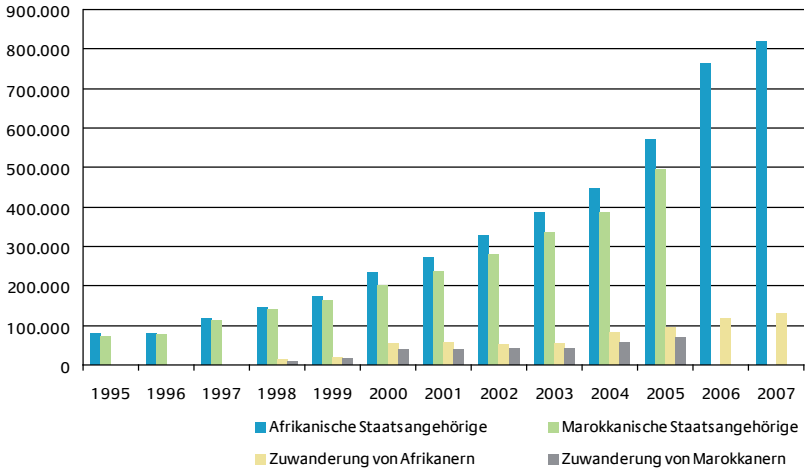
Zwischen 2006 und 2007 ist der Bestand von Personen afrikanischer Staatsangehöriger von 742.200 auf 819.600 angewachsen (+77.400) (Eurostat, vgl. Tab. 10). Die Zahl der Einbürgerungen lag zwischen 2003 und 2006 bei durchschnittlich 8.300 Personen pro Jahr (Eurostat, vgl. Tab. 11).

86 Siehe auch Kreienbrink 2008.

87 Im Zuge der Weltwirtschaftskrise dürfte sich die Arbeitsmarktsituation für afrikanische Migranten in Spanien verschlechtern, was die Zuwanderung von Afrika nach Spanien senken könnte.

88 Zu Marokko siehe u.a. Kreienbrink 2005, Heck 2008.

Abbildung 12: Bestand und Zuwanderung von Afrikanern gesamt und Marokkanern in Spanien, 1995-2007



Quelle: OECD, Eurostat (2006, 2007).

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger wächst stetig. Sie erhöhte sich von 13.100 Personen im Jahr 1998 auf 95.800 afrikanische Immigranten im Jahr 2005 (Abb. 12). Starke Anstiege der Zuwandererzahlen waren zwischen 1999 (20.300) und 2000 (53.900) und zwischen 2003 (54.400) und 2004 (82.300) zu verzeichnen. Die meisten Zuwanderer kommen aus Nordafrika im Zuge des Familiennachzugs nach Spanien. Im Jahr 2005 migrierten 74.400 Staatsbürger eines nordafrikanischen Landes nach Spanien, darunter 69.300 Marokkaner (OECD). Im Folgejahr (2006) erhöhte sich die Zahl der Zuzüge weiter auf 116.700, die Fortzüge lagen bei 24.000, was einen deutlich positiven Wanderungssaldo von +92.700 erbrachte (Eurostat). Im Jahr 2007 stieg die Zuwanderung auf 130.800, die Abwanderungen erhöhten sich auf 49.900, was einen etwas

niedrigeren Wanderungsüberschuss von +80.900 afrikanischen Zuzügen ergab (vgl. Tab. 12).

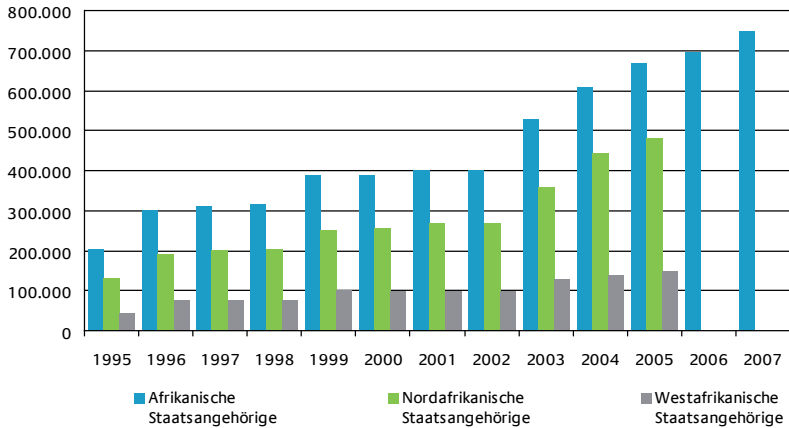
■ Italien

Italien ist wie Spanien ein relativ neues Zuwanderungsland. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern spielt die koloniale Vergangenheit Italiens bei der Zuwanderung aus Afrika keine bedeutende Rolle. Hintergrund ist vielmehr die gestiegene Nachfrage nach günstigen Arbeitskräften in der Bau- und der Landwirtschaft. Darüber hinaus nahm in den letzten Jahren die irreguläre Zuwanderung westafrikanischer Frauen (v.a. aus Nigeria) zur Ausübung der Prostitution stark zu (Adepoju 2005).

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Die Anzahl afrikanischer Staatsbürger in Italien stieg im vorliegenden Zeitraum deutlich. Während 1995 noch 205.700 afrikanische Staatsbürger in Italien lebten, waren es 2005 mit 668.300 Personen bereits mehr als dreimal so viele (OECD, vgl. Abb. 13). Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung lag 2005 bei 1,1 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung betrug 28 %. Hauptherkunftsregion war Nordafrika mit 482.200 Personen im Jahr 2005, darunter 319.500 marokkanische Staatsbürger. An zweiter Stelle waren Staatsbürger westafrikanischer Länder (148.200), darunter 57.100 Senegalesen. Zwischen 2006 und 2007 hat sich die Zahl afrikanischer Staatsangehöriger in Italien weiter von 695.000 auf 749.900 erhöht (+54.900) (Eurostat, vgl. Abb. 13, Tab. 10).

Abbildung 13: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger in Italien, 1995-2007



Quelle: OECD, Eurostat (2006, 2007).

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Die Zuzüge afrikanischer Staatsbürger nach Italien erhöhten sich zwischen 2002 und 2005 von 33.300 auf 48.048 (Eurostat, vgl. Tab. 12). Die Fortzüge lagen 2005 bei 1.839, was 2005 einen positiven Wanderungssaldo von +46.209 ergab. Ein Großteil der Zuwanderer kam 2005 aus Nordafrika (Marokko, Tunesien, Ägypten); aus Westafrika migrierten vor allem Senegalesen und Nigerianer nach Italien.

Auf die steigende Zahl irregulärer Zuwanderung von Afrika nach Italien (Bootsflüchtlinge) wird in Kapitel 4.4 detailliert eingegangen.

■ Griechenland

Wie Italien oder Spanien hat sich auch Griechenland erst vor relativ kurzer Zeit vom Aus- zum Einwanderungsland gewandelt. In den letzten Jahren entwickelte sich Griechenland

darüber hinaus zunehmend zu einem Ziel- und Transitland für irreguläre Migranten aus Afrika. Afrikanische Migranten versuchen zumeist von der türkischen Küste aus auf die griechischen Inseln, d.h. in die EU, zu gelangen.

Bestand afrikanischer Staatsangehöriger

Nach Angaben des Statistischen Amtes Griechenland⁸⁹ lebten im Jahr 1998 etwa 13.000 afrikanische Staatsbürger in Griechenland. Ihre Zahl ging bis 2005 auf 9.400 (2005) zurück. Im Jahr 2006 war wieder ein Anstieg auf 15.200 Personen zu verzeichnen (vgl. Tab. 10). Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung betrug 2006 0,14 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung 8 %.

Die häufigsten afrikanischen Staatsangehörigkeiten waren 2006 mit einem Anteil von 62 % ägyptisch (9.500), gefolgt von nigerianisch (1.600), äthiopisch (1.000) und marokkanisch (550). Die große Zahl ägyptischer Staatsangehöriger in Griechenland ist durch die räumliche Nähe beider Länder sowie durch Arbeitsmigration und Familiennachzug zu begründen.

Bestand von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund

Die Datenlage der OECD für Griechenland stellt sich lückenhaft dar. Einzig die Zahl der in Afrika geborenen Menschen im Jahr 2001 scheint verlässlich. So lebten in diesem Jahr 51.200 Migranten afrikanischer Herkunft in Griechenland, die zum größten Teil aus Nordafrika kamen.

⁸⁹ General Secretariat of the National Statistical Service of Greece 2008.

Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger

Im Jahr 2006 wurden 6.600 Zuzüge afrikanischer Staatsangehöriger nach Griechenland verzeichnet, darunter 4.800 ägyptische Zuwanderer (73 %) (Eurostat, vgl. Tab. 12). Die häufigsten Zuwanderungsformen aus Ägypten waren Saisonarbeit und Familiennachzug (Baldwin-Edwards 2004). Zum Fortzug afrikanischer Staatsbürger aus Griechenland liegen keine Daten vor.

4.2.2 Vergleichende Betrachtung

Die fünf EU-Länder mit den größten Beständen afrikanischer Staatsangehöriger sind Frankreich, gefolgt von Spanien, Italien, dem Vereinigten Königreich und Deutschland (vgl. Tab. 10). Weniger große Bestände weisen Portugal, die Niederlande, Belgien und Griechenland auf:

- *Frankreich* verzeichnete im Jahr 2005 rund 1,5 Millionen afrikanischen Staatsbürger (vgl. Tab. 10). Die Zahl der Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund wird auf über 2 Millionen geschätzt. Grund hierfür sind unter anderem die hohen Einbürgerungszahlen afrikanischer Staatsbürger in Frankreich (2004 – 2006: jährlich rund 94.400).
- *Spanien und Italien*, als neue Einwanderungsländer, beherbergen die am schnellsten wachsenden afrikanischen Bevölkerungen. Zwischen 2006 und 2007 stieg ihre Zahl in Spanien um 57.365 und in Italien um 54.909 Personen (vgl. Tab. 10). Somit betrug 2007 die Zahl afrikanischer Staatsbürger in Spanien 819.638 und in Italien 749.897 Personen. Die Zahl der Einbürgerungen von Afrikanern lag in Spanien zwischen 2004 und 2006 bei durchschnittlich 8.300 Personen pro Jahr (vgl. Tab. 11).

- Das *Vereinigte Königreich* registrierte 2004 einen Bestand von 488.877 afrikanischen Staatsbürgern, darunter rund 250.000 Personen aus Subsahara-Afrika (Eurostat, IOM 2005, vgl. Tab. 10). Die große Zahl von Einbürgerungen afrikanischer Staatsangehöriger (2004 – 2006: jährlich rund 46.300) lässt auf einen hohen Anteil von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund schließen.
- *Deutschland* beherbergte 2007 rund 270.000 afrikanischen Staatsbürger und 480.000 Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund. Die Zahl der Einbürgerungen lag 2004 – 2006 bei durchschnittlich 11.000 pro Jahr (vgl. Tab. 11). Auf Deutschland wird im folgenden Abschnitt jedoch noch detailliert eingegangen.

Tabelle 10: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2004-2007

Land	Bestand 2004	Bestand 2005	Bestand 2006	Einbürgerungen 2006	Bestand 2007	Differenz Bestand 2004-2007
Frankreich	-	1.510.460	-	93.573	-	-
Spanien	525.429	644.722	762.273	7.620	819.638	+294.209
Italien	608.494*	641.755	694.988	2.564 (2005)	749.897	+141.403
Vereinigtes Königreich	488.877	-	-	46.280	-	-
Deutschland ¹	265.001	274.929	272.376	10.549	269.937	-4.936
Portugal	138.707*	143.283*	147.502*	2.535	154.900	+16.193
Niederlande	122.108	119.908	114.876	8.979	108.801	-13.307
Belgien	105.112*	104.944*	-	-	-	-
Griechenland ²	10.085	9.378	15.237	-	-	-

*OECD, ¹Statistisches Bundesamt,

²General Secretariat of the National Statistical Service of Greece (2008).

- In *Portugal* betrug der Bestand von Personen afrikanischer Nationalität 2007 rund 154.900, in den *Niederlanden* rund 108.801 Personen (Tab. 10). In den *Niederlanden* ging die Zahl afrikanischer Staatsangehöriger im betrachteten Zeitraum (2006/2007: –2.439) zurück, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund aufgrund von Einbürgerungen (2004 – 2006: jährlich rund 8.285) und natürlichem Bevölkerungswachstum anstieg (vgl. Tab. 11).
- In *Belgien* lebten 2005 rund 105.000 afrikanische Staatsbürger (vgl. Tab. 10). Die Zahl der Einbürgerungen lag zwischen 2004 und 2006 bei durchschnittlich 14.000 Personen jährlich und somit höher als in den *Niederlanden* (8.000) und in *Portugal* (1.000) (vgl. Tab. 11).
- *Griechenland* registrierte 2006 etwa 15.200 afrikanische Staatsangehörige (vgl. Tab. 10).

Tabelle 11: Einbürgerungen von Personen afrikanischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2002-2006

Land	Einbürgerungen				
	2002	2003	2004	2005	2006
Frankreich	60.319	89.261	90.894	98.588	93.573
Vereinigtes Königreich	-	-	45.160	47.320	46.280
Belgien	23.593	16.095	15.774	14.267	13.616
Deutschland	11.479	11.714	11.295	10.742	10.549
Niederlande	14.925	8.615	7.050	8.827	8.979
Spanien	4.325	8.511	9.923	7.350	7.620
Italien	-	2.564	-	-	-
Portugal	139	1.358	500	-	2.535

Quelle: Eurostat.

Vergleicht man statt der Wohnbevölkerung die aktuelle afrikanische Zuwanderung, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Die fünf relevantesten europäischen Zielländer sind Spanien und Frankreich, gefolgt von Italien, dem Vereinigten Königreich und Deutschland (vgl. Tab. 12). Weitere Zielländer sind Belgien, die Niederlande, Portugal und Griechenland:

- Die Zuzüge afrikanischer Staatsangehöriger nach *Spanien* erhöhten sich zwischen 1998 und 2007 von 13.100 (1998) auf 130.795 (2007). Die meisten Zuwanderer kamen aus Nordafrika (Marokko) und im Zuge des Familiennachzugs nach Spanien. Die Fortzüge lagen 2007 bei 49.933 (vgl. Tab. 12). Somit wies Spanien 2007 mit +80.862 afrikanischen Zuzügen einen deutlich positiven Wanderungssaldo auf.
- Die Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger nach *Frankreich* stieg zwischen 1995 und 2006 von 21.200 auf 105.164 (OECD, Eurostat, vgl. Tab. 12). Herkunftsländer waren 2006 vor allem Algerien (28.500), Marokko (24.100) und Tunesien (10.300) (Eurostat).
- Die Zuzüge afrikanischer Staatsbürger nach *Italien* erhöhten sich zwischen 2002 und 2005 von 33.300 auf 48.048 (Eurostat, vgl. Tab. 12). Die Fortzüge lagen 2005 bei 1.839, was 2005 einen positiven Migrationssaldo von +46.209 ergab. Ein Großteil der Zuwanderer kam 2005 aus Nordafrika (Marokko, Tunesien, Ägypten); aus Subsahara-Afrika migrierten vor allem Senegalesen und Nigerianer nach Italien.
- Die Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger in das *Vereinigte Königreich* erhöhte sich zwischen

1998 und 2007 von 24.200 auf 40.235 (OECD, Eurostat). Seit 2005 ist jedoch ein Rückgang der Zuzüge zu verzeichnen (2005 – 2007: –13.596). Die afrikanischen Zuwanderer waren 2006 zumeist Staatsbürger Südafrikas (16.200) und Nigerias (9.200) (Eurostat). Die Fortzüge aus dem Vereinigten Königreich lagen 2007 bei 13.656, der Wanderungssaldo betrug +26.579 (Eurostat, vgl. Tab. 12).

- *Deutschland* registrierte zwischen 2005 und 2007 einen Rückgang der Zuzüge (–2.828) afrikanischer Staatsangehöriger (vgl. Tab. 12). Der Wanderungsüberschuss lag 2007 bei +5.302 (22.401 Zuzüge, 17.099 Fortzüge).
- *Belgien, die Niederlande und Portugal* weisen mit rund 4.000 bis 15.000 afrikanischen Zuwanderern jährlich einen deutlich geringeren Zuzug aus. Der Wanderungssaldo lag in Belgien 2007 bei +13.700, in den Niederlanden 2006 bei +3.936.
- *Griechenland* verzeichnete als neues Einwanderungsland in den letzten Jahren einen Anstieg afrikanischer Migration (2006: 6.600), vor allem aus Ägypten.

Mit den vorhandenen, unvollständigen Daten lassen sich Kausalbeziehungen zwischen Herkunfts- und Zielland nicht belegen. Aber es scheint sicher, dass die Nähe zum Herkunftsland, Verbindungen aus der Kolonialzeit, gleiche Amts- und Verwaltungssprachen (frankophones, anglophones Afrika) sowie eine liberale Migrations- und Ausländerpolitik wichtige Gründe darstellen, ein bestimmtes europäisches Land anzusteuern.

Tabelle 12: Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2005-2007

Land	Zuzüge 2005	Zuzüge 2006	Zuzüge 2007	Differenz Zuzüge 2005-2007	Fortzüge 2007	Saldo 2007
Spanien	121.118	116.733	130.795	+9.677	49.933	+80.862
Frankreich	-	105.164	-	-	-	-
Italien	48.048	-	-	-	1.839 (2005)	+46.209 (2005)
Vereinigtes Königreich	53.831	42.944	40.235	-13.596	13.656	+26.579
Deutschland	25.229	23.504	22.401	-2.828	17.099	+5.302
Belgien	10.100	-	14.900	+4.800	1.200	+13.700
Niederlande	6.041	5.398	4.835	-1.206	1.463 (2006)	+3.935 (2006)
Portugal	-	4.119	-	-	-	-
Griechenland	-	6.612	2.632	-	-	-

Quelle: Eurostat.

Angesichts der zum Teil großen Bestände von Personen afrikanischer Herkunft in einigen europäischen Staaten (Frankreich, Spanien, Italien) und den anhaltend hohen Zuwanderungszahlen von circa 70.000 bis 100.000 Personen pro Jahr in diese Länder kann von einem weiteren Anwachsen der afrikanischen Wohnbevölkerung ausgegangen werden (vgl. Tab. 12). Auch zukünftig dürfte in allen betrachteten EU-Ländern aufgrund von Zuwanderungsüberschüssen, unter anderem durch Nachzug von Landsleuten und Familienangehörigen, Einbürgerungen und natürlichem Bevölkerungswachstum (in Europa geborenen Kinder von Migrantinnen⁹⁰) ein Anstieg von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund zu beobachten sein. Nordafrika, insbesondere Marokko, dürfte auch zukünftig Hauptherkunftsregion afrikanischer Zuwanderung sein.

⁹⁰ Siehe hierzu Schmid/Kohls 2009.

Die zukünftige Zuwanderung nach Frankreich, Spanien und Italien dürfte aufgrund historischer gewachsener Netzwerke, der geographischen Nähe zum afrikanischen Kontinent und dem bestehenden Arbeitskräftebedarf weiter zunehmen. Große Migrant*innenbestände im Zielland korrelieren mit einem größeren Umfang des Nachzugs von Familienmitgliedern und Landsleuten. Insofern ist in den Niederlanden und Belgien, dem Vereinigten Königreich und Deutschland mit seinen vergleichsweise geringeren afrikanischen Wohnbevölkerungen kaum mit der Erhöhung der Zuwanderung zu rechnen. Spanien, Italien und verstärkt auch Griechenland dürften zudem weiterhin das bevorzugte Ziel irregulärer Migration, vor allem afrikanischer Bootsflüchtlinge sein.

Welchen Einfluss die gegenwärtige Wirtschaftskrise auf das Migrationsgeschehen aus Afrika nach Südeuropa hat, ist bisher unklar. Einerseits wäre denkbar, dass die steigende Arbeitslosigkeit in Südeuropa die Migrationsmotivation aus Afrika senkt, andererseits ist davon auszugehen, dass das afrikanische Migrationspotenzial aus demographischen, politischen, ökonomischen und ökologischen Gründen steigt und eine krisenbedingt ausbleibende Abwanderung somit „kompensieren“ würde. Dies ist vor allem deshalb vorstellbar, da die Wirtschaftskrise auch den afrikanischen Kontinent trifft. Die (ir)reguläre Migration aus Afrika in die EU dürfte daher zukünftig nicht zurückgehen, sondern ansteigen oder bestenfalls stagnieren.

4.3 Afrikanische Migrant*innen in Deutschland

In diesem Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Schlussfolgerungen des vorhergehenden Abschnitts zu Europa auch für Deutschland Gültigkeit besitzen bzw. in welchem Ausmaß Deutschland von Migration aus Afrika

betroffen ist und betroffen sein wird. Die Analyse basiert auf den Migrantenbeständen afrikanischer Staatsangehöriger in Deutschland, sowie auf Umfang und Zusammensetzung afrikanischer Zuwanderung nach Deutschland.

■ **Migrantenbestände: Afrikanische Staatsangehörige in Deutschland**

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern spielt die koloniale Vergangenheit Deutschlands bei der Zuwanderung aus Afrika keine Rolle. Der Bestand afrikanischer Staatsangehöriger in Deutschland ist vielmehr auf die Anwerbung von (nord-)afrikanischen Arbeitnehmern, den Nachzug von Familienangehörigen sowie auf Flucht- und Asylumigration aus Afrika zurückzuführen.

Nach einer Zunahme afrikanischer Staatsangehöriger in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre blieb ihre Zahl bis 2003 auf relativ konstantem Niveau.⁹¹ Seitdem ist wieder ein Rückgang afrikanischer Staatsbürger zu beobachten – jedoch bei gleichzeitigem Anstieg von Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund (vgl. Abb. 14). Auch ist festzustellen, dass der Anteil afrikanischer Frauen zwischen 2000 und 2008 von 35,1 % auf 42,3 % zunahm. Die Zahl der Einbürgerungen afrikanischer Staatsangehöriger nahm seit 2003 (11.714) kontinuierlich ab (2007: 10.328) (Statistisches Bundesamt 2009).

Zum Stichtag 31.12.2008 lebten in Deutschland 268.116 Personen mit der Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Landes (Statistisches Bundesamt 2009). Der Männeranteil lag bei 57,7 %. Der Anteil afrikanischer Staatsangehöriger an der

91 Die Zahlen beruhen auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Stichtag ist jeweils der 31.12.

Gesamtbevölkerung betrug 2008 0,3 %, ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung lag bei 3,7 % (Statistisches Bundesamt). Die Verteilung afrikanischer Staatsangehöriger auf deutsche Bundesländer zeigt, dass im Jahr 2008 33,6 % (89.975) der Migranten in Nordrhein-Westfalen⁹² und 15,6 % (41.712) in Hessen lebten (Statistisches Bundesamt 2009).

Personen mit Migrationshintergrund

Die Daten des Mikrozensus ermöglichen seit dem Inkrafttreten des Mikrozensusgesetzes 2005 die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund.⁹³ In Deutschland lebten demnach 2007 rund 480.000 Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund (vgl. Abb. 14), darunter circa 342.000 (71,3 %) Personen mit eigener Migrationserfahrung und etwa 138.000 (28,7 %) Personen ohne eigene Migrationserfahrung.⁹⁴ Der Männeranteil bei den Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund lag 2007 bei 59,4 % (Statistisches Bundesamt 2009a).

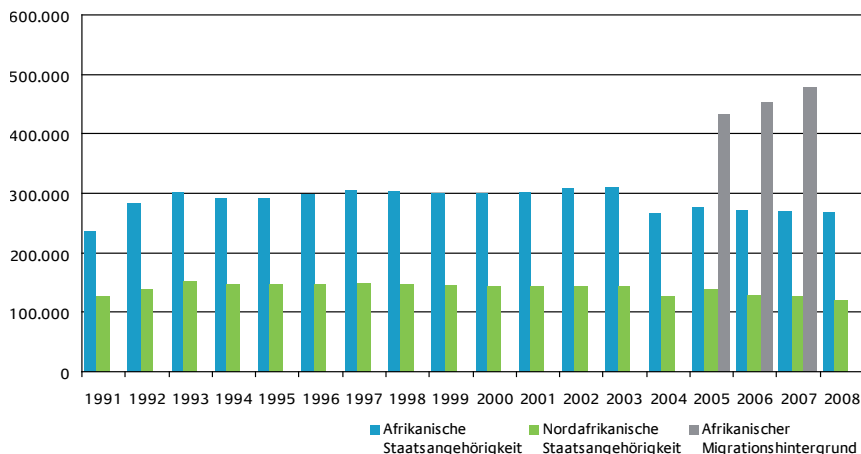
Die Zahl von Personen mit nordafrikanischem Migrationshintergrund belief sich 2007 auf rund 260.000 Personen (54,2 % aller Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund). Mit eigener Migrationserfahrung waren etwa 183.000 Personen (70,4 %), ohne eigene Migrationserfahrung rund 77.000 Personen (29,6 %) (Statistisches Bundesamt).

⁹² Siehe hierzu auch Sieveking et al. 2008.

⁹³ Zu „Personen mit Migrationshintergrund“ zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil (Statistisches Bundesamt 2007).

⁹⁴ „Personen mit eigener Migrationserfahrung“ sind nach Deutschland Zugewanderte (1. Generation). „Personen ohne eigene Migrationserfahrung“ sind in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund (2. und 3. Generation).

Abbildung 14: (Nord-)Afrikanische Staatsangehörige und Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland, 1991-2008 (Stand: jeweils 31.12.)



Anmerkung: Der Rückgang von 2003 auf 2004 ist zum Teil auf eine Bereinigung des Ausländerzentralregisters (AZR) zurückzuführen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008, 2009a.

Staatsangehörigkeit, Durchschnittsalter, Aufenthaltsdauer, Geburtsort Deutschland

Von den zum 31.12.2008 in Deutschland lebenden Afrikanern waren 117.832 Personen (44 %) nordafrikanische Staatsangehörige, 56 % (150.284) hatten subsaharische Nationalitäten (Statistisches Bundesamt 2009, vgl. Tab. 13).

Tabelle 13: Afrikanische Staatsangehörige in Deutschland nach ausgewählten Merkmalen, Stand 31.12.2008

Staatsangehörigkeit	Gesamt	In %	Männeranteil in %	Durchschnittsalter	aufenthaltsdauer in Jahren	In Deutschland Geborene in %
Afrika gesamt	268.116	100,0	57,7	33,0	11,6	13,5
Nordafrika	117.832	43,9	61,8	35,4	13,8	14,0
Marokko	66.189	24,7	56,6	36,0	15,5	16,2
Tunesien	23.142	8,6	67,7	35,0	13,5	13,5
Algerien	13.148	4,9	72,4	36,4	12,3	9,3
Ägypten	11.623	4,3	67,6	33,1	9,2	7,8
Westafrika	68.786	25,7	59,8	32,2	10,0	12,7
Ghana	20.447	7,6	47,1	35,2	12,5	15,5
Nigeria	17.186	6,4	65,0	32,1	8,4	9,1
Togo	11.161	4,2	56,2	28,6	9,3	22,4
Ostafrika	34.443	12,8	42,9	31,6	9,9	9,4
Äthiopien	10.115	3,8	48,5	32,6	11,7	10,0
Kenia	8.003	3,0	27,7	29,8	6,8	2,9
Zentralafrika	30.733	11,5	55,6	28,0	8,5	17,5
Kamerun	14.425	5,4	58,0	28,1	6,3	7,6
DR Kongo	11.068	4,1	50,5	27,1	11,1	30,8
Südliches Afrika	15.690	5,9	53,0	31,5	11,4	14,6

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009.

Afrikanische Migranten in Deutschland waren 2008 zu-
meist Staatsangehörige Marokkos (66.189), gefolgt von Staats-
bürgern Tunesiens (23.142), Ghanas (20.447), Nigerias (17.186)
und Kameruns (14.425) (Statistisches Bundesamt 2009, vgl.
Tab. 13). Die große Anzahl von Marokkanern und Tunesiern in
Deutschland ist in erster Linie auf ihre Rekrutierung als Arbeit-
nehmer in den 1960er Jahren und den darauf folgenden Famili-
ennachzug zurückzuführen.

Das Durchschnittsalter von in Deutschland lebenden Personen afrikanischer Staatsangehörigkeit lag zum 31.12.2008 bei 33 Jahren. Die Aufenthaltsdauer afrikanischer Staatsbürger betrug 2008 durchschnittlich 11,6 Jahre, wobei Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern Marokko und Tunesien eine überdurchschnittlich hohe Aufenthaltsdauer von 15,5 bzw. 13,5 Jahren vorweisen können. 13,5 % der afrikanischen Staatsbürger wurden in Deutschland geboren (Statistisches Bundesamt 2009, vgl. Tab. 13).

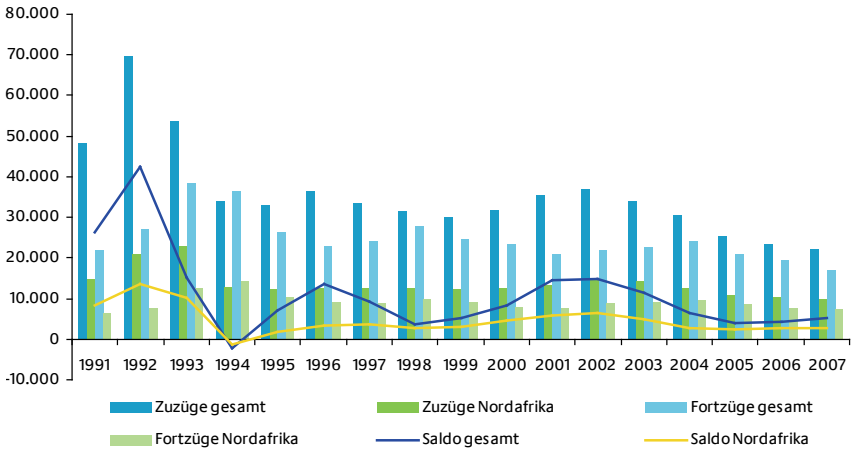
■ Migrationsströme von Afrika nach Deutschland

Die Zuwanderung aus Afrika nach Deutschland war in den 1960er und 1970er Jahren im Wesentlichen durch die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer („Gastarbeiter“) sowie die Asylmigration geprägt. Derzeit sind Familienzusammenführung und Bildungsmigration die vorherrschenden Migrationsformen aus Afrika. Im Vergleich zu den anderen europäischen Zuwanderungsländern spielt Deutschland jedoch als Zielland afrikanischer Migranten nur eine untergeordnete Rolle (Baraulina et al. 2008).

Die Zu- und Abwanderung afrikanischer Staatsangehöriger nach und aus Deutschland schwankte seit 1995, seit 2002 jedoch mit deutlich sinkender Tendenz. Die Zuzüge verringerten sich von rund 36.800 (2002) auf 22.400 (2007). Die Fortzüge erreichten Werte von etwa 28.000 (1998) bis 17.100 (2007), wobei 2004 der Rückgang kontinuierlich geworden ist (vgl. Abb. 15). Seit 1995 war immer ein deutlich positiver Wanderungssaldo zwischen rund +15.000 (2002) und +4.000 (2005) pro Jahr zu verzeichnen, im Jahr 2007 betrug er +5.300 (vgl. Abb. 15).⁹⁵

⁹⁵ Für das Jahr 2008 liegt seitens des Statistischen Bundesamtes noch keine Wanderungsstatistik vor.

Abbildung 15: Zu- und Fortzüge (nord-)afrikanischer Staatsangehöriger nach/aus Deutschland, 1991-2007



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009b.

Staatsangehörige Nordafrikas

Der Anteil nordafrikanischer Staatsbürger an den gesamten afrikanischen Zuzügen betrug zwischen 2002 und 2007 durchschnittlich 42,3 %, ihr Anteil an den gesamten afrikanischen Fortzügen 40,7 %, ihr Anteil am gesamten afrikanischen Wanderungssaldo 46,7 % (vgl. Abb. 15). Die Zahl der Zuzüge von Staatsangehörigen aus Nordafrika lag 2007 bei fast 10.000, die der Fortzüge bei 7.300, was 2007 einen Wanderungsüberschuss von fast +2.700 erbrachte (vgl. Abb. 15).

■ Migrationsformen

Nach der Beschreibung der Zusammensetzung der afrikanischen Bevölkerung in Deutschland, sowie den Migrationsströmen von Afrika nach Deutschland im Allgemeinen, wird im Folgenden die Migrationsstruktur von Afrikanern betrachtet. Dabei wird zwischen Migrationsformen wie Familiennachzug,

Asyl- und Bildungsmigration sowie Arbeitsmigration unterschieden.⁹⁶ Basierend auf der differenzierten Analyse bisheriger Zuwanderungsmuster werden abschließend Einschätzungen der zukünftigen Migrationsströme von Afrika nach Deutschland vorgenommen.

Aktuell bestimmen der Familiennachzug, sowie in geringerem Maße die Asyl- und Bildungsmigration die Zuwanderung von Afrika nach Deutschland:

Familiennachzug

Zuwanderung aus familiären Gründen, der sogenannte Familiennachzug spielt in Deutschland eine wichtige Rolle. Die Einreise und der Aufenthalt ausländischer Ehegatten und Kinder von in Deutschland lebenden Personen ist seit 2005 in den §§ 27 – 36 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Nachzugsberechtigt sind im Wesentlichen Kinder und Ehegatten von in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländern (vgl. Kreienbrink/Rühl 2007).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen zu erlangen, beispielsweise durch die Heirat eines in Deutschland lebenden deutschen oder ausländischen Partners (*Ehegattennachzug*). Des Weiteren können Eltern ihre minderjährigen Kinder nach Deutschland holen (*Kindernachzug*). Bei Zuwanderern, die im Rahmen des Fami-

96 Die Differenz zwischen dem Gesamtzuzug 2007 und der Summe der Migrationsformen 2007 ergibt sich u.a. aus folgenden Gründen: die Wanderungsstatistik berücksichtigt, anders als das AZR, Aufenthalte von weniger als 3 Monaten. Daher weist das AZR immer niedrigere Zuwanderungszahlen aus. Des Weiteren wurden spezielle Migrationsformen wie der Nachzug zu Unionsbürgern, andere humanitäre Aufenthaltsgründe, verschiedene Formen der Duldung sowie der Zuzug zu Ausbildungszwecken (Sprachkurs) nicht in die Analyse einbezogen.

liennachzugs nach Deutschland einreisen, ist in der Regel von einer längerfristigen bzw. dauerhaften Bleibeabsicht auszugehen (BMI/BAMF 2008).

Aus der Visastatistik des Auswärtigen Amtes geht hervor, dass die Zahl erteilter Visa an Personen aus Afrika zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland zwischen 2001 und 2008 von rund 9.500 auf 5.029 zurückgegangen ist (vgl. Tab. 14). Der Rückgang betrifft vor allem den Familiennachzug aus Marokko, Ghana und Tunesien. Einen Anstieg erteilter Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland verzeichneten in den letzten sieben Jahren die Herkunftsländer Ägypten und Libyen. Am gesamten Familiennachzug nach Deutschland hatten die Herkunftsländer Afrikas im Jahr 2008 einen Anteil von 12,7 % (Auswärtiges Amt, vgl. Tab. 14).

Im weltweiten Vergleich der Herkunftsländer von Familiennachzug nach Deutschland 2008 rangiert Marokko mit 1.387 Zuzügen (3,5 %) auf Platz 6. Die drei häufigsten afrikanischen Herkunftsländer für Familiennachzug waren 2008 Marokko (1.387), Tunesien (679) und Ägypten (644) (vgl. Tab. 14). Aus Nordafrika zogen 2008 zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs 3.315 Personen (65,9 %) nach Deutschland.

Der Anteil des Familiennachzugs aus Subsahara-Afrika betrug zwischen 2001 und 2008 durchschnittlich 39,3 % des Gesamtfamiliennachzugs aus Afrika (2008: 34,1 %). Die Zahl erteilter Visa an Personen aus Subsahara-Afrika zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland sank zwischen 2001 und 2008 von 3.878 auf 1.714. Die fünf häufigsten subsahara-afrikanischen Herkunftsländer für Familiennachzug

waren 2008 Kenia (364), Äthiopien (233), Kamerun (187), Nigeria (171) und Ghana (169). Hierbei handelte es sich vor allem um den Nachzug von Kindern (unter 18) (vgl. Tab. 14, Tab. 15).

Tabelle 14: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach häufigsten afrikanischen Herkunftsländern, 2001-2008

Herkunftsland	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt	Änderung 2001-2008
Marokko	3.621	3.794	2.200	1.957	1.810	1.704	1.365	1.387	17.838	-2.234
Tunesien	1.147	1.114	1.017	1.068	969	919	790	679	7.703	-468
Ägypten	552	581	530	609	454	661	889	644	4.920	+92
Ghana	806	763	613	545	310	241	184	169	3.631	-637
Nigeria	566	460	499	267	390	480	276	171	3.109	-395
Kenia	448	400	447	251	399	394	399	364	3.102	-84
Algerien	295	348	338	277	329	310	264	251	2.412	-44
Kamerun	235	240	219	226	200	202	209	187	1.718	-48
Togo	138	175	209	218	181	149	160	131	1.361	-7
Libyen	138	94	132	148	128	229	208	251	1.328	+113
Sonst. Afrika	1.547	1.488	1.283	887	652	506	588	795	7.746	-752
Afrika ges.	9.493	9.457	7.487	6.453	5.822	5.795	5.332	5.029	54.868	-4.464
Anteil Afrika an Familiennachzug nach D. (%)	11,1	12,4	11,4	12,1	11,6	13,7	18,1	12,7	-	-

Quelle: Auswärtiges Amt.

Überproportional hoch ist 2008 der Anteil des Nachzugs ausländischer Ehemänner zu deutschen Ehefrauen aus Tunesien (53,5 %) und ausländischer Ehefrauen zu deutschen Ehemännern aus Marokko (39,7 %). Der Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug dominiert 2008 dagegen im Falle Kenias (46,7 %), Libyens (46,2 %) und Ägyptens (30 %) (vgl. Tab. 15).

Tabelle 15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach häufigsten afrikanischen Herkunftsländern, 2008

Herkunftsland	Gesamt	Ausl. Ehefrau zu dt. Mann	Ausl. Ehemann zu dt. Frau	Ausl. Ehefrau zu ausl. Mann	Ausl. Ehemann zu ausl. Frau	Kinder unter 18
Marokko	1.387	550	415	257	67	98
Tunesien	679	184	363	96	10	26
Ägypten	644	71	153	189	39	192
Kenia	364	121	31	39	3	170
Algerien	251	81	82	69	6	13
Libyen	251	3	1	87	44	116
Kamerun	187	39	41	21	5	81
Nigeria	171	34	55	20	5	57
Ghana	169	53	30	35	7	44
Togo	131	22	15	39	1	54

Quelle: Auswärtiges Amt.

Asylmigration

Die Zahl der Erstanträge afrikanischer Asylsuchender ist in den letzten 15 Jahren stark gesunken. Im Jahr 1992 wurden noch 67.408 Erstanträge registriert; bereits im Folgejahr sank die Zahl auf 37.570. Bis zum Jahr 2000 wurde dann ein relativ konstanter Rückgang bis auf 9.594 Anträge verzeichnet. Im Jahr 2008 belief sich die Zahl der Erstanträge afrikanischer Asylsuchender auf 3.856. Die Schutzquote⁹⁷ lag 2008 bei 11 % (424), d.h. dass die überwiegende Mehrzahl der afrikanischen Asylsuchenden (89 %) 2008 keine Flüchtlingsanerkennung oder sonstigen Schutz erhalten hat und damit ausreisepflichtig war.

⁹⁷ Die „Schutzquote“ bezeichnet den Anteil von Personen, denen ein Asyl-, Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz gewährt wurde.

Aus Subsahara-Afrika kamen 77 % (2.968) der afrikanischen Asylersantragssteller des Jahres 2008, aus Nordafrika 23 % (888). In den vergangenen 15 Jahren waren Algerien, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Nigeria, Togo und Ghana die Hauptherkunftsländer von afrikanischen Asylersantragstellern (BAMF 2008). Im internationalen Vergleich der zehn häufigsten Herkunftsländer von Asylersantragstellern zwischen 2003 und 2008 findet sich jedoch nur ein afrikanisches Land, nämlich Nigeria. Nigeria stand 2004 (1.130), 2007 (503) und 2008 (561) auf Rang 9 der Hauptherkunftsländer von Asylersanträgen. Die Schutzquote lag 2008 bei rund 2 % (11) (BMI/BAMF 2008, BAMF 2008).

Einreise zum Zweck der Ausbildung (Bildungsmigration)

Die Zuwanderung von afrikanischen Staatsbürgern zum Zweck des Studiums nimmt seit 2002 kontinuierlich ab. Der Zugang afrikanischer Studienanfänger (Bildungsausländer) an deutschen Hochschulen lag 2002 noch bei 4.099 und sank bis 2007 auf 3.444.⁹⁸ Blickt man auf die Studienanfänger im Jahr 2007 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, findet man kein afrikanisches Land darunter. Die Zuwanderung afrikanischer Studienanfänger (Bildungsausländer) machte 2007 rund 6,4 % der gesamten Zuzugs von Studienanfängern nach Deutschland aus (BMI/BAMF 2008).

Afrikanische Studienanfänger waren seit 1999 zumeist Staatsbürger Marokkos und Kameruns. Ihre Zahl schwankte zwischen 700 und 1.200 Studienanfängern pro Jahr. Im Jahr 2007 kamen 805 kamerunische Studienanfänger (darunter 41 %

⁹⁸ Im Folgenden werden nur die so genannten „Bildungsausländer“ betrachtet, d.h. Studierende, die ihre Qualifikation für einen Hochschulbesuch außerhalb Deutschlands erworben haben.

Frauen) und 706 marokkanische Studienanfänger (darunter 19 % Frauen) zu Studienzwecken nach Deutschland.⁹⁹ Damit rangierten Kamerun und Marokko im Jahr 2007 auf den Plätzen 16 und 17 der häufigsten Staatsangehörigkeiten von Studienanfängern (Bildungsausländer) in Deutschland (BMI/BAMF 2008).

Seit 2002 schwankt die Bestandszahl afrikanischer Staatsbürger, die an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind, zwischen 19.246 (Wintersemester 2002/2003) und 20.842 (Wintersemester 2005/2006). Im Wintersemester 2007/08 wurden 19.951 afrikanische Studierende verzeichnet, darunter rund 6.900 marokkanische und 5.500 kamerunische Staatsangehörige (Statistisches Bundesamt 2007a).¹⁰⁰

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 kann die Aufenthaltserlaubnis nach erfolgreich beendetem Studium bis zu einem Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden (§ 16 Abs. 4). Im Jahr 2007 haben 61 Staatsangehörige aus Kamerun und 51 Marokkaner diese Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis erhalten.

99 Jeweils Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester.

100 Dies bedeutet, dass 2007 ein Drittel (5.500) aller kamerunischen Staatsangehörigen in Deutschland (14.650) als Studenten an deutschen Universitäten eingeschrieben sind. Dabei wird in der Öffentlichkeit gelegentlich der Verdacht geäußert, dass ein so hoher Studentenanteil auch viele Scheinstudierende beinhaltet und dadurch das Arbeitsmarktpotenzial von Kamerunern in Deutschland verzerrt dargestellt würde. Viele Kameruner schrieben sich an den Universitäten ein, um mit einem Studentenstatus einer legalen bzw. informellen Beschäftigung nachzugehen. Bildungsmigration aus Kamerun stelle eher eine verdeckte Form der Arbeitseinwanderung dar. Da über die Lebensführung der afrikanischen Bildungsmigranten insgesamt kaum Untersuchungen vorliegen, kann der Verdacht des Scheinstudiums aber nicht durch Forschungserkenntnis- se erhärtet werden (Baraulina et al. 2008).

Einreise zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Die Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger zum Zwecke der Erwerbstätigkeit spielte bisher eine untergeordnete Rolle. Doch ist die Zahl erteilter Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG seit 2005 stetig gestiegen. Zwischen 2005 und 2006 hat sich die Zahl der Zuwanderer von 486 (2005) auf 979 (2006) verdoppelt. Im Jahr 2008 betrug die Zahl afrikanischer Staatsangehöriger, die zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG nach Deutschland zugezogen waren 1.117 (Ausländerzentralregister, vorläufige Zahlen). Der Zuzug afrikanischer Staatsangehöriger nach Deutschland machte 2008 jedoch nur 3,8 % der gesamten Arbeitsmigration aus.

Die drei häufigsten Nationalitäten afrikanischer Arbeitsmigranten waren 2008 kenianisch (335), südafrikanisch (220) und ägyptisch (119). Der Anteil der Arbeitsmigration aus Subsahara-Afrika betrug 2008 78,4 % (876) der gesamten Arbeitsmigration afrikanischer Staatsangehöriger.

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 19 AufenthG für Hochqualifizierte erhielten im Jahr 2008 nur 10 Zuwanderer zumeist aus Subsahara-Afrika (9).

Schlussfolgerungen

Die vorangegangenen Analysen haben gezeigt, dass dauerhafte Zuwanderung von Afrika nach Deutschland vornehmlich zum Zwecke des *Ehegatten- und Familiennachzugs* stattfindet (2008: 5.029). Zwischen 2001 und 2008 waren jährlich zwischen 9.500 und 5.000 Familiennachzüge aus Afrika nach Deutschland zu verzeichnen. Marokko rangiert im Jahr 2008 mit 1.387 Personen (3,5 %) auf Platz 6 der zehn häufigsten

Herkunftsländer von Ehegatten- und Familiennachzug nach Deutschland.

Eine in der Regel temporäre Migrationsform von Afrika nach Deutschland stellt die *Bildungsmigration* dar. Die Zuwanderung afrikanischer Studienanfänger (Bildungsausländer) ist seit 2002 leicht zurückgegangen und umfasste im Jahr 2007 3.444 Personen. Im Wintersemester 2007/08 waren rund 20.000 afrikanische Studierende (Bildungsausländer) an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Über den Anteil von so genannten „Scheinstudierenden“, d.h. Personen, die sich an den Universitäten einschreiben, um mit einem Studentenstatus einer legalen bzw. informellen Beschäftigung nachzugehen, liegen keine Erkenntnisse vor. Ob Bildungsmigration aus Afrika auch eine verdeckte Form der Arbeitseinwanderung beinhaltet, konnte daher nicht bestätigt werden.

Eine andere, ebenfalls zumeist befristete Aufenthaltsform stellt die *Arbeitsmigration* dar. Seit 2005 hat sich die Zuwanderung afrikanischer Arbeitnehmer nach § 18 AufenthG mehr als verdoppelt. Im Jahr 2008 erhielten 1.117 afrikanische Zuwanderer eine Aufenthaltsgenehmigung zum Zweck der Erwerbstätigkeit.

Hinsichtlich der *Asylzuwanderung* ist ein stetiger Rückgang der Asylerstanträge afrikanischer Staatsbürger festzustellen. Im Jahr 2008 belief sich die Zahl der Erstanträge afrikanischer Asylsuchender auf 3.856. Die Schutzquote lag 2008 bei 11 % (424), d.h. dass die überwiegende Mehrzahl der afrikanischen Asylsuchenden (89 %) 2008 keine Flüchtlingsanerkennung erhalten hat und damit ausreisepflichtig war.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Migration von Afrika nach Deutschland weiterhin vor allem zum Zwecke des Familiennachzugs sowie in geringerem Umfang und zumeist temporär zur Bildungs- und Arbeitsmigration stattfinden wird. Der Umfang des Familiennachzugs dürfte zukünftig aufgrund der restriktiver gewordenen Regelungen eher stagnieren bis weiter abnehmen. Die Bildungs- und Arbeitsmigration dürfte in Zukunft auf gleichem Niveau verbleiben, wenn nicht ansteigen. Die Zuwanderung (Hoch)Qualifizierter, bislang auf minimalem Niveau, wird aufgrund von Zuzugserleichterungen möglicherweise zunehmen. Hinsichtlich der zu erwartenden Zahl von Erstanträgen auf Asyl und seiner Gewährung sind keine seriösen Einschätzungen möglich, da sie zu sehr von äußeren Umständen, wie der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung in den afrikanischen Herkunftsländern abhängen. Über den Anteil von Personen, die nach Ablauf ihres Visums irregulär im Land verbleiben, sogenannte „Overstayers“, sind keine Angaben möglich.

Vor dem Hintergrund der genannten Einschränkungen ist anzunehmen, dass die Zuzüge (20.000 – 35.000) und Fortzüge (15.000 – 25.000) afrikanischer Staatsbürger nach und aus Deutschland auf bisherigem Niveau verbleiben dürften. Die Zuwanderung von Afrikanern nach Deutschland wird somit im europäischen Vergleich auch zukünftig nur eine untergeordnete Rolle spielen.

4.4 Irreguläre Migrationswege von Afrika nach Europa

Im Folgenden wird nun die irreguläre Migration von Afrika nach Europa näher untersucht. Dabei gilt zu beachten, dass ein Großteil der irregulär aufhältigen Afrikaner legal in die EU eingereist ist und ihr Aufenthalt erst nach Ablauf des Visums

bzw. des befristeten Aufenthaltstitels irregulär wurde. Doch trotz quantitativ geringerer Bedeutung, erlangen die Zuwanderer, die versuchen irregulär über See in die EU einzureisen (auch „Bootsflüchtlinge“ genannt) aufgrund der teilweise dramatischen Umstände beim Übersetzen in kleinen Booten eine deutliche größere Resonanz in den Medien. Daher werden im Folgenden auch die Wege dieser irregulärer Einreise auf dem Seeweg nach Europa thematisiert.

Zur Zahl irregulärer Migranten liegen grundsätzlich nur Schätzungen vor, die teilweise stark divergieren.¹⁰¹ Daher kann die Größenordnung irregulärer Migration aus afrikanischen Ländern kaum beziffert werden.

■ Irreguläre Migration innerhalb Afrikas

Auf dem Weg von Afrika nach Europa finden irreguläre Grenzübertritte bereits innerhalb Afrikas statt. Die International Organization for Migration (IOM) schätzt, dass in den letzten Jahren zwischen 65.000 und 80.000 Afrikaner jährlich durch die Sahara in die Maghreb-Staaten reisten, um von dort aus nach Europa überzusetzen (IOM 2005: 42). Allein Marokko verzeichnete zwischen 2000 und 2005 eine Verzehnfachung der über Algerien einwandernden subsahara-afrikanischen Migranten (Kohnert 2006: 3). Für Libyen wird vermutet, dass sich zwischen 750.000 und 1,2 Millionen irreguläre Migranten im Land aufhalten (Baldwin-Edwards 2005, Mattes 2006). Für Mauretanien wird die Zahl mit 100.000 angegeben, in Algerien leben vermutlich 60.000 irreguläre Zuwanderer (de Haas 2005).

101 In den Medien wurde eine Zahl von 7 bis 8 Millionen Afrikanern verbreitet, die irregulär in der EU leben sollen (BBC News 02.07.07).

■ Irreguläre Migrationsrouten von Afrika in die EU

Das International Centre für Migration Policy Development (ICMPD 2004, 2005) schätzt, dass jährlich rund 830.000 Personen (mit und ohne die Hilfe von Schleusern) irregulär aus ganz Afrika in die EU migrieren, wovon rund 100.000 bis 120.000 das Mittelmeer überqueren, um europäisches Festland zu erreichen. Schleusernetzwerke spielen hierbei eine wichtige Rolle.¹⁰² So nimmt die ICMPD an, dass rund 450.000 afrikanische Migranten jährlich irregulär in die EU geschleust werden, die Vereinten Nationen gehen dagegen von nur 240.000 Geschleusten jährlich aus (van Moppes 2006: 4).

Im Folgenden werden die etablierten Migrationsrouten dargestellt, die von Afrikanern für die Wanderung nach Europa genutzt werden. Irreguläre Grenzübertritte erfolgen hierbei zu Land, zu Wasser oder auf dem Luftweg.¹⁰³

Luftwege

Der Direktflug ist die schnellste und bequemste Option, um irregulär nach Europa zu gelangen, wird aber aufgrund der hohen Kosten und der starken Sicherheitskontrollen selten genutzt (de Haas 2007). Die Kosten einer Schleusung auf dem Luftweg, d.h. inklusive Flugticket, gefälschtem Visum, bzw. Ausweispapieren¹⁰⁴ nach Europa oder Nordamerika variieren zwischen 15.000 € und 20.000 €. Schleuser verdienen oft

¹⁰² Vgl. Salt 2000, 2001.

¹⁰³ Vgl. Schoorl et al. 2000, ICMPD 2005, Simon 2006, van Moppes 2006, Brinkbäumer 2006.

¹⁰⁴ Der Handel mit gestohlenen und gefälschten Ausweispapieren sowie mit gefälschten Aufenthaltsgenehmigungen wächst. Hauptumschlagplätze sind Conakry (Guinea), Lagos (Nigeria), Abidjan (Elfenbeinküste) und Cotonou (Benin). Ein gefälschter Personalausweis kostet bis zu 5.000 € (van Moppes 2006: 5).

10.000 € pro geschmuggelter Person. Afrikanische Flughäfen, die Direktflüge nach Europa anbieten, befinden sich größtenteils in West- und Nordafrika (van Moppes 2006).

In diesem Zusammenhang gilt jedoch anzumerken, dass viele Migranten zuerst legal auf dem Luftwege einreisen, z.B. mit einem Urlaubsvisum, um dann nach Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung irregulär im Zielland zu bleiben („Overstay-er“).

Land- und Seewege

Hinsichtlich des Verlaufs irregulärer Migrationen hat sich gezeigt, dass Migranten einen Großteil der Reise von ihrem Heimatland bis zum Transfer nach Europa alleine zurücklegen (van Moppes 2006). Die Dauer irregulärer Wanderungen ist unterschiedlich: einige Migranten gelangen innerhalb von fünf Wochen nach Europa, andere brauchen Jahre, bis sie das Zielland erreichen. Dabei wandern sie zumeist von Stadt zu Stadt und bleiben oftmals eine Zeitlang an einem Ort, um sich das Geld für die Weiterreise zu verdienen.¹⁰⁵ Sie entscheiden dann spontan über ihr nächstes Etappenziel. Die Wahl ist nur schwer voraussehbar, da sie vom aktuellen Angebot vor Ort abhängt sowie von der Einschätzung, welche Reiseroute zum jeweiligen Zeitpunkt die erfolversprechendste, kostengünstigste und am einfachsten erreichbare ist. Beispielsweise führten Veränderungen in den Grenzsicherungsmaßnahmen wie das 1999 eingeführte spanische Radarüberwachungssystem (SIVE)¹⁰⁶ an der

¹⁰⁵ Vgl. de Haas 2007, Collyer 2006, Barros et al. 2002, Lahlou/Escoffier 2002.

¹⁰⁶ SIVE steht für „Sistema Integral de Vigilancia Exterior“. Rund um die Uhr tastet das Radar 5.000 Quadratkilometer Wasserfläche ab, wobei auch kleinere Boote geortet werden können. Es wurde mittlerweile auch auf den Kanaren und teilweise entlang der spanischen Mittelmeerküste installiert. Es soll bis zu den Balearen hin ausgedehnt werden.

Straße von Gibraltar oder die Operationen von Frontex¹⁰⁷ an der Mittelmeer- und Atlantikküste zu Routenverlagerungen. Diese Veränderungen beeinflussten wiederum das Angebot, die Frequentierung und die Preise der Routen (Carling 2007, Kreienbrink 2008).

Informationen über die Vor- und Nachteile von Migrationsrouten, die Kosten einer Schleusung und die Einreisebestimmungen in den Zielländern erhalten die Migranten unter anderem über Migrantennetzwerke und im Internet¹⁰⁸ (Schapendonk/van Moppes 2007).

Die Kosten einer Migration von Afrika nach Europa sind schwer zu ermitteln. ICMPD (2005) schätzt, dass an 450.000 irregulär geschmuggelte Migranten rund 4,2 Milliarden Euro verdient werden könnten, das wären rund 9.300 € pro Person.

107 Frontex steht für „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“. Die Agentur koordiniert die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten und legt u.a. gemeinsame Ausbildungsnormen fest. Frontex erstellt Risikoanalysen, verfolgt die Entwicklungen der für die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen relevanten Forschung, unterstützt die Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte technische und operative Unterstützung an den Außengrenzen erfordern, und leistet die erforderliche Unterstützung für die Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen der Mitgliedstaaten (Frontex 2006, 2005).

108 Siehe hierzu z.B. eine Informations-Website für Personen, die (ir)regulär nach Europa migrieren wollen: http://www.senegalaisement.com/senegal/venir_en_france.php. Hier werden u.a. die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Migrationsrouten und -formen (z.B. Heiratsmigration) diskutiert.

Der IOM-Jahresbericht von 2003 erwähnt Preise zwischen 1.800 € und 3.200 € für eine Überfahrt nach Spanien (IOM 2003). Die Preise sind jedoch „konjunkturabhängig“ und variieren stark: Van Moppes (2006) gibt an, dass eine Überfahrt mit einer pirogue (Boot) nach Spanien vom Senegal aus rund 850 € kosten würde, von der Küste Westsaharas aus nur 500 €. Eine Fahrt auf die Kanarischen Inseln koste dagegen mehr als 3.000 € (van Moppes 2006: 4).¹⁰⁹

Anhand von Forschungsstudien und Behördenberichten lassen sich vier Hauptrouten irregulärer Migration von Afrika nach Europa identifizieren (vgl. Abb. 16, Abb. 17):

1. *Die westliche Mittelmeer-Route:*
Subsahara-Länder – Niger –
Algerien – Marokko – Spanien
2. *Die westafrikanische Route:*
West- und zentralafrikanische Länder –
Senegal – Mauretanien – Kanarische Inseln
3. *Die zentrale Mittelmeer-Route:*
Nord-, west-, ost- und zentralafrikanische
Länder – Libyen – Italien (Lampedusa/Sizilien)
und Malta
4. *Die östliche Mittelmeer-Route:*
Ostafrikanische Länder – Ägypten –
Jordanien – Libanon – Syrien – Türkei –
Griechenland

109 Angaben basierend auf ICMPD- und IOM-Schätzungen.

1. Die westliche Mittelmeer-Route: Subsahara-Länder – Niger – Algerien – Marokko – Spanien

Aus diversen Studien ergibt sich eine „westliche Mittelmeer-Route“, die zwar in verschiedenen subsaharischen Staaten, vor allem in Westafrika (Niger), ihren Ausgang nimmt, sich aber dadurch auszeichnet, dass die Wege in der Stadt Agadez, einem Migrationsknotenpunkt im Zentral-Niger zusammenlaufen (vgl. Brinkbäumer 2006). Dies liegt vor allem an den dort vorhandenen Uran- und Silberminen, die es den Migranten ermöglichen, Geld für die Weiterreise nach Nordafrika und/oder Europa zu verdienen (van Moppes 2006). Von Agadez aus ist der nächste Transitpunkt in der Regel die Stadt Tamanrasset in Süd-Algerien.¹¹⁰ Von dort führt der Weg dann weiter nordwestlich nach Marokko, mit einer bedeutenden Abzweigung in Ouargla, wo die westliche Mittelmeer-Route auf die zentrale Route (siehe unten) nach Libyen trifft (vgl. Abb. 16, Abb. 17). In Marokko bieten sich die Möglichkeiten des Übersetzens nach Südspanien bzw. auf die Kanarischen Inseln oder das Eindringen in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Durch die verstärkten Kontrollen an der Küste Marokkos hat sich der Ausgangspunkt für das Übersetzen auf die Kanaren jedoch zunehmend in den Süden verlagert.¹¹¹

Hinsichtlich der Herkunftsstaaten der westlichen Mittelmeer-Route haben empirische Studien gezeigt, dass die meisten

¹¹⁰ Aufgrund von Zuwanderungsströmen wuchs die Bevölkerung von Agadez zwischen 1985 und 2006 um 70.000 Personen (1985: 30.000, 2006: 100.000). Der zweite Knotenpunkt, die Stadt Tamanrasset, hat ebenfalls ein starkes Wachstum zu verzeichnen: von 3.000 Einwohnern im Jahr 1966 auf 76.000 Einwohner im Jahr 2006 (Simon 2006: 49).

¹¹¹ Vgl. Brinkbäumer 2006, Mattes 2006, Kreienbrink 2008.

Migranten aus Nigeria, der Demokratischen Republik Kongo und Kamerun kommen.¹¹²

2. Die westafrikanische Route: West- und zentralafrikanische Länder – Senegal – Mauretanien – Kanarische Inseln

Aufgrund der erwähnten Kontrollen in Marokko hat sich die „westafrikanische“ Route von der westafrikanischen Küste auf die Kanaren seit dem Jahr 2006 etabliert und ist bereits frühzeitig durch stark angestiegene Nutzung aufgefallen (Kohnert 2007). Bereits seit 2002 kommen mehr afrikanische Migranten auf den Kanarischen Inseln an als an der Festlandküste Spaniens (Simon 2006). Zwischen 2002 und 2004 erfolgten an der Straße von Gibraltar zwischen 9.800 (2002) und 7.300 (2004) Aufgriffe jährlich, auf den Kanaren waren es zwischen 11.000 (2002) und 4.500 (2004) Aufgriffe.¹¹³ 2005 verblieb die Zahl der Aufgriffe auf den Kanaren unter 5.000, um dann 2006 mit 31.000 Aufgriffen ihren Höhepunkt zu erreichen (Migration und Bevölkerung 2007). 2007 nahm die Zahl aufgegriffener Migranten auf 12.000 ab, 2008 sank die Zahl auf den Kanaren weiter auf 9.200.

Bis 2005 nahmen die Migranten die kürzeste Überfahrt-route vom Küstenstreifen zwischen Westsahara und Marokko nach Fuerteventura. Seit 2006 stechen die Migranten von Mauretanien und Westsahara, aber vermehrt auch vom Senegal aus, mit Fischerbooten¹¹⁴ in See und steuern weitere Inseln des

112 Vgl. Barros et al. 2002, Wender 2004, Lahlou 2005, 2006, Collyer 2006. Aufgrund der geringen Fallzahl und der einmaligen Stichprobenziehung sind jedoch keine repräsentativen Aussagen möglich (vgl. Collyer 2006: 6ff.).

113 Die Zahlen werden im Folgenden auf 100 auf- bzw. abgerundet. Bezeichnungen wie „rund“ entfallen zugunsten der Lesbarkeit.

114 Die Fischerboote werden „pirogues“ oder „cayucos“ genannt.

Archipels an (de Haas 2007, Abb. 17).¹¹⁵ Die Routenverlagerung westafrikanischer Migranten betrifft jedoch nicht nur den Senegal, auch Gambia gilt seit 2006 als wichtiges Herkunfts- und Transitland irregulärer Migration (NZZ: 20.09.06).

Die „westafrikanische Route“ wird überwiegend von west- und zentralafrikanischen Migranten aus subsaharischen Staaten wie Mali, Ghana, Niger, Nigeria und Kamerun genutzt (vgl. Abb. 16). Nach Angaben der Grenzschutzagentur Frontex waren die Hauptherkunftsländer von aufgegriffenen Migranten auf den Kanaren 2006 Marokko, Senegal, Mali, Gambia und Guinea (vgl. dpa 06.09.06).¹¹⁶ Da die Feststellung der Personalien irregulärer Migranten aufgrund verlorener Dokumente, falscher Identität oder Aussageverweigerung in der Regel schwierig ist, sind Angaben über Herkunftsland, Zuwanderungsrouten und Schleusungsmodalitäten nur unter Vorbehalt zur Kenntnis zu nehmen.

¹¹⁵ Arbeitslos gewordene senegalesische Fischer organisieren meist die Überfahrten aus Mauretanien und der Westsahara auf die Kanarischen Inseln, doch durch den Druck der dortigen Behörden verlagerten die Fischer die Überfahrt in den Senegal (NZZ: 20.09.06, vgl. auch Kohnert 2006).

¹¹⁶ Informationen entstammen der FRONTEX Mission „HERA I“, im Zuge derer von Juni bis Oktober 2006 rund 19.000 irreguläre Migranten auf den Kanarischen Inseln identifiziert und teilweise zurückgeführt wurden. Rund 70 % der irregulären Migranten waren Senegalesen (vgl. NZZ: 20.09.06).

Abbildung 16: Irreguläre Migrationsrouten von Afrika nach Europa

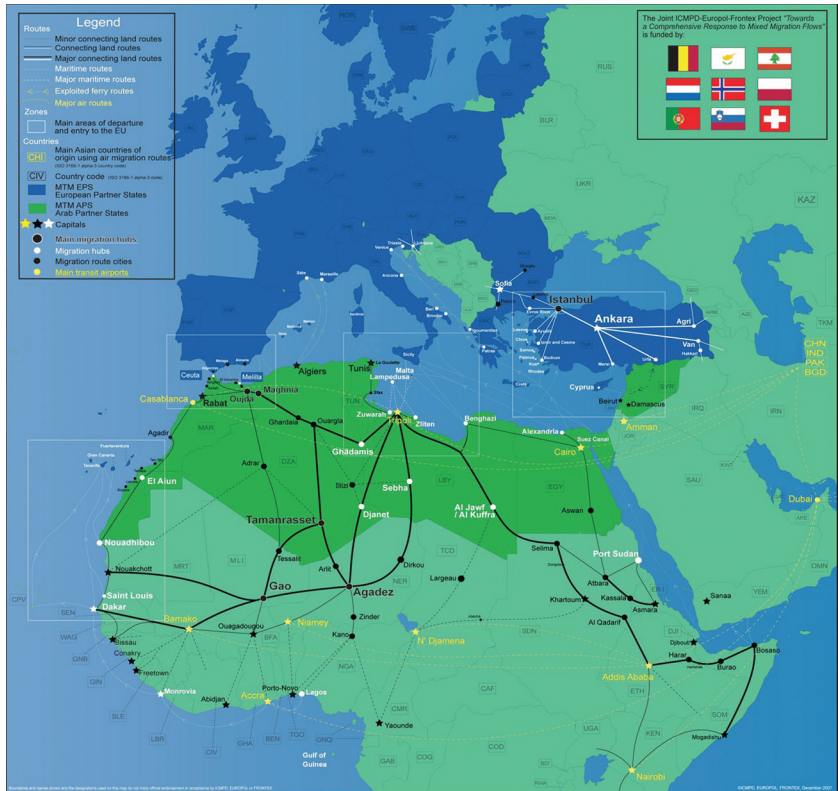
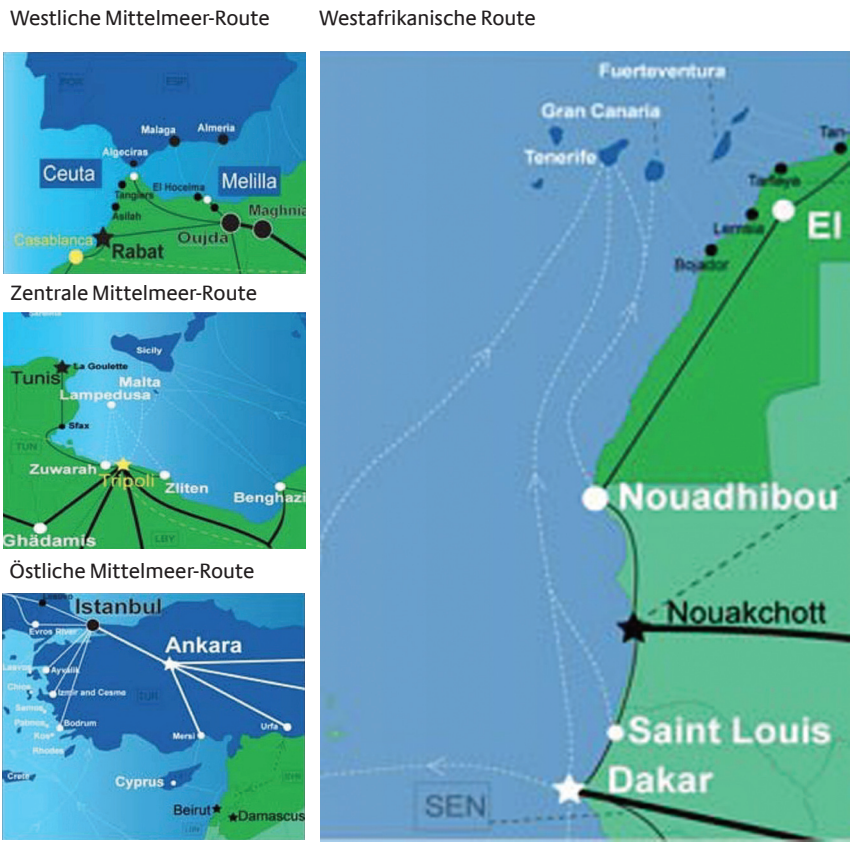


Abbildung 17: Die vier Hauptzonen irregulärer Migration im Mittelmeerraum und an der westafrikanischen Küste



Quelle: ICMPD 2009, Ausschnitt.

3. Die zentrale Mittelmeer-Route: Nord-, west-, ost- und zentralafrikanische Länder – Libyen – Italien (Lampedusa/ Sizilien) und Malta

Nach dem Übersetzkpunkt Libyen wird diese Route als „zentrale Mittelmeer-Route“ bezeichnet. Dabei ist ihr Einzugsgebiet weit gesteckt von Westafrika über Zentralafrika bis hin zum Horn von Afrika. Auch hier bildet Agadez einen Knotenpunkt für Westafrika, wobei ein Teil der Migranten den direkten

Weg nach Libyen sucht, der andere Teil auf der westlichen Route bis Ouargla wandert und dann nach Libyen abschwinkt (vgl. Abb. 16). Im Norden Libyens vereinigen sich diese Routen mit derjenigen, die über den Sudan führt. Zusätzlich nutzen Migranten, die vorher in Marokko waren, Libyen als Transitland auf ihrem Weg nach Lampedusa/Sizilien (Italien) und Malta (vgl. Abb. 16, Abb. 17).¹¹⁷ Ceuta und Melilla sind aufgrund verschärfter Grenzsicherungsmaßnahmen für sie keine Erfolg versprechende Zielregion mehr.

Aufgrund seiner EU-Mitgliedschaft entwickelte sich Malta in den letzten Jahren ungewollt zum Zielland von Migranten. Im Jahr 2001 strandeten 73 Migranten auf der Insel, 2002 legten bereits 1.700 Zuwanderer an, 2004 waren es 1.400 Migranten (van Moppes 2006, Simon 2006). Zwischen 2007 und 2008 erhöhte sich die Zahl weiter von 1.700 auf 2.800 (vgl. Tab. 16). Auf den italienischen Inseln landeten 2002 etwa 18.000 Migranten und in den Folgejahren rund 13.000 Zuwanderer. Seither hat die Route, insbesondere mit Ziel Lampedusa, stark an Bedeutung gewonnen (Abb. 17). Im Jahr 2007 erhöhte sich die Zahl der Aufgriffe auf Lampedusa auf 20.500, 2008 stieg sie weiter auf 31.300. Auf Sizilien wurden 2008 etwa 3.300 irreguläre Migranten aufgegriffen, auf Sardinien 1.600. Die Zahl der irregulären Einreisen auf See erhöhte sich in Italien somit zwischen 2007 und 2008 von 20.500 auf 37.000 (vgl. Tab. 16).

Hauptherkunftsländer der Migranten auf der zentralen Mittelmeer-Route sind subsaharische Staaten West- und Zentralafrikas, Ägypten, Sudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia (Hamood 2006). Schätzungen zufolge reisen jährlich rund 80.000

¹¹⁷ Rund ein Viertel der Migranten auf Lampedusa stammt aus Marokko und Tunesien.

Migranten auf dieser Route. Wegen der Nähe der Kriegsschauplätze am Horn von Afrika zu Libyen sind auch mehr Flüchtlinge unter den Migranten (vgl. Hamood 2006, Simon 2006).

4. Die östliche Mittelmeer-Route: Ostafrikanische Länder – Ägypten – Jordanien – Libanon – Syrien – Türkei – Griechenland

Schließlich gibt es noch eine Route, die zwar überwiegend von Migranten aus dem mittleren Osten und Fernost genutzt wird, die aber auch Flüchtlinge vom Horn von Afrika in Anspruch nehmen. Der Vorteil dieser östlichen Mittelmeer-Route ist, dass die rund 3.000 griechischen Inseln und die langen Küstenstreifen Griechenlands (14.000 km) und der Türkei (7.200 km) sehr schwer zu überwachen sind. Ein Hauptknotenpunkt auf dieser Strecke ist Istanbul (Türkei). Die Einreise nach Zypern erfolgt hauptsächlich über die Demarkationslinie in Nordzypern (vgl. Abb. 16, Abb. 17).¹¹⁸

Aufgrund der Frontex-Operationen und der Grenzschutzmaßnahmen afrikanischer Staaten im Westen hat diese Migrationsroute mittlerweile an Bedeutung gewonnen. Seit 2007 ist vor allem die Zahl der in Griechenland aufgegriffenen Zuwanderer stark gestiegen. Allein auf den drei großen Inseln der Ostägäis, Samos, Lesbos und Chios, sind nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) im Jahre 2007 etwa 11.000 Menschen aufgegriffen worden. Die Zahl der Migranten hat sich im Vergleich zum Jahr 2006 (4.000) mehr als verdreifacht (Steinbichler 2007, Simon 2006). Im Jahr 2008 erhöhte sich die Zahl der Aufgriffe auf See weiter stark auf 29.100 (Frontex 2009, vgl. Tab. 16). Die häufigsten Herkunftsländer afrikanischer Migranten auf dieser Route sind Somalia und Eritrea.

¹¹⁸ Siehe hierzu ICMPD 2005, Simon 2006, van Moppes 2006.

■ **Aufgriffe irregulärer Grenzübertritte nach EU-Mitgliedstaaten**

Neben den Schätzungen der irregulären Migration, die versuchen, das ganze Dunkelfeld mit zu umfassen, geben die Zahlen der Aufgriffe von Frontex das Hellfeld, also die aufgedeckten Fälle an. Sie geben damit zumindest einen Hinweis auf die mögliche Größenordnung des Dunkelfeldes.

Auf Basis dieser Daten lässt sich auch ablesen, ob der Grenzübertritt zu Land, Wasser oder zu Luft erfolgte und von welcher Form der irregulären Einreise die jeweiligen Länder am stärksten betroffen sind. Über die Nationalität und Herkunft der Aufgegriffenen liegen jedoch keine Angaben vor.

Tabelle 16: Irreguläre Grenzübertritte nach ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2007 und 2008

Land	Aufdeckungen irregulärer Einreise				
	Gesamt 2007*	Land 2007	Luft 2007	See 2007	See 2008
Belgien	3.633	-	2.017	1.616	-
Frankreich	5.748	690	4.149	909	-
Deutschland	3.253	759	2.269	225	-
Griechenland	73.194	62.475	1.377	9.342	29.100
Italien	21.650	-	1.195	20.455	37.000
Malta	1.702	-	-	1.702	2.800
Niederlande	2.405	-	2.369	36	-
Portugal	1.204	-	1.181	23	-
Spanien**	27.919	4.080	-	11.751	16.200
Vereinigtes Königreich	3.332	-	1.366	1.966	-

* Diese Tabelle ist vorläufig und enthält die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Daten bis Februar 2008.

** Anmerkung: Die Differenz (-12.088) zwischen der Gesamtsumme der Aufgriffe in Spanien und den Einzelangaben konnte nicht geklärt werden.

Quelle: Frontex 2008, 2009; eigene Bearbeitung.

Vor allem Italien, Spanien, Griechenland und Malta sind von irregulärer Zuwanderung auf dem Seeweg tangiert. Nach Frontex erfolgten im Jahr 2007 in Italien 20.455 Aufgriffe auf See, im Jahr 2008 stieg die Zahl auf 37.000 (vgl. Tab. 16). Auch in Spanien erhöhte sich die Zahl der Aufgriffen zwischen 2007 und 2008 von 11.750 auf 16.200. Den höchsten Anstieg (+19.570) aufgedeckter irregulärer Einreisen auf dem Seeweg verzeichnete Griechenland mit 9.350 Aufgriffen im Jahr 2007 und bereits 29.100 Aufgriffen im Jahr 2008. In Malta stieg die Zahl der Aufgriffe im betrachteten Zeitraum von 1.700 auf 2.800 (vgl. Tab. 16). Bei den genannten Aufgriffen auf See dürfte es sich vor allem um irreguläre Migranten aus Afrika handeln.

Deutschland

In Deutschland lag die Zahl der Aufgriffe 2007 bei 3.253 Fällen, die irreguläre Einreise erfolgte zumeist auf dem Luftweg (Frontex 2008, vgl. Tab. 16). Informationen über die Nationalität aufgegriffener Migranten enthalten die Daten der Bundespolizei. Nach deren Angaben befanden sich im Jahr 2007 unter den ersten zehn Platzierungen unerlaubt eingereister Ausländer an den deutschen Grenzen keine afrikanischen Staatsbürger.¹¹⁹ Insgesamt wurden 2007 1.997 afrikanische Staatsangehörige beim Versuch unerlaubter Einreise nach Deutschland aufgegriffen. Darunter befanden sich 87 „unerlaubte Einreisen aus vollzogener Schleusung“. Die meisten dieser irregulären Zuwanderer waren Staatsbürger Nordafrikas (763), vor allem Algerier (251), Marokkaner (234) und Tunesier (115). Des Weiteren wurden 168

¹¹⁹ Auch unter den Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen nach zwanzig Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2007 befindet sich kein afrikanisches Land (BMI/BAMF 2008: 289).

nigerianische Staatsangehörige von der Polizei an der irregulären Einreise gehindert.¹²⁰

Hinsichtlich des irregulären Zuzugs afrikanischer Migranten aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland sind keine quantitativen Einschätzungen bekannt. Bisher scheinen die Tendenzen zur Weiterwanderung jedoch nicht zu bestehen.

Schlussfolgerungen

Die vorangegangenen Analysen der Migrationsrouten und ihrer Veränderungen sowie der Ziel- Transit- und Herkunftsländer irregulärer afrikanischer Migranten zeigten, dass es sich bei irregulärer Migration um eine Erscheinung mit hochvariablen, komplexen Abläufen handelt. Schon kleinere Änderungen, wie etwa neue politische Abwehrmaßnahmen oder Informationen über neue Einreisemöglichkeiten können zu Verlagerungen der Routen und damit zum Wandel ihrer Frequentierung führen (z.B. Routenänderung durch SIVE). Auch die Herkunftsländer illegaler Migranten variieren je nach Route und politischer Situation.

Aufgrund der Komplexität der Lage sind Migranten auf ihrem Weg nach Europa zunehmend auf die Hilfe von Schlepperorganisationen angewiesen. Es ist anzunehmen, dass sich die Schleuserorganisationen in Afrika aufgrund steigender Nachfrage und im Zuge von Modernisierung, Globalisierung und Informatisierung weiter professionalisieren werden. Von der allgemeinen Zunahme verkehrs- und informationstechnischer Infrastruktur und der steigenden Verfügbarkeit moder-

¹²⁰ Weiterführende Literatur zu irregulären Migranten in Deutschland siehe Schönwälder et al. 2004, Worbs 2005, Neske 2006, Sinn et al. 2006, Cyrus 2008, Cyrus/Vogel 2008.

nerer Transportmittel und Überwachungssysteme in Afrika werden auch die Schleuserorganisationen profitieren.

Das Potenzial irregulärer Migration aus Afrika nach Europa ist als sehr hoch einzuschätzen, der Umfang irregulärer afrikanischer Zuwanderung nach Europa war bisher jedoch vergleichsweise gering. Einige Gründe hierfür sind:

- Die Verkehrsinfrastruktur in Afrika ist wenig entwickelt, das Straßennetz unzureichend ausgebaut.
- Komplette durchorganisierte Schleusungen sind derzeit noch selten.
- Die Sahara stellt aufgrund ihrer lebensfeindlichen Naturbedingungen eine 3.000 Kilometer breite Barriere für Migrationsbewegungen dar.

Die Routen sowie der Umfang und die Zusammensetzung der Migranten werden aufgrund ihrer Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen, der Unterschiedlichkeit der Herkunftsregionen und der Vielfalt von Einflussfaktoren weiterhin stark schwanken. Eine zuverlässige quantitative Prognose erscheint hier kaum möglich.

Dennoch ist hinsichtlich irregulärer Migration innerhalb Afrikas und nach Europa allgemein anzunehmen, dass

diese aufgrund restriktiver Einreisbestimmungen und trotz verstärkter Grenzkontrollen auf hohem Niveau verbleiben bis zunehmen wird. Die europäischen Mittelmeer-Anrainerstaaten (Spanien, Italien und vermehrt Griechenland) werden weiterhin das Ziel irregulärer Migration sein. Deutschland dagegen dürfte auch zukünftig von irregulärer Zuwanderung aus Afrika in deutlich geringerem Maß tangiert sein.

Mit Blick auf Afrika ist anzunehmen, dass sich in den nordafrikanischen Staaten, die als Ziel- und Transitregion dienen, die Spannungen aufgrund steigender Zuwandererzahlen verschärfen dürften. Migranten aus Subsahara-Afrika, die in den Maghrebländern verweilen, um Geld für einen Transfer nach Europa zu verdienen, stehen in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften und werden Opfer von Ablehnung, Ressentiments und nicht selten von rassistischen Übergriffen (Kohnert 2008).

Des Weiteren zeigt die Erfahrung, dass Migranten bei erschwerten Zuwanderungsbedingungen in steigendem Maße die Hilfe von Schleusernetzwerken in Anspruch nehmen. Im Zusammenhang mit zunehmendem Menschenschmuggel und forciertem Menschenhandel wachsen in (Nord-)Afrika kriminelle Subkulturen, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Sicherheit der Länder auswirken.

5 Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa



Die Schlussfolgerungen dieser Studie sollen mit der Diskussion einer Migrationsprojektion der Vereinten Nationen für Afrika eingeleitet werden. Diese beinhaltet eine Projektion des Wanderungssaldos für afrikanische Großregionen und Länder bis 2050 (vgl. Tab. 17). Im Anschluss daran wird anhand der bisherigen Analysen eine Einschätzung des Migrationspotenzials aus Afrika nach Europa vorgenommen.

■ Eine Migrationsprojektion der Vereinten Nationen für afrikanische Staaten

Es ist auffällig, aber anhand der vorangegangenen Ausführungen auch verständlich, dass in keiner der für diese Studie verwendeten Quellen quantitative Einschätzungen zu Afrikas Migrationspotenzial nach Europa vorgelegt wurden. Es ist nicht allein der Datenmangel, sondern auch die grundsätzliche Unsicherheit im Wanderungsgeschehen, die davon abhalten. Dennoch liefern die Vereinten Nationen (UN 2006) Projektionen zum künftigen Migrationsgeschehen Afrikas.¹²¹ Sie haben den Wanderungssaldo afrikanischer Großregionen und Länder bis

¹²¹ „Projektionen“ sind Vorausberechnungen, in denen die Wirkung bestimmter Annahmen für einen künftigen Zeitpunkt geprüft wird. Sie erheben nicht den Anspruch, einen zukünftigen Zustand möglichst genau abzuleiten, wie „Prognosen“ das für sich beanspruchen. Unvorhersehbare Ereignisse, wie Kriegeausbrüche und Umweltkatastrophen, sind in den Projektionen naturgemäß nicht enthalten.

ins Jahr 2050 vorausberechnet und dafür folgende statistische Größen verwendet:

- länderspezifische Nettomigration (Wanderungssalden) basierend auf konkreten und/oder geschätzten Zahlen zur Zu- und Abwanderung
- zuverlässige Daten zur Arbeitsmigration (temporärer und dauerhafter Art)
- Schätzungen zu „undokumentierten“ und irregulären Wanderungen
- Beobachtungen gegenwärtiger Flüchtlingsströme.

Für die internationalen Migrationsbewegungen wird angenommen, dass sie eher stabil bleiben würden. Nur aufgrund dieser Annahme ist die Fortschreibung konstanter Wanderungssalden statthaft. Eine weitere Annahme ist – und sie stützt sich auf Beobachtungen – dass Flüchtlinge nach 5 bis 10 Jahren in ihr jeweiliges Heimatland zurückkehren. Diese Vermutung bildet die Grundlage für die Berechnung von Rückkehrbewegungen.

Das Ergebnis dieser Projektionen von Wanderungssalden von 2000 bis 2050 auf Basis der mittleren UN-Variante¹²² (vgl. Tab. 17) liest sich wie folgt: Das *südliche Afrika* ist die einzige afrikanische Großregion mit einem positiven Wanderungssaldo, der sich ab 2020 bei 5.000 Personen pro Jahr einpendeln wird. *Nord- und Westafrika* dagegen werden mit einem Wanderungs-

122 Bei Projektionen werden zumeist zwei Szenarien (niedrig, hoch) berechnet, die sich an einer oberen und unteren Grenze eines Wahrscheinlichkeitspfades orientieren. Die „mittlere Variante“ ist demnach die (vorläufig) wahrscheinlichste und dementsprechend gebräuchlichste Variante.

verlust von rund 160.000 Personen pro Jahr vergleichsweise viele Einwohner verlieren. *Zentralafrika* werden ab 2020 etwa 24.000 Personen pro Jahr verlassen. Ein Blick auf die nordafrikanischen Transitländer zeigt, dass lediglich für Libyen ein positiver Wanderungssaldo (4.000) projiziert wird. Ägypten und Marokko dagegen werden langfristig die meisten Personen verlassen (80.000 bzw. 50.000). Setzt man die Abwanderungszahlen zum jährlichen Bevölkerungswachstum dieser Länder in Beziehung, dann bedeuten sie einen geringen Abwanderungsverlust. Sorge bereitet dagegen, dass sich unter den Fortziehenden immer mehr junge qualifizierte Menschen befinden.

Zu den Projektionen der Vereinten Nationen muss jedoch einschränkend bemerkt werden, dass sie keine Angaben machen, wohin gewandert wird, d.h. ob die Migranten innerhalb Afrikas oder interkontinental wandern. Außerdem verwenden sie länderspezifische Daten, deren Qualität nicht überprüft werden kann. Ebenso unsicher sind Schätzungen, z.B. zur irregulären Migration. Grundsätzlich sind Wanderungsprojektionen über einen so langen Zeitraum mit Vorsicht zu behandeln, allein wegen der starken Abhängigkeit von innenpolitischen Ereignissen sowie von wirtschaftlichen und klimatischen Bedingungen, die in Afrika unberechenbar auftreten.

**Tabelle 17: Wanderungssaldo* pro Jahr in Tausend, 2000-2050
(mittlere Projektionsvariante)**

Regionen/ Länder	2000 - 2005	2005 - 2010	2010 - 2015	2015 - 2020	2020 - 2025	2025 - 2030	2030 - 2035	2035 - 2040	2040 - 2045	2045 - 2050
Afrika	-510	-532	-432	-429	-453	-448	-446	-446	-446	-446
Südl. Afrika	+127	+134	-67	-65	+5	+5	+5	+5	+5	+5
Westafrika	-108	-168	-161	-159	-161	-161	-161	-161	-161	-161
Ostafrika	-256	-324	-50	-42	-107	-107	-107	-107	-107	-107
Zentralafrika	+24	-30	-8	-27	-24	-24	-24	-24	-24	-24
Nordafrika	-297	-144	-146	-136	-166	-161	-159	-159	-159	-159
Algerien	-28	-28	-28	-28	-18	-18	-16	-16	-16	-16
Ägypten	-58	-68	-80	-80	-80	-80	-80	-80	-80	-80
Libyen	+3	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4
Marokko	-110	-85	-75	-65	-55	-50	-50	-50	-50	-50
Sudan	-106	+27	+27	+27	-14	-14	-14	-14	-14	-14
Tunesien	-16	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Westsahara	+18	+10	+10	+10	+1	+1	+1	+1	+1	+1

* Der Wanderungssaldo ist die Differenz zwischen der Zahl der Zuzüge und Fortzüge pro Jahr.

Quelle: UN 2009a.

Die vorgestellten UN-Projektionen von Wanderungssalden führen schon die Unsicherheit vor Augen, unter der ein solches Vorhaben ausgeführt wird. Über Jahrzehnte hinweg werden Salden konstant gehalten und fortgeschrieben (vgl. Tab. 17). Einig ist man sich nur, dass es – mit Ausnahme des Südlichen Afrikas, Libyens und Westsaharas – bis 2050 nur Abwanderungsüberschuss geben wird. Rund 18,4 Millionen Menschen werden bis 2050 ihr afrikanisches Land verlassen. In derselben Zeitspanne (2005 – 2050) wächst die afrikanische Bevölkerung um über eine Milliarde Menschen (2005: 921 Mio., 2050: 1,998 Mrd.). Schon aufgrund dessen ist ein Nachlassen des Migrationsdrucks nach innen und außen nicht vorzustellen.

An diesen UN-Zahlen soll auch deutlich werden, dass Projektionen zum Migrationsgeschehen Afrikas auf der Basis von Wanderungssalden nur von eingeschränktem Erkenntniswert sind. Darin ist auch die „Funktion“ eines Migrationspotenzials unbeachtet geblieben.

Die herangezogenen Studien, wie in Kapitel 1 dargestellt, vermeiden weitgehend quantitative Schätzungen des Migrationspotenzials von Afrika nach Europa. Denn diese wären nur möglich, wenn Abwanderungs- und Zielraum klar umgrenzt wären, das Wanderungsgeschehen schon gewissen Traditionen und Normen folgen würde, die Probleme der Abwanderungsregion überschaubar blieben und vor allem, wenn alle relevanten Daten zugänglich wären. In einem Kontinentalvergleich ergäben solche Begrenzungen keinen Sinn und würden das Spektrum der Thematik verengen. Außerdem müsste man den Begriff des Migrationspotenzials inhaltlich verengen, und zwar auf rechtlich zulässige, aber (noch) nicht realisierte Zuwanderung in die Zielregion.

Projektionen von Wanderungssalden scheinen auf den ersten Blick eine Alternative zur Analyse von Migrationspotenzial zu sein, doch sie bleiben hinter den Anforderungen, die an Politikberatung gestellt werden, zurück.

■ **Einschätzung des Migrationspotenzials aus Afrika nach Europa**

Die vorliegende Studie hat das Migrationspotenzial zwischen den Kontinenten Afrika und Europa analysiert, indem sie (a) die konstituierenden Strukturfaktoren des Wohlstandsgefälles betrachtet, (b) die Migrationsströme von Afrika nach Europa und die Migrant*innenbestände von Afrikanern in Europa dokumentiert und zur Entwicklungsdifferenz zwischen beiden

Kontinenten in Beziehung gesetzt und (c) die Lage im afrikanischen Abwanderungsraum dahingehend abgeschätzt hat, ob sich das Wohlstandsgefälle zu Europa substantiell vergrößert oder verringert, weil sich das Migrationspotenzial proportional zu ihm verhält.

Das Migrationspotenzial Afrikas

Basierend auf den vorangegangenen Analysen wird das afrikanische Migrationspotenzial nun abschließend anhand der zu erwarteten (1) demographischen, (2) wirtschaftlichen, (3) politischen und (4) ökologischen Entwicklung Afrikas bewertet:

1. Demographische Faktoren:

Erhöhen das Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial dürfte insgesamt steigen, weil Afrika im internationalen Vergleich ein ausnehmend starkes Bevölkerungswachstum aufweist. Dafür ist die immer noch sehr hohe zusammengefasste Geburtenziffer verantwortlich, die in Afrika 2005 durchschnittlich bei 4,61, in Zentralafrika sogar bei 5,67 Kindern pro Frau liegt. Sodann verfügt Afrika über eine sehr junge Altersstruktur: jeder fünfte Afrikaner ist zwischen 15 und 24 Jahre alt, 41,2 % der Bevölkerung ist unter 15 Jahren. Somit wird die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter weiter zunehmen und sich die afrikanische Bevölkerung – nach offiziellen Schätzungen – bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln, d.h. auf knapp zwei Milliarden Menschen anwachsen. Doch die demographische Entwicklung allein ist nicht der Grund für das wachsende Migrationspotenzial, sondern die problematische Wechselwirkung von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen, politischen und ökologischen

Mangelfaktoren. Eine sehr junge Bevölkerungsstruktur trifft in Afrika auf eine defizitäre Gesundheits-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation, mangelnde soziale Infrastrukturen und fehlende politische Stabilität sowie schwindende ökologische Ressourcen.

2. Wirtschaftliche Faktoren:

Erhöhen das Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial dürfte aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bei einer wachsenden Erwerbsbevölkerung steigen. Armut und ein anhaltend niedriger Lebensstandard sind die Folgen zunehmender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung („working poor“). Trotz des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre sind Armut und (Jugend-)Arbeitslosigkeit in Afrika sehr hoch. Es wird geschätzt, dass 55 % der erwerbstätigen Afrikaner nicht in der Lage sind, die Armutsgrenze von 1 US-\$ Einkommen pro Tag zu überschreiten. Etwa 80 % der afrikanischen Bevölkerung erreichen die 2 US-\$-Grenze nicht. Die Gegenüberstellung des Wirtschaftsindikators BNE pro Kopf von 2.430 US-\$ in Afrika und von 24.329 US-\$ in Europa lässt darauf schließen, dass sich in Afrika Wirtschaftsschwäche und Bevölkerungswachstum auch zukünftig in höchst ungünstiger Weise kombinieren werden.

3. Politische Faktoren:

Erhöhen das Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial dürfte aus politischen Gründen steigen, weil sich auf dem afrikanischen Kontinent Regierungsversagen, Instabilität, politische Ver-

folgung und Menschenrechtsverletzungen häufen. Afrikanische Regimes sind größtenteils Diktaturen und defekte Demokratien. Europa hingegen ist charakterisiert durch politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und funktionierende soziale Systeme. In absehbarer Zeit ist keine Abnahme des innerafrikanischen Konfliktpotenzials und der daraus hervorgehenden Flüchtlingsbewegungen zu erwarten. Eine schnell voranschreitende Demokratisierung der zumeist autoritären afrikanischen Regimes und die rasche politische Stabilisierung zerfallender und zerfallener Staaten ist in naher Zukunft kaum absehbar. Zusätzlich verhindert die politische Instabilität in den meisten afrikanischen Regionen dringend benötigte internationale Investitionen.

4. Ökologische Faktoren:

Erhöhen das Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial wird aus ökologischer Sicht steigen, weil durch voranschreitenden Klimawandel, wachsenden Bevölkerungsdruck auf natürliche Ressourcen (Wasser, Boden) und fehlende ökologische Nachhaltigkeitspolitik extreme Wetterphänomene und Wassermangel sowie die Degradation der Böden zunehmen werden. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region (Umweltmigration).

Die Analyse dieser vier Faktoren lässt den Schluss zu, dass das Migrationspotenzial Afrikas aufgrund der künftig zu erwartenden demographischen, wirtschaftlichen, politischen und

ökologischen Entwicklung zunehmen wird. Die negative wechselseitige Verstärkung der vier Faktoren erhöht das Migrationspotenzial noch zusätzlich.

Das Migrationspotenzial verstärkende Begleitfaktoren

Zusätzlich zu diesen vier Faktoren beeinflussen den Wunsch zur Auswanderung und die Wahl der Zielregion auch verstärkende Begleitfaktoren:

So wird der Beschluss zur Emigration in Afrika meist innerhalb der Familie gefällt, motiviert durch Existenzsorgen, sozialen Wettbewerb und ein durch Medien und Informationsnetzwerke vermitteltes positives Bild der „westlichen Wohlfühlwelt“. Auch migrieren vermehrt Frauen zur Ausübung „weiblicher“ Berufe (z.B. Pflege, Haushaltshilfe) und im Zuge des Ehegatten- und Familiennachzugs, was das Migrationspotenzial zusätzlich erhöhen kann (Han 2003).

Seitens der Zielländer fördern liberale Zuwanderungsgesetze und Legalisierungskampagnen sowie unterstützende Migrantenorganisationen die Zuwanderung in ein bestimmtes Land (Schapendonk/van Moppes 2007, Nuscheler 1995). Die Einführung strengerer Einreisebestimmungen und verstärkter Grenzsicherungsmaßnahmen führt zumeist nicht zu weniger Zuwanderung, sondern zur Zunahme irregulärer Migration bei gleichzeitiger Routenverlagerung (vgl. Kap. 4.4). Das Migrationspotenzial zu senken ist schwierig, denn wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: „Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen“ (Sauvy zitiert nach Strabenow 1999: 9). Doch auch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Abwanderungsländern könnte para-

doxerweise dazu führen, dass der Wanderungsdruck – bis zum Erreichen einer gewissen Einkommensschwelle – zunimmt, weil damit auch die Zahl der mobilitätswilligen und -fähigen Personen steigt (Wöhlcke et al. 2004).

Ein weiterer verstärkender Begleitfaktor ist die Zukunftsangst unter Afrikas Jugend. Eine repräsentative Befragung in Tunesien im Jahr 2006 hat beispielsweise ergeben, dass 76 % der 15- bis 29-jährigen Tunesier Auswanderung als eine Zukunftsoption ansehen (Fourati 2008). Im Jahr 1996 zogen nur 22 % der jungen Tunesier eine Auswanderung in Erwägung, 2000 waren es bereits 45 %. Der Wunsch zur Auswanderung hat sich somit unter den jungen Tunesiern mittlerweile zu einem „Massenphänomen“ entwickelt (Fargues 2008). Grund hierfür ist die zunehmende Hoffnungslosigkeit und Frustration unter Tunesiens Jugend wegen ungünstiger sozio-ökonomischer und politischer Umstände, aber auch eine wachsende diffuse Zukunftsangst. Die Motivation zur Abwanderung speist sich nach Lahlou (2006a) eher aus der Befürchtung zukünftiger Armut aus Arbeitslosigkeit, als aus tatsächlicher.¹²³ Denn die meisten im Maghreb zu diesem Thema durchgeführten Feldstudien belegen, so Lahlou (2006a), dass junge Menschen, die ihre Regionen und später ihre Heimatländer verlassen, häufig Schul- und Studienabbrecher sind, die noch gar nicht versucht haben, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Es ist anzunehmen, dass diese um sich greifende diffuse Zukunftsangst das Migrationspotenzial Afrikas zusätzlich erhöhen wird.

123 „Es ist eher eine allgemein vorherrschende, drückende, diffuse, aus Besorgnis, Zweifel und Unentschlossenheit bestehende Armut, die genährt wird durch die Armut der Familie, in der die meisten nicht arbeiten, und durch die unzureichenden Einkünfte der Eltern“ (Lahlou 2006a: 8).

Die internationale Handelspolitik und die Weltwirtschaftslage sind weitere Faktoren, die das Migrationspotenzial Afrikas verstärken (vgl. Kap. 3.2.4). So wird die regionale Wirtschaftsentwicklung Afrikas – vor allem ihr Agrar- und Fischereisektor – durch Marktprotektion und Marktsubventionierungen in der EU und den USA geschwächt. Gerade die arme Landbevölkerung wird davon existenziell betroffen. Ebenso kommen hohe Gewinne aus dem Außenhandel mit afrikanischen Rohstoffen nicht der armen Bevölkerung Afrikas, sondern nur den Konzernen in den Industrieländern und den afrikanischen Eliten zugute. Die Verarbeitung der Rohstoffe findet zumeist außerhalb Afrikas statt. Ein Ausbau des sekundären Sektors, d.h. der Rohstoffverarbeitung in Afrika selbst und ein damit einhergehender Zuwachs an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wurde von den Rohstoffimporteuren bisher nicht vorangetrieben. Er wäre für Afrikas Wirtschaftsentwicklung jedoch ausschlaggebend.

Abschließend gilt es anzumerken, dass das Abwanderungsvolumen aus einer Region in der Regel nicht wesentlich zur sozio-ökonomischen Entlastung in diesem Raum führt, weil Strukturschwächen und Problemlagen dadurch nicht verringert werden – sie reproduzieren sich. Auch wandern Personen ab, die zum wirtschaftlichen Ausbau der Region benötigt würden.

Vor den Toren Europas?

Innerafrikanische Migrationsströme

Ob das afrikanische Migrationspotenzial weiterhin größtenteils auf dem Kontinent verbleibt, ist abhängig von der Aufnahmekapazität innerafrikanischer Zielregionen, wie dem südlichen Afrika und Nordafrika, hinsichtlich Ausbildungs-, Arbeits- und Asylmigration. Bei Entstehung weiterer Regionen

insularer Modernisierung in Afrika (Märkte, Produktionsstätten, Dienstleistungszentren) würde die Absorptionsfähigkeit afrikanischer Ausbildungs- und Arbeitsmärkte zusätzlich erhöht und damit interkontinentaler Wanderung entgegengewirkt.

Im Zusammenhang mit zumeist temporärer Flucht- und Asylmigration hat sich gezeigt, dass nahe gelegene afrikanische Regionen bevorzugte Ziele sind, um bei Besserung der Lage rasch in die Herkunftsregion zurückzukehren. Auch Umweltmigranten favorisieren den Zuzug in ökologisch intakte(re) afrikanische Nachbarregionen oder sie ziehen zur Arbeitsaufnahme in die nächste größere Stadt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend innerafrikanischer Migration anhält bzw. ansteigt. Angenendt (2006) erwartet hinsichtlich der Migrationsströme innerhalb Subsahara-Afrikas, „dass weder ausreichend Arbeitsplätze noch eine hinreichende öffentliche Infrastruktur (Gesundheitssysteme, Schulen, Transportwesen) zur Verfügung stehen werden. Dies wird interne Wanderungsbewegungen forcieren, in erster Linie eine Landflucht in die Städte, und die Verarmung der unteren Schichten wird noch zunehmen. [...] Der Auswanderungsdruck wird steigen, und es wird größere innerstaatliche Fluchtbewegungen geben.“ (Angenendt 2006: 2).

Migrationspotenzial von Afrika nach Europa

Vor dem Hintergrund der vorherigen Analysen (Kap. 3. und 4.) scheint es wahrscheinlich, dass das Migrationspotenzial aus Afrika nach Europa anwachsen wird, aufgrund:

1. der vielfältigen und steigenden innerafrikanischen Problemlagen,
2. der wachsenden Zahl von Personen im potenziellen Migrationsalter,
3. der anhaltenden sozio-ökonomischen und politischen Attraktivität Europas,

4. der vorhandenen afrikanischen Migrantennetzwerke in Europa, die die Migration erleichtern und zum Teil erst begründen (Familiennachzug) und
5. der steigenden europäischen Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Branchen (z.B. Altenpflege, Saisonarbeit).

Basierend auf den bisherigen Migrationsströmen und -beständen von Afrikanern in Europa ist anzunehmen, dass Frankreich, Italien und Spanien die bevorzugten Zielländer afrikanischer Migration bleiben werden. In diesen drei Ländern liegen Bestand und Zuwanderung afrikanischer Bevölkerung auf hohem Niveau. Gerade Spanien und Italien verzeichnen den am schnellsten wachsenden Bestand afrikanischer Bevölkerung in Europa.

Nach bisherigen Einschätzungen, dürfte die Zuwanderung aus Afrika nach Europa weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs und der Ausbildung erfolgen. Auch dürfte die Arbeitsmigration Qualifizierter nach Europa aufgrund von staatlichen Anwerbemaßnahmen und Einreiseerleichterungen ansteigen. Eine wachsende Zahl afrikanischer Studienabsolventen dürfte unter anderem aufgrund gelockerter Aufenthaltsregelungen (z.B. in Deutschland) zur Arbeitsaufnahme in Europa verbleiben. Sich ausweitende Kriege und schwere Konflikte sowie humanitäre Krisen und Umweltkatastrophen bei schwindender Aufnahmekapazität innerhalb Afrikas dürften das Flucht- und Asylpotenzial von Afrika nach Europa erhöhen. Würde Umweltflucht als Asylgrund anerkannt, so hätte Europa gewiss mit einer Zunahme von Asylzuwanderung zu rechnen.

Die Analysen für Deutschland haben ergeben, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung von Afrika nach Deutschland auf geringem Niveau (20.000 – 35.000 pro Jahr) verbleiben dürften. Der Bestand an Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland dürfte vor allem aus natürlicher Bevölkerungsbewegung und nur in geringem Maße durch Zuwanderung (Wanderungssaldo rund 5.000) wachsen.

Die vorliegende Studie kommt somit zu dem Ergebnis, dass zwischen Afrika und besonders der EU ein maximales Wohlstandsgefälle herrscht, in dem sich ein entsprechend großes Migrationspotenzial gebildet hat, das sich aufgrund demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Ursachen erneuert und vergrößert. Seine Realisierung in tatsächlicher Migration wird zumindest in regulärer Form nur einige EU-Länder betreffen.

Irreguläre Migrationsströme

Hinsichtlich irregulärer Migration innerhalb Afrikas und nach Europa ist anzunehmen, dass diese aufgrund restriktiver Einreisebestimmungen und trotz verstärkter Grenzkontrollen zunehmen wird. Die europäischen Mittelmeer-Anrainerstaaten dürften weiterhin das Ziel irregulärer Migration bleiben. Die Migration auf dem Seeweg verläuft zumeist nach Spanien und Italien sowie vermehrt nach Griechenland. Deutschland war bisher kaum von irregulärer Migration aus Afrika tangiert. Die aufgezeigten Trends dürften auch künftig bestehen bleiben.

Mit Blick auf Afrika ist wahrscheinlich, dass sich in den nordafrikanischen Staaten, die als Ziel- und Transitregion die-

nen, die Spannungen aufgrund steigender Zuwandererzahlen verschärfen werden. Migranten aus Subsahara-Afrika, die in den Maghrebländern verweilen, um Geld für einen Transfer nach Europa zu verdienen, stehen in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften und werden häufig Opfer von Anfeindungen und Übergriffen (Kohnert 2008).

Auch zeigt die Erfahrung, dass Migranten bei erschwerteren Zuwanderungsbedingungen in steigendem Maße die Hilfe von Schleusernetzwerken in Anspruch nehmen. Im Zusammenhang mit zunehmendem Menschenschmuggel und Menschenhandel wachsen in (Nord-)Afrika kriminelle Netzwerke, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Sicherheit der Länder auswirken. Auch ist Menschenschmuggel oft mit anderen Bereichen organisierter Kriminalität, wie Drogen- und Waffenschmuggel, Menschenhandel und Prostitution verknüpft. Organisierte Kriminalität wiederum verbindet sich mit Korruption und einem Vertrauensverlust in öffentliche Einrichtungen.¹²⁴

■ Ausblick

Was kann die Weltgemeinschaft für Afrika tun?

Die Weltgemeinschaft versucht die Situation in der Abwanderungsregion Afrika anhand verschiedener entwicklungspolitischer Maßnahmen zu verbessern. Erfolge stellen sich aufgrund der problematischen Ausgangssituation auf dem ärmsten Kontinent jedoch nur langsam ein: 230 Millionen Menschen leiden an Unterernährung und 380 Millionen Menschen leben in Armut. Zu den Armutsphänomenen zählen Analpha-

¹²⁴ Mit Ausnahme von Tunesien befinden sich alle nord-west-afrikanischen Länder, die als Übertrittsland in die EU gelten, im unteren Drittel auf dem Korruptionsindex von Transparency International.

betismus, hohe Kindersterblichkeit und die lokalen Krankheitsbilder, unter ihnen HIV/AIDS. Umfangreiche Hilfe in diesem Bereich hätte vielfache positive Auswirkungen, so auf die Leistungsfähigkeit des jungen Erwerbspotenzials und die Ausbildung junger Frauen, die in Erwerbsarbeit eine Alternative zu Frühheirat und Mutterschaft erkennen, denn diese behindern und beenden häufig die berufliche Bildung von Frauen.

Die traditionellen Normen sind in Afrika in Auflösung begriffen, ohne dass sich ausreichend neue Einstellungen herausgebildet hätten, die eine gesellschaftliche Modernisierung befördern könnten. Ein industrielles Leistungsprinzip und soziale Aufstiegsmöglichkeiten würden lokale und soziale Entwicklungshemmnisse, wie Patriarchat, streng hierarchische Familienverhältnisse und Immobilität beseitigen. Der weithin agrarische Kontinent kann Entwicklung nur aus einer abgestimmten Wirtschafts- und Umweltpolitik erlangen. Sie besteht anfänglich aus regionaler Überlebenshilfe, die Nahrungsmittel und medizinische Grundversorgung sicherstellt. Der nächste Schritt ist Hilfe zur Selbsthilfe, wo bereits auf lokale Existenzgrundlagen und Humanressourcen zurückgegriffen wird und Helfer und örtliche Kräfte kooperieren. Von da aus geht der Weg zur eigentlichen Entwicklungsinvestition in Landwirtschaft und industrielle Verwertung ihrer Produkte. Wichtig ist, dass die Produktion arbeitsintensiv verläuft und immer mehr Menschen in ein neues Arbeitsleben und einen Mentalitätswandel einführt. Die Planung ökologisch tragbarer Produktionsstätten, bessere Gesundheitsversorgung und berufliche Bildung für die nachwachsende Generation beiderlei Geschlechts sowie Wissenstransfer zum Einsatz erneuerbarer Ressourcen sind somit wichtige entwicklungspolitischen Aufgaben.

Vor diesem Hintergrund wurde 2002 der G8-Afrika-Aktionsplan zur Unterstützung der Reforminitiative „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (Nepad)“ verabschiedet. Der Aktionsplan enthält acht Maßnahmen:

1. Förderung von Frieden und Sicherheit,
2. Stärkung von Institutionen und staatlichem Handeln,
3. Förderung von Handel, Investitionen, Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung,
4. Umsetzung der Entschuldung,
5. Verbreiterung des Wissens: Verbesserung und Förderung der Bildung und Ausbau der digitalen Chancen,
6. Verbesserung der Gesundheit und Bekämpfung von HIV/AIDS,
7. Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, sowie
8. Verbesserung der Bewirtschaftung von Wasserressourcen.¹²⁵

Was kann Europa tun?

Europa und vor allem die Europäische Union als von afrikanischen Migrationen unmittelbar betroffene Region hat eine besondere Verantwortung. Möglichkeiten des Handelns bieten vor allem die Innen- und Außenpolitik sowie die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Die bisher unternommenen *innen-*, wie *außenpolitischen Maßnahmen* zur Senkung der regulären und irregulären Migration von Afrika in die EU umfassen:

¹²⁵ Siehe http://www.g-8.de/nn_205984/Content/DE/Lexikon/G8/A/Aktionsplan-Afrika.html

- die direkte oder indirekte Verpflichtung afrikanischer Regierungen, für den Empfang von Entwicklungshilfeleistungen ein gewisses Ausmaß an Abwanderung zu verhindern.
- das Schließen von Rücknahmeabkommen zwischen europäischen Zielländern von Migration und verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern.
- die Verstärkung der Grenzkontrollen und die Ausweitung der Zusammenarbeit mit internationalen Grenzschutzorganisationen.

Mögliche *wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen* zur Verbesserung der sozio-ökonomischen und demographischen Situation Afrikas wären:

- Bei der Umsetzung der vier „I“-s des entwicklungspolitischen Aufbruchs (Infrastruktur, Innovationen, Investitionsklima, Investitionseffizienz) mitzuwirken.
- Im Rohstoffbereich den Ausbau von verarbeitendem Gewerbe, dessen Produkte auch in Europa Absatzmärkte finden, voranzutreiben.
- Freie und faire Markt- und Handelsbeziehungen, die auch den schwächeren Partnern dienen, weltweit zu fördern.
- Den Anteil afrikanischer Güter an den Welthandelsströmen zu vergrößern (Rohstoffe, agrarische Produkte) und Investitionen zum Auf- bzw. Ausbau eines beschäftigungsintensiven sekundären Sektors tätigen.

- Mehr und gezieltere Entwicklungshilfe für eine bessere Ausbildungs- und Arbeitmarktsituation sowie zur Förderung von Einkommensgerechtigkeit und zur Etablierung eines Mittelstandes bereitzustellen.
- Mit der industriellen Entwicklung auch die begleitenden demographischen Indikatoren in eine Richtung bewegen, die diese fördert; d.h. Senkung der Kindersterblichkeit und Geburtenrate durch Verbesserung in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Bildung.

Mit Blick auf die demographische Entwicklung Afrikas ist erneut darauf hinzuweisen, dass diese eng mit den Lebensformen, den Arbeits- und Existenzproblemen in den jeweiligen Regionen des Kontinents verbunden ist. Die erwünschten Entwicklungsfortschritte, wie beschleunigte Senkung der Geburten und der Kindersterblichkeit und allgemeine Verringerung des starken Bevölkerungswachstums, sind ohne gravierende Änderungen in Berufsausbildung, Beschäftigung und bezüglich der Rolle der Frau nicht denkbar. Denn erst Investitions- und Modernisierungsschübe würden einen deutlichen demographischen Wandel bewirken. Seitens der Industrieländer wären in diesem Zusammenhang langfristige und umfangreiche Entwicklungshilfeleistungen sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit gefordert. Familienplanung greift erst nach spürbaren Verbesserungen des Lebens von Müttern und Kindern sowie sichtbaren Bildungs- und Beschäftigungschancen für nachwachsende Generationen, wofür steigende Kinderkosten (z.B. Schulgeld) um den Preis verringerter Kinderzahl angenommen werden.

Im Bereich Migration und Entwicklung wurde von der EU das Programm „Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten“ auf den Weg gebracht, von dem die Herkunftsländer, die Aufnahmeländer und die Migranten selbst profitieren können. Basierend auf dem Konzept zirkulärer Migration könnten beispielsweise afrikanische Zuwanderer temporär zu Arbeits-, Studien- und Ausbildungszwecken in die EU kommen, um so durch den Erwerb von Kompetenzen zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beizutragen. Zur temporären Zuwanderung berechtigt wären afrikanische Migranten aus solchen Herkunftsländern, die eine „Mobilitätspartnerschaft“ mit der Europäischen Union abgeschlossen haben (EC 2007). Die zielgerichtete Umsetzung zirkulärer Migration brächte viele Vorteile: sie ermöglicht es den EU-Mitgliedstaaten, ihren Arbeitsmarkterfordernissen gerecht zu werden, mögliche positive entwicklungspolitische Wirkungen der Migration zu nutzen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Herkunftsländer in Bezug auf den Wissenstransfer zu berücksichtigen sowie die negativen Wirkungen des Brain Drain zu reduzieren.

Mögliche politische Maßnahmen im Bereich Migration und Entwicklung wären somit:

- Mobilitätspartnerschaften und Programme zirkulärer Migration fördern,
- partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern stärken,
- Brain Drain aus Afrika entgegenwirken,
- bessere Existenzbedingungen und Zukunftsperspektiven in Afrika schaffen und dadurch das Migrationspotenzial reduzieren.

Hinsichtlich der genannten Handlungsoptionen muss einschränkend angemerkt werden, dass die Maßnahmen zur Abmilderung der zu erwartenden demographischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Entwicklung Afrikas schnell und dauerhaft implementiert werden und äußerst effektiv sein müssten, um das Abwanderungspotenzial nachhaltig zu senken. Vor dem Hintergrund der negativen Weltwirtschaftslage sind solch große internationale Interventionen derzeit nicht zu erwarten. Es ist eher anzunehmen, dass internationale Entwicklungsgelder gekürzt und Rücküberweisungen von emigrierten Landsleuten aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation in den Zielländern abnehmen werden. Dies würde sich wiederum negativ auf die sozio-ökonomische Entwicklung Afrikas auswirken und das Migrationspotenzial erhöhen.

Was kann Deutschland tun?

Die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik ist sich der Probleme bewusst, mit denen Afrika zu kämpfen hat. Das Wohlstandsgefälle, das sich gegenüber dem Kontinent auftut, darf keine Dauererscheinung sein; eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse in Afrika und Weltfrieden bedingen einander.

Deutschland unterstützt Afrika in vielerlei Hinsicht. Auf globaler Ebene macht es sich für Frieden und Sicherheit in Afrika stark, so z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen, der Weltbankgruppe¹²⁶ und in der Welthandelsorganisation (BMZ 2007: 11). Auf europäischer Ebene bestehen ebenfalls weitreichende Aktivitäten, wie die „Gemeinsame EU-Afrika-Strategie“¹²⁷; außerdem wurde die europäische Sicherheits- und

¹²⁶ Im Jahr 2008 waren über 70 % der UN-Blauhelmsoldaten in Afrika stationiert (CIC 2009: 5).

¹²⁷ Siehe <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st16/st16344.en07.pdf>.

Verteidigungspolitik (ESVP) auf Afrika ausgeweitet. Im Bereich des G8-Afrika-Aktionsplans setzt die deutsche Politik besondere Schwerpunkte auf die Stärkung von verantwortlicher Regierungsführung, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums. Weitere Ziele sind Verbesserungen in Gesundheit und Bildung sowie das Management natürlicher Ressourcen (BMZ 2007: 11).

Trotz der internationalen Verankerung bleibt bilaterales Engagement in Afrika wünschenswert und notwendig. Deutschland arbeitet derzeit mit 30 afrikanischen Partnerländern zusammen und vertritt eine Afrikapolitik mit eigenen Zielen und Positionen (Mair/Tull 2009: 5). Das ist insofern zu begrüßen, als Deutschland in Afrika einen guten Ruf genießt und über Erfahrungen aus seiner Wirtschaftsgeschichte verfügt, die für die Entwicklung des Kontinents nützlich sind. Deutschland bekennt sich zu den Prinzipien Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, und versucht einen konstanten und kohärenten Kurs zu halten und dadurch ein verlässlicher Partner zu sein. Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ist von gegenseitigem Respekt getragen, was es dem afrikanischen Partner erleichtert, sich europäischen Standards von Demokratie und Rechtsstaat zu nähern und sein Gefühl für Eigenverantwortung zu stärken. Deutschland erstrebt eine erfolgreiche Partnerschaft, die über den Tausch von Handelsgütern hinausgeht. Die geopolitische Lage Afrikas und die in seinen Staaten existierenden Konfliktfelder haben vor allem den Aspekt „Frieden und Sicherheit“ zum festen Bestandteil deutscher Afrikapolitik gemacht. Deutschland ist Vorreiter im ökologischen Bewusstsein wie in der Umwelttechnologie selbst. Es ist daher ein geeigneter „Entwicklungshelfer“ in Sachen Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz.

Mögliche Handlungsoptionen zur Förderung afrikanischer Entwicklung wären somit:

- die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Afrika effektiver zu gestalten,
- Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zu fördern,
- wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern,
- Biodiversität und Rohstoffsicherheit zu erhalten,
- sich auf Länder und Partner, die einen besonders effektiven und effizienten Einsatz knapper Ressourcen sicherstellen, zu konzentrieren,
- die Afrikanischen Union und die Eigenverantwortung in Afrika zu stärken,
- zivilgesellschaftliche Strukturen in Afrika zu fördern,
- Maßnahmen zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele (MDGs)¹²⁸ auszuweiten.

Die entwicklungspolitischen Aufgaben Deutschlands in Afrika sind entsprechend seiner Kapazitäten und seines Modernisierungswissens vielfältig. Im Vordergrund sollten die Förderung ökologisch nachhaltiger Produktionsstätten, die berufliche Bildung der nachwachsenden Generation beiderlei Geschlechts und ein Wissenstransfer zum Einsatz erneuerbarer Ressourcen stehen.

¹²⁸ Die 8 MDGs sind: Extreme Armut und Hunger beseitigen (MDG1), Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten (MDG2), Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern (MDG3), Kindersterblichkeit senken (MDG4), Gesundheit der Mütter verbessern (MDG5), HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen (MDG6), Nachhaltige Umwelt gewährleisten (MDG7), Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen (MDG8).

Schlussbemerkung

Bereits aus dem Begriff des Migrationspotenzials geht hervor, dass es sich nicht um eine exakt bestimmbare Größe handelt, sondern um ein „kollektives Phänomen“, das sich aus den existierenden Spannungen und Entwicklungsdifferenzen ergibt. Untersuchungen zum Migrationspotenzial verstehen sich nicht als Prognoseinstrument konkreter Wanderungsverläufe, sondern zielen auf die Gegenüberstellung von Sozialräumen mit unterschiedlichsten Lebenschancen. Diese offenbart das Migrationspotenzial und verweist damit auf aktuelle und künftige Problemlagen, mit denen innenpolitische, außenpolitische und entwicklungspolitische Akteure zu rechnen haben.

In Zukunft wird es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Motive für transnationale Migration geben. Das Bevölkerungswachstum dürfte in den Entwicklungsländern noch bis mindestens 2050 anhalten. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass sich die globale Migrationsproblematik vorerst nicht entschärfen wird.¹²⁹ Davon wird auch die EU betroffen sein, sowohl wegen ihrer wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Attraktivität, als auch aufgrund der demographischen Diskrepanz gegenüber ihrer südlichen und südöstlichen Nachbarregion. Migration in die EU wird zunehmen und sich dabei an den bisherigen Zielorten und Niederlassungsmustern orientieren (Angenendt 2008: 22). Für diese Annahme sprechen die historischen Bindungen zwischen Herkunfts- und Zielländern und das Anwachsen von Diasporas („ethnic communities“) in einzelnen EU-Staaten (vgl. Kap. 4.2).

129 Siehe hierzu auch Teitelbaum/Winter 1998, Coleman 2006, Chamie/Powers 2006.

Mit Blick auf die Zuwanderung von Afrika nach Deutschland hat sich gezeigt, dass diese vornehmlich als Ehegatten- und Familiennachzug, sowie als Bildungs- und Ausbildungsmigration stattfindet. Der Umfang der Zuwanderung insgesamt war bisher gering. Aus den bisherigen Analysen ging hervor, dass Deutschland auch weiterhin nicht zu den bevorzugten Zielländern afrikanischer Migranten gehören dürfte und das Migrationsgeschehen nach Deutschland vornehmlich von europäischer Zuwanderung geprägt bleibt.

6 Literatur

- Adepoju, Aderanti** (2005): Migration in West Africa. A paper prepared for the Policy Analysis and Research Program of the Global Commission on International Migration, Human Resources Development Centre Lagos, Nigeria. Online: <http://www.gcim.org/attachements/RS8.pdf>.
- Amann, Susanne** (2008): Finanzkrise stürzt Schwellenländer ins Desaster, in: Spiegel Online Wirtschaft vom 21.10.2008. Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,585366-5,00.html>.
- Angenendt, Steffen** (2006): Bevölkerungsentwicklung und politische Stabilität, in: Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hrsg.): Elektronisches Handbuch zum Thema Bevölkerung. Online: http://www.berlin-institut.org/pdfs/Angenendt_Stabilitaet.pdf.
- Angenendt, Steffen** (2008): Die Zukunft der europäischen Migrationspolitik – Triebkräfte, Hemmnisse und Handlungsmöglichkeiten. Schriften zu Europa, Band 4. Heinrich-Böll-Stiftung. Online: http://www.migration-boell.de/downloads/migration/HBS_PolicyPaper_Migrationspolitik.pdf.
- Angenendt, Steffen** (2009): Klimaflüchtlinge. Ein neues Sicherheitsrisiko? Diskussionspapier FG 8, SWP Berlin (unveröffentlichtes Manuskript).
- Ashford, Lori S.** (2007): Afrika's Youthful Population: Risk or Opportunity? Population Reference Bureau, Washington D.C.

- Baechler, Günther** (2000): Umweltflucht in Afrika – ein kaum eingrenzbares Konfliktpotential, in: Zeitschrift für Friedenspolitik (FriZ), Nr. 1, Zürich. Online: <http://www.efriz.ch/cgi/sfc.pl?a=/sys/htm/menu.html&b=/archiv/001/t-2.html>.
- Bähr, Jürgen** (1997): Bevölkerungsgeographie, 3. Aufl. Stuttgart.
- Baldwin-Edwards, Martin** (2004): Statistical data on immigrants in Greece: an analytic study of available data and recommendations for conformity with European Union standards. A Study conducted by Mediterranean Migration Observatory on behalf of IMEPO (Hellenic Migration Policy Institute), Ministry of Interior Greece. Final Report, 15 November 2004. Athen.
- Baldwin-Edwards, Martin** (2005): Migration in the Middle East and Mediterranean. A Regional Study prepared for the Global Commission on International Migration, Athens. Online: http://www.mmo.gr/pdf/news/Migration_in_the_Middle_East_and_Mediterranean.pdf.
- Baraulina, Tatjana/Borchers, Kevin/Schmid, Susanne** (2008): Afrikanische Einwanderung nach Deutschland – Abwanderung von Intelligenz, Entwertung von Qualifikationen, Folgen für die Herkunftsländer?, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (soFid). Migration und ethnische Minderheiten (2008/2), Bonn, 11-37.
- Barros, Lucile/Lahlou, Medhi/Escoffier, Claire/Pumares, Pablo/Ruspini, Paolo** (Hrsg.) (2002): L'immigration irrégulière subsaharienne à travers et vers le Maroc. Cahiers de Migrations Internationales, 54 F. ILO, Genf.

- Basedau, Matthias/Werner, Benjamin** (2007): Neue Tuareg-Rebellion: Der Niger in der „Konfliktfalle“?, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 12. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- BBC News**: 02.07.07: Key facts: Africa to Europe Migration. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6228236.stm>.
- Bertelsmann Stiftung** (2008): Bertelsmann Transformations Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Online: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Broschuere_DE.pdf.
- Biermann, Frank/Boas, Ingrid** (2008): Für ein Protokoll zum Schutz von Klimaflüchtlingen. Global Governance zur Anpassung an eine wärmere Welt, in: Vereinte Nationen 56: 1, 10-15.
- Bigsten, Arne/Shimeles, Abebe** (2007): Can Africa Reduce Poverty by 2015? The Case for a Pro-Poor Growth Strategy, in: Development Policy Review 25/2, 147-166.
- Birdsall, Nancy/Kelley, Allen C./Sinding, Steven W.** (Hrsg.) (2002): Population Matters: Demographic Change, Economic Growth, and Poverty in the Developing World. Center for Global Development, Washington D.C.
- Birg, Herwig** (2004): Die Weltbevölkerung - Dynamik und Gefahren. 2. Aufl., (1. Aufl. 1996). München.
- Bloom, David E./Canning, David/Sevilla, Jaypee** (2002): The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change. RAND Corporation, Santa Monica.
- Bongaarts, John/Büttner, Thomas/Heilig, Gerhard/Pelletier, François** (2008): Has the HIV Epidemic peaked? Population Council, New York.

- Borchers, Kevin** (2008): Die Datenlage im Bereich Migration – Europa und seine Nachbarregionen. Working Paper 18, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Braun, Gerald/Topan, Angelina** (1998): Internationale Migration. Ihre Folge für die Ursprungsländer und Ansätze eines Migrationsregimes. Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 153, Sankt Augustin.
- Brinkbäumer, Klaus** (2006): Der Traum vom Leben. Eine afrikanische Odyssee. Frankfurt a. M.
- Brown, Lester B.** (2004): Troubling New Flows of Environmental Refugees. Earth Policy Institute.
- Brown, Oli** (2008): Migration and climate change. IOM Research Series No. 31. IOM Genf.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** (2008): Asyl in Zahlen 2007. Nürnberg.
- Bundesministerium des Innern (BMI)/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** (2008): Migrationsbericht 2007 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Nürnberg.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)** (01.08.2009): Den Blick stärker auf Afrika richten – und handeln. Michael Müller: Der Kampf gegen Hunger, Abholzung und Wüstenbildung ist im europäischen Interesse. BMU-Pressedienst Nr. 253/09. Berlin.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)** (Hrsg.) (2007): Die Partnerschaft zwischen G8 und Afrika. Dritter Umsetzungsbericht zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Bonn/Berlin. Online: http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/eu_und_g8/Deutscher_G8_Umsetzungsbericht_2007.pdf.

- Caldwell, John C.** (1976): Toward a restatement of demographic transition theory, in: Population and Development Review No. 2, 321-366.
- Caldwell, John C.** (2006): Demographic Transition Theory. Dordrecht.
- Caldwell, John C./Caldwell, Pat** (1990): Ursachen der Überbevölkerung Schwarzafrikas, in: Meusburger, Peter (Hrsg.) (1997): Anthropogeographie – Interdisziplinäre Grundlagen zu Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Wirtschaft. Heidelberg/Berlin, 22-32.
- Carius, Alexander/Tänzler, Dennis** (2007): Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze zur Typologisierung. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel“. Berlin.
- Carling, Jorgen** (2007): The Merit and Limitations of Spain's High-Tech Border Control. Migration Policy Institute (mpi): Migration Information Source Publication, Washington D.C. Online: <http://www.migrationinformation.org/Feature/printcfm?ID=605>.
- Center on International Cooperation (CIC)** (2009): Annual Review of Global Peace Operations 2008. Briefing Paper, New York. Online: www.cic.nyu.edu/Lead%20Page%20PDF/GPO_2009.pdf.
- Chamie, Joseph/Dall'Oglio, Luca** (Hrsg.) (2008): International Migration and Development, Continuing the Dialogue: Legal and Policy Perspectives. Center for Migration Studies, New York / IOM, Genf. Online: http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/main/site/published_docs/books/International_Migration_Development.pdf.

- Chamie, Joseph/Powers, Mary G.** (Hrsg.)(2006): International Migration and the Global Community. Center for Migration Studies, New York.
- Chesnais, Jean-Claude** (1987): *La Revanche Du Tiers-Monde*. Paris.
- Clark, William A.V.** (2007): Environmentally Induced Migration and Conflict. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel“. Berlin.
- Coleman, David** (2006): Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition, in: *Population and Development Review* 32, (3), 401-446.
- Coleman, David** (2006a): Europe's Demographic Future: Determinants, Dimensions, and Challenge, in: *Demeny, Paul/McNicoll, Geoffrey* (Hrsg.) (2006): *The Political Economy of Global Population Change, 1950-2050*, in: *Population and Development Review. A Supplement to Vol. 32*, Population Council, New York, 52-95.
- Collyer, Michael** (2006): States of insecurity: Consequences of Saharan transit migration. Working Paper No. 31, Center on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford, Oxford.
- Courbage, Youssef** (2001): *Demographic Scenarios in the Mediterranean Region*. National Institute of Demographic Studies, Paris.
- Courbage, Youssef/Todd, Emmanuel** (2008): *Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern*. München.

- Cyrus, Norbert** (2008): CLANDESTINO. Country Report Germany. Prepared for the EU-Research Project CLANDESTINO. Counting the Uncountable. Data and Trends across Europe, HWWI, Hamburg. Online: http://irregular-migration.hwwi.net/typo3_upload/groups/31/4.Background_Information/4.4.Country_Reports/Germany_CountryReport_Clandestino_Feb09.pdf.
- Cyrus, Norbert/ Vogel, Dita** (2008): Irreguläre Migration in Europa – Zweifel an der Wirksamkeit der Bekämpfungsstrategien, in: Focus Migration, No. 9, März 2008. HWWI, Hamburg. Online: http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/KD09-Irregulaere-Migration.pdf.
- Davis, Kingsley** (1963): The theory of change and response in modern demographic history, in: Population Index Vol. 29, 345-366.
- De Haas, Hein** (2005): Morocco - From Emigration Country to Africa's Migration Passage to Europe. Nijmegen. Online: <http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=339>.
- De Haas, Hein** (2005a): International Migration, Remittances and Development: myths and facts, in: Third World Quaterly, Vol. 26. No. 8, 1269-1284.
- De Haas, Hein** (2006): Turning the tide? Why 'development instead of migration' policies are bound to fail. International Migration Institute (IMI) Working papers 2006, No. 2. Oxford.
- De Haas, Hein** (2007): The myth of invasion. Irregular Migration from West Africa to the Maghreb and the European Union. International Migration Institute Research Report. University of Oxford, Oxford.

- Demeny, Paul/McNicoll, Geoffrey** (Hrsg.) (2006): The Political Economy of Global Population Change, 1950 – 2050, in: Population and Development Review, A Supplement to Vol. 32, Population Council, New York.
- Deutsche Presseagentur (dpa)** (06.09.2006): Neuer Rekord auf den Kanaren: 900 Bootsflüchtlinge an einem Tag.
- Docquier, Frédéric/Marfouk, Abdeslam** (2004): Measuring the international mobility of skilled workers (1990-2000). The World Bank, Policy-Research Working Paper Series No. WPS 3381, Washington D.C.
- Dumont, Gérard-François** (1998): Les Migrations Internationales. Les Nouvelles Logiques Migratoires. Paris.
- Dumont, Gérard-François** (2001): Les populations du monde. Paris.
- Economic Commission for Africa (ECA)** (2006): International migration and development – Implications for Africa. United Nations Economic Commission for Africa, New York. Online: www.uneca.org/popia.
- Engel, Ulf** (2008): Mühseliger Aufbau: Frieden und Sicherheit in der AU, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 10, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Engler, Marcus** (2007): Länderprofil Frankreich, in: Focus Migration, No. 2, März 2007. HWWI, Hamburg. Online: <http://www.focus-migration.de/Frankreich.1231.0.html>.
- Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)** (2001): Importierte Abhängigkeit. Die Nahrungsmittelhilfe für Äthiopien schafft mehr Probleme, als sie löst, in: E+Z 2001/9. InWEnt, Bonn. Online: <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez901-8.htm>.

- Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z) (2007):** Afrika: Krieg frisst Entwicklungshilfe, in: E+Z 2007/11, Monitor. InWEnt, Bonn. Online: <http://www.inwent.org/ez/articles/061189/index.de.shtml>.
- Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z) (2008):** Vertane Chance der Migration, in: E+Z 2008/10. InWEnt, Bonn. Online: <http://www.inwent.org/ez/articles/079358/index.de.shtml>.
- Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z) (2008a):** Großstädte hängen vom Weltmarkt ab, in: E+Z 2008/5. InWEnt, Bonn. Online: <http://www.inwent.org/ez/articles/070161/index.de.shtml>.
- Erdmann, Gero (2007):** Demokratie in Afrika, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 10, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Erdmann, Gero/von Soest, Christian (2008):** Diktatur in Afrika, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 8, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Europäische Kommission (EC) (2007):** Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten, KOM (2007) 248 endgültig, Brüssel, 16.5.2007. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0248:FIN:DE:PDF>.
- Eurostat (2008):** Bevölkerungsprojektionen 2008-2060, Eurostat-Pressemitteilungen: STAT/08/119, Luxemburg. Online: <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- Eurostat Datenbank:** <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>.
- Faist, Thomas (2007):** Transnationale Migration als relative Immobilität in einer globalisierten Welt, in: Berliner Journal für Soziologie, No. 17, Heft 3, 365-385.

- Fargues, Philippe** (2008): Emerging Demographic Patterns across the Mediterranean and their Implications for Migration through 2030. Washington D.C.: Migration Policy Institute. Online: <http://www.migrationpolicy.org/pubs/Fargues-Paper.pdf>.
- Farschid, Olaf** (2006): Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.): Islamismus. 5. Aufl., Berlin, 48-94.
- Fergany, Nader** (1997): Dynamics of demography and development in the Mediterranean basin: implications to the potential for migration to Europe, in: Council of Europe (Hrsg.): Mediterranean Conference on Population, Migration and Development, Proceedings: Palma de Mallorca 15.-17. October 1996. Council of Europe, Strasbourg, 211-242.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)** (2008): The State of Food Insecurity in the World 2008. FAO, Rom.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)** (2008a): Statistics Division. Food Security Statistics. Prevalence of undernourishment in total population. FAO, Rom. Online: http://www.fao.org/faostat/foodsecurity/Files/PrevalenceUndernourishment_en.xls.
- Fourati, Habib** (2008): Consultations de la jeunesse et désir d'émigrer chez les jeunes en Tunisie 1996-2005. European University Institute, San Domenico di Fiesole.
- Frontex** (2005): General Report of Frontex for 2005. European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union Frontex. Frontex, Warschau.

- Frontex (2006):** Frontex Annual Report 2006. European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union Frontex. Warschau.
- Frontex (2008):** Frontex Allgemeiner Tätigkeitsbericht für 2007. Frontex, Warschau. Online: <http://www.frontex.europa.eu/gfx/frontex/files/justyna/frontex-2008-0011-00-00-ende.pdf>.
- Frontex (2009):** General Report 2008. Warschau. Online: http://www.frontex.europa.eu/gfx/frontex/files/justyna/annual_report_2008.pdf.
- Fund For Peace (2008):** Failed State Index 2008. Washington D.C. Online: http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140.
- General Secretariat of the National Statistical Service of Greece (2008):** Statistical Data on Demography: Migration Movement 2006. Piraeus. Online: www.statistics.gr/Main_eng.asp.
- Giesbert, Lena (2007):** Millennium Development Goals – zu hohe Ziele für Afrika?, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 8. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Grillo, Ralph/Mazzucato, Valentina (2008):** Afrika<>Europe: A Doble Engagement, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Volume 34, No. 2, 175-198.
- Gurak, Douglas/Caces, Fe (1992):** Migration networks and the shaping of migration systems, in: Kritz, Mary M./Lim, Lean Lin/Zlotnik, Hania: International migration systems: a global approach. Clarendon Press, Oxford, 150-176.

- Hamdouch, Bachir** (Hrsg.) (2000): Les Marocains résidant à l'étranger: Une enquête socio économique. INSEA, Rabat.
- Hamood, Sara** (2006): African Transit Migration through Libya. The Human Cost. Forced Migration and Refugee Studies. The American University, Cairo.
- Han, Petrus** (2003): Frauen und Migration. Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration. Stuttgart.
- Hansen, Randall** (2007): Länderprofil Vereinigtes Königreich, in: Focus Migration, No. 12. HWWI, Hamburg. Online: http://www.focus-migration.de/Vereinigtes_Koenigreich.2708.0.html.
- Hatton, Timothy J./Williamson, Jeffrey G.** (2002): Out of Africa? Using the Past to Project African Emigration Pressure in the Future, in: Review of International Economics 10(3), 556-573.
- Hatton, Timothy J./Williamson, Jeffrey G.** (2003): Demographic and Economic Pressure on Emigration out of Africa, in: Scandinavian Journal of Economics 105(3), 465-486.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore** (2006): Bestimmungsfaktoren internationaler Migration. Ein Überblick über Theorien zur Erklärung von Wanderungen, in: Migration und ethnische Minderheiten. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (soFid), 1/2006, Bonn, 7-34.
- Hauser, Jürg** (1991): Bevölkerung und Umweltprobleme der Dritten Welt. Band 2. Stuttgart.
- Heck, Gerda** (2008): ‚Managing Migration‘ vor den Grenzen Europas: Das Beispiel Marokko, in: COMCAD Arbeitspapiere, Nr. 45. Bielefeld.

- Heidelberger Institut für Konfliktforschung (HIK)** (2008): Conflict Barometer 2008. Heidelberg. Online: [HIKhttp://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf](http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf).
- Hein, Wolfgang** (2005): Vom Entwicklungsstaat zum Staatsverfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 28-29/2005, 6-11.
- Herm, Anne** (2008): Recent migration trends: citizens of EU-27 Member States become ever more mobile. Luxemburg.
- Hettlage, Reiner** (1998): Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch. München.
- Hill, Paul B./Kopp, Johannes** (2006): Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven. Wiesbaden.
- Hoffman, Lois W./ Hoffman, Martin L.** (1973): The Value of children to Parents, in: Fawcett, J.T (Hrsg.): Psychological Perspectives on Population. New York, 19-76.
- Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE)** (2005): Les immigrés de France, édition 2005. Fiche thématique. Online: <http://www.insee.fr/fr/ppp/sommaire/IMMFRA05.PDF>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)** (2007): Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group 2 to the Forth Assessment Report of the IPCC. Genf.
- International Center for Migration Policy Development (ICMPD)** (2004): Irregular Transit Migration in the Mediterranean – Some facts, figures and insights. Wien.
- International Center for Migration Policy Development (ICMPD)** (2005): Newsletter June 2005: The Mediterranean Transit Migration Dialogue. Wien. Online: http://www.icmpd.org/fileadmin/ICMPD-Website/MTM/MTM_Newsletter_June2005_EN.pdf.

- International Center for Migration Policy Development (ICMPD)** (2009): MTM Map on Mediterranean and African Irregular Migration Routes. Online: http://www.icmpd.org/fileadmin/ICMPD-Website/MTM/New-Map-MTM_Poster-Landscape_EN_v1.pdf.
- International Food Policy Research Institute (IFPRI)** (2007): Rising Food Prices Threaten World's Poor People. Washington D.C. Online: <http://www.ifpri.org/PRESSREL/2007/pressrel20071204.pdf>.
- International Labour Organization (ILO)** (2007): The Decent Work Agenda in Africa: 2007-2015. Report of the Director General, Eleventh African Regional Meeting/Addis Ababa, April 2007. Genf.
- International Labour Organization (ILO)** (2008): Global Employment Trends for Youth 2008. Genf.
- International Organization of Migration (IOM)** (2003): Data on Migration and Development Report. IOM's International Dialog on Migration. IOM, Genf.
- International Organization for Migration (IOM)** (2005): World migration 2005 – Cost and benefits of international migration. IOM, Genf.
- Jakobeit, Cord/Methmann, Chris** (2007): Klimaflüchtlinge: Die verleugnete Katastrophe. Greenpeace-Studie, Hamburg. Online: http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/klimafluechtlinge_endv.pdf.
- Kappel, Robert** (2005): Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung in Afrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 4/2005, 17-25.
- Kappel, Robert/Müller, Marie** (2007): Breites Wirtschaftswachstum in Afrika – die große Wende?, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 6, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.

- Kappel, Robert/Schneidenbach, Tina** (2006): China in Afrika: Herausforderungen für den Westen, GIGA Focus Global, No. 12, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Kent, Mary M./Haub, Carl** (2005): Global Demographic Divide. Population Bulletin, Vol. 60, No. 4. Population Reference Bureau, Washington D.C.
- Kohnert, Dirk** (2006): On the benefit of African immigration to Europe. Turn in the EU immigration policy? Institute for African Affairs, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg. Online: http://mpra.ub.uni-muenchen.de/1064/1/MPRA_paper_1064.pdf.
- Kohnert, Dirk** (2007): African Migration to Europe: Obscured Responsibilities and Common Misconceptions. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Working Paper No. 49, Hamburg. Online: <http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=workingpapers.html&folder=publikationen#49>.
- Kohnert, Dirk** (2008): Neuer Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Afrika, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 7. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Kohser-Spohn, Christiane / Renken, Frank** (Hrsg.) (2006): Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts, Frankfurt/Main.
- Köllner, Patrick** (2008): Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, in GIGA Focus, Nr. 6., German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Körner, Heiko** (1992): Immigration aus Afrika: Herausforderung für Europa. Reihe Eurokolleg 19, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

- Körner, Heiko** (1999): 'Brain Drain' aus Entwicklungsländern. IMIS-Beiträge 11, 55-65.
- Kreienbrink, Axel** (2004): Einwanderungsland Spanien – Migrationspolitik zwischen Europäisierung und nationalen Interessen, Frankfurt am Main/London.
- Kreienbrink, Axel** (2005): Country of emigration and new country of emigration? Challenges for Moroccan migration policy between Africa and Europe, in: Bilger, Veronika/Kraler, Albert (2005): African Migrations Historical Perspectives and Contemporary Dynamics. Wien, 193-220.
- Kreienbrink, Axel** (2008): Spanien. Focus Migration. Länderprofil, Nr.6, HWWI, Hamburg.
- Kreienbrink, Axel/Rühl, Stefan** (2007): Familiennachzug in Deutschland. Working Paper 10, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Lahlou, Medhi** (2005): Les migrations irrégulières entre le Maghreb et l'Union européenne: évolutions récentes. Rapports de recherche CARIM-RR 2005/03.
- Lahlou, Mehdi** (2006): The Current State and Recent Trends in Migration between Maghreb States and the European Union, in: Nyberg Sørensen, Ninna (2006): Mediterranean Transit Migration. Danish Institute for International Studies, Copenhagen, 109-128.
- Lahlou, Mehdi** (2006a): „Warum man Marokko (und Afrika) auf illegale Weise verlässt?“ Vortrag bei der Fachkonferenz „Die europäische Dimension deutscher Flüchtlingspolitik“ des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, 22.11.2006, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Online: www.fes.de/aspol/docs/20061122lahlou.pdf.

- Lahlou, Medhi/Escoffier, Claire** (2002): Rapport de l'Enquête Migrants Menée au Maroc, in: Barros, Lucile/Lahlou, Mehdi/Escoffier, Claire/Pumares, Pablo/Ruspini, Paolo (Hrsg.): L'immigration Irrégulière Subsaharienne à Travers et Vers le Maroc. ILO, Genf.
- Lee, Everett S.** (1966): A Theory of Migration, in: Demography, No. 3, 47-57.
- Lee, Everett S.** (1972): Eine Theorie der Wanderung, in: György Széll (Hrsg.): Regionale Mobilität. München, 115-129.
- Leisinger, Klaus M.** (1999): Die sechste Milliarde: Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. München.
- Lesthaeghe, Ron/Moors, Guy** (2000): Recent Trends in Fertility and Household Formation in the Industrialized World, in: Review of Population and Social Policy, 121-170.
- Liebig, Klaus/Rondorf, Ulrike** (2007): Dutch Disease aufgrund steigender Entwicklungshilfe – Kluges Management und eine effiziente Mittelverwendung können die Holländische Krankheit verhindern. Stellungnahmen und Analysen des Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Online: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ADMR-7BLE9T/\\$FILE/8%202007%20DE.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BLE9T/$FILE/8%202007%20DE.pdf).
- Loewe, Markus** (2007): Eine demographische Dividende für die Entwicklungsländer? Konsequenzen des weltweiten Altersungsprozesses, in: Analysen und Stellungnahmen, Nr. 6. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn. Online: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ADMR-7BMHZJ/\\$FILE/6%202007%20DE.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BMHZJ/$FILE/6%202007%20DE.pdf).
- Lutz, Wolfgang/Sanderson, Warren C./Scherbov, Sergei** (Hrsg.) (2004): The End of World Population Growth in the 21st Century. New Challenges for Human Capital Formation and Sustainable Development. London.

- Lutz, Wolfgang/Sanderson, Warren C./Scherbov, Sergei/K.C. Samir** (2008): Demographic and Human-Capital Trends in Eastern Europe and Sub-Sahara Africa. Migration Policy institute, Washington D.C. Online: <http://www.migrationpolicy.org/pubs/Lutz-Paper.pdf>.
- Macura, Miroslav/MacDonald, Alphonse L./Haug, Werner** (Hrsg.) (2005): The New Demographic Regime: Population Challenges and Policy Responses. United Nations, New York/Genf.
- Mair, Stefan/Tull, Denis M.** (2009): Deutsche Afrikapolitik. Eckpunkte einer strategischen Neausrichtung. SWP-Studie s10, März 2009 Berlin.
- Marshall, Thomas H.** (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Frankfurt a.M, in: Marshall, Thomas H.: Class, Citizenship and Social Development. Doubleday, Garden City, 65-122. (Orig. Marshall, Thomas H. (1964): Citizenship and social, in: Marshall, Thomas H.: Class, Citizenship and Social Development. New York.).
- Martin, Philip/Taylor, J. Edward** (1996): The anatomy of a migration hump. in: Taylor, J. E. (Hrsg.): Development strategy, employment, and migration: Insights from models. OECD. Paris, 43-62.
- Martin, Philip/Widgren, Jonas** (2002): International Migration: Facing the Challenge, in: Population Bulletin Vol. 57, No.1. Population Reference Bureau, Washington D.C.
- Marzo, Federica** (2008): More trees have fallen ... but the forest is still growing: Recent trends in African politics, in: Policy Insight, No. 63. OECD Development Centre, Paris.
- Massey, Douglas S.** (1999): Why does Immigration occur? A Theoretical Synthesis, in: Hirschmann, Charles/ Kasinitz, Phillip/ DeWind, Josh (Hg.): The Handbook of International Migration: the American Experience. New York, 34-52.

- Massey, Douglas S./Arango, Joaquin /Huga, Graeme/ Kouaouci, Ali/Pellegrino, Adela/ Taylor, Edward J.** (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal, in: Population and Development Review 19, No.3, 431-466.
- Massey, Douglas S./España, Felipe G.** (1987): The social process of international Migration, in: Science. American Association for the Advancement of Science, Washington D.C., 733-738.
- Mattes, Hanspeter** (2006): Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten. GIGA-Focus Nahost Nr. 9. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg. Online: www.giga-hamburg.de/giga-focus.
- McLeman, Robert/ Smit, Barry** (2006): Changement climatique, migrations et sécurité. In: Les Cahiers de la sécurité 63(4): 95-120.
- Merkel, Wolfgang/Pule, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thierry, Peter** (2003): Defekte Demokratien. Band 1: Theorie. Opladen.
- Michaelis, Nina V.** (2008): Neue Konfliktszenarien, in: E+Z 04/2008. Online: <http://www.inwent.org/ez/articles/066906/index.de.shtml>.
- Michel, Serge/Beuret, Michel** (2008): La chinafrique. Paris.
- Migration und Bevölkerung** (2007): EU: Illegale Migration per Boot hält an. Newsletter Ausgabe 1, Februar 2007. Online: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=070106.
- Myers, Norman** (1997): Environmental Refugees, in: Population and Environment 19 (2), 167-182.

- Myers, Norman** (2001): Environmental Refugees. A Growing Phenomenon of the 21st Century, in: Philosophical Transactions of the Royal Society: Biological Sciences 357 (1420), 609-613.
- Nair, Sami** (1997): Rapport de bilan et d'orientation sur la politique de co-développement liée aux flux migratoires, mission interministérielle «Migration/Co-développement», Ministère des Affaires étrangères, Paris.
- Nave-Herz, Rosemarie** (2002): Familie heute: Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.
- Ndulu, Benno J./Chakraborti, Lopamudra/ Lijane, Lebohang** (2007): Challenges of African Growth. Opportunities, Constraints and Strategic Directions. World Bank, Washington D.C.
- Neske, Matthias** (2006): Menschenschmuggel. Deutschland als Transit- und Zielland irregulärer Migration. Dissertation in der Fakultät Geschichts- und Geowissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)** (20.09.2006): Lukrativer Nebenverdienst für senegalesische Fischer.
- Nkomo, Jabavu C./ Nyong, Anthony.O./ Kulindwa, Kassim** (2006): The impact of climate change in Africa. Final Draft Submitted to the Stern Review on the economics of Climate Change. Online: http://www.hm-treasury.gov.uk/d/Chapter_5_The_Impacts_of_Climate_Change_in_Africa-5.pdf.
- Notestein, Frank W.** (1945): Population – The Long View, in: Schultz, Theodore W. (Hrsg.): Food in the World. Chicago, 36-57.

- Nuscheler, Franz** (1995): Internationale Migration, Flucht und Asyl. Grundwissen Politik 14. Opladen.
- Nuscheler, Franz** (2007): Bevölkerungswachstum und Armut, in: Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hrsg.): Elektronisches Handbuch zum Thema Bevölkerung. Online: http://www.berlin-institut.org/pdfs/Nuscheler_Armut.pdf.
- OECD Online-Datenbank**: <http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx?datasetcode=MIG>.
- Ouacalah-Bedidi, Zahia/Vallin, Jaques** (2000): Maghreb: la chute irrésistible de la fécondité, in: Population & Sociétés, No. 359. INED, Paris.
- Oxfam Deutschland** (2008): Oxfam aktuell, No. 44. Berlin. Online: http://www.oxfam.de/download/Infobrief_Winter08.pdf.
- Oxfam/IANSA/Saferworld** (2007): Africa's Missing Billions. International arms flows and the cost of conflict. Oxfam International, Oxford.
- Pison, Gilles** (2006): La population de la France en 2005, in: Populations & Sociétés, No. 421. INED, Paris. Online: http://www.ined.fr/fichier/t_telechargement/3953/telechargement_fichier_fr_421.pdf.
- Politzer, Malia** (2008): China and Africa: Stronger Economic Ties Mean More Migration. Migration Policy Institute (mpi): Migration Information Source Publication, Washington D.C. Online: <http://www.migrationinformation.org/feature/display.cfm?ID=690>.
- Population Action International** (2007): Fact sheet: Why Population Age Structure matters to a safer, more equitable world. No. 34, Washington D.C. Online: http://www.populationaction.org/Publications/Fact_Sheets/FS34/Age_Structure.pdf.

- Population Reference Bureau** (2006): The 2008 World Population Data Sheet. Washington D.C.
- Population Reference Bureau** (2008): The 2008 World Population Data Sheet. Washington D.C.
- Poulain, Michel/Perrin, Nicolas/Singleton, Ann** (2006): THESIM: Towards Harmonised European Statistics on International Migration. Louvain-la-Neuve.
- Pries, Ludger** (1997): Transnationale Soziale Räume, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 25, Heft 6, 456-472.
- Rees, Williams E./Wackernagel, Mathias/Testemale, Phil** (1995): Our Ecological Footprint: Reducing Human Impact on the Earth. Gabriola Island.
- Ruffing, Kenneth** (2008): Africa in 2008: Breaking Down the Growth, in: Policy Insights, No. 64. OECD Development Centre, Paris. Online: <http://www.oecd.org/dataoecd/55/15/40583776.pdf>.
- Salt, John** (2000): Trafficking and human smuggling: A European perspective, in: International Migration, 38, 31-56.
- Salt, John** (2001): The business of international migration, in: Siddique, Muhammed A. B. (Hrsg.) International Migration into the 21st Century. Essays in Honour of Reginald Appleyard. Cheltenham, 86-108.
- Sauvy, Alfred** (1977): Coût et valeur de la vie humaine. Paris.
- Sauvy, Alfred** (1982): Mondes en marche. Paris.
- Schapendonk, Joris/van Moppes, David** (2007): Migration and Information: Images of Europe, migration encouraging factors and en route information sharing. Working Paper Migration and Development Series, Report 16. Radboud University, Nijmegen.

- Schimany, Peter** (2008): Migration und demographischer Wandel, Forschungsbericht 5, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Schmid, Josef** (1994): Bevölkerung, Umwelt, Entwicklung. Forschungsrichtungen und aktuelle Argumentation. In: Schmid, Josef (Hg.): Bevölkerung – Umwelt – Entwicklung. Eine humanökologische Perspektive. Opladen. S. 17-42.
- Schmid, Josef** (2009): Weltbevölkerung, Entwicklungsdifferenz und der außereuropäische Extremismus, in: Naderi, Robert (Hrsg.): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 128. Wiesbaden, 73-90.
- Schmid, Susanne** (2007): Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“. Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotenziale, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 3-4/2007, 667-701.
- Schmid, Susanne** (2008): Bevölkerungsentwicklung / -politik, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 11. Auflage. Opladen/Leverkusen, 39-51.
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin** (2009): Beeinflusst Migration das generative Verhalten? Eine Bestandsaufnahme der Fertilität von Migrantinnen in Deutschland, Working Paper, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, (im Erscheinen).
- Schmidt, Frithjof/Schönfeld, Janna** (2008): Die Ausplünderung Westafrikas, in: E+Z 04/2008. Inwent, Bonn. Online: http://www.inwent.org/ez/articles/070133/index_p.de.shtml.
- Schmidt, Siegmар** (2006): Wie viel Demokratie gibt es in Afrika?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 32-33/2006, 9-14.

- Schmidt, Siegmар** (2008): Die EU als Retterin der AU?, in: GIGA Focus Afrika, Nr. 5. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.
- Schönwälder, Karen** (2001): Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Grossbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren. Essen.
- Schönwälder, Karen/Dita Vogel/Giuseppe Sciortino** (2004): Migration und Illegalität in Deutschland. AKI-Forschungsbilanz 1. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Schoorl, Jeannette/Heering, Liesbeth/Esvelde Ingrid/Groenewold, George/van der Erf, Rob/Bosch, Alinda/de Valk, Helga/de Bruijn, Bart** (2000): Push and Pull Factors of International Migration – A Comparative Report. Eurostat, Luxembourg/ Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI), Den Haag.
- Schug, Walter** (2008): Die Dritte Welternährungskrise: Globaler Überblick und Perspektiven. Bonn.
- Shepard, Todd** (2006): The Invention of Decolonization: The Algerian War and the Remaking of France. Ithaca/London.
- Sieveking, Nadine/Fauser, Margit/Faist, Thomas** (2008): Gutachten zum entwicklungspolitischen Engagement der in NRW lebenden MigrantInnen afrikanischer Herkunft, COMCAD Working Paper No. 38, Bielefeld.
- Simon, Julien** (2006): Irregular Transit Migration in the Mediterranean – some facts, figures and insights, in: Nyberg Sørensen, Ninna (2006): Mediterranean Transit Migration. Danish Institute for International Studies, Kopenhagen, 25-65. Online: <http://www.diis.dk/sw24384.asp>.

- Sinn, Annette/Kreienbrink, Axel/von Loeffelholz, Hans Dietrich** (2006): Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland. Staatliche Ansätze, Profile und soziale Situation. Forschungsstudie 2005 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks, Forschungsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Spaan, Ernst/van Moppes, David** (2006): African Exodus? Trends and Patterns of International Migration in Sub-Saharan Africa, in: Working Papers Migration and Development Series, Report No. 4, Nijmegen.
- Spiegel** (26.12.2008): Hunger ist eine Sicherheitsfrage. Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,596516,00.html>.
- Stacher, Irene/Demel, Katharina** (2000): Migration aus dem Maghreb nach Europa – neue Formen, neue Zielländer, in: Husa, Karl/Panreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt a.M./Wien, 229-246.
- Stalker, Peter** (2002): Migration Trends and Migration Policy in Europe, in: International Migration, Vol. 40, No. 5, 151-179.
- Statistics Netherlands**, Online-Datenbank: <http://www.cbs.nl/>.
- Statistisches Bundesamt** (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2005. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2007a): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen – Wintersemester 2006/2007. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2007b), Natürliche Bevölkerungsbe-
wegung. Fachserie 1 Reihe 1.1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (2009):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009a):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2007. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009b):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2007. Fachserie 1 Reihe 1.2. Wiesbaden.
- Steinbichler, Stefanie (2007):** The Barcelona Process. An Analysis of the motivation and functionality of the Euro-Mediterranean Partnership with a special consideration of the historical aspects of demography and migration. Online: <http://www.idec.gr/iier/new/EN/Steinbichler%20Paper%20GR.pdf>.
- Strabenow, Michael (1999):** Schwierige Nachbarschaft. Die euro-mediterrane Partnerschaft, in: FAZ 15.4.1999.
- Subramanian, Uma/Matthijs, Matthias (2007):** Can Sub-Saharan Africa Leap into Global Network Trade? World Bank Policy Research Working Paper No. 4112. Washington D.C.
- Teitelbaum, Michael/Winter, Jay (1998):** A Question of Numbers: High Migration, Low Fertility, and the Politics of National Identity. New York.
- Tetzlaff, Rainer (2000):** Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Bonn.
- UN World Food Programme (UN WFP), Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (2007):** Streitfall Nahrungsmittelhilfe. Kritische Differenzierung tut Not, in: WFP Weltnachrichten, 1/2007, 8. Online: <http://www.wfp.org/german/?NodeID=43&k=112>.

UNAIDS (2008): 2008 Report on the Global AIDS Epidemic. UN-AIDS, Genf.

United Nations (UN): Millennium Development Goals. Website. New York. Online: <http://www.un.org/millennium-goals/>.

United Nations (UN), Department of Economic and Social Affairs, Population Division (1999): World Population Prospects: The 1998 Revision. Highlights. New York.

United Nations (UN), Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2000): Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations? New York.

United Nations (UN), Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2006): Migration projections 2000-2050 from World Population Prospects: The 2006 Revision Population Database. New York.

United Nations (UN), Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2006a): International Migration 2006. Wallchart. March 2006. New York.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2006b): International Migration 2006. New York.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2007): World Population Prospects: The 2006 Revision. Highlights. New York.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2008): World Population Prospects: The 2007 Revision. World Urbanization Prospects. New York.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2008a): World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population database. Online: <http://esa.un.org/unup/>.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. Highlights. New York.

United Nations (UN); Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009a): World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database. Online: <http://esa.un.org/unpp/>.

United Nations Development Programme (UNDP) (2007): The Human Development Report 2007/2008. New York. Online: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_EN_Complete.pdf.

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2006): Impacts, vulnerability and adaptation to climate change in Africa. New York. Online: http://www.unfccc.int/files/adaptation/adverse_effects_and_response_measures_art_48/application/pdf/200609_background_african_wkshp.pdf.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2007): UNHCR Statistical Yearbook 2005. Genf.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2007a): UNHCR Statistical Yearbook 2006. Genf.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2008): Global Trends 2007. Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons. Genf.

United Nations Population Fund (UNFPA) (2008): State of world Population 2008. Reaching Common Ground: Culture, Gender and Human Rights. New York. Online: <http://www.unfpa.org/swp/2008/presskit/docs/en-swap08-report.pdf>.

Unmüßig, Barbara/Cramer, Stefan (2008): Afrika im Klimawandel, in: GIGA Focus Afrika, No. 2. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.

- Van Moppes, David** (2006): The African Migration Movement: Routes to Europe. Research Group Migration and Development, Nijmegen. Online: <http://www.ru.nl/socgeo/html/files/migration/migration5.pdf>.
- Verdier-Chouchane, Audrey** (2008): Combating Under-five Mortality in Africa, in: Policy Insight, No. 65. OECD Development Centre, Paris.
- Von Harbou, Frederik/Schneider, Jörg** (2008): Die Auswirkungen von EU-Agrarsubventionen auf die afrikanische Landwirtschaft, in: Deutsche Bundestag Wissenschaftliche Dienste, No. 19/08. Online: http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2008/afrikanische_landwirtschaft.pdf.
- Wegner, Lucia** (2008): Investing in Africa's Youth, in: Policy Insight, No. 62. OECD Development Centre, Paris.
- Wender, Anne S.** (2004): Gourougou, Bel Younes, Oujda: La situation alarmante des migrants subsahariens en transit au Maroc et les consequences des politiques de l'Union Europeenne. Paris.
- Williamson, Jeffrey G./Yousef, Tarik M.** (1998): Demographic Transitions and Economic Performance in the Middle East and North Africa, paper delivered to the Conference on Population Challenges in the Middle East and North Africa: Towards the 21st Century, Cairo, 2-4 November 1998.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (WBGU)** (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin/Heidelberg. Online: http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (WBGU)** (2009): Welt im Wandel – Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung. Arbeitsexemplar der Bundesregierung. Online: http://www.wbgu.de/wbgu_jg2008_vorab.pdf.

- Wöhlcke, Manfred** (1987): Umweltzerstörung in der Dritten Welt. München.
- Wöhlcke, Manfred** (1992): Umweltflüchtlinge. München.
- Wöhlcke, Manfred** (2007): Umweltmigration, in: Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hrsg.): Elektronisches Handbuch zum Thema Bevölkerung. Online: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration/umweltmigration.html>.
- Wöhlcke, Manfred/Höhn, Charlotte/Schmid, Susanne** (2004): Demographische Entwicklungen in und um Europa – Politische Konsequenzen, in: Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik / Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Band 69, Baden-Baden.
- Worbs, Susanne** (2005): Illegalität von Migranten in Deutschland. Zusammenfassung des Forschungsstandes. Working Paper 2/2005, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- World Bank** (1999): World Development Report. Washington D.C.
- World Bank** (2007): The World Bank Annual Report 2007. Washington D.C. Online: <http://siteresources.worldbank.org/EXTANNREP2K7/Resources/English.pdf>.
- World Bank** (2007a): Global Economic Prospects 2007. Managing the Next Wave of Globalization. Washington D.C.
- World Bank** (2008): World Development Indicators. Washington D.C.
- World Bank** (2008a): World Development Indicators database: Gross national income per capita 2007, Atlas method and PPP. Washington D.C. Online: <http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GNIPC.pdf>.

World Bank (2008b): The World Bank Annual Report 2008.

Washington D.C. Online: http://siteresources.worldbank.org/EXTANNREP2K8/Resources/YR00_Year_in_Review_English.pdf.

World Bank (2008c): Youth and Unemployment in Africa: The Potential, The Problem, The Promise. Washington D.C.

World Bank/bpb (2007): Weltentwicklungsbericht 2007. Bonn.

World Health Organization (WHO) (2007): Maternal Mortality in 2005. Estimates developed by WHO, UNICEF, UNFPA and The World Bank. Genf.

World Health Organization (WHO)/UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) (Hrsg.) (2008): Progress on Drinking Water and Sanitation 2008. Genf.

Zerger, Frithjof (2009): Klima- und umweltbedingte Migration. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), Heft 3, 85-89.

Tabellenverzeichnis



Tabelle 1:	Demographische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2009 und 2050	38
Tabelle 2:	Demographische Indikatoren Afrikas, 1950-2010	41
Tabelle 3:	Demographische Indikatoren afrikanischer Regionen und Länder, 2005, 2025 und 2050	43
Tabelle 4:	Demographische und sanitäre Indikatoren afrikanischer Regionen, 2005-2010	44
Tabelle 5:	Ausgewählte demographische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2005 und 2050	54
Tabelle 6:	Demographische Indikatoren ausgewählter nordafrikanischer und südeuropäischer Länder, 2005, 2025 und 2050	56
Tabelle 7:	Demographische und ökonomische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2005, 2007 und 2050	68
Tabelle 8:	Emigrationsraten von Afrikanern in OECD-Länder nach Qualifikationsniveau (25+ Jahre, in % der heimischen Arbeitskraft), 1990 und 2000	76
Tabelle 9:	Politische und wirtschaftliche Transformation und Staatsformen in Afrika nach dem BTI 2008	83

Tabelle 10:	Bestand afrikanischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2004-2007	138
Tabelle 11:	Einbürgerungen von Personen afrikanischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2002-2006	139
Tabelle 12:	Zu- und Fortzüge afrikanischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2005-2007	142
Tabelle 13:	Afrikanische Staatsangehörige in Deutschland nach ausgewählten Merkmalen, Stand 31.12.2008	147
Tabelle 14:	Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach häufigsten afrikanischen Herkunftsländern, 2001-2008	152
Tabelle 15:	Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach häufigsten afrikanischen Herkunftsländern, 2008	153
Tabelle 16:	Irreguläre Grenzübertritte nach ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, 2007 und 2008	171
Tabelle 17:	Wanderungssaldo pro Jahr in Tausend, 2000-2050 (mittlere Projektionsvariante)	179

Abbildungsverzeichnis



Abbildung 1: Migrationsbestimmende Faktoren nach dem „klassischen“ Push-Pull-Ansatz von Everett Lee	25
Abbildung 2: Migrationspotenzial aus regionalen und kontinentalen Entwicklungsdifferenzen	31
Abbildung 3: Alterspyramiden von Nigeria, Tunesien, Deutschland, 2005	48 - 49
Abbildung 4: Der Index der menschlichen Entwicklung 2007/2008	60
Abbildung 5: Failed State Index 2008	86
Abbildung 6: Schwere Krisen und Kriege in Afrika, 2008	88
Abbildung 7: Afrikanische Flüchtlinge nach Aufnahme-ländern, 2005-2007	92
Abbildung 8: Verteilung von Asylanträgen weltweit, 2007	94
Abbildung 9: Zuwanderung afrikanischer Staatsangehöriger nach Frankreich, 1995-2006	123
Abbildung 10: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger und in Afrika Geborener in Belgien, 1995-2005	124
Abbildung 11: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger und in Afrika Geborener in den Niederlanden, 1995-2007	130

Abbildung 12: Bestand und Zuwanderung von Afrikanern gesamt und Marokkanern in Spanien, 1995-2007	133
Abbildung 13: Bestand afrikanischer Staatsangehöriger in Italien, 1995-2007	135
Abbildung 14: (Nord-)Afrikanische Staatsangehörige und Personen mit afrikanischem Migrationshinter- grund in Deutschland, 1991-2008 (Stand: jeweils 31.12.)	146
Abbildung 15: Zu- und Fortzüge (nord-)afrikanischer Staatsangehöriger nach/aus Deutschland, 1991-2007	149
Abbildung 16: Irreguläre Migrationsrouten von Afrika nach Europa	167
Abbildung 17: Die vier Hauptzonen irregulärer Migration im Mittelmeerraum und an der west- afrikanischen Küste	168

Annex



Annex 1: Die regionale Unterteilung Afrikas

Nordafrika	Afrika südlich der Sahara			
Nordafrika	Westafrika	Ostafrika	Zentralafrika	Südliches Afrika
Ägypten	Benin	Äthiopien	Angola	Botswana
Algerien	Burkina Faso	Burundi	Äquatorialguinea	Lesotho
Libyen	Elfenbeinküste	Dschibuti	Gabun	Namibia
Marokko	Gambia	Eritrea	Kamerun	Südafrika
Sudan	Ghana	Kenia	Kongo	Swasiland
Tunesien	Guinea	Komoren	Kongo, Demokrat. Republik	
Westsahara	Guinea-Bissau	Madagaskar	São Tomé und Prinzipe	
	Kap Verde	Malawi	Tschad	
	Liberia	Mauritius	Zentralafrikanische Republik	
	Mali	Mayotte		
	Mauretanien	Mosambik		
	Niger	Reunion		
	Nigeria	Ruanda		
	Senegal	Sambia		
	Sierra Leone	Seychellen		
	Togo	Simbabwe		
		Somalia		
		Tansania		
		Uganda		

Quelle: UN 2009a.

Annex 2: Politische Karte Afrikas

Quelle: ESRI Data and Maps 2003,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: info@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. Axel Kreienbrink

Stand:

August 2009
1. Auflage 2010

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Bildnachweis:

UNHCR

ISBN:

978-3-9812115-2-8

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.